





RUBART, Frauke

Hamburg 1980

Energiepolitik und Atomkonflikt in Schweden

Politische Strukturen und die Bewältigung von  
Zukunftsproblemen am Beispiel der Kernkraftfrage

Halbjahresarbeit  
vorgelegt von:

Frauke Rubart  
Stahlwiete 18  
2000 Hamburg 50

Prüfer: Prof. Dr. J. Raschke  
Prof. Dr. R. Tetzlaff

Abgabetermin: 6. Juni 1980

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>1. Einleitung</u>	5
1.1 Thematik und Relevanz	5
1.2 Fragestellung und zentrale Kategorien	5
1.3 Forschungsstand und Literaturlage	9
1.4 Methode und Aufbau	10
<u>2. Energiepolitik zwischen Konsens und Konflikt. Eine Verlaufsanalyse</u>	12
2.1 Die "unpolitische" Phase (1945 bis Oktober 1972)	14
2.1.1 Politisch-administratives System: Konsensuelle Entwicklung unter sozialdemokratischer Administration	14
2.1.2 Sozio-kulturelles System: "Unerhörte" Warnungen vor den Gefahren der Atomkraft	22
2.2 Die Politisierungsphase (Oktober 1972 bis Mai 1975)	24
2.2.1 Politisch-administratives System: Polarisierung der Parteien	24
2.2.2 Sozio-kulturelles System: Atomdebatte und Atomkonflikt in der schwedischen Gesellschaft	37
2.3 Die Konfrontationsphase (Mai 1975 bis September 1976)	45
2.3.1 Politisch-administratives System: Kernkraft als Wahlkampfthema	45
2.3.2 Sozio-kulturelles System: Konflikte, Spaltung und Mobilisierung der Atomkraftgegner	58
2.4 Die Kompromißphase (September 1976 bis Oktober 1978)	66
2.4.1 Politisch-administratives System: Kompromißpolitik und ihre Grenzen	66
2.4.2 Sozio-kulturelles System: Desillusionierung der Atomkraftgegner	93
2.5 Die "Vor Harrisburg"-Phase (Oktober 1978 bis März 1979)	106
2.5.1 Politisch-administratives System: Zurück zur energiepolitischen Ausgangssituation?	106
2.5.1 Sozio-kulturelles System: Die "Kampagne für Volksabstimmung"	115



2.6 Die "Nach Harrisburg"-Phase (März 1979 bis März 1980)	116
2.6.1 Politisch-administratives System: Reichstagswahl und Volksabstimmung	116
2.6.2 Sozio-kulturelles System: "Energiewahl"-Kampf an der Basis	128
<u>3. Die Bedingungen des Atomkonflikts und der Thematisierung von Alternativen zur Kernenergie im politischen System Schwedens</u>	132
3.1 Energieversorgung als gesellschaftliches und politisches Problem	135
3.2 Der Wachstumspakt zwischen Staat und industrieller Wirtschaft als Ausdruck des kapitalistischen Industriesystems	140
3.3 Reformpolitik - Umweltpolitik - alternative Energiepolitik	145
3.4 Hypothesen zu günstigen Bedingungen für die Thematisierung von Alternativen zur Atomkraft im politischen System	156
<u>4. Der Atomkonflikt im Parteiensystem</u>	158
4.1 Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei	162
4.2 Die konservative Gemäßigte Sammlungspartei	180
4.3 Die liberale Volkspartei	190
4.4 Die Zentrumspartei	196
4.5 Die Linkspartei/Kommunisten	214
<u>5. Der außerparlamentarische Protest gegen Atomenergie</u>	235
5.1 Die Wurzeln der Basisbewegung: Die Neue Linke und die Studentenbewegung	238
5.2 Die Träger des Atomprotests: Die Bürgerinitiativen und die Frauengruppen	249
<u>6. Literaturverzeichnis</u>	257

## 1. Einleitung

### 1.1 Thematik und Relevanz

Die Energieversorgung wird seit Anfang der 70er Jahre zunehmend sowohl von den Politikern als auch von der Öffentlichkeit als Zukunftsproblem und Staatsaufgabe perzipiert. Dabei zieht die Energiepolitik die Aufmerksamkeit nicht nur auf Grund ihrer Bedeutung für die ökonomische Entwicklung auf sich, sondern vor allem auch deshalb, weil die von Regierungsseite vorgeschlagene Lösung des Energieproblems durch den Bau von Atomkraftwerken umstritten ist und Legitimationsprobleme verursacht: Die Kernkraftfrage ist eine politische Streitfrage.

Die Relevanz der Entwicklung in Schweden ergibt sich aus der Tatsache, daß dort nicht nur - wie in der Bundesrepublik Deutschland und in vielen anderen Ländern auch - eine von Bürgerinitiativen getragene Anti-AKW-Bewegung entstanden und aktiv ist, sondern daß der Atomkonflikt im etablierten Vielparteiensystem selbst zum Ausdruck kommt: Zwei der fünf im schwedischen Parlament vertretenen Parteien, die bürgerliche Zentrums- und die kommunistische Partei, kritisieren die Nutzung der Atomkraft als Energiequelle und fordern eine alternative Energiepolitik, während die Sozialdemokraten, die Liberalen und die Konservativen mit Unterstützung der Industrie- und Arbeitgeberverbände sowie der ebenfalls wachstumsorientierten Gewerkschaften den Bau von Atomkraftwerken forcieren.

### 1.2 Fragestellung und zentrale Kategorien

Manfred G. Schmidt hat am Beispiel von Reformpolitik die These entwickelt, daß "liberaldemokratisch verfaßte politische Systeme eine hoch entwickelte Fähigkeit zur politischen Thematisierung gesellschaftlicher Probleme haben", daß andererseits aber "dieselben Mechanismen, die

dieser Fähigkeit förderlich sind (Konkurrenzdemokratie, Öffentlichkeit, periodische Wahlen), eine stark eingeschränkte Fähigkeit zur Durchsetzung entsprechender problemlösender Politiken" bewirken.<sup>1</sup>

In der vorliegenden Arbeit wird am Beispiel der schwedischen Entwicklung die aus dieser These abgeleitete Annahme überprüft, daß die Parteienkonkurrenz das schnelle Aufgreifen neuer Themen fördert, die Verwirklichung weitreichender Forderungen aber verhindert, wobei Atomprotest bzw. alternative Energiepolitik als ein neues Thema betrachtet wird, das mehr Sprengkraft hat als Reform- oder Umweltpolitik.

Die Untersuchung ist eine Thematisierungsstudie. Es wird zwar auch die eingeschränkte Fähigkeit zur Durchsetzung alternativer Energiepolitik angesprochen, doch geschieht dies nicht systematisch. Ausgehend von der Tatsache, daß in Schweden zwei der fünf etablierten politischen Parteien den Atomprotest aufgenommen haben, lautet die zentrale Frage vielmehr, unter welchen Bedingungen ein Atomkonflikt im etablierten Parteiensystem entsteht bzw. unter welchen Voraussetzungen Alternativen zur Kernenergie im etablierten politischen System thematisiert werden.

Die Beantwortung dieser Frage setzt voraus, daß die Genese des Atomkonflikts im schwedischen Parteiensystem unter bestimmten Aspekten nachgezeichnet wird und theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie und Politik angestellt werden. Ziel dieser Ausführungen ist es, Hypothesen über solche Bedingungen zu formulieren, die die Aufnahme des Atomprotests durch das etablierte Parteiensystem begünstigen. Auf der Grundlage dieser Hypothesen werden dann das schwedische Parteiensystem analysiert und die außerparlamentarische Protestbewegung untersucht, wobei die besondere Aufmerksamkeit den Wechselwirkungen zwischen

---

<sup>1</sup>Schmidt 1978, S.244.

den Parteien und der Basisbewegung gilt. Die eingehende Betrachtung der Akteure im schwedischen Atomkonflikt, deren Ziel es ist, die Initiatoren des Atomprotests als Träger von politischem Wandel zu identifizieren, geht von der Frage nach dem Zusammenhang von sozioökonomischem und politischem Wandel aus. Die Thematisierung von neuen Problemen und von Alternativen zur durchgeführten Politik wird hier als unterste Stufe von politischem Wandel verstanden.

Die vorgelegte Studie geht von zwei Fragenkomplexen aus:

1. In welcher politischen Situation wandeln sich etablierte Parteien, die jahrelang das Atomprogramm der Regierung unterstützt haben, zu Atomkraftgegnern, warum geschieht diese Umorientierung zu einem bestimmten Zeitpunkt?
2. Warum können diese Parteien den Atomprotest überhaupt aufnehmen, warum ist es ihnen möglich, diese neue Position in der Kernkraftfrage glaubwürdig zu vertreten?

Im Laufe der Untersuchung werden eine Reihe von Unterfragen entwickelt, die hier nicht alle aufgelistet werden sollen. So stellt sich zum Beispiel die Frage, wodurch die Kompromißbereitschaft zu erklären ist, die nach Beginn des Atomkonflikts im schwedischen Parteiensystem zu bestimmten Zeitpunkten auf beiden Seiten festzustellen ist. Weiter wird danach gefragt, ob die einzelnen Parteien in der Kernkraftfrage geschlossen sind, oder ob der Atomkonflikt auch innerhalb der Parteien zum Ausdruck kommt, warum dies geschieht, wer die Träger des Protests gegen die Position der Parteiführung sind und welche Konsequenzen die innerparteiliche Opposition hat. Eine andere wichtige Frage ist die nach der Beziehung zwischen ökonomischem und politischem System, nach dem Verhältnis von wirtschaftlichen Interessenverbänden und politischen Parteien. Daraus wird die Frage abgeleitet, ob die Position der Parteien in der Kernkraftfrage davon abhängt, wie eng sie mit den Arbeitgeber- und Industrieverbänden bzw. mit den Gewerkschaften verbunden sind, ob sie politische Repräsentanten von Profit- bzw. Lohn- und Einkommensinteressen sind, also, um sich legitimieren zu können bzw. gewählt zu werden, die Interessen der

jenigen gesellschaftlichen Großgruppen vertreten müssen, denen besonders stark am wirtschaftlichen Wachstum gelegen ist.

Bei der Beantwortung dieser Fragen werden folgende Kategorien verwendet, deren Zusammenhang hier skizziert werden soll: Parteienkonkurrenz, Stimmenmaximierungskalkül, Legitimation, Wachstumspakt und korporatistische Entscheidungsstruktur. Die Untersuchung geht von der Annahme aus, daß politischer Wandel bzw. das Aufgreifen neuer Themen aus der Parteienkonkurrenz resultiert. Ihr liegt außerdem die Prämisse zugrunde, daß die Politik nicht von der Ökonomie determiniert ist, sondern daß die Politiker und Parteien einen <sup>teil-</sup>autonomen Handlungsspielraum haben, den sie opportunistisch ausnutzen: Parteien verfolgen eine elektorale Machtstrategie, um in die Regierung position zu gelangen bzw. um diese zu behalten, und deshalb handeln sie nach dem Stimmenmaximierungskalkül, d.h. sie beziehen in ihre Überlegungen die möglichen Rückwirkungen ihrer Entscheidungen und Handlungen auf die Wahlentscheidung der Bürger mit ein - zur Legitimation ihres Verhaltens ist es zeitweilig günstiger für die politischen Parteien, von der Position der hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen Interessenverbände abzuweichen. Die Politiker, Parteien und Regierungen rechtfertigen ihr Verhalten oft mit dem Argument, daß ihre Entscheidungen die ökonomische Prosperität förderten. Wirtschaftswachstum ist das zentrale Ziel, das sowohl die Parteien als auch die wirtschaftlichen Interessenverbände verfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die Parteien, die enge Verbindungen mit den Industrie- und Arbeitgeberverbänden bzw. den Gewerkschaften haben und dieselben Bevölkerungsgruppen repräsentieren, mit diesen Verbänden zu einem sogenannten Wachstumspakt zusammengeschlossen bzw. sie sind über diese Verbände in den Wachstumspakt eingebunden. Alle Repräsentanten des Wachstumspaktes stimmen grundsätzlich in der Auffassung überein, daß Atomenergie die Voraussetzung für fortgesetztes Wirtschaftswachstum sei - Differenzen gibt es nur in der Frage, wie viele Kernkraftwerke benötigt

werden bzw. den Wählern gegenüber zu rechtfertigen sind. Die besonders für Schweden charakteristische Struktur der Zusammenarbeit der wachstumsorientierten Regierung mit den wachstumsorientierten Interessenverbänden wird als korporatistische Entscheidungsstruktur bezeichnet - die Forderung nach alternativer Energiepolitik und Stilllegung der Atomkraftwerke prallt am "korporatistischen Block" ab.

### 1.3 Forschungsstand und Literaturlage

Es gibt bisher keine politikwissenschaftliche Studie über den Atomkonflikt im schwedischen Parteiensystem. Mir liegt nur eine Untersuchung über die Einstellung der Wähler zur Kernkraft vor, die aus einem Forschungsprojekt über "Schwedische Energiepolitik - vor und nach der Ölkrise" hervorgegangen ist, das an der Universität Göteborg durchgeführt wird. Projektleiter ist der Politologe Sören Holmberg, und an der Untersuchung "Die Wähler und die Kernkraft"<sup>1</sup> haben Jörgen Westerståhl und Karl Branzén mitgearbeitet. Das Ergebnis dieser Studie ist, daß nicht sozialstrukturelle Merkmale die Haltung zur Kernkraft bedingen, sondern daß die Meinungsbildung der schwedischen Bevölkerung über die Atomenergie durch politische Faktoren, vor allem die Parteiidentifikation, zu erklären ist. Dieses Ergebnis unterstreicht die Relevanz einer Analyse des Atomkonflikts im schwedischen Parteiensystem.

Wie alle anderen Bücher und Aufsätze, die sich - fast alle unsystematisch und rein deskriptiv - mit bestimmten Aspekten des Atomkonflikts in Schweden beschäftigen, ist auch die Wählerstudie von Holmberg u.a. nur im Rahmen der Verlaufsanalyse zu verwenden, denn auch sie liefert keine Erklärungsansätze für die in der vorliegenden Arbeit zu untersuchende Frage nach den Bedingungen des Atomkonflikts und der Thematisierung von Alternativen zur Atomkraft im

---

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977.

etablierten politischen System. Die desolante Literaturlage kommt zum Beispiel dadurch zum Ausdruck, daß keiner der Autoren die Interessenverbände und ihre Beziehungen zu den politischen Parteien in die Betrachtung mit einbezieht. Mit der Analyse des Atomkonflikts im schwedischen Parteiensystem wird in der hiermit vorgelegten Untersuchung also Neuland betreten. So erklärt sich die Tatsache, daß in der Literatur, die zur Bearbeitung dieses Gegenstands herangezogen wurde, Atomenergie und Energiepolitik weder erwähnt noch behandelt wird. Damit entfällt im Kapitel über den Atomkonflikt im Parteiensystem die Diskussion über Erklärungsansätze und Interpretationen anderer Autoren, die in der Verlaufsanalyse an einigen Punkten geleistet werden kann. Oft müssen jedoch auch dort Ergebnisse und Informationen, die Fragen provozieren, unkommentiert bleiben, um den Zusammenhang nicht auseinanderzureissen, und nicht alle können in den folgenden Kapiteln systematisch aufgegriffen werden.

#### 1.4 Methode und Aufbau

Ausgehend von der dialektisch-kritischen Position, deren Verfahrenstechnik die historisch-ökonomische und ideologiekritische Analyse ist, habe ich bei der Beschäftigung mit der Thematik dieser Arbeit festgestellt, daß der Gegenstand am besten mit einer Kombination verschiedener Methoden zu erfassen ist. Als geeignet erwiesen sich der historisch-genetische und der komparative Approach, ohne daß andere Ansätze gänzlich außen vor blieben - die in dieser Studie verwendeten Grundbegriffe der politischen Theorie "politisches System", "politische Kultur", "Macht", "Elite" u.a. werden auch bei anderen Analysearten benutzt.

Der historisch-genetische Approach eignet sich besonders für die Darstellung der schwedischen Energiepolitik seit 1945 und die Verlaufsanalyse des schwedischen Atomkonflikts sowie für die Untersuchung der Entwicklung einzelner Parteien, ihres sozialstrukturellen und programmatischen Wandels. Hier verwischt die Grenze zum kompara-

tiven Approach: Die einzelne Partei, wie sie sich heute darstellt, wird verglichen mit der, die sie früher war. Dieser Analyseansatz wird auch beim Vergleich zwischen den schwedischen Parteien angewendet, sowohl beim Vergleich der bürgerlichen mit den sozialistischen Parteien als auch beim Vergleich innerhalb des "Bürgerblocks" und des "Linksblocks".

Die gewählte Vorgehensweise bedingt, daß die Ergebnisse dieser Studie, die Hypothesen zu günstigen Bedingungen für die Thematisierung von Alternativen zur Atomkraft im politischen System, nicht am Ende, sondern in der Mitte der Arbeit, im Abschnitt 3.4 stehen. Die Hypothesen entsprechen der zentralen Frage nach den Bedingungen der Entstehung des Atomkonflikts im etablierten Parteiensystem und der Voraussetzung der Thematisierung von Alternativen zur Kernenergie im etablierten politischen System. Sie bilden den Abschluß des 3. Kapitels, das sich an die Einleitung (1. Kapitel) und die Verlaufsanalyse (2. Kapitel) anschließt und das politische Problem Energieversorgung (Abschnitt 3.1), den Wachstumspakt zwischen Staat und industrieller Wirtschaft (Abschnitt 3.2) und die besondere Bedeutung der Forderung nach alternativer Energiepolitik verglichen mit der nach Reform- und Umweltpolitik (Abschnitt 3.3) behandelt. Die als generalisierte Hypothesen formulierten Ergebnisse werden anschließend bei der Analyse des Atomkonflikts im schwedischen Parteiensystem (4. Kapitel) und des schwedischen außerparlamentarischen Protests gegen Atomenergie (5. Kapitel) angewendet. Auf eine Zusammenfassung der gesamten Untersuchung am Schluß wird verzichtet, weil sie nicht mehr als eine bloße Wiederholung des in der Einleitung und im Hauptteil Gesagten sein könnte, die mir wenig sinnvoll und in knapper, dem Gegenstand aber gerecht werdender Form auch recht schwierig erscheint.



## 2. Energiepolitik zwischen Konsens und Konflikt - eine Verlaufsanalyse

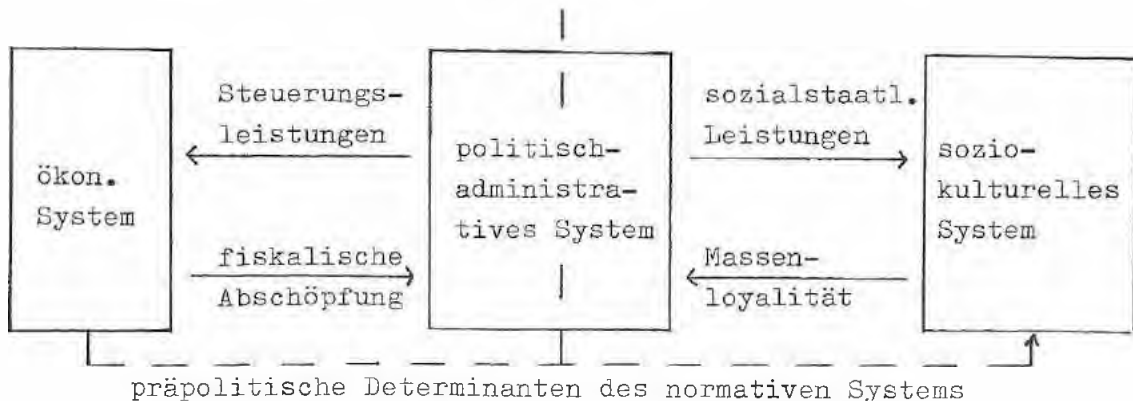
Die folgende Darstellung und Analyse der schwedischen Energiepolitik und -debatte wird in sechs Phasen gegliedert, wobei die mit der Kernkraftfrage zusammenhängenden Entwicklungen und Ereignisse, die jeweils das Ende bzw. den Anfang einer Phase markieren, ganz unterschiedlicher Art sind. Es sind

1. die Interpellation im Oktober 1972,
2. der Parlamentsbeschuß im Mai 1975,
3. die Reichstagswahl im September 1976,
4. die Regierungskrise im Oktober 1978,
5. der Reaktorunfall in Harrisburg im März 1979, und
6. die Volksabstimmung im März 1980.

Die sechs energiepolitischen Phasen werden - vornehmlich aus pragmatischen Gründen - in zwei Abschnitte unterteilt:

1. das politisch-administrative System und
2. das sozio-kulturelle System.

Dies geschieht auf der Grundlage des folgenden schematisch dargestellten theoretischen Zusammenhangs, den Jürgen Habermas von Claus Offe übernommen und leicht verändert wiedergegeben hat<sup>1</sup>:



<sup>1</sup>Vgl. Habermas 1973<sup>2</sup>, S.15 und Offe 1973, S.213.

Offe bezeichnet das sozio-kulturelle System auch als "normatives (legitimatorisches) System". Die Legitimationsprobleme des schwedischen Staates werden im dritten Kapitel dieser Arbeit angesprochen; im Rahmen der Verlaufsanalyse ist es sinnvoller, die Bezeichnung "sozio-kulturelles System" zu verwenden - so kommt schon begrifflich ein wesentliches Merkmal des schwedischen Atomkonflikts zum Ausdruck: Die Basisbewegung gegen Kernkraftwerke wird von sehr vielen "Kulturschaffenden" getragen.

Bei der Verlaufsanalyse konzentriere ich mich auf die beiden wichtigsten Akteure:

1. die Parteien als Bestandteil des politisch-administrativen Systems (vier der fünf im Reichstag vertretenen Parteien hatten während des Untersuchungszeitraums zeitweilig die Regierungsposition inne), und
2. die Bürgerinitiativen als Bestandteil des sozio-kulturellen Systems (sie nennen sich u.a. Energie- oder Umweltgruppen).

Dabei wird besondere Aufmerksamkeit auf die Wechselwirkung zwischen dem Parteiensystem und der Basisbewegung gerichtet. Das ökonomische System wird nicht gesondert, sondern im Zusammenhang mit der Entwicklung auf der politischen und der gesellschaftlichen Ebene betrachtet. Dabei wird keineswegs davon ausgegangen, daß die Ökonomie die Politik determiniert. Bei der Analyse der energiepolitischen Entwicklung wird vielmehr ein teilautonomer Handlungsspielraum der Politiker vorausgesetzt, und bei der Analyse des Verhaltens der einzelnen Parteien und Politiker werden folgende Faktoren zur Erklärung herangezogen:

1. die Parteienkonkurrenz, d.h. wahltaktische Überlegungen,
2. die ökonomische Situation und
3. die innerparteilichen Machtverhältnisse.

Die einzelnen energiepolitischen Phasen unterscheiden sich stark in bezug auf ihre Länge und die Häufigkeit relevanter Ereignisse und Entwicklungen - wo es mir sinnvoll erscheint, stelle ich dem betreffenden Abschnitt einen zusammenfassenden Überblick voran.

## 2.1 Die "unpolitische" Phase (1945 bis Oktober 1972)

### 2.1.1 Politisch-administratives System:

#### Konsensuelle Entwicklung unter sozialdemokratischer Administration

Schwedens energiepolitische Entwicklung wurde von der sozialdemokratischen Partei geprägt, die bis 1976 die "dominierende Regierungspartei"<sup>1</sup> war. Nur in den 50er Jahren hatte sie zeitweilig zusammen mit einer anderen Partei regiert<sup>2</sup>. Damals bildete sie mit dem Bauernverband die "rot-grüne Koalition" - mit der Partei also, die ab 1973, jetzt als "Zentrumspartei" (Centerpartiet)<sup>3</sup>, zu ihrem energiepolitischen Hauptgegner wurde. Bis dahin waren sich alle fünf im Reichstag vertretenen Parteien grundsätzlich einig über die kommerzielle Nutzung der Atomenergie: Die Kernkraftfrage war keine politische Streitfrage.

Die schwedischen Sozialdemokraten hatten die Energieversorgung schon sehr früh als ein Zukunftsproblem erkannt, das durch den Staat bearbeitet werden sollte. 1946 betonte der damalige Kultusminister Tage Erlander, der noch im selben Jahr Per Albin Hansson als Regierungschef ablöste, den Bedarf an Forschung über geeignete Methoden der praktischen Ausnutzung der Atomenergie.<sup>4</sup> Während in den meisten Staaten militärische Interessen für den Beginn mit Atomforschung offensichtlich ausschlaggebend waren und energiepolitische Ziele erst später an Bedeutung gewannen, "ist es unmöglich zu sagen, aus welchem Motivationskreis die schwedische Regierung die Anregung für ihre Atompolitik bekam"<sup>5</sup>. Die Planung des zivilen Atomprogramms in den 40er und 50er Jahren war lange Zeit von intensiven Diskussionen auf höchster politischer Ebene über ein militärisches Atomprogramm begleitet, in denen es um die Frage

---

<sup>1</sup>Fenner 1978, S.462.

<sup>2</sup>Vgl. Berglund/Lindström 1978, S.149.

<sup>3</sup>Vgl. Fryklund u.a. 1972.

<sup>4</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.22.

<sup>5</sup>Annerstedt 1972, S.68. Soweit nicht anders angemerkt, beruhen die folgenden Ausführungen auf dieser Veröffentlichung.

ging, ob Schweden Atomwaffen entwickeln und produzieren sollte. Anfang der 60er Jahre wurden diese Pläne praktisch aufgegeben.

Die Vorbereitungen für das schwedische Atomprogramm, das 1956 vom Reichstag beschlossen wurde, und dessen Hauptziel die Entwicklung einer Selbstversorgung garantierenden Nukleartechnologie war, begannen schon 1945. Zwei Jahre später wurde die AB Atomenergi<sup>1</sup> gegründet, eine in Studsvik südwestlich von Stockholm gelegene Einrichtung für Forschung und Entwicklung mit dem schwedischen Staat als Mehrheitseigner, an dem 24 Privatunternehmen beteiligt waren. Bis Ende der 60er Jahre war die schwedische Atomforschung vom Ziel der nationalen Unabhängigkeit geprägt, das in der seit 1956 sogenannten "schwedischen Linie" der Reaktortechnik zum Ausdruck kam, bei der natürliches Uran als Brennstoff und schweres Wasser als Moderator verwendet wird.

Die Möglichkeit der schwedischen Regierung, ein eigenes Atomprogramm zu entwerfen und mit seiner Realisierung zu beginnen, noch bevor die USA ihre Kampagne "Atome für den Frieden" starteten und die Restriktionen für die Verbreitung von kerntechnischen Informationen sowie den Verkauf von Reaktorbrennstoff aufhoben, und noch bevor 1955 im Zusammenhang mit einer UNO-Konferenz in Genf der internationale Durchbruch der Atomenergie erfolgte<sup>2</sup>, beruhte auf der Tatsache, daß Schweden über große uranhaltige Schieferenvorkommen verfügt, mit deren Abbau Anfang der 50er Jahre begonnen wurde. 1953 wurde mit der Arbeit in der Extraktionsanlage Kvarntorp<sup>3</sup>, die sich wie die Urangrube in Mittelschweden befindet, begonnen. Der erste Versuchsreaktor (R1), dem das gewonnene Uran in nichtangereicherter Form als Brennstoff dienen sollte, wurde 1954 in Ägesta in der

---

<sup>1</sup>AB = Aktiebolag (Aktiengesellschaft).

<sup>2</sup>Vgl. Jungk 1977<sup>5</sup>, S.134ff und Anér 1979, S.15off.

<sup>3</sup>Vgl. Ranst<sub>ad</sub> och kärnkraften 1977, S.8.

Nähe von Stockholm in Betrieb genommen. Ein zweiter Schwerwasserreaktor (R2) sollte in Studsvik entstehen. Nachdem sich die internationalen Bedingungen geändert hatten, entschloß AB Atomenergi sich, ausnahmsweise von der schwedischen Linie abzuweichen und einen amerikanischen Leichtwasserreaktor zu kaufen.

Diese schwedische Linie, die fortgesetzte Orientierung auf die Schwerwasser - Reaktortechnik, wurde 1956 vom Reichstag befürwortet, der gleichzeitig ein großes und ehrgeiziges Atomprogramm verabschiedete, für das enorme Forschungsmittel zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem wurde beschlossen, daß der Staat auch weiterhin dominierender Entscheidungsträger sein sollte, weil

1. die Kernenergieforschung im Vergleich mit anderer Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht eine Sonderstellung einnehme,
2. die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der Kernenergie eine weitsichtige Entwicklungsarbeit und damit die Konzentration großer Ressourcen erfordere, und
3. als Konsequenz eine zentrale Planung und Handhabung des Kernenergiesektors notwendig sei.<sup>1</sup>

Die schwedische Linie der Atomforschung baute auf einer großen Anzahl von projektierten Wärme- und Elektrizitätsreaktoren sowie anderer Anlagen für verschiedene Prozesse im Brennstoffzyklus auf. Vor allem sollte die Kapazität für den Bau einer Serie kleinerer Wärmekraftwerke für die Beheizung der Städte geschaffen werden. Der Forschungsbetrieb in Studsvik wurde nach der Verabschiedung des Atomprogramms stark ausgebaut, und AB Atomenergi hatte die Möglichkeit, Entwicklungsarbeiten von Privatunternehmen ausführen zu las-

---

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.22f.

sen, so daß die staatlichen Forschungsgelder teilweise bei den Unternehmen landeten, die im Vorstand der halbstaatlichen Atomgesellschaft repräsentiert waren. In der ersten Hälfte der 60er Jahre waren die finanziellen Aufwendungen des schwedischen Staates absolut und relativ gesehen sehr groß: Ungefähr ein Viertel sämtlicher staatlicher Forschungsgelder wurde jedes Jahr für das Atomprogramm verwendet. In dieser Zeit wurden auch die naturwissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungskapazitäten der Universitäten und Hochschulen bedeutend ausgebaut, um qualifiziertes Personal an den Forschungsprojekten zu beteiligen und für wissenschaftlichen Nachwuchs zu sorgen.

In den 60er Jahren konzentrierte sich die Arbeit auf drei große Forschungsprojekte: das Extraktionswerk für Uran in Ranstad sowie die Reaktoren R3 in Ägesta und R4 in Marviken. Der Bau des Ranstadwerks, das wesentlich größer werden sollte als die Kvarntorp - Anlage, begann 1959, und es wurde sechs Jahre später fertiggestellt. In dieser Zeit sank der Weltmarktpreis für Reaktorbrandstoff, während sich die Zugangsmöglichkeit erhöhte, und 1965 erwies sich das Ranstad - Werk als Fehlinvestition, nachdem es nur zwei Wochen in voller Kapazität betrieben worden war.<sup>1</sup> Beim Ägesta Reaktor bestand die Regierung darauf, daß die schwedische Linie weiterverfolgt wurde. Dabei unterschätzte sie die technischen Schwierigkeiten, die dazu führten, daß R3 doppelt so teuer wie geplant wurde. Dieser Reaktor war gleichzeitig Forschungsanlage und Wärmekraftwerk, und am Projekt war das staatliche Energieunternehmen Vattenfall (Statens Vattenfallsverk) beteiligt, das kommerzielle Interessen verfolgte. Nachdem der Ägesta - Reaktor 1964 fertiggestellt war, konnte er aber nicht mit anderen Kraftwerken konkurrieren. Da er Elektrizität und Wärme nicht zu Marktpreisen

---

<sup>1</sup>Vgl. Ranstad och kärnkraften 1977, S.8.

produzieren konnte, blieb er auf staatliche Subventionen angewiesen. Er hatte aber wenigstens - wie das Ranstad-Werk - technisch funktioniert. Das Marviken - Projekt wurde 1970 auf Grund sicherheitstechnischer Unzulänglichkeiten abgebrochen, aber die ausschlaggebende Kritik betraf die mangelnde Konkurrenzfähigkeit des Schwerwasserreaktors und der schwedischen Linie der Reaktortechnologie überhaupt. Als 1964 - zu diesem Zeitpunkt befand sich die schwedische Forschung noch im Experimentierstadium - in den USA der kommerzielle Durchbruch der Leichtwassertechnologie gelang, und die amerikanischen Leichtwasserreaktoren wirtschaftlich attraktiver wurden, zog sich Vattenfall mit der Begründung aus dem Marviken - Projekt zurück, daß die schwedische Linie mit ökonomischen Argumenten nicht mehr gerechtfertigt werden könnte. Die schwedische Industrie, die die staatliche Forschungspolitik bis dahin aktiv unterstützt hatte, schloß sich der Kritik an, die von der liberalen und der konservativen Partei ins Parlament gebracht wurde. Sie forderten 1965 im Reichstag, nicht noch mehr Geld für das Marviken - Projekt hinauszuerwerfen und es zu stoppen. Beide Gründe, die ursprünglich für die schwedische Schwerwasserlinie sprachen bestünden jetzt nicht mehr:

1. der Kostenvorteil des natürlichen gegenüber angereicher-tem Uran oder einer Anreicherungsanlage, und
2. die Herstellung eigener Atomwaffen.<sup>1</sup>

Alle drei hervortretenden Opponenten der sozialdemokratischen Forschungspolitik, die beiden bürgerlichen Parteien und das staatliche Unternehmen Vattenfall, waren

---

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.25.

schon früher mit Kritik in Erscheinung getreten: 1956 stellte die parlamentarische Rechte einen gemeinsamen Antrag, in dem die einseitige Ausrichtung der Reaktortechnologie sowie die staatliche Dominanz in der Forschung kritisiert wurden. Vattenfall äußerte 1960 den Wunsch, einen amerikanischen Leichtwasserreaktor zu importieren, der 1965 fertiggestellt werden könnte. Ihre Ablehnung begründete die sozialdemokratische Regierung damit, daß der Import ausländischer Reaktor Konstruktionen zu große und wirtschaftlich unrentable Ausgaben erforderte. Die Lücke in der Elektrizitätsproduktion, die für die 60er Jahre absehbar war, gedachte sie durch den Bau von Ölkraftwerken zu schließen - Öl war zu diesem Zeitpunkt noch billig auf dem Weltmarkt zu bekommen.<sup>1</sup>

Unter den veränderten Bedingungen Mitte der 60er Jahre ging die Regierung angesichts der mit vereinten Kräften vorgebrachten Kritik sofort in die Defensive: Das erste für die kommerzielle Nutzung bestimmte Atomkraftwerk (Oskarshamn 1) wurde 1965 beim schwedischen Elektrokonzern ASEA in Auftrag gegeben, der einen Leichtwasserreaktor bauen sollte - in amerikanischer Lizenz. Damit wurde der Grundstein für das (ursprüngliche) schwedische Atomprogramm (24 Kernkraftwerke bis 1990<sup>2</sup>) gelegt, das im Verhältnis zur geringen Bevölkerungszahl (8,3 Millionen Menschen in einem Staatsgebiet, das mit dem Frankreichs oder Großbritanniens zu vergleichen ist<sup>3</sup>) mit 400 Watt je Einwohner das größte der Welt ist - "erst mit erheblichem Abstand folgen die USA (219W), Kanada (184W), Belgien (178W), Schweiz (106W), Großbritannien (149W), BRD (103W)..."<sup>4</sup>. Nachdem das bereits 1956 mit den USA abgeschlossene Abkommen über eine begrenzte Zusammenarbeit in Kernenergiefragen Mitte 1969 durch ein neues und erweitertes Abkommen für die Dauer von 30 Jahren er-

---

<sup>1</sup>Vgl. ebd., S.23f.

<sup>2</sup>Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 21.2.1975.

<sup>3</sup>Vgl. Wikdahl 1979, S.2.

<sup>4</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 18.8.1977, zit. nach Atomenergie International o.J., S. 126.



gänzt worden war, dessen Hauptpunkt die amerikanische Verpflichtung zum Verkauf einer bestimmten Menge angereicherter Urans ist<sup>1</sup>, wurden die Atomkraftwerke Oskarshamn 1 und 2, Ringhals 1 und 2 sowie Barsebäck 1 gebaut - "vorausgegangen waren einstimmige Beschlüsse des Reichstags, die ohne Diskussion zustande kamen."<sup>2</sup>

Die sozialdemokratische Regierung entsprach nicht nur der Kritik an der von ihr befürworteten Reaktortechnik, sondern auch der Kritik an der staatlichen Steuerung. Nachdem sie mit ihrer schwedischen Linie gescheitert war, beschloß sie 1968, die Kernenergiepläne der Privatindustrie zu befürworten und sich mit dem Elektrokonzern ASEA, dem für den schnellen Ausbau das Kapital fehlte, in einer Aktiengesellschaft zusammenzutun. 1969 wurde die AB ASEA-Atom gegründet, und an dieses halbstaatliche Unternehmen ging von da an der Großteil der staatlichen Forschungsgelder, die jedoch nicht mehr so umfangreich waren wie in der ersten Hälfte der 60er Jahre: damals nahmen sie jährlich um 8 Prozent zu, seit 1966 um jährlich 16 Prozent ab.<sup>3</sup> Während die sozialdemokratische Regierung in den 50er und bis zum Ende der 60er Jahre der dominierende Entscheidungsträger in der Forschungspolitik war ( die Verantwortung lag zunächst beim Handels-, später beim Industrieminister), mußte sie sich zu einem Zeitpunkt, als die Forschungspolitik zur Energiepolitik wurde<sup>4</sup>, und die sozialdemokratische Partei über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügte, die Entscheidungsgewalt über Atomenergieforschung mit Vertretern des größten schwedischen Elektrokonzerns teilen. Gleichzeitig ging die jetzt relativ einflußlose AB Atomenergi ganz in Staatsbesitz über.

Die Kritik, die von der liberalen und der konserva-

---

<sup>1</sup>Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 10.7.1971.

<sup>2</sup>Westmann 1979, S.232.

<sup>3</sup>Vgl. Annerstedt 1972, S.66.

<sup>4</sup>Vgl. ebd., S.77.

tiven Oppositionspartei im Parlament sowohl in den 50er als auch in den 60er Jahren geäußert wurde, basierte auf der traditionellen Konfliktlinie in der schwedischen Politik, der Links-Rechts - Dimension, und sie bedeutete keinen atom politischen Dissens. Bis Anfang der 70er Jahre fand im schwedischen Reichstag weder eine energiepolitische Debatte im weiteren Sinne noch eine Sicherheitsdebatte statt. Die Gefahren der Atomkraft wurden, wenn überhaupt, von den beiden Parteien angesprochen, die die Kernenergie später "partecipolitisiert"<sup>1</sup> und den Protest gegen Atomkraftwerke zum integralen Bestandteil des schwedischen politischen Systems gemacht haben: Ende der 50er Jahre traten der kommunistische Parteiführer Hilding Hagberg mit einer Anfrage und die Zentrumsfraktion mit einem Antrag in dieser Hinsicht in Erscheinung. Beide Aktivitäten bezogen sich auf das Ägesta-Werk, aus dem radioaktives Wasser in den See Magelungen bei Stockholm gelangt war. Von Regierungsseite wurde damals geantwortet, daß eine vollständige Reinigung des Sees zu teuer und der Zustand "nach Expertenmeinung" ungefährlich sei. Die Fraktion der Zentrumsparlei betonte den Anspruch der Bevölkerung auf Sicherheit, dem man bei der Durchführung des Atomprogramms gerecht werden müsse, "aber es war der rein psychologische Aspekt, den man als wichtig erachtete".<sup>2</sup>

Die Haltung der schwedischen Parteien zur Atomkraft war zu Beginn der 70er Jahre unverändert. In einem 1970 gestellten Antrag unterstrich die Zentrumsfraktion die Notwendigkeit der Atomkraft für die Produktion: Der Import von Öl könnte sowohl teuer als auch unsicher werden, und deshalb sei es "notwendig, daß Schweden (...) die Kernkraftwerke immer mehr ausbaut."<sup>3</sup> Und so geschah es dann auch: 1970 und 1971 beschlossen die fünf Reichstagsparteien gemeinsam, sechs weitere Atomkraftaggregate zu bauen (Oskarshamn 3,

---

<sup>1</sup>Dieser Begriff wird in Holmberg u.a.1977 verwendet.

<sup>2</sup>Ebd., S.24.

<sup>3</sup>Zit. nach ebd., S.27.

Ringhals 3 und 4, Barsebäck 2, Forsmark 1 und 2<sup>1)</sup>, so daß am Ende dieser Phase der schwedischen Atompolitik elf Kernkraftwerke geplant oder im Bau waren - eines davon, Oskarshamn 1, nahm Ende 1972 den Betrieb auf, "ohne Proteste der ansässigen Bevölkerung"<sup>2)</sup>.

### 2.1.2 Sozio-kulturelles System:

#### "Unerhörte" Warnungen vor den Gefahren der Atomkraft

Gegen die zivile Nutzung der Atomkraft gab es während der ersten Phase der schwedischen Atompolitik kaum Widerstand von seiten der Bevölkerung - von einem Atomkonflikt kann nur in bezug auf die vieldiskutierte militärische Anwendung die Rede sein. Mitte 1958 organisierten sich die schwedischen Atomkraftgegner in der AMSA (Aktionsgruppen mot svensk atombomb), die mehrere "Märsche gegen die Atombombe" veranstaltete.<sup>3)</sup>

In den 60er Jahren hatte der bekannte Physiker Hannes Alfvén vor dem Atomprogramm der Regierung gewarnt, der 1973, jetzt als Nobelpreisträger, eine Schlüsselrolle bei der Thematisierung und Politisierung der Kernkraftfrage spielte. Alfvén saß ab 1956 als einer der Staatsrepräsentanten im Vorstand von AB Atomenergi, bis er diesen Posten Mitte der 60er Jahre verließ. Damals kritisierte er den Plan, in Marviken einen Schwerwasserreaktor zu bauen<sup>4)</sup>. 1970 wurde er auch zum Kritiker des Leichtwasserprogramms, "aber wieder wurden seine Warnungen nicht gehört".<sup>5)</sup>

Hannes Alfvén kann zu den "aktivistischen Wissenschaftlern" gezählt werden, die die Kernkraftdebatte von Nordamerika nach Europa transportierten - er war 1968 nach San Diego in den USA gegangen und "hatte dort in der Kernkraft-

---

<sup>1)</sup> Vgl. dazu die ausführlichen Berichte der französischen Wirtschaftszeitungen L'Usine Nouvelle vom 7.2.1974 ("Nucléaire. La Suède joue de ses charmes") und Entreprise vom 8.2.1974 ("Nucléaire: Ceux qu'on n'attendait pas").

<sup>2)</sup> Westmann 1979, S.232.

<sup>3)</sup> Dagens Nyheter berichtete am 21.8.1979 rückblickend darüber: Am Pfingstmarsch 1962 von Södertälje nach Stockholm nahmen 30 000 Personen teil. Dieser Protest richtete sich jedoch nicht - wie der Protest gegen die (Fortsetzung nächste Seite)

frage umgelernt."<sup>1</sup> Über den Beginn des internationalen Atomkonflikts führt Helga Nowotny aus:

"In den späten sechziger Jahren wurden in den USA die kritischen Stimmen von a k t i v i s t i s c h e n W i s s e n s c h a f t l e r n laut, die über schädliche radioaktive Emissionen berichteten und die von den amerikanischen Behörden für zivile Reaktoren festgesetzten Standards als unzureichend attackierten. Die Kritik, die von den Massenmedien und einer für Umweltgefahren bereits sensibilisierten Öffentlichkeit bereitwillig aufgegriffen wurde, sollte den Ausgangspunkt für eine Reihe ähnlicher Auseinandersetzungen bilden, die eines gemeinsam hatten: wissenschaftliche Aktivisten bezeichneten die vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen als unzuverlässig und warnten eindringlich vor den Folgen, falls die zuständigen Behörden nicht schnellstens geeignete Schritte unternähmen, um die Gefahr abzuwenden. Diese Angriffe wurden von Anfang an im vollen Rampenlicht der Öffentlichkeit ausgetragen, was zweierlei zur Folge hatte: den wissenschaftlichen Aktivisten wurde von anderen Experten, zunächst von solchen, die innerhalb der Kernenergieindustrie oder der attackierten Behörden arbeiteten, widersprochen, was ein geteiltes wissenschaftliches Lager schuf. Weiters wurde die Öffentlichkeit von Wissenschaftlern alarmiert, wohl in der zutreffenden Überlegung, daß eine Änderung der Sicherheitsvorschriften nur dann zu erreichen ist, wenn von seiten der Öffentlichkeit mit wissenschaftlicher Unterstützung Druck auf Politiker und Behörden ausgeübt wird. Obwohl sich in Europa die a k t i v i s t i s c h e P h a s e weniger dramatisch abspielte als in den USA, fand das von amerikanischen Wissenschaftlern gesetzte Beispiel eine Reihe von Nachfolgern, die auch die Flucht in die Öffentlichkeit antraten."<sup>2</sup>

---

Fortsetzung:

Atomkraftwerke - in erster Linie gegen die Sozialdemokraten, die der militärischen Nutzung der Atomkraft wesentlich kritischer gegenüberstanden als der zivilen Anwendung. Über den "alten" Atomkonflikt im schwedischen Parteiensystem führt Richard F. Tomasson aus: "During the late 1950s the traditional stances of the parties emerged over the issue of whether Sweden should become a nuclear power. The Social Democrats, in line with their pacifist heritage, were opposed to any involvement with nuclear weapons. The Conservatives, also true to their heritage of strong emphasis on national defense, supported Sweden's becoming a nuclear power. The Agrarians also supported nuclear weapons, but with more qualifications than the Conservatives. The Liberals, as on so many issues, were divided." (Tomasson 1970, S.51).

<sup>4</sup>Vgl. Isberg 1976, S.34.

<sup>5</sup>Jamison 1977, S.30.

<sup>1</sup>Leijonhufvud 1979, S.29.

<sup>2</sup>Nowotny 1979, S.197.

Der schwedische Wissenschaftler Alfvén versprach sich Öffentlichkeitswirksamkeit von der UN-Umweltkonferenz, die vom 5. -16. Juni in Stockholm stattfand, und auf der 120 Nationen sowie ca. 200 internationale Organisationen vertreten waren<sup>1</sup>, und er versuchte in diesem Rahmen, seine Kritik am schwedischen Atomprogramm vorzubringen. Da er jedoch weder Kernkraftexperte noch Regierungsrepräsentant war, wurde er auf die gleichzeitig in Stockholm stattfindenden "alternativen Konferenzen" verwiesen.<sup>2</sup> Diese Alternativkonferenzen wurden von schwedischen Bürgerinitiativen bzw. Umwelt- und Alternativgruppen veranstaltet, die zwar die "Grenzen des Wachstums" thematisiert, die Energiepolitik der Regierung bis zu diesem Zeitpunkt jedoch nur vereinzelt problematisiert hatten.<sup>3</sup> Erst nach der Umweltkonferenz, im Herbst 1972, als das Atomprogramm der schwedischen Regierung auch im Parlament angezweifelt wurde, "kam der organisierte Widerstand gegen die Kernkraft langsam ins Rollen."<sup>4</sup>

## 2.2 Die Politisierungsphase (Oktober 1972 bis Mai 1975)

### 2.2.1 Politisch-administratives System:

#### Polarisierung der Parteien

Die zweite Phase der energiepolitischen Entwicklung begann im Oktober 1972 mit einer parlamentarischen Anfrage der Zentrumsabgeordneten Birgitta Hambræus an die sozialdemokratische Regierung, die das Atomprogramm in Frage stellte und "das Interesse des Zentrumsführers Thorbjörn Fälldin weckte"<sup>5</sup>. Ein halbes Jahr später übernahm die Zen-

---

<sup>1</sup>Vgl. Küppers u.a. 1978, S.123.

<sup>2</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.29.

<sup>3</sup>Auf derartige Aktivitäten von noch sehr lose organisierten Umweltgruppen machte die Züricher Zeitung "Finanz und Wirtschaft" am 11.12.1971 ihre Leser aufmerksam: "Die Gegner der Kernkraftwerkbauten sind allerdings auch nicht ganz untätig. Sie befürchten bei einem so umfangreichen Ausbau der auf Kernkraft basierenden Energieproduktion weitreichende und sehr unglückliche Veränderungen der Wassertemperatur der Ostsee, eine Vergiftung der weiten Umgebung der Kraftwerke und unglückliche Folgen für die Meeresfauna."

<sup>4</sup>Ivarsson/Kågeson 1976, S.18.

<sup>5</sup>Leijonhufvud 1979, S.32.

trumspartei des Atomprotest in ihr Programm und zwang die anderen Parteien, in der Frage des geplanten Ausbaus der Kernenergieversorgung, die bis dahin nur auf administrativer Ebene behandelt worden war, Stellung zu beziehen. Schweden ist das erste europäische Land, in dem die Kernkraftfrage zur politischen Streitfrage wurde, und der Meinungsbildungsprozeß war - vereinfachend gesagt - eine Politisierung "von oben"<sup>1</sup>.

Innerhalb der Zentrumspartei kam die politisch durchschlagende Kritik an den Atomkraftwerken nicht von der Parteibasis, sondern vom staatstragenden Teil der Partei. Beide Initiatoren der Kernenergie-debatte, die von Hannes Alfvén beeinflusst wurden, waren Funktionsträger im politischen Entscheidungszentrum: Birgitta Hambraeus war seit 1971 Mitglied des Parlaments, und Thorbjörn Fälldin war als Parteivorsitzender und Oppositionsführer gleichzeitig potentieller "Staatsminister"<sup>2</sup> und Nachfolger des sozialdemokratischen Regierungschefs Olof Palme.

Birgitta Hambraeus hatte im Sommer 1972 direkten Kontakt zum Nobelpreisträger Alfvén aufgenommen, nachdem dieser daran gehindert worden war, auf der in Stockholm stattfindenden Umweltkonferenz der UNO über die Gefahren der Atomkraft zu sprechen. Sie führte seine Argumente in ihrer Interpellation vom 25. Oktober 1972 aus und schloß mit folgenden drei Fragen an den verantwortlichen Industrieminister:

1. "Meint der Minister, daß die Tatsache, daß Staat und Wirtschaft viel Geld in die Atomenergie gesteckt haben, uns daran hindert, die Vor- und Nachteile des fortgesetzten Ausbaus der Atomkraft in Schweden voraussetzungslos zu diskutieren?"

---

<sup>1</sup>Jamison 1977, S.28.

<sup>2</sup>In Schweden wird der Ministerpräsident "statsminister" genannt.



2. Meint der Minister, daß es moralisch zu verantworten ist, Abfallstoffe zu produzieren, die von kommenden Generationen in unübersehbarer Zukunft mit technisch komplizierten Methoden überwacht und gehandhabt werden müssen, und die die Biosphäre irreparabel schädigen werden, wenn die Wartung aufhört?
3. Meint der Minister (nicht auch), daß die wachsenden Mengen radioaktiven Abfalls von den abgebrannten Brennelementen der Kernkraftwerke ein genügend großes Problem darstellt, um die Frage des zukünftigen Kernkraftausbaus dem Reichstag zur Entscheidung zu unterbreiten?"<sup>1</sup>

Industrieminister Rune Johansson antwortete am 30. November vor dem Parlament, daß die Regierung bereit sei, die Verantwortung für die Probleme der kommenden Generationen zu übernehmen - "ausgehend von den Möglichkeiten, die unsere Techniker und Wissenschaftler uns zur Verfügung gestellt haben."<sup>2</sup> In der Frage der Verwendung des radioaktiven Abfalls gab er der Zentrumsabgeordneten dahingehend Recht, daß er das Problem als noch nicht gelöst bezeichnete. Die Debatte basierte auf der Voraussetzung eines vollständigen Brennstoffkreislaufs, zu dem notwendigerweise die Aufarbeitung des radioaktiven Abfalls gehört, die Schweden bisher im Ausland vornehmen ließ. Johansson meinte, daß es innerhalb des nächsten Jahrzehnts notwendig sein könnte, Möglichkeiten der Abfallbehandlung in Schweden selbst zu schaffen, und er gab - vielleicht als direktes Resultat der Interpellation - die Untersuchung dieses Problems in Auftrag.<sup>3</sup>

Dieser ersten, individuellen parlamentarischen Initiative der Zentrumsabgeordneten Hambræus wurde nicht so viel öffentliche und internationale Aufmerksamkeit geschenkt wie

---

<sup>1</sup>Zit. nach Leijonhufvud 1979, S.30; vgl. auch Anér 1979, S.159.

<sup>2</sup>Zit. nach Hambræus 1974<sup>4</sup>, S.66 (Anhang).

<sup>3</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.31f.

der zweiten parlamentarischen Aktion in Sachen Atomkraftwerke im Mai 1973, als die gesamte Zentrumsfraktion einen Moratoriumsantrag unterstützte. Im Frühjahr 1973 hatte der Wirtschaftsausschuß des Reichstags, dem Birgitta Hambraeus angehörte, mehrere Expertenhearings über verschiedene Aspekte der Atomkraftnutzung veranstaltet. Hannes Alfvén war auch eingeladen worden, und seine Ausführungen motivierten den Ausschuß, eine parlamentarische Debatte zu initiieren. Am 15. Mai 1973 legte er dem Reichstag einen Antrag vor, der eine Mißbilligung der über die Reichstagsbeschlüsse von 1970 und 1971 hinausgehenden Planung von 13 zusätzlichen (also insgesamt 24) Atomkraftwerken bedeutete, und der von der ausländischen Presse als eine "ungewöhnliche und aufsehenerregende Maßnahme"<sup>1</sup> bezeichnet wurde: Der Reichstag sollte keinen Beschluß über den Bau weiterer Kernkraftwerke fassen, bevor ihm nicht eine neue und umfassende Beschlußunterlage vorläge. Dieser den noch nicht parlamentarisch bewilligten, aber von der Regierung fest eingeplanten 13 Atomkraftwerken geltende Antrag wurde vom Reichstag angenommen, der sich zum Ziel setzte, spätestens 1975 eine Entscheidung über die Energiegewinnung der 80er Jahre zu fällen. Ein Zusatzantrag, der sich auf die 11 bereits bewilligten Kernkraftwerke bezog, wurde jedoch abgelehnt: Zwei der drei Zentrumsmitglieder sowie das kommunistische Mitglied des Wirtschaftsausschusses hatten gefordert, den Ausbau der Kernenergieproduktion in Schweden ein Jahr lang zu unterbrechen.<sup>2</sup> Mit ihrem Antrag, die Mittel für das vierte Ringhals - Aggregat nicht zu bewilligen, die in Bau befindlichen Atomkraftwerke nicht fertigzustellen sowie innerhalb dieser Frist kein fertiggebautes Kernkraftwerk in Betrieb zu nehmen, zogen diese drei Ausschußmitglieder die radikalere Konsequenz aus Alfvéns Warnungen.

---

<sup>1</sup>Finanz und Wirtschaft (Zürich) vom 23.5.1973.

<sup>2</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 9/1973, S.596.



Parallel zur Entwicklung des Atomkonflikts auf parlamentarischer Ebene erfolgte eine Umorientierung in der Spitze der Zentrumspartei, bei der Hannes Alfvén, gut in das strategische Kalkül des Parteiführers Fälldin passend<sup>1</sup>, eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Nachdem Fälldin in Begleitung von Birgitta Hambræus am 2. Mai 1973 mit dem Wissenschaftler zusammengetroffen war, machte er am 13. Mai seine ersten, vorsichtigen Äußerungen über die Gefahren der Kernkraft.<sup>2</sup> "Damals beschloß er, daß diese Frage in die politische Debatte eingeführt werden muß."<sup>3</sup> Wie ihr Abstimmungsverhalten im Reichstag Mitte Mai zeigte<sup>4</sup>, schwenkte die Zentrumsfraktion sofort voll auf die neue Linie ihres Parteiführers ein.<sup>5</sup> Die Partei a s i s mußte jedoch erst noch überzeugt werden. Zu diesem Zweck lud Thorbjörn Fälldin den angesehenen Physiker und Nobelpreisträger zum Mitte Juni 1973 stattfindenden Parteitagein, wo Alfvén seinen ersten und vielbeachteten Einsatz für die Zentrumspartei zeigte.<sup>6</sup> Fälldin instrumentalisierte den Wissenschaftler, um den Mitgliedern das neue Parteiprofil, das er dadurch zu schaffen beabsichtigte, daß er "die auf dem Höhepunkt der 'grünen Welle' populär gewordenen Argumente gegen die wachstumsverpflichtete Industriegesellschaft nun auf die Kernkraftfrage übertrug"<sup>7</sup>, schmackhaft zu machen. Er berichtete später selbst, wie zaudernd sie seinen Absichten zunächst gegenübergestanden hätten, und wie es ihm nach und nach geglückt sei, die Partei davon zu überzeugen, daß man die ganze Kernkraftgesellschaft in Frage stellen müsse.<sup>8</sup> Sein Erfolg kam dadurch zum Ausdruck, daß die Zentrumspartei 1973 die Ablehnung der Atomkraft zu einem Hauptpunkt in ihrer Parteiprogrammatik machte<sup>9</sup>, und Hannes Alfvén sich von da an immer stärker mit der Energiepolitik des Zentrums identifizierte.<sup>10</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Jamison 1977, S.28.

<sup>2</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.33f.

<sup>3</sup>Hammerich 1977, S.101.

<sup>4</sup>Vgl. Hambræus 1974<sup>4</sup>, S.67 (Anhang).

<sup>5</sup>Vgl. Isberg 1976, S.18.

<sup>6</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.34.

<sup>7</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 29.5.1975.

<sup>8</sup>Vgl. Hammerich 1977, S.101f.

Vor dem Beginn der Ölkrise im Herbst 1973 ist die energiepolitische Situation in Schweden durch folgende Entwicklungen gekennzeichnet:

1. Die sozialdemokratische Regierung kann nicht mehr davon ausgehen, daß ihre (mit denen der Industrie identischen) atom-energiepolitischen Pläne wie bisher vom Parlament diskussions- und bedingungslos befürwortet werden: Der Reichstag fordert eine Überprüfung des parlamentarisch noch nicht abgesetzten Teils des Kernkraftprogramms.
2. Die größte bürgerliche Oppositionspartei bricht mit dem energiepolitischen Grundkonsens, stellt auch den zu Beginn der 70er Jahre einstimmig beschlossenen Teil des Atomprogramms in Frage und beginnt, sich als Antikernkraftpartei zu profilieren.
3. Die parteipolitische Instrumentalisierung des Atomkonflikts zeichnet sich ab; die politische Kontroverse um die Kernenergie ist jedoch noch zu schwach konturiert, um Einfluß auf das Ergebnis der Reichstagswahlen im September 1973 zu haben.<sup>1</sup>

Mit der Ölkrise im Winter 1973/74 begann im schwedischen Parteiensystem ein Polarisierungsprozeß, der die Politisierungsphase fortsetzte; erst die Ölkrise stellte die Energiefrage in den Mittelpunkt der politischen Debatte und leitete einen intensiven Meinungsbildungsprozeß ein, der bis zum Frühjahr 1975 dauerte. Sie hatte weiter zur Folge, daß die ein Jahr zuvor begonnene A t o m energiedebatte zu einer

---

Fortsetzung:

<sup>9</sup>Vgl. Sandström 1978b, S.3.

<sup>10</sup>Vgl. Daléus 1977, S.4.

<sup>1</sup>Das Zentrum gewann zwar über fünf Prozent der Stimmen hinzu, aber es war ein Erfolg, der die Stimmenzuwächse seit ihrem Wandel vom Bauernverband zur Zentrumspartei Ende der 50er Jahre fortsetzte. 1973 fand ein "lauer" Wahlkampf statt, ohne große Attacken von seiten der bürgerlichen Opposition, und es ging nicht um Energiepolitik, sondern um das Problem der Arbeitslosigkeit: Die Zentrumspartei versprach in einem Wahlslogan "100 000 neue Arbeitsplätze". (Vgl. Petersson 1974, S. 219ff).

allgemeinen Energiedebatte ausgeweitet, und eine Diskussion dieser Streitfrage zum ersten Mal nicht mehr nur auf der Ebene der politischen Eliten geführt wurde.

Die Ölkrise war im Winter 1973/74 das dominierende Diskussionsthema sowohl innerhalb als auch außerhalb des Reichstags<sup>1</sup>, und sie lenkte die Aufmerksamkeit wieder weg von der Opposition auf die Regierung<sup>2</sup> - das Zentrum, das mit seinem großen Wahlerfolg im September 1973 seine Position als stärkste Oppositionspartei weiter ausbauen konnte, verzichtete auf Attacken gegen die sozialdemokratische Regierung und ließ es mit einem neuen Moratoriumsantrag bewenden.<sup>3</sup> Die Regierung hatte auf die erwartete Ölverknappung zu reagieren und tat dies mit "panischer Betriebsamkeit" und "improvisierten Maßnahmen"<sup>4</sup> wie zum Beispiel Rationierung des Benzinverbrauchs<sup>5</sup>. Seitdem standen die Energiehaushaltung und besonders die Versorgungslage Schwedens im Mittelpunkt einer leidenschaftlich geführten öffentlichen und politischen Diskussion. Das Ölembargo gegen die westliche Welt von seiten der ölproduzierenden Staaten bedeutete eine direkte Bedrohung der industrialisierten Wohlfahrtsstaaten sowie der "individuellen Bequemlichkeit"<sup>6</sup>, und Regierungschef Olof Palme sprach von starken Belastungen, die die internationale Ölkrise für Schweden mit sich bringe, sowie von kräftigen Eingriffen in einen Lebensstandard, "den als selbstverständlich zu betrachten wir uns angewöhnt haben"<sup>7</sup>. Ziemlich abrupt wurde der schwedischen Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträgern vor Augen geführt, daß ihr Wohlstand zu einem großen Teil auf einer sehr empfindlichen Auslandsabhängigkeit beruhte: Seit 1955 hatte sich der Energieverbrauch Schwedens mehr als verdoppelt, wobei der Inlandsanteil der Kraftversorgung (im wesentlichen Wasserkraft) von 29 auf 24 Prozent gesun-

---

<sup>1</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 16/1973, S.1084.

<sup>2</sup>Vgl. Petersson 1974, S.227.

<sup>3</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 3/1974, S.160.

<sup>4</sup>Vgl. Orth 1978, S.56.

<sup>5</sup>Diese Maßnahme erwies sich als "mißglückter bürokratischer Kraftakt", denn es wurden ca. 10 Prozent mehr Benzin zugeteilt, als im gleichen Zeitraum der Vorjahre jemals verbraucht worden war. (Vgl. ebd., S.57).

<sup>6</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.18.

<sup>7</sup>Zit. nach Nordisk Kontakt 16/1973, S.1085.

ken, der Anteil des importierten Erdöls an der Energieproduktion von 1975 jedoch auf 75 Prozent angestiegen war.<sup>1</sup> Damit nahm Schweden pro Kopf gerechnet einen Spitzenplatz unter den Industrieländern - weit vor der Bundesrepublik und den USA - ein, und das Motiv von Regierung und Parteien bei den kurzfristigen Maßnahmen und langfristigen Planungen auf dem Energiesektor bestand darin, Schwedens Abhängigkeit von teuren Erdölimporten zu vermindern. In dieser Situation hatte der Antrag der Zentrumsfraktion, den Bau der Kernkraftwerke zu stoppen, noch geringere Chancen als vor der Ölkrise: "Unter dem Eindruck eines möglichen Ölversorgungsengpasses forciert Schweden den Ausbau seines Atomkraftwerkprogramms. Die schwedische ASEA-Atom-Gruppe hat kürzlich von dem kommunalen Energieversorgungsunternehmen Forsmark-Kraftgrupp AB den Auftrag auch für den zweiten Block im Kernkraftwerk Forsmark erhalten."<sup>2</sup>

Im Mai 1975, als das Parlament die Entscheidung über den Bau von mehr als 11 Atomkraftwerken von der Vorlage neuer Informationen abhängig gemacht hatte, waren mehrere Ausschüsse eingesetzt worden, deren Arbeitsergebnisse als Entscheidungsgrundlage dienen sollten.<sup>3</sup> Gleichzeitig hatte die sozialdemokratische Regierung dem Reichstag vorgeschlagen, den Einrichtungen der Erwachsenenbildung größere staatliche Zuschüsse für die Durchführung von Studienprogrammen über Energiefragen zu gewähren. Die umfassende Information der Öffentlichkeit über die Kernkraft wurde als eine wichtige Voraussetzung für fundierte Entscheidungen angesehen, die in einer Frage getroffen werden mußten, "bei der zu erwarten war, daß die verschiedenen politischen Lager die natürlichen Ängste der Menschen, die beispielsweise durch die Risiken der Kernkraft geweckt wurden, für sich nutzen würden."<sup>4</sup> Mit ihrem Vorschlag appellierte die

---

<sup>1</sup>Vgl. ebd.

<sup>2</sup>Internationale Wirtschaft (Zürich) vom 25.11.1973.

<sup>3</sup>Vgl. Jamison 1977, S.30f.

<sup>4</sup>Vgl. Volker Hauff in: Frankfurter Rundschau vom 30.12.1977; vgl. auch Atomenergie International o.J., S.127ff.

sozialdemokratische Regierung indirekt an die Informationspflicht der Parteien, denn es "bestehen enge Verbindungen zwischen den politischen Parteien und den verschiedenen Trägern der Erwachsenenbildung"<sup>1</sup>. Die Regierung versprach sich von der Informationskampagne, daß der Nährboden für Kritik an der Atomkraft trockengelegt würde: "Die Leute, die etwas von der Sache verstehen, befürchten nichts von der neuen Energiequelle. So haben viele Kernkraftanhänger oft argumentiert."<sup>2</sup>

Durch das selbstgesteckte Ziel, spätestens 1975 die nächste Entscheidung über die zukünftige Energieversorgung zu treffen, waren die einzelnen Parteien gezwungen, eigene energiepolitische Programme zu erarbeiten und in der Kernkraftfrage Stellung zu beziehen, was bis zu diesem Zeitpunkt nur die Zentrumspartei getan hatte. Die Ölkrise verstärkte diesen Entscheidungsdruck noch, und die "Aktivität der Parteien erhöhte sich markant"<sup>3</sup>, nachdem sie beschlossen hatten, die Ergebnisse der innerparteilichen Meinungsbildung, die in örtlichen Studienzirkeln erarbeitet werden sollten, zur Grundlage ihrer energiepolitischen Stellungnahme zu machen. So ging der Phase der Programmformulierung auf der Ebene der Parteispitzen (Ende 1974 bis Frühjahr 1975) eine Phase intensiver öffentlicher Meinungsbildung<sup>4</sup> voraus: Rund 100 000 Nicht-Parteimitglieder arbeiteten in den Studienkreisen der Bildungseinrichtungen mit, die breitangelegte Außenaktivitäten in den Wohngebieten und an den Arbeitsplätzen der Bevölkerung entfalteten<sup>5</sup>. An der innerparteilichen "Ratschlags-Tätigkeit"<sup>6</sup> beteiligten sich 35 857 sozialdemokratische Mitglieder<sup>7</sup> in 3 846 Diskussionsgruppen<sup>8</sup>, und in der Zentrumspartei wurden 700 Studienzirkel eingerichtet, über deren Teilnehmerzahl

---

<sup>1</sup>Ebd.

<sup>2</sup>Daléus 1977, S.3.

<sup>3</sup>Holmberg u.a. 1977, S.29.

<sup>4</sup>Vgl. Nelkin/Pollack 1977.

<sup>5</sup>Vgl. Atomenergie International o.J., S.128; vgl. auch Daléus 1977, S.4.

<sup>6</sup>Der sog. "Ratschlag" (rådslag) ist die wichtigste Möglichkeit der Mitgliederbeteiligung, z.B. als Entscheidungshilfe für die Parteiführung in tagesaktuellen Fragen. (Vgl. Kuhn 1978, S.32off).



keine Angaben vorliegen.<sup>1</sup> Vor allem die Anhänger der sozialdemokratischen Partei waren in der Kernkraftfrage unterschiedlicher Auffassung. Deshalb "wurde hier versucht, eine Position zu erarbeiten, die die Unterstützung der großen Mehrheit der Parteimitglieder finden würde, wobei man der Meinung war, nur eine breitangelegte parteiinterne Diskussion könnte gewährleisten, daß das ganze Problem in größtmöglichem Einvernehmen durchgefochten würde."<sup>2</sup> Mit "man" sind hier die "regierenden Sozialdemokraten"<sup>3</sup> gemeint, also der staatstragende Teil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die innerparteiliche Meinungsbildung befestigte die ablehnende Haltung der Zentrumspartei gegenüber der Atomkraft: Die Diskussionsgruppen entschieden sich zwar nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit gegen die Ausnutzung der Kernkraft als Energiequelle, und sie gaben der Parteispitze keine Veranlassung, ihre schon 1973 bezogene Position zu verlassen. Für die sozialdemokratische Parteiführung hingegen bedeutete der Kontakt mit den aktiven Mitgliedern ein Warnsignal, und sie entschied sich auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse für ein "vorsichtiges" Ausbauprogramm.<sup>4</sup>

Die unterschiedlichen Positionen der politischen Eliten zur Atomkraftnutzung spiegelten die Debatte und die Abstimmung über das "Programm für Energiehaushaltung" wider, das die sozialdemokratische Regierung - nach Absprache mit dem Parteivorstand, der Fraktion sowie dem Gewerkschaftsbund - Anfang Februar vorlegte.<sup>5</sup> Entsprechend der Entscheidung der Parteispitze beinhaltete das Programm den Bau von "nur" zwei (statt 13 wie ursprünglich geplant) zusätzlichen Atomkraftwerken: Die jährliche Zuwachsrate des gesamten

---

Fortsetzung:

<sup>7</sup>Von ca. 1,1 Millionen Parteimitgliedern der SAP. (Vgl. Fenner 1978, S.461).

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.153, Fußnote 41b.

<sup>2</sup>Hauff in: Frankfurter Rundschau vom 30.12.1977.

<sup>3</sup>Ebd.

<sup>4</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.30.

<sup>5</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 2/1975, S.139f.

Energieverbrauchs sollte bis 1985 zwei Prozent nicht übersteigen (auf der Basis von 1973) und ab 1990 stabil gehalten werden.<sup>1</sup> Die Produktion von elektrischem Strom und damit sein Anteil am Energiehaushalt sollte jedoch kräftig erhöht und zu diesem Zweck die Zahl der Kernkraftwerke<sup>2</sup> bis 1985 auf 13 erhöht werden.<sup>3</sup> Dieses Regierungsprogramm wurde im Mai 1975 mit den Stimmen der sozialdemokratischen und der konservativen Abgeordneten im Reichstag verabschiedet, "eine höchst ungewöhnliche Konstellation in einer so wichtigen Frage"<sup>4</sup>. Dagegen stimmten die Kommunisten und die Zentrumsfraktion, während sich die Vertreter der liberalen Volkspartei der Stimme enthielten: Ihre Parteispitze hatte sich darauf geeinigt, nicht mehr als 11 Atomkraftwerke zu bauen, und das war schon längst beschlossene Sache. Die Volkspartei betrieb eine "Politik der Mitte" und plädierte dafür, 1978 erneut zu entscheiden. Besonders der liberale Parteisekretär Carl Tham sprach sich dafür aus, die Zahl der Kernkraftwerke vorerst nicht zu erhöhen - aus taktischen Gründen: Er befürchtete, daß sich die Volkspartei zu weit vom Zentrum, der anderen Mitte-Partei, entferne.<sup>5</sup> Die Zentrumspar- tei forderte einen Stilllegungs- ("Abwicklungs"-) Plan für die Kernkraft und sprach sich gegen die Inbetriebnahme der sechs Reaktoren aus, die zwar bewilligt, aber noch in Bau waren. Der Parteivorsitzende Fälldin unterstrich die Risiken der Atomkraft und protestierte dagegen, daß man die Kernkraftfrage zu einer Beschäftigungsfrage machte, während Regierungschef Palme die Vollbeschäftigung obenan stellte: Arbeit für alle bleibe das zentrale Ziel der Energiepolitik.<sup>6</sup> In einem Antrag brachte der Oppositionsführer Fälldin seine von da an vertretene Grundposition zum Ausdruck: Solange sich die Experten nicht darüber einig seien und garantieren könnten, daß die mit der Kern-

---

<sup>1</sup>Seit 1960 hatte sich der Energiekonsum durchschnittlich um 4,5 Prozent erhöht.

<sup>2</sup>1975 waren von den 11 bewilligten Atomkraftwerken fünf in Betrieb: Oskarshamn 1 und 2, Ringhals 1 und 2 sowie Barsebäck 1. (Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 21.2.1975).

<sup>3</sup>Vgl. ebd. und Neue Zürcher Zeitung vom 29.5.1975.

<sup>4</sup>Daléus 1977, S.5.

<sup>5</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.39.

<sup>6</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 3/1975, S.207f.

kraft zusammenhängenden Risiken und Probleme zu meistern seien, sollten keine neuen Investitionen für den Ausbau der Atomenergie getätigt werden.<sup>1</sup> Für die kommunistische Partei war die Sicherheitsfrage, die für die Zentrumspartei das Motiv für ihre Ablehnung der Gesetzesvorlage der sozialdemokratischen Regierung darstellte, nur eins unter mehreren Motiven. Für ihre Ablehnung des Ausbauprogramms war der Zusammenhang zwischen der Kernkraft und dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.<sup>2</sup> Die Energiefrage sei eine Schlüsselfrage, und die Voraussetzung der damit zusammenhängenden Probleme seien grundlegende Veränderungen in Richtung auf Planwirtschaft - die Macht der großen multinationalen Unternehmen über die schwedische Energieversorgung müsse gebrochen und der ganze Energiesektor in gesellschaftlichen Besitz überführt werden.<sup>3</sup>

In den Monaten vor dem neuen Parlamentsbeschuß, während und auf Grund des Meinungsbildungsprozesses, war in der schwedischen Bevölkerung der Widerstand gegen die Atomkraft gewachsen, und "unter Einbeziehung gewisser Fehlertoleranzen bei Meinungsumfragen ist die These gerechtfertigt, daß der Pro-Kernkraftmajorität im Reichstag eine Anti-Kernkraftmajorität im Volk gegenübersteht."<sup>4</sup> Kurz bevor die Sozialdemokraten zusammen mit den Konservativen den weiteren Ausbau der Atomkraft beschlossen, sprachen sich 63 Prozent der schwedischen Bevölkerung dagegen aus, 19 Prozent wollten 11 und nur 13 Prozent wollten die 13 Atomkraftwerke.<sup>5</sup> Obwohl die Sozialdemokraten für die Kernkraft mobilisiert hatten, sprachen sich 57 Prozent ihrer Anhänger gegen den Ausbau der Atomkraft aus.<sup>6</sup>

Der energiepolitische Beschluß des Reichstags von Mai 1975 beendete die Politisierungsphase und befestigte als

---

<sup>1</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.36.

<sup>2</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.27.

<sup>3</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 3/1975, S.207.

<sup>4</sup>Kasten 1979a, S.26.

<sup>5</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.323.

<sup>6</sup>Vgl. Ebd.



Abschluß des Polarisierungsprozesses das Konfliktmuster, das sich in der Kernkraftfrage stark von der gewöhnlichen Links-Rechts-Dimension im schwedischen Parteiensystem unterscheidet:

Konfliktmuster bei Themen der "alten" Politik

links      VPK   -   SAP   -   C   -   FP   -   M      rechts

Muster des Atomkonflikts

contra AKW      C/VPK   -   FP   -   M/SAP      pro AKW

VPK: Vänsterpartiet Kommunisterna (Linkspartei/Kommunisten)

SAP: Socialdemokratiska Arbetareparti (Sozialdemokratische Arbeiterpartei)

FP: Folkparti (Volkspartei - liberale Partei)

M: Moderata Samlingsparti (Gemäßigte Sammlungspartei - konservative Partei)

C: Centerparti (Zentrumspartei)

Diese Konfliktstruktur in der Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Atomkraft bildete sich im Laufe des von "oben" gesteuerten<sup>1</sup> Meinungsbildungsprozesses auch auf der Ebene der Parteianhänger heraus. Das ganze Jahr 1974 über waren es die Wähler mit Sympathien für die konservative Partei, die der Kernkraft am positivsten gegenüberstanden. Die übrigen Wähler waren negativer eingestellt und wiesen im großen und ganzen identische Meinungsprofile auf.

---

<sup>1</sup>Vgl. ebd., S.522ff.

In zwei Umfragen - die erste fand im Januar, die zweite im November 1974 statt - hatten die interviewten Personen mit Sympathien für die Sozialdemokraten und die Zentrumspartei fast völlig übereinstimmende Antwortmuster bei den Fragen, die das Energie- und das Kernkraftproblem behandelten. Erst in einer Meinungsumfrage im Mai 1975, nachdem die Parteispitzen ihre Haltung zur Atomkraftnutzung definiert und entgegengesetzte Positionen bezogen hatten, war ein Unterschied zwischen den Anhängern der Sozialdemokraten und des Zentrums zu spüren. Dieser Unterschied war hier zwar noch gering, jedoch begann sich der Parteiengegensatz in der Kernkraftfrage auch auf Wählerebene abzuzeichnen: Die Stellungnahmen der Parteispitzen hatten die Meinungsbildung an der Basis beeinflusst.<sup>1</sup> Am Ende des Meinungsbildungsprozesses waren die Kernkraftgegner in der Mehrheit, wobei nicht nur die Anhänger des Zentrums während der Informationskampagne immer kritischer gegenüber der neuen Energiequelle wurden, sondern sogar die Wähler der liberalen und der konservativen Partei "dazu tendierten, ihre Auffassungen in derselben Richtung zu verändern."<sup>2</sup>

### 2.2.2 Sozio-kulturelles System:

#### Atomdebatte und Atomkonflikt in der schwedischen Gesellschaft

Bis Mai 1973, als im Parlament der erste Moratoriumsantrag gestellt wurde, war in der schwedischen Gesellschaft nur wenig Opposition gegen das Atomkraftwerksprogramm der Regierung zu spüren. Der Widerstand äußerte sich in Form von Leserbriefen, Zeitungsartikeln und vereinzelt Protestveranstaltungen. Die Basis des Protests war noch sehr klein.<sup>3</sup> Anfang der 70er Jahre orientierten sich die schwe-

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.91f.

<sup>2</sup>Ebd., S.92.

<sup>3</sup>Vgl. Westmann 1979, S.235.

dischen Atomkraftgegner an der amerikanischen Atomdebatte, von der Schweden "bisher in einem hohen Grade abgeschirmt gewesen war"<sup>1</sup>, und die von Atomkraftkritikern wie Hannes Alfvén erst importiert werden mußte. Alfvén warf der sozialdemokratischen Regierung vor, diese seit Ende der 60er Jahre intensivierete Debatte ignoriert und bei ihere Energiepolitik nicht berücksichtigt zu haben.<sup>2</sup> In den USA waren Atomkrafttechnik und Atomkonflikt wesentlich weiter entwickelt als in Europa, und nur dort lagen verschiedene Untersuchungsergebnisse über die Risiken und Sicherheitsprobleme der Atomkraft vor.<sup>3</sup> Diese Ergebnisse wurden konstruktiver Bestandteil des beginnenden schwedischen Atomkonflikts, dessen Basis während der Politisierungsphase stark anwuchs und auch Atomkraftgegner aus den Nachbarländern Schwedens, vor allem Dänemarks ( das schwedische Atomkraftwerk Barsebäck steht nicht nur im dichtbesiedeltesten Teil Schwedens, sondern auch in der Nähe - nur ca. 20-25 Kilometer entfernt - der dänischen Großstadt Kopenhagen!), umfaßte.

Alfvéns Kritik, daß eine ausführliche Debatte über den gesamten Atomkraft-Problemkomplex (von der Energiepolitik über den Zusammenhang von Atomenergie und Atombomben bis hin zur Außenpolitik) vor Birgitta Hambræus' Moratoriumsantrag "effektiv unterdrückt worden"<sup>4</sup> war, wurde von den Mitgliedern der Umweltbewegung aufgenommen. Der bekannte "Umweltaktivist"<sup>5</sup> Björn Gillberg<sup>6</sup> äußerte seine Zweifel am Funktionieren demokratischer Prinzipien in Schweden in einem der ersten kritischen Bücher über Atomkraft, daß er zusammen mit Alfvén und amerikanischen Sachverständigen im "Umweltverlag" veröffentlichte, um kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen.<sup>7</sup>

Die Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entstande-

---

<sup>1</sup>Alfvén 1974, S.68.

<sup>2</sup>Vgl. ebd. und S.75.

<sup>3</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.28.

<sup>4</sup>Alfvén 1974, S.84.

<sup>5</sup>Daléus 1977, S.5.

<sup>6</sup>Über die Person Björn Gillberg vgl. Ivarsson/Kågeson 1976.

<sup>7</sup>Gillberg 1974.

nen Umweltgruppen, von denen viele den Atomprotest in ihre Programme aufnahmen<sup>1</sup>, hatten zunächst Schwierigkeiten, mit ihrer Kritik an den Kernkraftwerken in der Bevölkerung auf Resonanz zu stoßen, und zwar besonders bei den Bürgern, die in der Nähe der Reaktoren wohnten. In Ägesta bei Stockholm hatte es in der Bevölkerung Proteste gegen die Betriebsaufnahme des Atomkraftwerks Anfang der 60er Jahre gegeben<sup>2</sup>; im Laufe der Zeit "gewöhnte" sie sich jedoch an das Leben mit der Gefahr und war dann mit der Betriebsstilllegung nicht einverstanden: Als das Atomkraftwerk R3 in Ägesta 1973 nach zehnjährigem Betrieb stillgelegt wurde, protestierten die Einwohner in der Nachbarschaft weil sie der Meinung waren, daß der Reaktor weniger belästigende Einflüsse auf die Umwelt hatte als das Ölkraftwerk, das danach seinen Betrieb aufnahm.<sup>3</sup> Mitte 1973 kam gleichzeitig eine "lawinenartige Opposition gegen die Kernkraft ins Rollen", die sich vor allem gegen das Atomkraftwerk in Barsebäck (Südwestschweden) richtete, und es entstand eine "starke öffentliche Meinung, die in kurzer Zeit alle Pläne eines atombetriebenen Heizkraftwerks in Haninge außerhalb Stockholms politisch unmöglich machte."<sup>4</sup>

Der unterschiedlich motivierte Protest der betroffenen Bevölkerung in den beiden Vororten Stockholms bringt das Dilemma zum Ausdruck, in dem sich die schwedische Umweltbewegung befindet. Die Umweltbewegung (miljörörelsen) versteht sich als eine Volksbewegung, sie ist jedoch keine homogene Bewegung, sondern sie besteht aus zwei Richtungen. Der eine Zweig entstand Ende der 60er Jahre gleichzeitig mit dem gestiegenen Umweltbewußtsein und mit den erhöhten Kenntnissen über die Gefahren der Atomkraft. Der andere Zweig hat eine bis zum Beginn dieses Jahrhunderts zurückreichende Tradition. Zu ihm gehört die größte schwedische

---

<sup>1</sup>Vgl. Ivarsson/Kågeson 1976, S.15ff.

<sup>2</sup>Vgl. Sandström 1978b, S.2f.

<sup>3</sup>Vgl. ebd.

<sup>4</sup>Daléus 1977, S. 2 (Hervorhebung von mir, F.R.).

Organisation auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes, der Schwedische Naturschutzverein (Svenska Naturskyddsföreningen SNF). Er hat nicht so eindeutig Stellung gegen die Kernkraft bezogen wie zum Beispiel seine Jugendorganisation, die Feldbiologen (Fältbiologerna), die schon sehr früh nej tack sagten. Der Naturschutzverein zeigte seit jeher einen starken Widerstand gegen den Bau von Wasserkraftwerken, und wahrscheinlich befürchtete er den Ausbau dieser Energiequelle, wenn der Atomprotest Erfolg hätte.<sup>1</sup>

Der Begriff "Umweltbewegung" wird im folgenden nur für den atomkraftkritischen Teil der Volksbewegung verwendet, zu dem die große Zahl der Bürgerinitiativen und Umweltgruppen zählt, die seit dem Ende der 60er Jahre entstanden waren. Für sie "rückte der Mensch ins Zentrum".<sup>2</sup> Ihr Selbstverständnis drückt sich in ihrem umfassenderen Umwelt- (miljö-) Begriff aus: Das Interesse der Umweltgruppen gilt zum Beispiel auch einer besseren Arbeits- und Wohnumwelt der Menschen, schließt neben biologischen also auch soziale Bezüge mit ein.<sup>3</sup> In vielen schwedischen Städten entstanden Aktionsgruppen gegen die Kernenergie, "die in eigener Regie mit Demonstrationen, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Zeitungsartikeln und Teilnahme an Rundfunk- und Fernsehsendungen die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchten."<sup>4</sup> Die Mitglieder dieser Aktionsgruppen gehörten unterschiedlichen Organisationen an, zum Beispiel den oben genannten Feldbiologen, den Freunden der Erde (Jordens Vänner), der Energiegruppe von "Alternative Stadt" - einer Stockholmer Bürgerinitiative, die sich später in "Alternative Gesellschaft" umbenannte (Alternativ Stads/Alternativ Samhälles Energigrupp) - und dem Umweltzentrum.<sup>5</sup> Das Umweltzentrum (Miljöcentrum) ist eine 1972 gegründete Stiftung, deren Vorsitzender Björn Gillberg ist.<sup>6</sup>

<sup>1</sup>Vgl. Daléus 1977, S.4, Ivarsson/Kågeson 1976, S.21 sowie das Informationsblatt von Miljöförbundet.

<sup>2</sup>Informationsblatt von Miljöförbundet.

<sup>3</sup>Vgl. ebd.

<sup>4</sup>Westmann 1979, S.236.

<sup>5</sup>Vgl. Daléus 1977, S.4.

<sup>6</sup>Vgl. Ivarsson/Kågeson 1976, S.31.

Innerhalb der Umweltgruppen entstand ein wachsendes Bedürfnis nach Koordination ihrer Aktionen, "ein immer größer werdendes Interesse an organisiertem Umweltkampf"<sup>1</sup>. Viele der Gruppen schlossen sich deshalb dem seit 1971 bestehenden Reichsverband der Umweltschutzgruppen MIGRI (Miljövärdsgruppernas Riksförbund)<sup>2</sup> an. Die Aktionsgruppen bildeten "das Rückgrat des organisierten, aber parteipolitisch ungebundenen Widerstands gegen die Kernenergie"<sup>3</sup>. Dieser Widerstand wurde aber jahrelang durch interne Konflikte geschwächt - vor allem innerhalb von MIGRI. Zahlreiche Umweltgruppen waren von MIGRI, dessen Vorsitzender ebenfalls Björn Gillberg war, enttäuscht: "MIGRI war nicht die Aktivistinnenorganisation, die sie sich erhofft hatten."<sup>4</sup> Gleichzeitig, wie die aktiven Gruppen, die sich dem Reichsverband nicht angeschlossen hatten, ihre Zusammenarbeit selbst zu organisieren begannen und sich 1974 das Kontaktorgan der Energiegruppen EKO (Energigruppernas Kontaktorgan) schufen<sup>5</sup>, "begann es in der Führung von MIGRI zu gären"<sup>6</sup>. Hier war ein Konflikt angelegt, der erst zwei Jahre später offen ausbrach.

Die schwedische Atomdebatte zeichnet sich dadurch aus, daß sie im großen Umfang von einzelnen Persönlichkeiten geführt wurde: "Auch wenn diese einzelnen Kritiker mit einer Organisation in Verbindung standen, so war es doch ihr persönliches Auftreten, das Aufmerksamkeit erweckte."<sup>7</sup> Um an die Öffentlichkeit treten zu können, waren sie auf das Interesse und die Gunst der Massenmedien angewiesen. Diese hatten schon zu Beginn der Politisierungsphase 1972/73 die ersten kritischen Äußerungen über die Atomkraft "aufgefangen", und "Radio, Fernsehen und Tageszeitungen gaben der Kernkraftfrage Priorität vor anderen Gesellschaftsfragen, denen nicht annähernd so viel Aufmerksamkeit geschenkt

---

<sup>1</sup>Vgl. Informationsblatt von Miljöförbundet.

<sup>2</sup>Vgl. Ivarsson/Kågeson 1976, S.17.

<sup>3</sup>Daléus 1977, S.4.

<sup>4</sup>Informationsblatt von Miljöförbundet.

<sup>5</sup>Vgl. Westmann 1979, S.235.

<sup>6</sup>Informationsblatt von Miljöförbundet.

<sup>7</sup>Daléus 1977, S.5.

wurde. Deshalb spielten die Massenmedien eine eigene und selbständige Rolle als Anheizer der Kernkraftdebatte."<sup>1</sup> Von den einzelnen hervortretenden Persönlichkeiten wurden die wichtigsten schon im Zusammenhang genannt: der Physiker und Hochschullehrer Hannes Alfvén, die Zentrumspartei-Politikerin Birgitta Hambræus und der Biologe (Genetiker) Björn Gillberg. Die Schriftstellerin/Autorin Eva Moberg beteiligte sich ebenfalls engagiert auf seiten der Atomkraftkritiker an der Auseinandersetzung. Ihre Stellungnahmen sowie die der anderen Personen wurden vor allem in der parteipolitisch unabhängigen liberalen Tageszeitung Dagens Nyheter, der größten schwedischen Morgenzeitung, als Debattenbeiträge abgedruckt. Die Kritik an der Atomkraft wurde von einer großen Zahl Kulturschaffender getragen, die sich 1974 in Form eines als Buch veröffentlichten offenen Briefes an den Regierungschef und Protagonisten der Atomkraft Olof Palme mit den Problemen der Kernenergie auseinandersetzten ("Offener Brief an Olof Palme und damit an uns selbst"<sup>2</sup>).

Ein weiteres besonderes Merkmal der schwedischen Atomdebatte besteht darin, daß kritische Veröffentlichungen über die Kernkraft schon in der Politisierungsphase erschienen, eine wesentliche Pro-AKW-Publikation, die zu der vorgebrachten Kritik Stellung nimmt, jedoch erst 1976: Der bei ASEA-Atom angestellte Ingenieur Pelle Isberg, der bei der Aufzählung von atomkraftbefürwortenden Persönlichkeiten besonders hervorgehoben wird<sup>3</sup>, bezog sich in seinem Buch ("Schwedische Kernkraft? Ein Kerntechniker kommentiert die Debatte"<sup>4</sup>) auf die Kritik und Vorwürfe der oben genannten Personen. Er hatte die Funktion des Verteidigers der "Atommafia" (Gillberg)<sup>5</sup> übernommen und war in dieser Rolle Gegenpol zu Hannes Alfvén einerseits und Björn Gillberg

---

<sup>1</sup>Holmberg u.a. 1977, S.28.

<sup>2</sup>Dahlquist-Ljungberg (Hg.) 1974<sup>2</sup>.

<sup>3</sup>Vgl. Daléus 1977, S.5.

<sup>4</sup>Isberg 1976.

<sup>5</sup>Zur Propaganda der Atomindustrie in Schweden Anfang der 70er Jahre vgl. Risberg 1974.

andererseits. Deren Glaubwürdigkeit stellte er zunächst einmal in Frage, weil beide - was sie selbst nicht leugneten - lange Zeit ebenfalls zu den Befürwortern des Atomprogramms gezählt hatten, und außerdem - was sie selbst auch zugaben - keine eigentlichen "Experten" in der Kernkraftfrage seien. Alfvéns anerkannte Position in der Bevölkerung basiere nur auf dem "Glanz seines Nobelpreises": "Hannes Alfvén konnte sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre vermutlich äußern, wozu er wollte, und das schwedische Volk hätte ihm geglaubt."<sup>1</sup> Gillberg war beim Atomtechniker Isberg vor allem deshalb unten durch, weil er "die Kerntechniker mit den Henkern in Hitlers Konzentrationslagern und mit den Faschisten in Chile gleichgestellt hat"<sup>2</sup>. Der einzige Vertreter der Gegenposition, den Isberg wegen seines Sachverständnisses, seiner konstruktiven Kritik sowie seiner persönlichen Integrität anerkannte, ist Per Kägeson<sup>3</sup>. Kägeson arbeitet in der Stockholmer Bürgerinitiative "Alternative Gesellschaft" und hat 1973 sein inzwischen längst vergriffenes Buch "Stoppt die Kernkraft"<sup>4</sup> geschrieben. Dahingegen vermißte Isberg bei Hans Lohmann, der viele kritische Artikel veröffentlicht hat<sup>5</sup>, die eigentliche Aussage: Lohmanns Artikel seien "uninformativ"<sup>6</sup>. Der Arzt Hans Lohmann hatte 1974 in seinem Buch ("Laßt Euch nicht täuschen. Die technologische Mentalität hinter dem Ausbau der Kernkraft - mit den Augen eines Psychiaters gesehen<sup>7</sup>) mit der in der modernen Gesellschaft vorherrschenden Mentalität abgerechnet und ihr einen neuen Lebensstil gegenübergestellt, bei dem die Sehnsucht nach Liebe, Verständnis und Verantwortung für die Zukunft nicht verschüttet sind. Der Meinung des Kerntechnikers Isberg nach handelten Lohmanns Publikationen eigentlich gar nicht von der Kernkraft, auch wenn das Wort hier und da im Text vorkomme: "Was Lohmann angreift, ist die moderne

---

<sup>1</sup>Ebd., S.37.

<sup>2</sup>Ebd., S.38f.

<sup>3</sup>Vgl. ebd., S.38.

<sup>4</sup>Kägeson 1973.

<sup>5</sup>Lohmanns Artikel sind in Buchform veröffentlicht in: Lohmann 1976.

<sup>6</sup>Isberg 1976, S.39.

<sup>7</sup>Lohmann 1974.



materialistische Gesellschaft (...) Er betrachtet offenbar die Kernkraft als einen guten Aufhänger. Lohmann ist Romantiker, und er schreibt schön über die Werte des Lebens, die er von der Kernkraft bedroht sieht. Er wird aber nie deutlich und sagt mal, in welcher Weise gerade die Kernkraft die Lebenswerte bedroht, oder warum andere Entwicklungslinien diese besser bewahren sollten."<sup>1</sup>

Die hier nur skizzierte Kontroverse bringt ein zusätzliches Charakteristikum der schwedischen Atomkraftdebatte zum Ausdruck, auf das ein schwedischer Beobachter der gesellschaftlichen Diskussion aufmerksam macht:

"In einem Punkt unterscheidet sich aber die schwedische Kernkraftdebatte von der in anderen Ländern. Schon früh erhob sich nämlich die Frage, welche Art von Gesellschaft wir eigentlich haben wollen. Hier fühlen sich viele Fürsprecher der Kernenergie berufen, auch als Experten der gesamten Gesellschaftsentwicklung aufzutreten, und nicht nur als technische Sachverständige. Ihrer Ansicht nach ist die Kernenergie nicht nur notwendig, um vom Erdöl unabhängig zu werden, sondern ganz allgemein, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Die Menschen wollen es besser haben. Immer mehr wollen moderne Haushaltsmaschinen. Immer mehr Menschen wollen ihren Urlaub in energieschluckenden Freizeithäusern oder auf mindestens ebenso energieschluckenden Auslandsreisen verbringen. Eine Abflachung - sogenannter Nullzuwachs - wäre eigentlich erst irgendwann nach dem Jahr 2000 möglich. Dagegen wenden die Kritiker der Kernkraft ein, es sei keineswegs vorausbestimmt, daß der Energiebedarf wachsen muß. Auch wenn sich nicht alle einer Politik rückläufiger Energieanwendung verschreiben, so ist eine Gesellschaft mit Nullzuwachs doch das Leitbild vieler Gruppen, so zum Beispiel der Umweltschutzorganisationen."<sup>2</sup>

Durch die relativ späte Reaktion der politischen Parteien auf den aus dem sozio-kulturellen System kommenden Anstoß zur energiepolitischen Grundsatzdiskussion hatten die Atomkraftgegner im Wettkampf um die öffentliche Meinung einen Vorsprung: Die Umweltgruppen "konnten sich nach und nach in der Gesellschaft verankern"<sup>3</sup>. Dieser Vorsprung

---

<sup>1</sup>Isberg 1976, S.40.

<sup>2</sup>Daléus 1977, S.2.

<sup>3</sup>Westmann 1979, S.236.

drückte sich im Ergebnis einer Meinungsumfrage aus, die während der sogenannten Ölkrise im Auftrag der K r a f t-  
w e r k s i n d u s t r i e durchgeführt wurde: Im Januar  
1974, als die Parteien mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit erst  
begannen, "wurden 600 Personen um ihre Meinung zur Kern-  
kraft und Energieanwendung gefragt. Dabei antworteten 81%  
der Befragten, daß sie bereit wären, ihren Energieverbrauch  
zu vermindern, auch wenn ihr materieller Standard dadurch  
sinken würde."<sup>1</sup>

## 2.3 Die Konfrontationsphase (Mai 1975 bis September 1976)

### 2.3.1 Politisch-administratives System:

#### Kernkraft als Wahlkampfthema

Von der zweiten zur dritten Phase des schwedischen  
Atomkonflikts fand ein fließender Übergang statt: Schon  
der energiepolitische Beschluß des Reichstags im Mai 1975  
war von einer K o n f r o n t a t i o n zwischen der sozial-  
demokratischen Regierung und der oppositionellen Zentrums-  
fraktion begleitet, die Konsequenz des im Frühjahr 1975  
abgeschlossenen innerparteilichen Meinungsbildungsprozesses  
und Kennzeichen der bis zur Reichstagswahl im September 1976  
dauernden dritten energiepolitischen Phase war.

Der Beschluß der sozialdemokratischen und der konser-  
vativen Fraktion, gegen den Willen der größten bürgerlichen  
Oppositionspartei die Zahl der schwedischen Atomkraftwerke  
auf 13 zu erhöhen, zog die Frontlinie zwischen den beiden  
energiepolitischen Hauptkontrahenten. Auch wenn die Atom-  
kraft erst in den letzten Wochen vor der Parlamentswahl zum  
dominierenden Wahlkampfthema wurde, begann schon im Mai 1975  
eine neue, dritte Phase der schwedischen Energiedebatte,

---

<sup>1</sup>Daléus 1977, S.2.

eine "Phase, die durch eine noch gesteigerte Konfrontation zwischen Thorbjörn Fälldin und Olof Palme persönlich charakterisiert ist."<sup>1</sup>

Bei der Reichstagswahl im September 1976 verloren die Sozialdemokraten 0,7 Prozent der Wählerstimmen und die Regierungsposition, die sie - bis auf wenige Monate 1936 - seit 44 Jahren innegehabt hatten. Palme mußte sein Amt an Fälldin abtreten. Die Zentrumsparterie hatte mit einem Prozent zwar noch größere Stimmenverluste als die Sozialdemokraten einzustecken, aber sie war nach wie vor die stärkste bürgerliche Partei.<sup>2</sup> Die Niederlage der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei kam nicht aus heiterem Himmel: Schon seit Beginn der 70er Jahre hatte sie kontinuierlich viele Stimmen verloren, und im Vergleich zu den beiden vorhergehenden Wahlen war der Verlust 1976 eher gering. Überraschend war auch nicht, daß Fälldin der Kernkraftfrage im Wahlkampf die "Würde einer moralischen Frage"<sup>3</sup> verlieh: Seine Haltung zur Nutzung der Atomenergie war seit mehr als zwei Jahren hinreichend bekannt, und sein Widerstand wurde "manchmal als fast religiös beschrieben"<sup>4</sup>. Was überraschte, war Fälldins E r f o l g , die Kernkraftfrage zu einem Hauptthema des Wahlkampfes zu machen, die Aufmerksamkeit wieder auf sich zu lenken und die scheinbar völlig unvorbereiteten Sozialdemokraten, die geglaubt hatten, daß das Atomenergie-thema mit dem Reichstagsbeschluß vom Tisch wäre, in die Defensive zu drängen. Dabei ist es "nicht so wichtig, ob die Sozialdemokraten die Wahl schließlich wegen ihrer kernkraftfreundlichen Politik verloren, wie Palme nachträglich behauptete, sondern bemerkenswert ist, daß zum ersten Mal eine Wahl in einem europäischen Industriestaat von der Einstellung zur Kernkraft mitentschieden wurde."<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup>Holmberg u.a. 1977, S.10.

<sup>2</sup>Vgl. Fenner 1978, S.477.

<sup>3</sup>Holmberg u.a. 1977, S.10.

<sup>4</sup>Daléus 1977, S.4.

<sup>5</sup>Orth 1978, S.60.

Den Endergebnissen der Meinungsumfragen zufolge hatte der Wahlkampf keinen Einfluß auf die nach wie vor überwiegend ablehnende Einstellung der schwedischen Bevölkerung zur Atomkraft. Doch hinter dem scheinbar stabilen Meinungsbild verbergen sich interessante Veränderungsprozesse: Auch während der Konfrontationsphase fanden Einstellungsveränderungen statt. Da sie aber in beide Richtungen abliefen, haben sie einander ausgeglichen, so daß sich die Meinungslage insgesamt seit dem Jahreswechsel 1974/75 nicht veränderte.<sup>1</sup>

Die sozialdemokratische Regierung hatte die Ergebnisse der von ihr verordneten Informations- und Meinungsbildungskampagne nicht nur in ihrem Sinne - und gegen die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung - interpretiert und in politische Entscheidungen umgesetzt, sie hatte den Meinungsbildungsprozeß in Sachen Atomenergie auch für abgeschlossen erklärt: "In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß die Studiengruppen nach des Beschlüssen des Parlaments ihre Arbeit beendeten."<sup>2</sup> Während der Politisierungsphase waren die Positionen der verschiedenen Parteien noch diffus, und der Meinungsbildungsprozeß war auf die a k t i v e n Bürger und vor allem Parteimitglieder beschränkt. In der Konfrontationsphase spitzte sich die Energiedebatte zwischen den politischen Eliten zu, und gleichzeitig vergrößerte sich die Zahl derjenigen, an die die Partei- (jetzt als Wahl-) Propaganda gerichtet war. Es begann der Kampf um die Gunst - das heißt vor allem die Stimmen - der Wähler, die als S t a a t s bürger Bestandteil des politisch-administrativen Systems sind.

Die politischen Parteien und die schwedischen Wähler sind auf eine besondere Art wechselseitig aufeinander bezogen: Die Parteien orientieren sich an den Einstellungen

---

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.91.

<sup>2</sup>Atomenergie International o.J., S.130.

der Wähler, deren Meinungsbildung sie selbst aber maßgeblich beeinflussen. In der Kernkraftfrage wurde dieser Zusammenhang empirisch nachgewiesen:

"Die Einstellung der Wähler zur Kernkraft formte sich durch einen Meinungsbildungsprozeß, in dem die Parteien (oft indirekt über die Massenmedien) eine Hauptrolle spielten. Wir wissen, daß andere strukturelle Gegebenheiten in der Gesellschaft (abgesehen von der Geschlechtszugehörigkeit) nicht erklären können, warum bestimmte Menschen für und andere gegen die Kernkraft sind, oder warum sich die Kernkraftmeinung ändert. Die meinungsbildende Rolle der Parteien und die herkömmliche Loyalität der Wähler zu ihren Parteien sind bessere Erklärungsfaktoren. Die Konfliktstruktur in der Kernkraftfrage veränderte sich zum Beispiel im Frühjahr 1975 als eine direkte Folge davon, daß die Parteien in der Frage Stellung bezogen und Politik zu machen begannen. Die Wähler, die mit dem Zentrum oder mit den Sozialdemokraten sympathisierten, hatten bis dahin im großen und ganzen die gleiche Ansicht über die Kernkraft gehabt. Die neuen Signale von seiten der Parteiführungen bewirkten nun, daß diese Wähler auf verschiedene Seiten gingen. Die Parteisympathien steuerten die Meinungsbildung."<sup>1</sup>

In dieser vereinfachten Form bezieht sich die Erklärung der Frontenbildung nur auf die beiden Hauptkontrahenten des Wahlkampfes, die sozialdemokratische Partei und ihre Anhänger sowie die Zentrumspartei und ihre Wähler. Um die Meinungsbildung der liberalen und der konservativen Wähler erklären zu können, die sich während der Konfrontationsphase eher von der kernkraftbefürwortenden Haltung der Volkspartei und der Moderaten Sammlungspartei entfernten, sind zusätzliche Erklärungsfaktoren (Wahltaktik der Parteit Spitze, besonders der liberalen) zu berücksichtigen.<sup>2</sup>

Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Regierungschef Palme hatte der Oppositionsführer Fälldin bei der parlamentarischen Auseinandersetzung um den energiepolitischen Beschluß im Mai 1975 seine Parteibasis hinter sich, und der kontinuierliche Mitgliederzustrom seit Beginn der 70er Jahre, der sich seit Fälldins Atomkraftkritik noch verstärkt hatte,

<sup>1</sup>Holmberg u.a. 1977, S.92.

<sup>2</sup>An dieser Stelle sei angemerkt, daß Holmberg u.a. die Kommunisten aus ihrer Untersuchung ausgeklammert haben. Zu ihrer Position im parteipolitischen Atomkonflikt vgl. Kapitel 4.5 (Die Linkspartei/Kommunisten) dieser Arbeit.

bestätigte seine Politik. Die Parteibasis der Zentrumspar-  
tei umfaßt Schwedens größten Frauenverband CKF (Centerns  
Kvinnoförbund) und den größten schwedischen Jugendverband  
CUF (Centerns Ungdomsförbund), deren der Partei automatisch  
angeschlossene Mitglieder fast die Hälfte der gesamten Mit-  
gliederzahl ausmachen.<sup>1</sup> Im Frauenverband der Zentrumspar-  
tei, dem sich etwa die Hälfte der Mitglieder zwischen 1970  
und 1975 angeschlossen haben, sind vor allem Frauen über  
35 Jahre organisiert.<sup>2</sup> Der Jugendverband des Zentrums  
"knüpft an die neue Umweltlinke, die Bürgerinitiativbewe-  
gung und andere Formen ähnlicher außerparlamentarischer  
Aktionen an".<sup>3</sup> Während der Zentrumsparteitag im Juni 1973,  
auf dem Hannes Alfvén gesprochen hatte und Fälldin seine  
neue Haltung zur Atomkraft propagiert hatte, noch von ener-  
giepolitischem Dissens geprägt war, herrschte auf dem Par-  
teitag im Juni 1975 große Einigkeit in der Energiepolitik  
und Optimismus über die Zukunft der Partei: "Der Parteifüh-  
rer T h o r b j ö r n F ä l l d i n bekam große Unter-  
stützung für seine scharfe Kritik des von der Regierung vor-  
geschlagenen Kernkraftausbaus und seine Attacken gegen  
Staatsminister P a l m e."<sup>4</sup>

Trotz der besseren parteiinternen Ausgangsposition  
in der Kernkraftfrage verzichtete Fälldin bis zum Sommer  
1976 - im eigenen Interesse - darauf, diesen Vorteil im  
Wahlkampf auszunutzen. Die Zentrumspar-  
tei war zwar mit Ab-  
stand die größte der bürgerlichen Oppositionsparteien, aber  
in die Regierungsposition konnte sie - nachdem sich der  
ideologische Unterschied zwischen SAP und Zentrum seit  
dem Ende der "rot-grünen Koalition" 1957 ständig vergrößert  
hatte<sup>5</sup> - nur mit den Liberalen und den Konservativen gemein-  
sam gelangen. Und die Chance, die Sozialdemokraten aus der  
Regierung zu verdrängen, war 1976 so groß wie nie zuvor.

---

<sup>1</sup>Vgl. Fenner 1978, S.465.

<sup>2</sup>Vgl. Bengtsson u.a. 1977, S.15.

<sup>3</sup>Fryklund/Peterson 1975, S.21.

<sup>4</sup>Nordisk Kontakt 12/1975, S.831.

<sup>5</sup>vgl. dazu die entsprechenden Abschnitte des vierten  
Kapitels dieser Arbeit: "Der Atomkonflikt im Parteien-  
system".

Sie wäre von Fälldin von vornherein verspielt worden, hätte er Palmes Atomprogramm gleich zu Beginn des Wahlkampfes angegriffen, denn die Kritik hätte auch und besonders den Konservativen gelten müssen, die sich ebenfalls für den Bau von 13 Atomkraftwerken ausgesprochen hatten. Der Zentrumsführer hätte den Sozialdemokraten mit einer energiepolitischen Offensive sogar eher genützt als geschadet, denn zu Beginn des Wahlkampfes hatte Palme noch "leichtes Spiel, Fälldins 'grüne' Energiepolitik unter Beifallsgemurmel der Konservativen, der Wirtschaft, auch der Liberalen ins Lächerliche zu ziehen und elegant in Debatten Pluspunkte einzusammeln"<sup>1</sup>. Die Wahltaktik der drei bürgerlichen Parteiführer bestand aber darin, für die eigene Partei Stimmen zu gewinnen, ohne am Zusammengehen nach der Wahl Zweifel zu wecken. Deshalb dominierten in der ersten Wahlkampfphase die Themen, bei denen die sachlichen Meinungsunterschiede zwischen den drei bürgerlichen Parteien gering waren: Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen Themen der "alten Politik", zum Beispiel die Steuern.

Fälldin selbst teilte den Wahlkampf in drei Phasen ein, wobei er den "eigentlichen" Wahlkampf in den drei Monaten vor der Reichstagswahl am 19. September 1976 meinte: In der ersten, am 20. Juni beginnenden Phase dominierte die Warnung vor dem Sozialismus, in der zweiten, am 15. August beginnenden Phase trat (für 10 Tage) die Steuerpolitik in den Vordergrund, und anschließend war die Kernkraft das Wahlkampfthema.<sup>2</sup> Die dritte Wahlkampfphase begann am 25. August<sup>3</sup>, als Fälldin mit "fast heiliger Entschlossenheit"<sup>4</sup> sinngemäß wiederholte, was er schon im April 1976 geäußert hatte: "Ich setze mich nicht in eine Regierung, die mehr Kernkraftwerke startet." (10. April 1976) "Kein Ministerposten kann so begehrendwert sein, daß ich bereit wäre, mit

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 4.9.1976.

<sup>2</sup>Vgl. Hammerich 1977, S.117.

<sup>3</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.36.

<sup>4</sup>Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.1976.

meiner Überzeugung Kompromisse zu schließen."(28. April)<sup>1</sup>. Diese mit "religiöser Überzeugung" geäußerte Position hatte den konservativen Parteiführer Gösta Bohman aufgeschreckt, der Angst um das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung hatte. In einem Zeitungsartikel vom 31. Mai in Svenska Dagbladet machte er beschwichtigende Zugeständnisse, mit denen er gleichzeitig den Grundstein für die spätere Kompromißpolitik legte: Weil die Entwicklung des Energieverbrauchs 1976 klar unter der prognostizierten Steigerungsrate lag, würde es keine dramatischen Konsequenzen haben, wenn die Inbetriebnahme weiterer Kernkraftwerke zunächst einmal nicht erlaubt würde. Man könnte einen Ausschuß einsetzen, der den 1978 zu fassenden Reichstagsbeschluß vorbereiten sollte. Er sollte einen Plan für die "Abwicklung" der Kernkraft ausarbeiten und außerdem voraussetzungslos die Sicherheitsrisiken der Kernkraft überprüfen. "Das war der Embryo der Energiekommission"<sup>2</sup>, die nach dem Regierungswechsel im Herbst 1976 eingesetzt wurde.

Der Zeitungsartikel des konservativen Parteiführers hatte bewirkt, daß Fälldin sich fast drei Monate mit Äußerungen über die Atomkraft zurückhielt, um sie dann umso öffentlichkeitswirksamer zu wiederholen. Die Äußerung Fälldins, daß kein Ministerposten ihn zu Zugeständnissen veranlassen könnte, wurde vor allem nach der Wahl und der Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung viel zitiert<sup>3</sup>, und sie "ist zum geflügelten Wort geworden"<sup>4</sup>. Die politische Wirkung des Vorstoßes von Zentrumsführer Fälldin wurde noch dadurch gesteigert, daß

1. die beiden anderen bürgerlichen Parteien ~~Fälldins~~ Alleingang tolerierten, um ihren gemeinsamen Wahlsieg nicht zu gefährden,

---

<sup>1</sup>Zit. nach Leijonhufvud 1979, S.43.

<sup>2</sup>Ebd., S.44.

<sup>3</sup>Z.B. in Information vom 3.12.1976.

<sup>4</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 3.10.1978.



2. die Privatindustrie und die Kraftwerksgesellschaften sich mit mißbilligenden Äußerungen zurückhielten, um das zum Greifen nahe Ende der sozialdemokratischen Regierungsherrschaft nicht aufs Spiel zu setzen,
3. die bürgerliche Presse die Aufmerksamkeit ihrer Leser besonders auf das Kernkraftthema lenkte, und
4. der Nobelpreisträger Hannes Alfvén mitten im Wahlkampf mit der Begründung in die Zentrumspartei eintrat, nur diese Partei sei gegen die verhängnisvolle Atomenergie.

Es waren vor allem drei Entwicklungen, die Fälldin motivierten, in der Endphase des Wahlkampfes mit dem Kernkraftthema vorzustoßen:

1. Schon seit Monaten hatten Meinungsumfragen dem Zentrumsführer signalisiert, daß seine Partei ohne eine erneute Mobilisierungskampagne vier bis fünf Prozent der Wählerstimmen und 15 bis 20 Reichstagsmandate verlieren, also weit hinter dem Rekordwahlergebnis von 1973 zurückbleiben würde.<sup>1</sup> Ein Stimmenverlust in dieser Größenordnung hätte zwar die Position des Zentrums als stärkste Oppositionspartei nicht tangiert, es war für Fälldin jedoch nicht auszuschließen, daß ihm das Amt des Ministerpräsidenten vom Führer der liberalen Volkspartei, dem die Meinungsumfragen größere Stimmengewinne ankündigten, streitig gemacht werden würde.<sup>2</sup>
2. Zur gleichen Zeit, wie die Auftragsvergabe für das zwölfte schwedische Atomkraftwerk (Forsmark 3) eingeleitet wurde<sup>3</sup>, verstärkten sich die Zweifel an den Strombedarfsprognosen der Regierung, die im Frühjahr 1975 Entscheidungsgrundlage für den Reichstagsbeschluß, die Zahl der Kernkraftwerke von 11 auf 13 zu erhöhen, gewesen waren: Die Voraussagen für den Energieverbrauch 1975 hätten sich als deutlich überzogen erwiesen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 5/1976, S.313 und Frankfurter Rundschau vom 20.12.1976.

<sup>2</sup>Beispiel für eine solche Entwicklung ist Dänemark: Als hier die drei bürgerlichen Parteien 1968 ihre große Koalition bildeten, wurde der Führer der radikalliberalen Partei, die zwar die wenigsten Wähler, aber die größten Stimmzunächse hatte, Ministerpräsident.

<sup>3</sup>Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 3.6.1976.

<sup>4</sup>Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 4.9.1976 und Sandström 1978b, S.4.

Vor diesem Hintergrund entstand Fälldins sogenannter "Abwicklungsplan" - eine Variante schon früher vorgebrachter Vorschläge und Forderungen. Er sah vor, daß die drei Reaktoren, die sich noch im Planungsstadium befanden, nicht gebaut, die fünf in Bau befindliche nicht fertiggestellt (zumindest nicht "geladen"), und die fünf Atomkraftwerke, die schon Strom produzierten, eins nach dem anderen bis 1985 stillgelegt ("abgewickelt") werden sollten. Voraussichtlich gegen Ende der kommenden Legislaturperiode, also 1978 oder 1979, sollte begonnen werden, diesen Plan in die Tat umzusetzen, "w e n n bis dahin die Sicherheitsfragen nicht gelöst sind" - eine Formulierung Fälldins, die den Willen zum (von Bohman angeregten) Kompromiß mit den liberalen und den konservativen Parteiführern schon erkennen ließ. Da die liberale Volkspartei mit ihrer Auffassung, daß 11 Atomkraftwerke genug seien, sowieso näher bei der energiepolitischen Linie des Zentrums lag, galt die Zustimmung ihres Vorsitzenden Per Ahlmark als sicher, während der konservative Parteiführer Bohman formell am Reichstagsbeschluß festhielt. Aber gerade er hatte ja als erster Kompromißbereitschaft erkennen lassen, so daß sich in der Schlußphase des Wahlkampfes die Möglichkeit abzeichnete, daß die drei bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen energiepolitischen Nenner finden könnten, "der etwa besagen würde, daß in den folgenden drei Jahren beim Ausbau der Atomkraft weder ein Schritt vorwärts, noch einer zurück getan wird"<sup>1</sup>.

Diese Entwicklung auf der gegnerischen Seite hatte die sozialdemokratische Parteispitze nicht erwartet. Sie war auf die Kernkraftfrage als Wahlkampfthema nicht genügend vorbereitet, obwohl sie vom Sprecher des sozialdemokratischen Jugendverbandes SSU (Sveriges Socialdemokratiska

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 4.9.1976.

Ungdomsförbund) Lars Engquist, der durch seinen Kontakt mit der schwedischen Jugend wußte, wie akut das Problem war, schon im Frühjahr 1976 auf die politische Gefahr aufmerksam gemacht worden war, die von der Kernkraft ausginge. Damals führte ein kleiner Kreis von sozialdemokratischen Parteistrategen eine - von der Öffentlichkeit kaum wahrzunehmende - Debatte darüber, ob die SAP eine Volksabstimmung versprechen sollte, um den Atomkonflikt aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Einer von ihnen, Sten Andersson, befürwortete diese Idee. Seine Überlegung war: "Es ist schwer für uns, die Wahl zu gewinnen, ohne die Energiefrage zu neutralisieren. Und gewinnen wir die Wahl nicht, werden wir vermutlich doch eine Volksabstimmung erleben. Deshalb ist es besser, die Frage draußen zu lassen, die Wahl zu gewinnen und dann aus der Regierungsposition heraus eine Volksabstimmung zu organisieren."<sup>1</sup> Sein Genosse Ingvar Carlsson widersprach mit dem Argument, daß die Kernkraftfrage zu umfassend sei, um ausgeklammert werden zu können: "Es geht nicht nur um die Kernkraft, sondern um die Energieversorgung und Beschäftigung überhaupt, und das macht es schwer, um nicht zu sagen unmöglich, die Fragen für eine Volksabstimmung zu formulieren."<sup>2</sup> In der Diskussion einigten sich die vier sozialdemokratischen Wahlstrategen (unter ihnen auch Olof Palme) darauf, im Wahlkampf die e i g e n e n Themen - Wirtschaft, Beschäftigung und Familienpolitik - so stark zu propagieren, daß es für Fälldin unmöglich wäre, n u r von der Kernkraft zu sprechen, falls er dieses vorhätte.<sup>3</sup>

Mitte August 1976 wurde die Kernkraftfrage im Regierungskreis erneut aktuell, als Industrieminister Rune Johansson die Vermutung äußerte, daß im Wahlkampfendspurt die Atomkraft und nicht der vom Gewerkschaftsbund vorgeschlagene Arbeitnehmerfond dominieren könnte. Die Regierung stellte

---

<sup>1</sup>Zit. nach Hammerich 1977, S.248.

<sup>2</sup>Zit. nach ebd.

<sup>3</sup>Vgl. ebd.

daraufhin zwar fest, daß sie wachsamer sein müßte, aber "als Fälldin seine Kernkraftattacke begann, standen die Sozialdemokraten dennoch verteidigungslos da"<sup>1</sup>. Für eine Volksabstimmung, die die liberale und die konservative Partei hätte zwingen können, Farbe zu bekennen, war es zu spät.

Bei der Reichstagswahl am 19. September verlor die SAP 2,3 Prozent ihrer Wähler an die Zentrumsparlei: ein Prozent wegen ihrer Position im Atomkonflikt und 1,3 Prozent auf Grund anderer Faktoren.<sup>2</sup> Anders ausgedrückt: Von den sozialdemokratischen Atomkraftgegnern stimmten 12 Prozent für Fälldins Zentrumsparlei.<sup>3</sup> Von den Anhängern der sozialdemokratischen Partei, die 1976 ihre Wählerstimme wieder für die SAP abgaben, war eine Mehrheit von 56 Prozent für die Kernkraft, während 82 Prozent der Zentrumsparlei und 64 Prozent der kommunistischen Wähler gegen die Atomenergie eingestellt waren. Von den konservativen und den liberalen Wählern waren jeweils etwas mehr als die Hälfte Kernkraftgegner, und das, obwohl beide Parteien die Nutzung der Kernkraft befürworteten.<sup>4</sup>

Die Grundstruktur des Atomkonflikts entsprach 1976 der auf Parteieliteebene, und der Konfrontation auf Spitzenebene entsprach eine Polarisierung auf der Ebene der Parteianhänger: Die Zentrumsparlei waren an stärksten gegen die Kernkraft eingestellt und bildeten den einen, die sozialdemokratische Wählerschaft umfaßte die meisten Atomkraftbefürworter und bildete den anderen Pol. Die Wähler tendierten sogar dahin, den Gegensatz zwischen den Kernkraftpositionen noch größer zu sehen, als er in Wirklichkeit war: So glaubten 20 Prozent der sozialdemokratischen Wähler, daß die SAP (wie früher) mehr als 13 Atomkraft-

---

<sup>1</sup>Ebd., S.249.

<sup>2</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.129f.

<sup>3</sup>Vgl. ebd., S.147.

<sup>4</sup>Vgl. ebd., S.143.

werke bauen wollte, und 68 Prozent der Zentrumswähler hatten Fälldins Wahlkampfparolen dahingehend aufgefaßt, daß er die fünf in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke s o f o r t stilllegen wollte. Nur 25 Prozent der Zentrumswähler wußten, was die offizielle Parteilinie im Wahlkampf war, nämlich die Atomkraft bis zur Aufstellung und durchführung eines "Abwicklungsplanes" auszunutzen.<sup>1</sup>

Der Wahlkampf hatte das Meinungsbild insgesamt nicht verändert: In einer Meinungsumfrage vom Oktober 1976 waren 57 Prozent der Befragten prinzipiell gegen die Kernkraft eingestellt.<sup>2</sup> Der Anteil der Wähler, die richtig angeben konnten, welche Partei welchen energiepolitischen Standpunkt vertrat, erhöhte sich jedoch stark als eine Folge des Wahlkampfes; nur die Unsicherheit der Bevölkerung über die Position der Liberalen verringerte sich nicht: Auch nach dem Wahlkampf glaubten 31 Prozent der Wähler noch, die Volkspartei wäre gegen die Kernkraft. Der bewußte Verzicht der liberalen Parteispitze auf besondere Profilierung in der Atomkraftfrage hatte den Vorteil, daß die Volkspartei von vielen Kernenergiegegnern gewählt wurde - sie hatten wohl die Stimmenthaltung der liberalen Fraktion beim Reichstagsbeschluß im Mai 1975 als Atomkraftgegnerschaft interpretiert. Etwa ein Viertel der liberalen Wähler waren Kernkraftgegner, und wenn sie sich für die Volkspartei auf Grund ihrer Einstellung zur Atomenergie entschieden haben, dann war ihnen bei der Wahl nicht bewußt, daß sie für die "falsche" Partei stimmten. Den größten Effekt hatte der Wahlkampf auf das Bild, das die Wähler vom kommunistischen Standpunkt in der Kernkraftfrage hatten. Zu Beginn des Wahlkampfes wußten nur 43 Prozent von ihnen, daß die VPK zu den Atomenergiegegnern zählte, nach der Wahl wußten es 70 Prozent. Die kommunistische Partei blieb aber auch nach

---

<sup>1</sup>Vgl. ebd., S.99f.

<sup>2</sup>Vgl. Orth 1978, S.60.

der Wahl die Partei, von der die Bevölkerung am wenigsten wußte, wo sie in der Kernkraftfrage stand.<sup>1</sup>

Die schwedischen Sozialwissenschaftler, die diese umfassende Wählerstudie durchgeführt haben, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Einstellung der schwedischen Bevölkerung zur Atomenergie mit sozialstrukturellen Gegebenheiten (direkt) so gut wie nichts und mit politischen Strukturen viel zu tun hat:

Die Einstellung zur Kernkraft hat einen sehr schwachen oder gar keinen Zusammenhang mit dem Alter, der sozialen Gruppe oder der Ausbildung des Wählers. In welchem Teil Schwedens ein Wähler wohnt, ob er in einer Stadt oder auf dem Land lebt, ist auch bedeutungslos. Der einzige Faktor, der neben der Parteiidentifikation etwas bedeutet, ist die Geschlechtszugehörigkeit. Frauen sind viel stärker gegen die Kernkraft (59 Prozent) als Männer (42 Prozent), und der Geschlechtstfaktor erklärt sieben Prozent der Varianz in der Kernkrafteinstellung der Wähler - eine relativ hohe Zahl im sozialwissenschaftlichen Zusammenhang. Frauen sind im größeren Ausmaß als Männer gegen einen Kernkraftausbau, aber sie benutzen keine anderen Argumente für die Begründung ihrer Stellungnahme. Die Gründe, die Frauen und Männer für ihre Standpunkte anführen, decken also keineswegs auf, warum Frauen im größeren Umfang als Männer gegen Kernkraft sind. Der Faktor, der am meisten bedeutet bei der Strukturierung der Kernkrafteinstellung auf Wählerebene ist ohne Zweifel die Parteizugehörigkeit, die nicht weniger als 22 Prozent der Varianz in der Einstellung zur Kernkraft erklärt. Diese Zahl muß als hoch betrachtet werden, besonders wenn man beachtet, daß die Ansichten der Wähler in der Kernkraftfrage nicht mit ihrer Links-Rechts-Einstellung in Beziehung stehen, und die Links-Rechts-Dimension ist trotz allem die dominierende Konfliktlinie. Die Parteisymphathien der Wähler erklären zum Beispiel nicht weniger als 35 Prozent der Varianz in ihrer Links-Rechts-Einstellung."<sup>2</sup>

Die schwedische Reichstagswahl im September 1976 war eine Kernkraftwahl, bei der die Sozialdemokraten ihr undemokratisches Verhalten bei der Informationskampagne und der Politikformulierung bezahlen mußten: "Die Regierung informier-

---

<sup>1</sup> Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.102ff. Die Ursachen für die Unsicherheit der Bevölkerung über den kommunistischen Standpunkt werden von Holmberg u.a. nicht herausgearbeitet. Sie liegen in der Gespaltenheit der VPK in der Kernkraftfrage. Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 4.5 dieser Arbeit.

<sup>2</sup> Ebd., S.145f.

te - bis die 'aufgeklärte' Bevölkerung die Opposition wählte."<sup>1</sup> Die Erklärungskraft der Kernkraftfrage darf zwar nicht überschätzt werden, denn sie bezieht sich im großen und ganzen nur auf den Wechsel zur Zentrumspartei. Dennoch besteht das Außergewöhnliche an der 76er Wahl darin, daß eine neue Sachfrage, die viele Themen der "neuen Politik" integriert (in der Schlußphase des Wahlkampfes wurden die antinuklearen Argumente über den Un-Sicherheitsaspekt hinaus auf die Konsequenzen der Atomkraftnutzung - zentralisierte Gesellschaft und Polizeistaat - ausgeweitet<sup>2</sup>), und die quer zur Links-Rechts-Dimension liegt<sup>3</sup>, eine etwa gleich große Rolle spielte wie Themen der "alten Politik": "Die Kernkraftfrage definiert heute eine neue Konfliktdimension in der schwedischen Politik, die unabhängig vom traditionellen Links-Rechts-Konflikt gebildet wird."<sup>4</sup>

### 2.3.2 Sozio-kulturelles System:

#### Konflikte, Spaltung und Mobilisierung der Atomkraftgegner

In der schwedischen Umweltbewegung selbst waren von Anfang an Konflikte angelegt, die während der Konfrontationsphase der schwedischen Energiepolitik manifest wurden. Konfrontation bedeutete also auf das sozio-kulturelle System bezogen etwas anderes als in bezug auf das politisch-administrative System: Auf der parteipolitischen Ebene fand der große Streit zwischen sozialdemokratischen Kernenergiebefürwortern und bürgerlichen Atomkraftgegnern statt, wobei

1. die bürgerlichen Atomkraftfreunde sich in der Debatte zurückhielten, und
2. die kommunistischen Kernenergiegegner im Schatten des

<sup>1</sup> Atomenergie International o.J., S.130.

<sup>2</sup> Vgl. Sandström 1978b, S.4.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Einleitung des vierten Kapitels dieser Arbeit: "Der Atomkonflikt im Parteiensystem".

<sup>4</sup> Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.146.

Zentrumsführers standen.

Querelen zwischen den Gegnern der Kernenergienutzung traten auf parteipolitischer Ebene nicht in Erscheinung. Im Gegensatz dazu war an der gesellschaftlichen Basis der Widerstand gegen die Atomkraft lange Zeit durch interne Streitigkeiten geschwächt. Obwohl zum Beispiel das schon erwähnte Buch des Kerntechnikers Pelle Isberg, in dem er sich mehr oder weniger polemisch mit den einzelnen Atomkraftgegnern auseinandersetzt, in dieser Phase der schwedischen Energiediskussion erschien, dominierte doch der Konflikt i n n e r h a l b der Umweltbewegung.

Die Konflikte der Kernkraftgegner hatten zwei Dimensionen:

1. Streit innerhalb des Reichsverbandes der Umweltgruppen MIGRI zwischen den Mitgliedern und der Führung, und
2. Kontroverse innerhalb der Umweltbewegung zwischen Bürgerinitiativen und der Jugendorganisation der bürgerlichen Zentrumspartei.

Die Kritik derjenigen Mitgliedsgruppen, die sich von der Dachorganisation MIGRI basismobilisierende Aktivitäten erhofft hatten, konzentrierte sich auf ihren "etwas autoritären"<sup>1</sup> Vorsitzenden Björn Gillberg, der ihrer Meinung nach nicht wirkungsvoll genug agierte.<sup>2</sup> Hinter dieser Auseinandersetzung stand die Tatsache, daß es Gillberg nicht gelungen war, "die Opposition gegen Atomkraft zu einer fundamentalen Infragestellung der Rolle der Energie in der Gesellschaft auszuweiten. Seine Taktik bestand darin, gegen die Atomkraft gerichtlich vorzugehen, und zwar mit Expertenargumenten und nicht durch Massenmobilisierung. Er schien sich auf die technischen Probleme und technische Alternativen beschränken und die Opposition gegen Atomkraft relativ 'unpolitisch' halten zu wollen."<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Atomenergie International o.J., S.133.

<sup>2</sup> Vgl. Sandström 1978b, S.4.

<sup>3</sup> Jamison 1977, S.33.



Gillberg ging in dieser Kontroverse zur Gegenattacke über und griff mehrere Atomenergiekritiker und Organisationsmitglieder wegen ihrer Verbindung zu linken Gruppen an; 'er sprach in Worten, die ein Lächeln des ehemaligen amerikanischen Senators Joseph Mc Carthy hervorgerufen hätten, davon, 'die Umweltbewegung von Kommunisten zu säubern'".<sup>1</sup>

Daß Gillberg sich so stark daran klammerte, die Atomkraft durch Gerichtsprozesse zu bekämpfen, daß er sogar die Spaltung von MIGRI riskierte und durch seine Angriffe auf Mitglieder der Organisation heraufbeschwor, ist vor allem deshalb verwunderlich, weil er seine Erfahrungen mit der (dritten) Staatsgewalt schon 1974 scheinbar desillusioniert veröffentlicht hatte.<sup>2</sup> Sein Verhalten ist teilweise vielleicht damit zu erklären, daß er sich zu stark auf die Kritik der Gegenseite eingelassen und die Argumente der Atomkraftbefürworter übernommen hatte, die beinhalteten, daß

1. die meisten Kernkraftkritiker gar keine Fachleute auf diesem Gebiet seien und die neue Energiequelle fürchteten, weil sie eben nichts von der Sache verstehen, und
2. "dunkle Motive" hinter dem Treiben "gewisser Umweltschützer und -aktivisten" zu vermuten seien, die "die Kernkraftfrage mißbrauchen (wollen), um die gesamte Gesellschaft umzustürzen"<sup>3</sup>.

Im Frühjahr 1976 führte dieser lähmende Konflikt zur Spaltung, als die Diskrepanz zwischen Mobilisierungsdruck und Aktionsbehinderung zu groß wurde: Die Inbetriebnahme des sechsten schwedischen (und umstrittensten) Atomkraftwerks kündigte sich zu diesem Zeitpunkt dadurch an, daß der Versuchsbetrieb von Barsebäck 2 genehmigt wurde<sup>4</sup>, während der zentralistisch strukturierte Dachverband MIGRI zu einem Hemmnis für die weitere Arbeit der Atomkraftgegner geworden war.<sup>5</sup> "Auf einer stürmischen Jahresversammlung von MIGRI im

<sup>1</sup>Ebd.

<sup>2</sup>Vgl. Gillberg 1974.

<sup>3</sup>Vgl. die Gegenüberstellung der Argumente in der Atomdebatte bei Daléus 1977, S.3; vgl. zu den Motiven Gillbergs Ivarsson/Kågeson 1976.

<sup>4</sup>Vgl. Westmann 1979, S.236.

<sup>5</sup>Vgl. Atomenergie International o.J., S.133.

April 1976 verließ die Mehrzahl der anwesenden aktiven Gruppen aus Protest gegen die Mißachtung demokratischer Spielregeln die Organisation.<sup>1</sup> Diese Umweltgruppen gründten daraufhin M i l j ö f ö r b u n d e t (Der Umweltberband), in dem durch die Aufnahme des EKO<sup>2</sup> die aktiven Umweltgruppen wieder unter ein Organisationsdach kamen.

Nachdem die Umweltbewegung den Spieß umgedreht und "sich von Björn Gillberg gesäubert"<sup>3</sup> hatte, nahm die Aktivität der Atomkraftgegner stark zu. Anfang August 1976 fand ein großes Lager auf der Insel Ven im Öresund statt, auf dem hauptsächlich über die Probleme der Atomkraft diskutiert wurde.<sup>4</sup> An diesem vier Tage dauernden ökologischen Seminar nahmen ca. 650 Personen teil, und es wurde am 7. August mit dem ersten "Nordischen Atommarsch gegen Atomenergie" zum Kernkraftwerk Barsebäck abgeschlossen, an dem sich eine für skandinavische Verhältnisse ungewöhnlich große Zahl von Demonstranten beteiligte<sup>5</sup>: "Mit etwa 10 000<sup>6</sup> Teilnehmern aus allen skandinavischen Ländern war dies der größte Atomprotest in Schweden seit den 50er Jahren. Er verlief sehr friedlich und war wegen der positiven Resonanz in der Bevölkerung ein großer Erfolg für die Umweltschutzbewegung."<sup>7</sup>

Von einer schwedischen Anti-AKW-B e w e g u n g kann erst seit dieser großen Protestdemonstration die Rede sein - die Basisbewegung begann also zu einem Zeitpunkt, als im politisch-administrativen System der Wahlkampf ausgetragen wurde. Nach Gillbergs Strategie, den Rechtsweg zu beschreiten, verworfen und der Atommarsch gegen Kernkraft gestartet worden war, trat die zweite Konfliktlinie in den Vordergrund: das Verhältnis des außerparlamentarischen zum parlamentarischen Kampf gegen Atomkraftwerke. Da der Jugend-

---

<sup>1</sup> Informationsblatt von Miljöförbundet.

<sup>2</sup> Vgl. Westmann 1979, S.235f.

<sup>3</sup> Jamison 1977, S.33.

<sup>4</sup> Vgl. Westmann 1979, S.236.

<sup>5</sup> Vgl. Le Monde vom 11.8.1976.

<sup>6</sup> Möglicherweise ist die Zahl zu hoch gegriffen: Le Monde (11.8.1976) spricht von 5 000 Teilnehmern, ebenso Sandström (1978b, S.11), Atomenergie International von 6 000 (o.J., S.133).

verband der Zentrumspartei genau an der Nahtstelle zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition angesiedelt war, kam diese Konfliktdimension in der Rolle des CUF im Kampf gegen Kernkraftwerke organisatorisch zum Ausdruck. Dadurch, daß ihre Mutterpartei "den Kampf an sich zog und ins Parlament brachte"<sup>1</sup>, gewann die Zentrumsjugend, die außerparlamentarische Aktionen befürwortete, solange sie nicht "undemokratisch" sind<sup>2</sup>, zunehmend Einfluß auf die Umweltbewegung. Diese war, da sie monatelang mit Gillberg über Aktionsformen gestritten hatte, noch "diffus und politisch unreif"<sup>3</sup>, d.h.: nicht widerstandsfähig gegen Fälldins Absicht, sie für seine politischen Ambitionen zu instrumentalisieren: "Im Wahlkampf 1976 wurde es schwierig, die Energiebewegung von Fälldins Zentrumspartei zu trennen."<sup>4</sup>

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Altersstruktur derjenigen schwedischen Bürger, die sich in Meinungsumfragen gegen die Kernkraft aussprachen, keine besonderen Merkmale aufwies<sup>5</sup>, daß aber die Atomkraftgegner, die in der Anti-AKW-Bewegung a k t i v waren, in der Mehrzahl unter 30 Jahre alt waren.<sup>6</sup> Der zunehmende Einfluß der Jugendorganisation des Zentrums erklärt sich zu einem großen Teil durch den Mangel an politischen Alternativen. Unter den sozialdemokratischen Angängern ist der Anteil der 20- bis 30-jährigen Schweden auffallend gering.<sup>7</sup> Nicht nur wegen ihrer positiven Haltung zur Atomkraft war die SAP 1976 für die aktiven Atomkraftgegner nicht wählbar. Gerade für diejenigen Mitglieder der Umweltgruppen, die mit der Dachorganisation MIGRI auf Grund ihrer zentralistischen Struktur gebrochen hatten, war die sozialdemokratische Partei auch aus dem Grund auf gar keinen Fall wählbar, weil

---

Fortsetzung:

<sup>7</sup>Westmann 1979, S.236.

<sup>1</sup>Atomenergie International o.J., S.133.

<sup>2</sup>Vgl. Fryklund/Peterson 1975, S.21.

<sup>3</sup>Jamison 1977, S.34.

<sup>4</sup>Ebd.

<sup>5</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.83.

<sup>6</sup>Vgl. Westmann 1979, S.237.

<sup>7</sup>Vgl. Kuhn 1979, S.21.

sie eine ausgeprägte zentrale Steuerung hatte, die dadurch zum Ausdruck kam, daß die Fraktionsdisziplin besonders groß war.<sup>1</sup> Aus diesem Grund versprachen sich die Atomkraftgegner wenig davon, auf einzelne Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei einzuwirken. Auf Grund dieser zentralisierten und zudem stark bürokratisierten Struktur schien es wenig erfolgversprechend zu sein, den Atomprotest durch die sozialdemokratische Jugendorganisation in die Partei zu tragen: Dadurch, daß die sozialdemokratische Partei schon so lange die Regierungsposition innehatte, war die SSU (Sve-  
riges Socialdemokratiska Ungdomsförbundet) eher ein Sprungbrett für eine Verwaltungskarriere als Nährboden programmatischer Erneuerung.<sup>2</sup>

Im Gegensatz dazu war es der Zentrums-Partei in den 70er Jahren aus der Oppositionsposition heraus gelungen, immer mehr unzufriedene junge Leute als Wähler sowie durch ihre Jugendorganisation auch als Mitglieder an sich zu binden, und seit der Übernahme des Atomprotests hatte sie sich im besonderen Maß zum Hoffnungsträger vieler Atomkraftgegner entwickelt. Daß sie auch für ideologisch linksorientierte Atomkraftgegner wählbar war, hatte einen über das Kernkraft-Issue hinausgehenden Grund: Die Zentrums-Partei hat(te) ein programmatisches Angebot, daß traditionell sozialdemokratische Ziele aufnahm ("Gleichheit und Sicherheit...") und in einen neuen Zusammenhang stellte, der über Verteilungsfragen hinausgeht (... in einer d e z e n t r a l i s i e r t e n Gesellschaft"<sup>3</sup>). Das alternative gesellschaftliche Gesamtmodell (dezentralisierte Lokalgesellschaft mit entwickelter kommunaler Demokratie), das die Zentrums-Partei den Wählern bei der Reichstagswahl 1976 anbot, machte Fälldins Atomkraftkritik für die "Umweltlinke" glaubwürdig, denn das Zentrum kritisierte "einzelne Effekte

<sup>1</sup>Vgl. ebd., S.24ff.

<sup>2</sup>Vgl. Olofsson 1972.

<sup>3</sup>Überschrift des Parteiprogramms der Zentrums-Partei von 1974. (Vgl. Fenner 1978, S.465) Vgl. für diesen Zusammenhang das Kapitel 4.4 (Zentrums-Partei) der vorliegenden Arbeit.

des Kapitalismus - Umweltzerstörung, (...), Bürokraten-, Experten- und Technokratenherrschaft, Macht- und Kapitalkonzentration, Mangel an Gemeinschaft, 'Fremdheit' in einer rationalisierten Gesellschaft usw."<sup>1</sup> Außerdem hatte sich gezeigt, daß aus den Reihen der Reichstagsfraktion kommende neue programmatische Impulse von der Parteispitze nicht ignoriert wurden. Zur Zeit des Wahlkampfes hatte der Jugendverband die Funktion einer ideologischen Brücke zwischen Atomkraftgegnern und Zentrumsparlei: Er war Protagonist der "dezentralisierten lokalen Gesellschaft", schärfster Kritiker der vorherrschenden Großtechnik und außerdem links von der Mutterparlei angesiedelt, was dadurch zum Ausdruck kam, daß der CUF die Zusammenarbeit des Zentrums mit der konservativen Parlei strikt ablehnte.

Die Atomkraftgegner, die sich dem zunehmenden Einfluß der Zentrumsjugend in der Anti-AKW-Bewegung widersetzen, warnten vor Illusionen über die Absichten und die Möglichkeiten der Zentrumsparlei, wirklich etwas zu verändern: "Im politischen Leben Schwedens sind Fälldin und seine Zentrumsparlei mit den Konservativen und den Liberalen als 'bürgerliche Alternative' zur Sozialdemokratie verbunden. Mit solchen Partnern kann Fälldin der Atomenergie vielleicht ein paar neue Hürden in den Weg stellen, aber eine andere Haltung zur technologischen Entwicklung wird er sicherlich nicht aufbauen können, selbst wenn er es wollte."<sup>2</sup> Vor dem Vorwurf, sich rein wahltaktisch zu verhalten, war der CUF ausgenommen: Die Zentrumsjugend verwandte ja den größten Teil ihrer Kraft darauf, ihren Idealismus in die Mutterparlei hineinzutragen. Die Zentrumskritiker befürchteten, daß diese ihrer Meinung nach so dringend zur Stärkung der außerparlamentarischen Opposition gebrauchte Kraft in der Innerparteilichen Arbeit verschlissen würde, und die Partei-

---

<sup>1</sup>Fryklund/Peterson 1975, S.21.

<sup>2</sup>Jamison 1977, S.34.

Jugend, solange sie ihren Aktivitätsschwerpunkt nicht verlagerte, den Erfolg in der gemeinsamen Sache aufs Spiel setzte.

Nichtsdestotrotz hatten die meisten Atomkraftgegner vor der Wahl 1976 die Hoffnung, daß der "Marsch in die Kernkraftgesellschaft" gestoppt würde, wenn Fälldin das Amt des Regierungschefs übernehme. Diese Hoffnung war in der besonderen (energie)politischen Struktur Schwedens begründet: Die AKW-Gegner saßen schon "nahe am Zentrum politischer Entscheidungen"<sup>1</sup>, repräsentiert von zwei der fünf Parlamentsfraktionen - der Zentrums- und der Bürgerblock- und der kommunistischen Fraktion aus dem (gleich starken) Linksblock.

Die energiepolitische Konfrontation fand im repräsentativen System statt. Ihr wollten die Betroffenen jedoch nicht tatenlos zusehen. Die im schnell wachsenden Miljöförbund organisierten Atomkraftgegner begannen zum Beispiel, Kontakte mit den dänischen, norwegischen und finnischen AKW-Gegnern aufzubauen, mit denen sie gemeinsam den "Nordischen Atommarsch gegen die Atomenergie" durchführten. "Die nordischen AKW-Gegner sammeln sich unter der Parole: 'Der Norden ohne Atomkraft'. Damit will man der Welt ein Beispiel geben, daß die skandinavischen 'Wohlfahrtsgesellschaften' ohne Kernenergie auskommen können."<sup>2</sup>

Ihre Überzeugung, ohne Atomenergie auskommen zu können, wurde durch den Bewußtseinswandel in der Bevölkerung gestärkt: Eine 1976 in Schweden durchgeführte Umfrage zielte darauf ab, festzustellen, ob die schwedische Bevölkerung eine Begrenzung ihres Lebensstandards hinnehmen würde, um einen höheren Energieverbrauch zu vermeiden. Das Ergebnis war, daß sich ca. 75 Prozent der Befragten im Sinne der ge-

---

<sup>1</sup>Kasten 1979a, S.25.

<sup>2</sup>Westmann 1979, S.257f.

stellten Frage gegen einen Energieausbau aussprach.

"Das Ergebnis signalisierte eindeutig, und quer durch alle Parteien, daß die reine Gebrauchswertorientierung, d.h. hohe Konsum- und Output- Orientierung, dort auf eine Sättigungsschwelle trifft, wo fundamentale kollektive Bedürfnisse betroffen sind."<sup>1</sup>

## 2.4 Die Kompromißphase (September 1976 bis Oktober 1978)

### 2.4.1 Politisch-administratives System: Kompromißpolitik und ihre Grenzen

Die vierte Phase der schwedischen Energiepolitik begann mit den Koalitionsverhandlungen der drei bürgerlichen Parteien nach ihrem Wahlsieg am 19. September 1976, die vom Vorsitzenden der Zentrumspartei Fälldin geleitet wurden. Trotz Stimmenverlust seiner Zentrumspartei, die aber immer noch stärkste Partei des Bürgerblocks geblieben war, löste Thorbjörn Fälldin den Sozialdemokraten Olof Palme als Regierungschef ab, denn er hatte "am härtesten und konsequentesten für die Wachablösung in Schweden gekämpft"<sup>2</sup>. Seine Koalitionsregierung, die bis Oktober 1978 bestand, basierte auf einem mit dem konservativen Parteiführer Gösta Bohman und dem liberalen Parteivorsitzenden Per Ahlmark geschlossenen Kompromiß, bei dem der Atomkraftgegner Fälldin den beiden Koalitionspartnern Konzessionen machen und der Betriebsgenehmigung für das sechste schwedische Kernkraftwerk Barsebäck 2 zustimmen mußte, um das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung nicht zu gefährden. Die Inbetriebnahme weiterer Reaktoren machte die Koalition von (Sicherheits-) Voraussetzungen abhängig, die im sogenannten B e d i n g u n g s g e s e t z (villkorslag) festgeschrieben wurden. Dieses gesetz legte die Regierung, die als eine

<sup>1</sup>Kuhn 1978, S.323f.

<sup>2</sup>Süddeutsche Zeitung vom 23.9.1976.

erste Amtshandlung ein neues Ressort, das E n e r g i e - m i n i s t e r i u m (als Abzweigung aus dem bis dahin für Atomenergie zuständigen Industrieministerium) geschaffen hatte, im Dezember 1976 vor. Um seine Bedingungen zu erfüllen, startete die Atomindustrie ein großes Projekt zur Erforschung der Kernbrennstoffsicherheit. Die Arbeit an diesem K B S - P r o j e k t (KBS=kärnbränslesäkerhet) lief 1977 parallel zu den Untersuchungen der von der Regierung eigens eingesetzten (und vom konservativen Parteiführer Bohman schon vor Beginn der "heißen" Phase des Wahlkampfes Ende Mai 1976 vorgeschlagenen) E n e r g i e - k o m m i s s i o n, die die Aufgabe hatte, "bis 1978 einen für die Mehrheit annehmbaren Vorschlag zur zukünftigen Energiepolitik zu erarbeiten"<sup>1</sup>, und "deren Arbeit zumindest vorübergehend den Entscheidungszwang der Regierung vertagte"<sup>2</sup>. Mit dem Ende 1976 gefaßten beschluß, zunächst Experten über die Kernkraftfrage beraten zu lassen, war der innerhalb der Koalition angelegte Atomkonflikt für ein Jahr auf Eis gelegt. 1978 entbrannte der politische Streit auf allen Ebenen erneut, nachdem die Atomindustrie auf der Grundlage ihres KBS-Rapports von der Regierung die Betriebsgenehmigung für das siebte und das achte schwedische Atomkraftwerk (Ringhals 3 und Forsmark 1) gefordert<sup>3</sup>, und die Energiekommission "mit ihrem Gutachten das 'heiße Eisen' Kernenergie an die in dieser Frage zerstrittene Koalitionsregierung zurückgegeben"<sup>4</sup> hatte. Im Oktober 1978 war für Fälldin die Grenze der Kompromißpolitik erreicht, und er erklärte die große bürgerliche Koalition für gescheitert. "Dies erregte internationales Aufsehen, da die Regierung Fälldin auf Grund der Kernkraftfrage stürzte. Das hatte vorher noch keine andere Regierung in der Welt getan."<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup>Daléus 1977, S.6.

<sup>2</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 19.1.1978.

<sup>3</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 15.4.1978.

<sup>4</sup>Handelsblatt vom 31.3.1978.

<sup>5</sup>Leijonhufvud 1979, S.9.



Differenzierter lief diese Entwicklung wie folgt ab: Die Bildung der bürgerlichen Dreiparteienregierung unter einem Ministerpräsidenten, dessen Partei die Ablehnung der Kernkraft zum Bestandteil ihres Programms gemacht hatte, und die trotz der Wahlversprechen von Seiten des Zentrumsvorsitzenden Fälldin genehmigte Inbetriebnahme des zweiten Atomreaktors in Barsebäck "leiteten eine neue Periode in der Geschichte der Energiedebatte ein"<sup>1</sup>. Zu Beginn der Verhandlungen über die Kernkraftfrage betonte Fälldin noch, daß er die Aufladung von Barsebäck 2 nicht verantworten könnte, während sich der liberale Parteiführer Ahlmark - und nicht der k o n s e r v a t i v e Parteivorsitzende Bohman! - als oberster Interessenvertreter der Atomindustrie profilierte. Frei von wahltaktischen Überlegungen trat Ahlmark zusammen mit seinem Parteisekretär Carl Tham, der gerade ein Reichstagsmandat gewonnen hatte, hart und aggressiv gegenüber Fälldin auf. Er agierte auf der Basis des Ultimatums, das die Spitze der Volkspartei formuliert hatte: Wenn die Koalitionsverhandlungen nicht platzen sollten, dann muß Barsebäck 2 in Betrieb genommen werden!<sup>2</sup>

Nach Fälldins Ansicht sollte Barsebäck 2 nicht gestartet werden, solange der Betreiber dieses Atomkraftwerks, Sydsvenska Kraft AB (Sydkraft)<sup>3</sup>, nicht einen annehmbaren Vertrag über die Aufarbeitung abgebrannter Brennstäbe vorweisen könnte. Die Realisierung dieses Vorschlags hätte bedeutet, daß sich die Inbetriebnahme des schon betriebsbereiten Reaktors um mindestens sechs Monate verzögerte - so lange nämlich, wie Sydkraft brauchen würde, um einen akzeptablen Wiederaufarbeitungsvertrag abzuschließen. Bohmans Gegenvorschlag bestand darin, Barsebäck 2 - wie von der vorhergehenden sozialdemokratischen Regierung geplant - sofort in Betrieb zu nehmen, und das Aggregat Ende 1977

---

<sup>1</sup>Holmberg u.a. 1977, S.10.

<sup>2</sup>Vgl Hammerich 1977, S.218.

<sup>3</sup>Sydkraft ist zu 60% im Besitz von südschwedischen Städten und Gemeinden, zu 20% von Konsum (Coop.), und die restlichen 20% gehören dem Staat, Privatpersonen u.a. (Vgl. Westmann 1979, S.231).

wieder abzustellen, falls Sydkraft bis dahin keinen Vertrag vorweisen könnte.<sup>1</sup> Über diesen Kompromißvorschlag beriet Fälldin mit dem Parteivorstand des Zentrums. Der Wortführer des Jugendverbandes CUF, Anders Ljunggren, plädierte dafür, die Koalitionsverhandlungen lieber scheitern zu lassen, als einem unakzeptablen Kompromiß in der Kernkraftfrage zuzustimmen.<sup>2</sup> Bei einem Gespräch mit Fälldin nach der Vorstandssitzung erklärte Ljunggren seine Position damit, daß der Jugendverband in der Frage der Inbetriebnahme weiterer Kernkraftwerke nicht kompromißbereit wäre. Er selbst jedoch zeigte sich kompromißwillig und stellte folgende Bedingung für seine Zustimmung: Wenn Barsebäck 2 gestartet wird, dann muß der dem CUF nahestehende Zentrumsabgeordnete Olof Johansson das neu geschaffene Amt des Energieministers übernehmen. "Außerdem machte er Fälldin klar, daß er die Absicht hatte, öffentlich vom Kompromiß Abstand zu nehmen."<sup>3</sup>

Diese innerparteilichen Abmachungen geben Fälldin begrenzte Rückendeckung für seine Zustimmung zum Koalitionskompromiß in der Kernkraftfrage: Der Jugendverband "sträubte sich dagegen", der Parteivorstand war (nur) "enttäuscht", aber der Vertrauensrat der Reichstagsfraktion war "erleichtert!"<sup>4</sup> In der Regierungserklärung von Ministerpräsident Fälldin lautete der Kompromiß wörtlich: "Barsebäck 2, das fertig ist, wird außer Betrieb genommen, wenn nicht ein Vertrag über Aufarbeitung vor dem 1. Oktober 1977 vorgelegt wird."<sup>5</sup> Damit war klar, daß Fälldin von seinen ursprünglichen Intentionen Abstriche machen mußte: Gemäß der Formulierung, auf die sich die drei Parteiführer geeinigt hatten, galten für den fortgesetzten Betrieb von Barsebäck 2 erleichterte Bedingungen: "Die Regierungserklärung spricht hier nur von "Vertrag über Aufarbeitung" und nicht (mehr) von "annehmbarem Vertrag über Aufarbeitung", der Bedingung für die Kernkraftwerke ist, die eventuell nach Barsebäck

<sup>1</sup>Vgl. Hammerich 1977, S.226f.

<sup>2</sup>Vgl. ebd., S.229.

<sup>3</sup>Ebd., S.234.

<sup>4</sup>Vgl. ebd., S.235ff.

<sup>5</sup>Die Regierungserklärung ist bei Hammerich 1977, S.281-287 abgedruckt; hier S.286.

in Betrieb genommen werden."<sup>1</sup> Dem Satz betreffend Barsebäck 2 ging in der Regierungserklärung nämlich die folgende Passage voraus: "In der gegenwärtigen Lage muß als Bedingung gestellt werden, daß die Kernkraftaggregate, die z.Z. in Bau sind, nicht in Betrieb genommen werden, wenn das berührte Kraftunternehmen nicht entweder einen annehmbaren Vertrag über Aufarbeitung des verbrauchten Kernbrennstoffes vorlegen, oder zeigen kann, wie und wo eine ganz sichere endgültige Deponierung des hochaktiven Abfalls geschehen kann."<sup>2</sup>

Fälldin wertete den Kompromiß über das Atomkraftwerk Barsebäck 2 als eine kurzfristige Niederlage und ein notwendiges Opfer zugunsten des langfristigen Ziels, den Marsch in die Kernkraftgesellschaft zu stoppen.<sup>3</sup> Im Dezember 1976 legte seine Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, der die Bedingungen definierte, die von den Kraftwerksgesellschaften erfüllt werden mußten, bevor sie die Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke erhielten. Dieser Entwurf verschärfte zwar Fälldins Regierungserklärung vom Oktober, er stellte aber dennoch einen zweiten, von den Koalitionspartnern unterschiedlich ausgelegten Kompromiß dar: "Die fünf bestehenden Aggregate werden von dem neuen Gesetz, das im März verabschiedet werden soll, nicht betroffen. Für sie soll allerdings ein Bereitschaftsplan zur Abwicklung ausgearbeitet werden, der bei Bedarf angewendet werden kann. Für alle weiteren Aggregate einschließlich des kürzlich aufgeladenen sechsten gilt, daß sie nur in Betrieb gestellt werden dürfen, wenn die Kraftwerksunternehmen nicht nur einen rechtlich akzeptablen, sondern einen 'Sicherheit gebenden' Vertrag mit einer ausländischen Anlage zur Aufarbeitung benutzten Kernbrennstoffs vorweisen können. Schon zum Zeitpunkt des Kontrakts durch die schwedische Kraft-

---

<sup>1</sup>Ebd., S.235.

<sup>2</sup>Zit. nach ebd., S.286.

<sup>3</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 12/1976, S.742.

werksgesellschaft und die ausländische Aufarbeitungsanlage muß in dieser Anlage ein funktionierender Aufarbeitungsprozeß stattfinden. Für den schwedischen Typ von Leichtwasser-Reaktoren dürfte indessen erst Mitte der achtziger Jahre ein Aufarbeitungsverfahren praktiziert werden können. Ferner müssen die Kraftwerksgesellschaften nachweisen, 'wie uns wo' der aufgearbeitete Brennstoff 'völlig sicher' endgültig verwahrt werden kann. Das schwedische Gesetz gibt den Kraftwerksgesellschaften die Möglichkeit, auch ohne Aufarbeitungsprozeß den benutzten Brennstoff zu deponieren, allerdings nur, wenn auch hier Art und Platz einer 'völlig sicheren' Verwahrung vorgewiesen werden. Bisher ist eine derartige Methode noch nirgends erprobt. Falls die neuen Bedingungen nicht gemäß dem Wunsch von Fälldins Zentrums-  
partei Schwedens 'Marsch in die Kernkraftgesellschaft' blockieren, ist in jedem Fall eine Verzögerung des Ausbauprogramms zu erwarten."<sup>1</sup>

Die Formulierungen des dann im April 1977 nach einer langen Parlamentsdebatte vom Reichstag verabschiedeten "Bedingungsgesetzes" verdeckten nur mühsam den Atomkonflikt zwischen den Koalitionspartnern, denn nach wie vor lag es im Ermessen der in dieser Frage zerstrittenen Regierung, zu entscheiden, ob die Sicherheitsprobleme der Abfall- und Brennelementeverwahrung befriedigend gelöst sind: "Als Zeichen des Kompromisses zwischen den drei Regierungsparteien wird im Beschluß lediglich festgehalten, daß keine 'drakonische Anwendung' der Sicherheitsbestimmungen vorgesehen sei. Was das in der Praxis bedeutet, ist unklar. Die Atomkraft befürwortenden Konservativen sehen den Zweck des soeben gutgeheißenen Gesetzes darin, technische Lösungen beschleunigt zu erzwingen, um das 1975 beschlossene Kernkraftprogramm schließlich doch verwirklichen zu können.

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.12.1976.

Die Zentrumsparterie ist nach Energieminister Johansson da-  
gegen der Ansicht, die Chancen zur Erfüllung der gestellten  
Bedingungen seien so gering, daß ein Totalstopp 1985 unaus-  
weichlich werde. Auch Ministerpräsident Fälldin wiederholte  
diese Woche in einem Fernsehinterview seinen bekannten Stand  
punkt, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Sicherheitstech-  
nik in Schweden keine neuen Reaktoren 'geladen' werden könn-  
ten. Die Liberalen ihrerseits halten in der Energiepolitik  
ein bewußt weniger scharfes Profil, wohl um sich künftige  
politische Kooperationsmöglichkeiten nach rechts und links  
nicht zu verbauen. Die oppositionellen Sozialdemokraten sind  
auf das alte Programm mit dem Ausbau von 10 Aggregaten ver-  
pflichtet."<sup>1</sup>

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei hatten sich  
im November 1976, kurz nach der Machtübernahme der bürger-  
lichen Parteien, die Atomkraftgegner organisiert:  
Sie gründeten die "Sozialdemokratische Arbeitsgruppe für  
eine alternative Energiepolitik" SAFE (Socialdemokratiska  
arbetsgruppen för en alternativ energiepolitik) und setzten  
sich eine demokratische, sozialistische Gesellschaft ohne  
Kernkraft zum Ziel.<sup>2</sup> Diese innerparteiliche Opposition än-  
derte jedoch nichts an der Tatsache, daß die Sozialdemo-  
kraten und die Zentrums Politiker in der vierten Phase der  
schwedischen Energiepolitik ihre Konfrontation mit vertausch-  
ten Positionen fortsetzten. Dabei befand sich die nun aus  
der Oppositionsstellung heraus agierende sozialdemokratische  
Partei, die der regierenden Zentrumsparterie Schwäche und  
Wählerbetrug vorwarf (Olof Palme sprach vom "größten Bluff  
in der parlamentarischen Geschichte Schwedens"<sup>3</sup> und von ei-  
ner "noch nie dagewesenen Täuschung des Wählers"<sup>4</sup>), in der  
besseren Ausgangsposition: Sie bekam Unterstützung auch von  
den gesellschaftlichen und meinungsbildenden Kräften, die

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 17.4.1977.

<sup>2</sup>Vgl. Ranstad och kärnkraften 1977<sup>2</sup>, S.16.

<sup>3</sup>Frankfurter Rundschau vom 21.10.1976.

<sup>4</sup>Frankfurter Rundschau vom 20.12.1976.

die sich vor der Wahl mit atomkraftbefürwortenden Äußerungen zurückgehalten hatten, um den Wahlsieg der bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden. So wurde in den meisten Leitartikeln der Tagespresse die den Ausbau der Atomenergie verzögernde Politik der Regierung heftig kritisiert<sup>1</sup>, und der schwedische Industrieverband ging mit seiner Forderung an die bürgerliche Koalitionsregierung in die Offensive, es nicht bei den 13 vom Reichstag beschlossenen Kernkraftwerken zu belassen, "sondern sie auf zwanzig aufzustocken, die Wasserkraftenergie um fünfundzwanzig Prozent zu steigern und schließlich den kostbaren Schatz Uran abzubauen, um vom Öl wegzukommen."<sup>2</sup>

Die Frage des Abbaus der Uranvorkommen bei Ranstad in Mittelschweden hängt eng mit der ganzen Entscheidung über Atomkraft in Schweden zusammen.<sup>3</sup> Die Gemeinde Skövde, die im Falle des Abbaus von der damit einhergehenden Umweltzerstörung betroffen wäre, stellte sich mit ihrem kommunalen Veto<sup>4</sup> gegen das Abbauprogramm nicht nur der Atomindustrie in den Weg, deren Existenzangst noch verstärkt wurde durch Fälldins ablehnende Haltung zu dem Gedanken, "daß sich die schwedische Kernkraftindustrie mangels künftiger inländischer Aufträge auf das Exportgeschäft konzentrieren könne"<sup>5</sup>. Die betroffene Gemeinde setzte ihr Interesse auch gegen das der anderen Kommunen durch, die die Arbeitsplätze in ihrer Region bedroht sahen.<sup>6</sup>

In der Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und der Zentrumspartei verstärkte die "Unruhe in der Gewerkschaftsbewegung, die etwa 6000 Mann auf den Kernkraftbauplätzen repräsentiert"<sup>7</sup>, die Durchschlagskraft des Beschäftigungsarguments, das der sozialdemokratische Parteiführer vorbrachte: Die schwedische Bauarbeitergewerkschaft wollte "angesichts einer befürchteten Massenarbeitslosigkeit

---

<sup>1</sup>Vgl. Sandström 1978b, S.7.

<sup>2</sup>Frankfurter Rundschau vom 3.2.1978.

<sup>3</sup>Vgl. Westmann 1979, S.234.

<sup>4</sup>Vgl. dazu den Artikel "Atomüllagerung und Uranabbau in Schweden - kommunales Vetorecht" in der Neuen Zürcher Zeitung vom 7.10.1976.

<sup>5</sup>Nachrichten für Außenhandel vom 11.10.1976. Fälldin hatte kurz nach seinem Regierungsantritt gegenüber der konservativen Zeitung Svenska Dagbladet erklärt, daß die

von 20 000 ihrer Mitglieder wissen, ob das Bauprogramm nun weitergeht oder nicht"<sup>1</sup>, und der Oppositionsführer Palme warf dem Regierungschef Fälldin vor, "die Existenz Schwedens zu gefährden, zumal sich das Land auch noch in einer schweren wirtschaftlichen Krise befindet. Nachdem sich Fälldins Parteifreund und Landwirtschaftsminister Anders Dahlgren dahingehend äußerte, daß die schwedische Kernkraftenergie völlig überflüssig sei, die heute immerhin 25 000 Menschen Brot gibt, hat sich die leidenschaftliche Debatte noch verschärft."<sup>2</sup>

Durch die massive und vereinte Kritik der Atomkraftbefürworter an der energiepolitischen Linie der Zentrums-  
partei im allgemeinen und ihrer Auslegung des Bedingungs-  
gesetzes im besonderen wurde Fälldin in die Defensive ge-  
drängt. Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung nützte und  
schadete seiner energiepolitischen Position gleichzeitig:

- Der Konjunkturreinbruch verringerte den Energiebedarf  
der Industrie, und die jährliche Zuwachsrate des Elektri-

---

Fortsetzung:

Ausfuhr von Ausrüstungen für Kernkraftwerke einge-  
schränkt werden sollte: Für solche Exporte sollten die  
gleichen Vorschriften gelten wie für die Ausfuhr von  
Waffen. (Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 4.11.1976)  
Vor allem war der halbstaatliche Konzern ASEA-Atom  
wegen der möglichen Einschränkungen des Exports von  
Atomkraftwerken und Technologie besorgt. (Vgl. The  
Petroleum Economist - London, Nr. 3/1977).

<sup>6</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20.12.1976.

<sup>7</sup>Information vom 5.11.1976.

<sup>1</sup>Frankfurter Rundschau vom 21.10.1976.

<sup>2</sup>Frankfurter Rundschau vom 3.2.1978. Vgl. dazu Kapitel  
3.1 dieser Arbeit: "Energieversorgung als gesellschaft-  
liches und politisches Problem".



zitätsverbrauchs betrug nur 3 Prozent statt der im Reichstagsbeschluss von 1975 "prognostizierten 6%, die bis 1985 eine Verdoppelung der Kraftwerkskapazitäten erfordert hätten"<sup>1</sup> - nach den verschiedenen Energiebedarfsprognosen für Schweden bis 1985 schien jetzt eine allgemeine Bedarfsdeckung mit 10. (statt 13) Kernkraftwerken möglich zu sein.<sup>2</sup>

- Andererseits vergrößerte die wirtschaftliche Rezession die Angst der schwedischen Bevölkerung vor Arbeitsplatzverlust, so daß Fälldin im Falle eines Baustopps für die sich als überflüssig erweisenden drei Atomkraftwerke für die zunehmende regionale Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden könnte. Bei der Reichstagswahl im September 1976 hatten die Wähler in Gemeinden mit in Betrieb oder in Bau befindlichen Kernkraftwerken Fälldins Zentrumsparterie eine deutliche Abfuhr erteilt, "da man offensichtlich 'mit der Gefahr' leben und das daran geknüpfte Stellenangebot schätzen gelernt hatte"<sup>3</sup>.

Diese strukturellen Gegebenheiten verstärkten den Kompromißdruck der Regierung, und angesichts des Dilemmas, in dem er sich befand, entschied sich Fälldin für eine doppelspurige Politik, nämlich

1. durch das Bedingungs-gesetz neue Betriebskonzessionen für Atomkraftwerke bis 1978/79 zu verhindern, um sein Wahlversprechen wenigstens annähernd zu erfüllen (nachdem er der vorläufigen Inbetriebnahme von Barsebäck 2 schon bei der Regierungsbildung zugestimmt hatte), und
2. vier bis fünf der nach Barsebäck 2 auf dem Atomprogramm stehenden Kernkraftwerke fertigbauen zu lassen, um den Atomkonflikt nicht durch plötzliche Massenentlassungen noch zu verschärfen - die Entscheidung darüber, ob die fertiggebauetn Kernkraftwerke atomar aufgeladen werden

---

<sup>1</sup>Westmann 1979, S.230.

<sup>2</sup>Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 17.4.1977.

<sup>3</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 7.10.1976. Dahingegen bekamen in der Gemeinde Skövde, in deren Gebiet die Uranvorkommen liegen, bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen die Parteien die Mehrheit (30 Sitze), die sich gegen das Ranstad-Projekt aussprachen. Sozialdemokraten und Konservative, die den Uranabbau befürworteten, gewannen 29 Sitze im Gemeinderat. (Vgl. Ranstad och kärnkraften 1977<sup>2</sup>, S.16).



sollten, schob die Regierung Fälldin solange vor sich her, wie die Energiekommission arbeitete.

Der im Frühjahr 1978 vorgelegte Schlußbericht der aus 15 Repräsentanten der fünf im Reichstag vertretenen Parteien bestehenden Energiekommission war für die Zentrumspartei eine große Enttäuschung<sup>1</sup>, und zu diesem Zeitpunkt begannen sich an der Parteibasis auch Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit des Energieministers zu regen. Während Fälldin schon zu Beginn seiner Regierungszeit in die politische Schußlinie geraten war, als die Atomkraftgegner in der Zentrumspartei seinen Kompromiß über das Kernkraftwerk Barsebäck 2 heftig kritisierten, stand sein Energieminister noch nicht in der Defensive: Ebenso wie der derzeitige Sprecher der Parteijugend Ljunggren "war der ehemalige CUF-Wortführer Olof Johansson nicht begeistert von dem Kompromiß"<sup>2</sup>, was er offen kundtat. Als Fälldin seine Glaubwürdigkeit einbüßte, bot sich Johansson den Atomkraftgegnern in der Zentrumspartei als Hoffnungsträger an, und es gelang ihm, die Loyalität der Parteijugend, ohne deren innerparteiliches Gewicht er nicht Energieminister geworden wäre, zu erhalten. Johansson setzte Anfang 1977 die Energiekommission ein, von der sich die Zentrumspartei nicht nur wissenschaftlich fundiertes Material über die Vor- und Nachteile der Atomenergie sowie alternative Energiequellen erhoffte, "das als politisch neutrale Beschlußgrundlage für die im Herbst dieses Jahres (1978) anstehende parlamentarische Überprüfung des Kernkraftprogramms dienen sollte"<sup>3</sup>, sondern auch Untersuchungsergebnisse, die ihre eigene energiepolitische Position unterstützen würden<sup>4</sup>: "Insbesondere das Zentrum hatte bei der Kommissionbildung auch einen Hintergedanken: Indem es in den Ausschuß auch noch drei politisch ungebundene Fachleute entsandte, von denen es annahm, daß sie seinen energiepolitischen Vor-

---

<sup>1</sup>Vgl. Sandström 1978a, S.2.

<sup>2</sup>Leijonhufvud 1979, S.62.

<sup>3</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 19.1.1978.

<sup>4</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 31.3.1978.

stellungen nahestehen, erhoffte es sich ein Stimmenübergewicht, das die Partei in ihrer Auseinandersetzung mit den Koalitionspartnern und der sozialdemokratischen Opposition stützen sollte."<sup>1</sup>

Die Energiekommission, an deren Arbeit unter der Leitung eines bekannten Regierungsbeamten etwa 50 Experten sowie Repräsentanten des Umweltschutzes, der Industrie und der Gewerkschaften (insgesamt 120 Personen) beteiligt waren,<sup>2</sup> kam jedoch mehrheitlich zu dem Ergebnis, "daß eine Rückentwicklung der Kernenergie in absehbarer Zeit unrealistisch ist, und daß nach einer gewissen Überprüfung das 1975 mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Konservativen beschlossene Programm weiterverfolgt werden soll. Zwei Angehörige des Zentrums und ein Kommunist halten unbeirrt an der Wahlkampfparole Fälldins fest. Was aber den Regierungschef besonders hart treffen muß: die drei unabhängigen Experten gehörten zu der Mehrheit."<sup>3</sup>

Das 800 Seiten dicke Gutachten der Energiekommission, die in fünf Unterkommissionen gearbeitet hatte, wurde im März 1978 vorgelegt - dabei stand der Teilbericht über Sicherheitsfragen noch aus. Der Vorsitzende der Kommission vertrat jedoch die Meinung, daß der Sicherheitsbericht nichts Wesentliches ändern würde.<sup>4</sup> Der Abschlußbericht wurde von 10 der 15 Kommissionsmitglieder völlig und von 12 in den wesentlichen Aspekten unterstützt. Die beiden Repräsentanten der Zentrumsparlei (darunter Birgitta Hambræus) und der Vertreter der Kommunisten (Per Kågeson) waren in der Minderheit. Im Gutachten wurde betont, daß die Nutzung von Öl und Kohle als Energiequelle größere Umweltprobleme mit sich bringe als Atomkraft, und die Probleme, die mit der Endlagerung des hochradioaktiven Abfalls verbunden sind,

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 19.1.1978.

<sup>2</sup>Vgl. Sandström 1978b, S.6 und Wikdahl 1979, S.5.

<sup>3</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 19.1.1978.

<sup>4</sup>Vgl. Westmann 1979, S.233.

wurden als lösbar angesehen.<sup>1</sup> Der Vorsitzende der Sicherheitsgruppe der Energiekommission Björn Kjellström, der die Arbeit dieser Unterkommission erst im Juni 1978 für abgeschlossen erklärte, warf der Energiekommission vor, die Kritik an den vorliegenden Ergebnissen des KBS-Projekts der Atomindustrie nicht genügend aufgenommen und die Unsicherheitsfaktoren im Falle eines größeren Unfalls zu wenig berücksichtigt zu haben. "Kjellström vertrat die Meinung, daß die Energiekommission unlogische Schlüsse vorgelegt hat: Zuerst seien die Risiken benannt worden, dann sei man aber mit Scheuklappen das Material durchgegangen und zu falschen Resultaten gekommen. Somit entstehe der Eindruck, daß das Ergebnis, nämlich der energiepolitische Beschluß von 1975, schon im voraus festgestanden habe."<sup>2</sup>

Die Mehrheit der Energiekommission räumte den Atomkraftgegnern zwar ein, "daß ein vorübergehender Bauaufschub für die Aggregate 11 bis 13 diskutierbar sei, an eine prinzipielle Kursänderung könne jedoch nicht vor Ende des nächsten Jahrzehnts gedacht werden."<sup>3</sup> Diese Ansicht schien nicht zu dem überraschenden Ergebnis der Kommissionsarbeit zu passen, daß die Atomkraftproduktion fast nichts an dem Hauptproblem der schwedischen Energieversorgung, der Abhängigkeit vom teuren Erdöl, ändert: "Bis 1985 muß weiterhin Erdöl in einer Quantität importiert werden, die zwei Drittel des schwedischen Primärenergiebedarfs deckt. Und noch 1990, nach der Erschließung neuer Energiequellen wie Sonnen- und Windkraft, rechnet die Kommission mit einem Ölimport, der nach Abwicklung der Kernkraft 56% der Gesamtenergiezufuhr beträgt; und 49%, falls alle betriebenen oder geplanten Reaktoren auf Hochtouren laufen. Auch für die Neustrukturierung einer gesicherten zukünftigen Energieversorgung

---

<sup>1</sup>Vgl. Wikdahl 1979, S.5.

<sup>2</sup>Westmann 1979, S.233f.

<sup>3</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 19.1.1978.

anfallenden Aufwendungen - Investitionen und Betriebskosten - bleiben sich im großen und ganzen gleich, egal, ob man alle 13 Reaktoren baut oder stilllegt."<sup>1</sup>

Am Ende hatte die Energiekommission zwar eine Riesemenge an (widersprüchlichem) Faktenmaterial zur Energieversorgung produziert und Argumente formuliert, aber nicht dazu beigetragen, die grundlegenden politischen Gegensätze in der schwedischen Energiepolitik aufzulösen. Die Verschiebung der Energie- und Atomkraftdebatte auf die Expertenebene hatte das Gegenteil von dem bewirkt, was Regierungschef Fälldin und Energieminister Johansson mit ihr bezweckten - das Ergebnis der Kommissionsarbeit hatte höchstens den Effekt, die für Ende 1978 geplante Parlamentsdebatte hinauszuschieben, "um den Parlamentariern eine Chance zu geben, einiges von dem Material zu lesen, das sie so großzügig unterstützt haben"<sup>2</sup>. Insgesamt stellte das Ergebnis der Kommissionsarbeit eine weitere politische Niederlage für die Zentrums-  
partei dar<sup>3</sup>, und der "Kommentar von Ministerpräsident Fälldin, die sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Ausschußmitglieder hätten bewußt einen Mehrheitsstandpunkt auf Kosten der Klarheit formuliert, trifft ins Schwarze."<sup>4</sup>

Angesichts dieser politischen Entwicklung mußte den Zentrumspolitikern klar sein, daß der Desillusionierungsprozeß, der bei den Atomkraftgegnern mit der Inbetriebnahme von Barsebäck 2 eingesetzt hatte, und der durch die Ergebnisse der Energiekommission weitergetrieben wurde, nicht durch symbolische Regierungshandlungen aufgehalten werden konnte, wie zum Beispiel die Umbenennung des staatlichen Forschungsunternehmens AB Atomenergi in Studsvik Energiteknik AB: Der neue Name sollte die Ausweitung der Forschungsarbeit über Kerntechnik hinaus auf andere Bereiche

---

<sup>1</sup> Orth 1978, S.61.

<sup>2</sup> Jamison 1977, S.34.

<sup>3</sup> Vgl. Leijonhufvud 1979, S.104.

<sup>4</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 1.4.1978.

der Energietechnik zum Ausdruck bringen - eine Umorientierung, die schon unter der sozialdemokratischen Regierung begonnen hatte!<sup>1</sup>

Der im Herbst 1978 in der bürgerlichen Koalition aufbrechende Konflikt war in den ersten Monaten nach der Regierungsbildung durch Kompromisse latent gehalten worden, aber seine Eskalation kündigte sich schon im Frühjahr 1977 an, als die Träger der geplanten Atomkraftwerke Forsmark 3 (überwiegend im Besitz von Statens Vattenfallsverk) und Oskarshamn 3 (überwiegend im Privatbesitz) staatliche Bürgschaften forderten - sie wollten diese noch schnell garantiert bekommen, da nach Inkrafttreten des Bedingungsgesetzes der größte Teil des finanziellen Risikos für die Atomkraftwerke, mit deren Bau erst begonnen wurde, auf die Elektrizitätsgesellschaften überging. Der Streit innerhalb der Koalition und mit den Trägern der Kernkraftwerke ging darüber, ob die betreffenden Reaktoren vor Inkrafttreten des Bedingungsgesetzes schon in Bau oder - wie Energieminister Johansson meinte - noch auf dem Reißbrett wären. Die Zentrumspolitiker sprachen sich gegen staatliche Bürgschaften aus, während die Liberalen und die Konservativen die Ansicht vertraten, daß diese den Elektrizitätsgesellschaften versprochen wären.<sup>2</sup> Die Volkspartei und die Moderate Sammlingspartei wollten vor allem das internationale Renommee des an Export interessierten schwedischen Konzerns ASEA-Atom nicht auf Spiel setzen, dessen Kernkraftkompetenz schwinden würde, stoppte man das Forsmark 3 - Projekt, aber erhalten bliebe, wenn dieser Reaktor gebaut und mit ihm ein Referenzobjekt für neue fortgeschrittene Technik geschaffen würde.<sup>3</sup> Diese Auseinandersetzung hatte noch einmal mit einem Regierungskompromiß geendet, der beinhaltete, "daß das dritte Aggregat in Forsmark weiter auf 'Sparflamme' gebaut wer-

---

<sup>1</sup>Vgl. Sandström 1978b, S.9 und ders., 1979, S.5.

<sup>2</sup>Vgl. Handelsblatt vom 29.3.1977.

<sup>3</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.76.

den soll."<sup>1</sup>

Besonders die konservative Parteiführung war während der ganzen vierten Phase der schwedischen Energiepolitik stark an Kompromissen in der Kernkraftfrage interessiert, um die Dreiparteienregierung zu retten<sup>2</sup>, denn diese Konstellation war für sie die einzige Möglichkeit, überhaupt an der schwedischen Administration beteiligt zu sein. Die Liberalen zeigten sich 1978 ebenfalls kompromißbereit, nachdem ihr Abgeordneter Carl Tham zusammen mit dem Konservativen Anders Wijkman die energiepolitische Linie der bürgerlichen Atomkraftfreunde innerhalb der Energiekommission erfolgreich verteidigt hatte<sup>3</sup>. Sie rückten von ihrer Konfrontationspolitik ab, als bei Meinungsumfragen große Stimmenverluste der Zentrumsparlei und bedrohliche Stimmengewinne der Sozialdemokraten zum Ausdruck kamen<sup>4</sup>, die die Position des gesamten Bürgerblocks wesentlich verschlechterten: Bei einer Wahl 1978 hätten die Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten die Mehrheit der Stimmen zurückerobert. Aus diesem Grund war der neue Kompromiß, den die Parteispitzen Ende September 1978 aushandelten, wahltaktisch bedingt. Er bezog sich auf die schon seit einiger Zeit fertiggebauten Reaktoren Ringhals 5 und Forsmark 1, die nach Barsebäck 2 als siebtes und achtes schwedisches Atomkraftwerk in Betrieb genommen werden sollten: Ihre Träger hatten im Frühjahr auf der Grundlage des im Dezember 1977 vorgelegten ersten KBS-Rapports der Atomindustrie von der Regierung die Betriebsgenehmigung gefordert.

Im "gigantischen KBS-Projekt"<sup>5</sup>, für das die drei Energieunternehmen Vattenfall, Sydkraft und Oskarshamn Kraftgrupp 56 Millionen Kronen aufwendeten<sup>6</sup>, hatten sich die etwa 470 beteiligten Personen hauptsächlich damit beschäftigt, die eine Alternative des Bedingungsgesetzes zu erfüllen:

---

<sup>1</sup>Nordisk Kontakt 9/1977, S.561.

<sup>2</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.9.

<sup>3</sup>Vgl. ebd., S.100ff.

<sup>4</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 9/1978, S.571.

<sup>5</sup>Leijonhufvud 1979, S.145.

<sup>6</sup>Vgl. Sandström 1978a, S.2 und ders. 1978b, S.6.

die sichere Endlagerung des radioaktiven Abfalls.<sup>1</sup> Die vorgeschlagene Lösung des Problems, nach der der Atom Müll verglast, mit einer Hülle aus Stahl, Blei und Titan umgeben und 500 Meter tief im schwedischen Berggestein gelagert werden sollte, war von den beiden von der Energiekommission mit der Überprüfung des KBS-Rapports beauftragten Experten kontrovers diskutiert worden. Damit sah Fälldin die Voraussetzung für die Betriebsgenehmigung für Ringhals 3 und Forsmark 1 nicht erfüllt: Er wollte der Inbetriebnahme nicht zustimmen, solange noch Experten in Schweden oder im Ausland auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen Zweifel äußerten, daß das Abfallproblem gelöst werden könnte. Während der sozialdemokratische Oppositionsführer Olof Palme die Haltung des Zentrumsführers mit den Worten ablehnte, daß Fälldin einem oder beiden Experten faktisch ein Vetorecht bei der Inbetriebnahme weiterer Aggregate einräume, wo es doch in der Weltgeschichte noch nie vorgekommen sei, daß alle Wissenschaftler übereinstimmen, reagierten die beiden atomkraftbefürwortenden Koalitionspartner bemerkenswert zurückhaltend und betonten, "daß jede solide Kritik an den Verwahrungsmethoden ernst genommen werden müsse. Der neue liberale Parteichef Ola Ullsten sprach kürzlich von 'Vorsicht bei der Ausnützung von Kernkraft', während die liberale Formel früher 'vorsichtiger Ausbau der Kernkraft' gelautet hatte. Der konservative Parteiführer Gösta Bohman gab sich im Reichstag verhältnismäßig kernkraftskeptisch und stellte die Sicherheitsaspekte über die wirtschaftlichen Abwägungen. Der Parteisekretär der Konservativen stellte vor kurzem gar weitgehende Konzessionen in Aussicht, um die Regierung zu retten, die andere wichtige Aufgaben zu lösen habe."<sup>2</sup>

Im Sommer 1978 spitzte sich der Streit um die beiden Atomkraftwerke Ringhals 3 und Forsmark 1 zu, als die Kern-

<sup>1</sup>Vgl. Wikdahl 1979, S.9. Die Forschungsarbeiten zur Einkapselung des Atom Mülls wurden von ASEA durchgeführt, aber vom Staat bezahlt. (Vgl. Westmann 1979, S.238).

<sup>2</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 15.4.1978.

kraftindustrie Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe anmeldete, und der Oppositionsführer Palme einen parlamentarischen Mißtrauensantrag für den Fall androhte, daß der Regierungschef einen Beschluß weiter hinauszögerte.<sup>1</sup> Auf diese Weise unter Kompromißdruck gesetzt, waren es diesmal die Atomkraftbefürworter in der Regierung, die dem Koalitionspartner entgegenkamen, und der bekannte atomkraftkritische Journalist von Dagens Nyheter Olle Alsén kommentierte das Verhalten des konservativen Parteiführers: "Gösta Bohman ist ein unerwartetes Sicherheitsrisiko für die Freunde der Kernkraft."<sup>2</sup> Der Jurist Bohman arbeitete einen Kompromißvorschlag aus, nach dem die Koalition die Betriebsgenehmigung für das siebte und das achte schwedische Atomkraftwerk (noch) nicht erteilen könnte, weil die Forderung des Bedingungsgesetzes nach sicherer Endlagerung des hochradioaktiven Abfalls nicht (ganz) erfüllt sei.<sup>3</sup> Der Kompromißbeschluß der Parteiführer beinhaltete dann, daß die Reaktoren Ringhals 3 und Forsmark 1 erst geladen werden könnten, wenn neue Bohrungen im schwedischen Berggestein einen sicheren Verwahrungsplatz für die Endlagerung des Atommülls nachwiesen. Angesichts dieser taktischen Positionsveränderung der Liberalen und der Konservativen, die in ihrem sogenannten "weichen Nein" zum Ausdruck kam, sprach der Sozialdemokrat und Atomkraftfreund Palme von "politischen Bohrlöchern"<sup>4</sup>. Mit diesem Parteienkompromiß war der Zentrums- partei erneut ein Verzögerungsmanöver gelungen, ohne daß sie sich von ihrem grundsätzlichen Dilemma befreien konnte: Schon in wenigen Monaten mußte erneut eine Entscheidung getroffen werden, und "sollten die beiden Reaktoren dann grünes Licht erhalten - kritisch bleibt die Frage, ob vor oder nach den Wahlen 1979 -, dürften auch die beiden heute fast fertiggebauten Aggregate Ringhals 4 und Forsmark 2 ge-

---

<sup>1</sup>Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.8.1978.

<sup>2</sup>Dagens Nyheter vom 13.9.1978.

<sup>3</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.152f.

<sup>4</sup>Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 3.10.1978.



startet werden. Über die Zukunft des elften Reaktors, Forsmark 3, konnte sich die Regierung nicht einigen."<sup>1</sup>

Wirtschaftsminister Bohman meinte während der Verhandlungen mit den Koalitionspartnern, daß die Regierung unlogisch handelte, wenn sie neue Werke stoppte, die alten aber stehen und brodeln lassen würde. Ministerpräsident Fälldin schien sich nach zweijähriger Regierungszeit an die Kompromißpolitik gewöhnt zu haben, denn er betonte seinerseits, "daß er mit seinen Einwänden nicht definitiv nein zur Aufladung sagen will"<sup>2</sup>. Er wurde erst durch eigenmächtige Aktivitäten seines Energieministers Johansson<sup>3</sup> auf Konfrontationskurs geschickt: Als die Parteiführer Fälldin, Bohman und Ullsten die Ergebnisse ihrer langwierigen Verhandlungen erläuterten und eine Verlautbarung herausgaben, ließ Johansson eine Liste verteilen, auf der in fünf Punkten präzisierende Forderungen zu den vereinbarten Gesteinsbohrungen aufgestellt waren. Fälldin unterstützte Johanssons Vorgehen nachträglich auf einer Sitzung des sogenannten Vertrauensrates der Zentrumspariei, eines Informations- und Koordinierungsgremiums mit Vertretern der Parteispitze, der Reichstagsfraktion, der Distriktorganisationen und weiterer Partei verbände. Nachträglich auch von der Partei sanktioniert, forderte Johansson wenige Tage bevor die Regierung auf der Grundlage des Parteienkompromisses den formellen Beschluß über die (abgelehnten) Betriebslizenzen für Ringhals 3 und Forsmark 1 fassen wollte, "daß das Berggestein, in dem die Verwahrungsstätte durch die neuen Bohrungen ausfindig gemacht werden soll, gewisse, präzise Bedingungen hinsichtlich anfälliger Mineralvorkommen, geologischer Stabilität, der Grundwasserdurchlässigkeit und der chemischen Zusammensetzung des Grundwassers erfüllen muß. Diese Konditionen, die im Parteienkompromiß nicht erwähnt wurden, sollen nach An-

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 2.10.1978.

<sup>2</sup>Leijonhufvud 1979, S.135.

<sup>3</sup>Vgl. Vedung 1979, S.68ff.

sicht Johanssons im Regierungsbeschuß aufgeführt werden. Der praktische Effekt von Johanssons Vorstoß ist, daß die mühsam erkämpfte Einigkeit der Parteichefs erneut in Frage gestellt wird. Es scheint sich der Verdacht zu bestätigen, daß die Zentrumsparlei weiter versuchen wird, die Betriebsbewilligungen für die beiden Reaktoren bis über die Wahlen im nächsten Jahr hinaus zu blockieren."<sup>1</sup>

Die Verärgerung der liberalen und konservativen Regierungsmitglieder, die nach außen hin zunächst Zurückhaltung zeigten, über ihren eigenwilligen Kabinettskollegen kam vermittelt dadurch zum Ausdruck, daß von verschiedenen ihnen nahestehenden Tageszeitungen der Rücktritt des Energieministers gefordert wurde. Dieser hatte im Sinne der Parteibasis des Zentrums gehandelt und einen innerparteilichen Stein ins Rollen gebracht: Auf der Vertrauensratssitzung herrschte eine agitatorische Stimmung - die (ca. 200) Teilnehmer forderten das sofortige Ende der Kompromißpolitik und als Ausdruck dessen den unmittelbaren Baustopp für Forsmark 3.<sup>2</sup> Um den Druck der Parteibasis zu entsprechen, wiederholte Fälldin den Koalitionspartnern gegenüber die Forderung nach einer Volksabstimmung über dieses seit langem umstrittene Atomkraftwerk, der sie bei den Kompromißverhandlungen Ende September nicht zugestimmt hatten. "Was die Koalition zu Fall brachte, war nach der Version der Zentrumsparlei, daß Konservative und Liberale eine V o l k s a b s t i m m u n g über den weiteren Ausbau der Kernkraft ablehnten - was konkret ein Volksentscheid über das elfte Aggregat, Forsmark 3, bedeutet hätte. Johansson betonte nach dem Scheitern der Verhandlungen, die Zentrumsparlei hätte gar zwölf oder fünfzehn Reaktoren akzeptiert, aber nur unter der Bedingung, daß ein diesbezüglicher Volksentscheid vorgelegen hätte."<sup>3</sup> Trotz des Sturzes einer b ü r -

---

<sup>1</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 5.10.1978.

<sup>2</sup> Vgl. Leijonhufvud 1979, S.167.

<sup>3</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 9.10.1978

gerlichen Regierung reagierte die schwedische Börse äußerst positiv auf den Rücktritt des Ministerpräsidenten Fälldin: "Über eine lange Zeit hinweg hatte er die schwedische Kernkraftindustrie mit ihren Milliarden-Investitionen im dunkeln tappen lassen, so daß nun gerade diese Branche neue Hoffnung schöpft. Vom Kursanstieg hat dann auch vor allem das halbstaatliche Reaktorunternehmen ASEA-Atom profitiert."<sup>1</sup>

Die Kompromißbereitschaft der Liberalen und der Konservativen vor der Aktion des Zentrums politikers Johanson, dem der neue Vorsitzende der Volkspartei Ullsten auf einer Pressekonferenz nach Fälldins Rücktritt offen die Schuld an der Entwicklung gab<sup>2</sup>, ist nur durch ihre Befürchtung zu erklären, daß die Sozialdemokraten nach dem Sturz der bürgerlichen Dreiparteienkoalition die Regierungsmacht zurückgewannen, und damit wieder die Möglichkeit bekämen, die "Kernkraftgesellschaft"<sup>3</sup> zu verwalten. Bei einer Volksabstimmung über Forsmark<sup>3</sup> wäre zu diesem Zeitpunkt ein für die Atomkraftfreunde befriedigendes Ergebnis zu erwarten gewesen, denn schon seit mehreren Monaten waren die Atomkraftbefürworter in der schwedischen Bevölkerung wieder in der Mehrheit: Wie das schwedische Meinungsforschungsinstitut SIFO im Frühjahr 1978 ermittelte, standen 46 Prozent der Wähler hinter Palmes Atomprogramm, während nur 32 Prozent Fälldins Linie unterstützten. Vor der Wahl 1976 hatte Palme nur 30 Prozent der Wähler und Fälldin noch 48 Prozent hinter sich gehabt.<sup>4</sup> Die Auswertung von zwei Untersuchungen mit unterschiedlichen Fragestellungen über die Entwicklung der Einstellung der schwedischen Bevölkerung zur Kernkraft in der vierten energiepolitischen Phase, also von Fälldins Regierungsübernahme bis zu seinem Rücktritt, hatte folgendes Ergebnis:

---

<sup>1</sup>Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.10.1978.

<sup>2</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.183.

<sup>3</sup>In Schweden wird allgemein dieser Ausdruck benutzt; auch Robert Jungks Buch "Der Atom-Staat" wird als "Kärnkraftsamhället" (Die Kernkraftgesellschaft) zitiert. (Vgl. Lohmann 1979, S.77). Zur Verwendung des Begriffs "Kernkraft" statt "Atomkraft" vgl. Adler-Karlsson 1979, S.13.

<sup>4</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 8/1978, S.515.

Der Anteil der Kernkraftgegner fing nach der Wahl 1976 an zu sinken, von ca. 55 Prozent unmittelbar nach dem Zustandekommen der bürgerlichen Regierung Fälldin über 49 bis 46 Prozent ein Jahr später im September 1977 auf ungefähr 40 Prozent im Spatsommer 1978. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Kernkraftbefürworter von ca. 25 Prozent gleich nach der Wahl auf 35 bis 40 Prozent am Ende des Sommers 1979. Ihr Anteil hatte sich in dieser Zeit vor allem unter den Wählern der liberalen und der konservativen Partei erhöht. Die Volkspartei und die Moderate Sammlungspartei hatten gleich nach ihrer Regierungsübernahme aufgehört, ihr energiepolitisches Profil aus taktischen Gründen diffus zu halten und begonnen, ihr Atomprogramm offensiv zu vertreten. "Die Meinungsbildungsarbeit hat sich gelohnt. Die Parteiführungen der Volkspartei und der Moderaten haben heute bei ihren Wählern mehr Unterstützung für ihre auf Kernkraft setzende Politik, als sie jemals gehabt haben. Es ist zu früh, sich dazu zu äußern, welchen Effekt der Sturz der Regierung Fälldin auf die Kernkraftmeinung haben kann. Die neue, freie<sup>re</sup> Stellung des Zentrums ermöglicht es der Partei, wieder eine offensive Energiedebatte zu führen, und den nachgebenden Widerstand gegen die Kernkraft zu stärken."<sup>1</sup>

Andere meinungsbildende Kräfte als die politischen Parteien, zum Beispiel die Experten, die Journalisten und die Umweltgruppen, hatten in der vierten Phase der schwedischen Atomkraftdebatte eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt.<sup>2</sup> Die Kernkraftkritiker blieben jedoch nicht einflußlos, den innerhalb der sozialdemokratischen Partei zum Beispiel erhöhte sich der Anteil der Atomkraftgegner. Vor allem das kompromißbereite Verhalten der liberalen und der konservativen Parteispitze hatte bewirkt, daß der sozialdemokratischen Parteiführung vorgeworfen wurde, sie berücksich-

---

<sup>1</sup>Holmberg 1979, S.12.

<sup>2</sup>Vgl. ebd., S.12f.

tigten die Sicherheitsfrage noch weniger als die bürgerlichen Atomkraftbefürworter. In dieser Situation kam der innerparteilichen Oppositionsgruppe SAFE die Funktion eines Auffangbeckens zu: Durch sie gelang es, die sozialdemokratischen Anhänger, die sich zu Kritikern des Atomprogramms entwickelt hatten, weiterhin an die Partei zu binden und ihren Protest zu kanalisieren. Ob es auch gelang, die Sympathie der 1976 an die Zentrumspartei verlorenen Wähler zurückzugewinnen, ist zweifelhaft, denn die Ergebnisse der Meinungsumfragen deuten an, "daß die Popularitätsverluste der Zentrumspartei auf Absprüngen von Atomkraftbefürwortern und nicht von desillusionierten Nukleargegnern beruhen"<sup>1</sup>.

Um die Entwicklung zu erhellen und ansatzweise erklären zu können, müssen die Ergebnisse der Meinungsumfragen und Wähleruntersuchungen weitgehender interpretiert werden, als es in der (vorliegenden) Literatur geschehen ist:

1. Die sozialdemokratische Partei hatte 1976 2,3 Prozent ihrer Wähler an die Zentrumspartei verloren, davon ein Prozent wegen der Kernkraftfrage und 1,3 Prozent auf Grund anderer Faktoren.<sup>2</sup>
2. Unter denjenigen Wählern, die zur Zentrumspartei auf Grund anderer Themen als der Atomkraftfrage gewechselt hatten, waren sicherlich viele Kernenergiebefürworter, die bei ihrer Meinung blieben, und für die die sozialdemokratische Partei auch auf Grund anderer Faktoren jetzt wieder attraktiv wurde.
3. Wenn das Ergebnis stimmt, daß sich vor allem die Atomkraftb e f ü r w o r t e r von der Zentrumspartei abwandten ( und diese Entwicklung ist plausibel, denn für die Atomkraftg e g n e r war Fälldins Partei auch weiterhin das kleinere Übel ), und wenn es den Sozialdemokraten tatsächlich gelungen war, die Sympathie derjeni-

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 28.9.1978.

<sup>2</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.150.

gen Wähler zurückzugewinnen, die das Zentrum 1976 auf Grund ihrer Gegnerschaft zur Atomenergie gewählt hatten, dann haben sich diese Wähler - möglicherweise durch das Beschäftigungsargument angesichts der Wirtschaftskrise - von der sozialdemokratischen Parteispitze überzeugen lassen, daß ihre ursprüngliche Haltung zur Kernkraft die "richtigere" war. Sie haben ihre Meinung wieder geändert und sind zur atomkraftbefürwortenden SAP zurückgekehrt, oder sie haben, falls sie gleich zu Beginn des Politisierungsprozesses zu den Kernkraftgegnern gehörten, ihre Einstellung grundsätzlich geändert.

Wenn diese Interpretation zutrifft, dann ist auch Fälldins Kompromißbereitschaft gegenüber seinen atomkraftbefürwortenden Koalitionspartnern gegenüber zu erklären: Er wollte versuchen, den Abwanderungsprozeß der Kernkraftbefürworter von seiner Partei zu den Sozialdemokraten aufzuhalten. Vor diesem Hintergrund muß auch seine Verhaltensänderung, der Wechsel zum Konfrontationskurs im Oktober 1978, gesehen werden, der durch sein Ultimatum (Forsmark 3 stoppen oder Volksabstimmung durchführen) zum Ausdruck kam. Durch die begründete Annahme, daß es die B e f ü r w o r t e r der Atomenergie waren, die der Zentrumsparlei ihre Loyalität aufkündigten, erscheint Fälldins Rücktritt in einem neuen Licht; bisher dominierte in der spärlichen deutschsprachigen Literatur folgende Interpretation: "Die Folgen der Kompromißpolitik ließen sich für die Zentrumsparlei an dem regelmäßig veröffentlichten 'Wählerbarometer' des SIFO-Instituts deutlich ablesen. Aus den 76er Wahlen war die Partei mit 24,1 Prozent als absolut stärkste bürgerliche Gruppierung hervorgegangen, Nach gut zweijähriger Regierungspraxis lag sie im September 1978 nach Meinungsumfragen bei 15,5 Prozent und damit zu jenem Zeitpunkt noch hinter den Konservativen. Der fast zehnprometige Substanzverlust muß für Fälldin das Signal gewesen sein, keine weiteren Kompromisse mehr einzugehen, um nicht der energiepolitischen Betrugsthese im Hinblick auf die nächsten Wahlen (in Schweden alle drei Jahre) weiteres Material zu liefern."<sup>1</sup> Genau

---

<sup>1</sup>Kasten 1979a, S.28.

diese Interpretation seines Rücktritts hatte Fälldin bezweckt, als er auf seiner Pressekonferenz nach dem Sturz seiner Regierung betonte, daß Kompromißpolitik dort an Grenzen stößt, wo die Partei "ihre Seele verliert. Es weckt Sympathien bei den Wählern, daß wir die Courage haben, für unsere Sache einzustehen."<sup>1</sup>

Angesichts der Tatsache, daß die Meinungsumfragen des SIFO-Instituts der Zentrumspartei schon seit Monaten große und kontinuierliche Sympathieverluste anzeigten (April 1977: 20,5 Prozent; Januar 1978: 20 Prozent; April 1978: 18,5 Prozent<sup>2</sup>), fragt man sich doch, warum Fälldin die Kompromißpolitik nicht schon früher aufgekündigt hatte. Die Erklärung seiner Verhaltensänderung in Richtung auf Konfrontation mit den atomkraftbefürwortenden Koalitionspartnern muß bei den innerparteilichen Machtverhältnissen ansetzen: Fälldin wurde - vermittelt durch Energieminister Johansson - von gewichtigen Teilen der Parteibasis unter Druck gesetzt.

Diese Entwicklung war für Fälldin im Grunde schon zu Beginn seiner Regierungszeit, bei den Verhandlungen, die dem ersten Kompromiß (über Barsebäck 2) vorausgingen, abzusehen. Damals hatte der Sprecher der Jugendorganisation CUF, Ljunggren, der wie sein Verband bis dahin fest davon überzeugt gewesen war, daß der Parteivorsitzende Fälldin nie einen Kompromiß in der Kernkraftfrage schließen würde, die Meinung vertreten, daß es besser wäre, eine Minderheits- oder gar keine Regierung zu bilden, als einen Kompromiß zu schließen, der Betrug am Wähler bedeutete: "Die Moderaten und die Volkspartei werden fortfahren, uns in dieser Frage zu piesaken!"<sup>3</sup> Schließlich setzte Ljunggren das innerparteiliche Gewicht des CUF dafür ein, daß der Energieministerposten mit dem damaligen Abgeordneten Johansson, der früher

---

<sup>1</sup>Zit. nach Leijonhufvud 1979, S.183.

<sup>2</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 9/1978, S.571.

<sup>3</sup>Zit. nach Hammerich 1977, S.232.

selbst Sprecher des Jugendverbandes gewesen war, besetzt wurde. Der "progressive Technokrat"<sup>1</sup> Olof Johansson hatte seitdem eine Brückenfunktion zwischen dem atomkraftkritischen Jugendverband, der allein schon zahlenmäßig für die Partei von großer Bedeutung ist, und der staatstragenden Parteispitze. Er selbst gehörte aber auch zum staatstragenden Teil der Zentrumspartei und hatte als Energieminister zu verantworten, daß die Regierung der endgültigen Inbetriebnahme von Barsebäck 2 zustimmte. Vorgegangen war (im Herbst 1977) der von den Atomkraftgegnern heftig kritisierte Vertragsabschluß zwischen Sydkraft und der französischen COGEMA (Compagnie Générale de Matières Nucléaires) über die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennstäbe, mit dem die Regierung Fälldin die Auflagen des Bedingungsgesetzes erfüllten.<sup>2</sup>

Auf dem Parteitag des Zentrums im Juni 1978, auf dem die CUF-Repräsentanten die Aufkündigung der Regierungszusammenarbeit forderten, war die Parteibasis "militanter in der Energiefrage als beide, Fälldin und Johansson"<sup>3</sup>. Anders Ljunggrens Engagement gegen die Atomkraft hatte sich im Zuge der Desillusionierung über die Parteispitze erhöht, und er brachte im August 1978 einen neuen Atomkraftbericht einer amerikanischen Regierungskommission in die außerparlamentarische Debatte, der seiner Meinung nach "Sprengstoff" war, und dessen erster Satz ein neues Argument gegen die Kernenergie beinhaltete: "Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung ist Kernkraft nicht länger eine billige Energiequelle."<sup>4</sup> Im September 1978, als sich der neue Kompromiß zwischen den Koalitionspartnern abzeichnete, nahm Ljunggren direkten Kontakt mit dem Personenkreis um Fälldin auf und drohte, die Frage der Parteiführung zu aktualisieren, wenn Fälldin der Aufladung weiterer Atomkraftwerke zu-

---

<sup>1</sup>Jamison 1977, S.34.

<sup>2</sup>Ca. 20 Mitglieder des CUF führen im Dezember 1977 zum Wiederaufarbeitungszentrum La Hague, um sich ein kritischeres Bild zu machen, als es die Energiekommission getan hatte, die einige Wochen vorher auch in Frankreich (aber nicht in La Hague!) gewesen war. (Vgl. Anér 1979, S.61 und 65).

<sup>3</sup>Nordisk Kontakt 12/1978, S.757.

<sup>4</sup>"Nuclear Power Costs. Twenty-third Report by the Committee on Government Operations, together with Additio-



stimmen würde - anders wäre die Kluft zum Jugendverband nicht mehr zu überbrücken.<sup>1</sup>

Hier lag die große Chance für Olof Johansson, sich gegenüber Fälldin vor der Parteibasis zu profilieren, und dem in seiner Position als Parteivorsitzender bedrohten Ministerpräsidenten blieb nichts anderes übrig, als auf Johanssons Konfrontationskurs einzuschwenken: "Offensichtlich beurteilte Fälldin seine eigene Stellung in der Partei als zu schwach, um den beim Jugendverband und dem Umweltschutzflügel - den 'grünen Khmer' - populären Energieminister kaltzustellen. Weil Fälldins unkluger Antikernkraft-Pathos im Wahlkampf und die eigenartigen, nicht minder theatralischen Rücktrittserwägungen im Mai dieses Jahres überdies seine Position bei den Agrargruppen und dem Holzwirtschaftsflügel der Partei beeinträchtigt hatten, konnte der Regierungschef keine Gegengewichte mobilisieren."<sup>2</sup>

Fälldin hatte die Wahl gehabt, die sein politisches Überleben bedeutete, und sich für die dritte der folgenden Entwicklungsmöglichkeiten entschieden:

1. Fälldin bleibt Regierungschef und macht weiter Kompromißpolitik. Die Parteibasis/Zentrumsjugend kündigt ihm, jedoch nicht der Partei, ihre Loyalität auf und wählt den zurückgetretenen Energieminister Johansson zum neuen Parteiführer. Damit bleiben der Zentrumsparterie die Stimmen der Atomkraftgegner erhalten - angenommen, sie setzen weiterhin auf die parlamentarische Strategie - und spätestens nach der Reichstagswahl 1979 wäre Fälldin weg vom Fenster, weil das möglicherweise erneut der Zentrumsparterie zufallende Staatsministeramt dem Parteivorsitzenden zukommt.
2. Fälldin bleibt Ministerpräsident. Er setzt ohne Energie-

---

Fortsetzung:

nal, Minority and Dissenting Views. April 26, 1978"; zit nach Anér 1979, S.119. Ljunggren übergab den Bericht Sven Anér zwecks Verbreitung der neuen Information in der Volkskampagne gegen Atomkraft.

<sup>1</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.142.

<sup>2</sup>In diesem Kommentar der Neuen Zürcher Zeitung vom 9.10.1978 sind die innerparteilichen Gruppierungen angesprochen, die in Kapitel 4.4 dieser Arbeit (Die Zentrumsparterie) systematisch untersucht werden.

minister Johansson seine Kompromißpolitik fort und damit die Position des Zentrums im Parteiensystem aufs Spiel, denn die Zentrumsjugend glaubt nicht daran, daß sich mit Johansson an der Parteispitze etwas ändern würde, zieht sich aus der Partei zurück und engagiert sich nur noch in außerparlamentarischen Aktionen. Fälldin bleibt zwar Parteivorsitzender, verliert aber die Wahl 1979, weil sich die Wählerschaft des Zentrums nun auch noch um die Atomkraftgegner verringert, und die Zentrumspartei wird zur kleinsten bürgerlichen Partei, was ebenfalls Fälldins politisches Ende bedeutet.

3. Fälldin tritt zurück, bleibt Parteivorsitzender, ermuntert seine Parteijugend sogar zu begrenzten außerparlamentarischen Aktionen (wie 1976) und bindet so einen grossen Teil der Anti-AKW-Bewegung an seine Partei. Diese erhält sich so zumindest die Sympathie derjenigen Wähler, die im September 1978 bei Meinungsumfragen sagten, sie würden Fälldins Zentrumspartei noch einmal wählen.

#### 2.4.2 Sozio-kulturelles System:

##### Desillusionierung der Atomkraftgegner

Wie die große Beteiligung am ersten Barsebäck-Marsch wenige Wochen vor der Reichstagswahl 1976 zeigte, hatte "der Streit innerhalb der Umweltorganisationen die Anti-Atom-Bewegung nicht bemerkenswert geschwächt"<sup>1</sup>. Nach dem Regierungswechsel wurde das Energie-Issue "zum Gegenstand von Expertenkompromissen und nicht von Massenbewegungen"<sup>2</sup>, und den Kompromissen, die auf der politisch-administrativen Ebene die vierte Phase der schwedischen Energiepolitik kennzeichneten, entsprach die Desillusionierung der Atomkraftgegner an der gesellschaftlichen Basis. Dem neuen Staats-

---

<sup>1</sup>Sandström 1978b, S.11.

<sup>2</sup>Jamison 1977, S.34.

minister gelang es zu Beginn seiner Amtszeit, sowohl den Atomenergie-Sprengstoff innerhalb der Koalition durch Kompromisse mit den atomkraftbefürwortenden Regierungspartnern zu entschärfen, als auch die Basisbewegung gegen die Kernkraft zu demobilisieren<sup>1</sup> - wenn auch nur vorübergehend, denn die Remobilisierung der Atomkraftgegner setzte ein, als die durch das Bedingungsgesetz aufgeschobene Entscheidung über die endgültige Betriebserlaubnis für das sechste Atomkraftwerk anstand: Am 10. September 1977 wurde der zweite Barsebäck-Marsch veranstaltet, an dem sich noch mehr Personen beteiligten als am ersten im Sommer 1976.<sup>2</sup> An diesem Tag begann der "intensivste schwedische Kernkraftmonat"<sup>3</sup>, in dessen Verlauf

1. die Fälldin-Anhänger endgültig ihre Illusion über die vermeintlichen Atomkraftgegner in der Regierung verloren, und
2. die von der Regierung eingesetzte Energiekommission den Desillusionierungsprozeß an der Basis dadurch aufzuhalten versuchte, daß sie den Kernenergiegegnern Mittel für die Erstellung eines alternativen Energieplans zur Verfügung stellte.

Der Versuch, die Atomkraftgegner durch "Beteiligung" zu pazifizieren, mißlang nicht zuletzt dadurch, daß die Energiekommission in ihrem Schlußbericht weiterhin auf Kernenergie setzte. Die Enttäuschung über die Kommissionsergebnisse trieb den Desillusionierungsprozeß voran, der aber keineswegs zur Resignation, sondern im Gegenteil dazu führte, daß die verschiedenen Basisorganisationen, die sich bisher unabhängig voneinander gegen die Atomenergienutzung ausgesprochen hatten, sich im März 1978 zur "Volkskampagne gegen Atomkraft" zusammen- und für neue Aktionsformen entschlossen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20.12.1976.

<sup>2</sup>Vgl. Atomenergie International o.J., S.133.

<sup>3</sup>Anér 1979, S.37.

<sup>4</sup>Vgl. Westmann 1979, S.236.

In den ersten Monaten nach Fälldins Amtsübernahme zeigten die schwedischen Atomkraftgegner ein eher abwartendes Verhalten: Anfang Dezember 1976 demonstrierten die schwedischen, dänischen und norwegischen Kernenergiegegner getrennt in Stockholm, Kopenhagen und Oslo gegen die Aufnahme des Versuchsbetriebs von Barsebäck 2, und es wurde kein neuer Barsebäck-Marsch durchgeführt, als dieser Reaktor im März 1977 offiziell in Betrieb genommen<sup>1</sup>, d.h. an das Elektrizitätsnetz angekoppelt wurde<sup>2</sup>. Bis zum Sommer 1977 "hielt die Wirkung an, den die Wahltaktik der Zentrumsparteiführung und die ewigen Konferenzen und Komitees der Experten gehabt hatten: Sie verhinderten, daß sich das Energie-Thema zu dem politisch mobilisierenden Issue entwickeln konnte, das es jetzt werden könnte."<sup>3</sup> Besonders diejenigen Atomkraftkritiker, die schon von Anfang an eine außerparlamentarische Strategie befürwortet hatten, hofften nun, daß die Unzufriedenheit mit der Kompromißpolitik des Zentrums das Bedürfnis nach fundamentalerem politischen Wandel wecken würde. Sie sahen aber gleichzeitig, angesichts der Einstellungsveränderungen, die sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei abzeichneten, die "realistischere" Möglichkeit, daß die Hoffnungsträger einfach ausgetauscht würden: "Das bürgerliche Zwischenspiel an der Macht wird wohl nur kurz sein. Und man kann begründet erwarten, daß die Sozialdemokraten aus ihren taktischen Fehlern von 1975 und 1976 lernen und zunehmend zu Unterstützern einer industriellen Entwicklung der erneuerbaren Energiequellen werden."<sup>4</sup> Diese Einschätzung wurde von denjenigen Mitgliedern der Basisbewegung, die Mitte 1977 bei einem Sommerlager gegen Atomkraftwerke mit Sozialdemokraten diskutiert hatten, nicht geteilt: "Die Position der Sozialdemokraten hat sich aber nicht verändert. Für die nächsten Reichstagswahlen

---

<sup>1</sup>Vgl. Handelsblatt vom 29.3.1977.

<sup>2</sup>Vgl. Kanstad och kärnkraften 1977<sup>2</sup>, S.17.

<sup>3</sup>Jamison 1977, S.35.

<sup>4</sup>ebd., S.34f. Jamison stützt seine Einschätzung wohl auf die Entstehung der innerparteilichen Energieoppositionsgruppe SAFE - vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 4.1 dieser Arbeit (Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei).

sieht es schlecht aus für die augenblickliche Koalition, denn viele AKW-Gegner sind enttäuscht von Fälldin. Man rechnet mit einem Wahlsieg der Sozialdemokraten. Vielleicht auch aus einer gewissen Angst davor gewinnt die Bewegung wieder an Stärke, eine Bewegung, die sich nicht an Parteien orientiert."<sup>1</sup>

Das genannte Sommerlager der Atomkraftgegner fand bei Ranstad in Mittelschweden in der Nähe der Uranvorkommen statt, deren Abbau schon seit mehreren Jahren umstritten war. 1975 hatte das vom staatlichen Grubenunternehmen LKAB (Luosavaara-Kiirunavaara Aktiebolag) beantragte "Projekt Ranstad" so starke Proteste von seiten der Umweltschützer hervorgerufen, daß bei den nächsten Kommunalwahlen die Parteien, die sich nicht klar gegen den Schieferabbau zwecks Urangewinnung aussprachen, die Mehrheit verloren. Angesichts des lokalen Widerstands, der die Inanspruchnahme des Veto<sub>rechts</sub> durch die betroffene Gemeinde Skövde erwarten ließ<sup>2</sup>, hatte LKAB "bereits nach den ersten Protesten das Schürfgesuch zur Überarbeitung zurückgezogen"<sup>3</sup>. Nicht zuletzt deshalb, weil sich Schwedens Eisenerz-Anteil am Weltmarkt von 40 Prozent in den 50er Jahren auf vier Prozent verringert und LKAB, das Erzbergbau-Unternehmen, im Frühjahr 1977 zum ersten Mal Geschäftsverluste zu beklagen hatte, war dieses Unternehmen gezwungen, neue Märkte zu suchen: LKAB beabsichtigte, ins Urangeschäft einzusteigen. Im Mai 1977 beantragte das Unternehmen, die Vorarbeiten für das jetzt sogenannte "Mineralprojekt Ranstad" durchführen zu dürfen - weil das Naturschutzamt am "Projekt Ranstad 75" u.a. kritisiert hatte, daß es große Verschwendung wäre, nur das Uran und nicht die anderen Rohstoffe aus dem Schiefer zu gewinnen, sprach LKAB nun aus taktischen Gründen von Mineral- und nicht mehr offen von Uranabbau, um die Genehmigung der ört-

---

<sup>1</sup>Atomenergie International o.J., S.134.

<sup>2</sup>Vgl. Ranstad och kärnkraften 1977<sup>2</sup>, S.9.

<sup>3</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 7.10.1976.

lichen Behörden zu erhalten.<sup>1</sup>

Bei dem Treffen der Atomkraftgegner wurde über diese Zusammenhänge und Hintergründe informiert, die eine Dimension der Kernkraftfrage darstellten. 1976 hatte der Chef von LKAB gesagt: "... wenn wir nicht alles Uran verbrauchen, das wir abbauen, kann es zum Beispiel nach Finnland oder Dänemark exportiert werden - da ist doch nichts falsches dran?"<sup>2</sup> Die Atomenergiegegner sind da ganz anderer Meinung: "Wenn Schweden sich zum Verzicht auf Kernenergie entscheidet, dann wäre der Export von Uran moralisch falsch und politisch brisant."<sup>3</sup> Schon im inländischen Interesse sollte auf die Urangewinnung verzichtet werden. Zunächst "würde der Abbau - wie man aus Erfahrung weiß - zu einer maßlosen Umweltzerstörung führen."<sup>4</sup> Dann würde die Zerstörung des fruchtbaren Ackerbodens in Westgötland - einer Naturgegend, die auch unter Erholungs- und Forschungsgesichtspunkten sehr wertvoll ist - die Selbstversorgungsmöglichkeiten Schwedens verschlechtern und die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verringern.<sup>5</sup> Außerdem würde die technologische Abhängigkeit vom Ausland (USA oder UdSSR) weiter bestehen bleiben, weil Schweden keine Urananreicherungsanlage besitzt. Eine eigene Anreicherungsanlage wäre teuer, nicht so bald fertig und im Kriegsfall sehr verwundbar. Und dann müßte Schweden zusätzlich noch eine Aufarbeitungsanlage bauen, um sich (von Frankreich) unabhängig zu machen. "Und was die Endlagerung betrifft, darf man nicht vergessen, daß Schweden in geologischer Hinsicht in einer der stabilsten Gegenden der Welt liegt. Unser Berggrund hat sich seit Jahrtausenden nicht verändert. Wenn Schweden in eine weltweite Kernkraftzusammenarbeit einbezogen wird, ist das Risiko sehr groß, daß rechthaberische Forderungen auf uns zukommen, nicht nur Abfall von den schwedischen Reaktoren,

---

<sup>1</sup>Vgl. die kritischen Ausführungen der Felddbiologen in ihrer Broschüre Ranstad och kärnkraften 1977<sup>2</sup>, S.17 und 27 sowie die Süddeutsche Zeitung vom 16.11.1976.

<sup>2</sup>Zit. nach Ranstad och kärnkraften 1977<sup>2</sup>, S.15.

<sup>3</sup>Westmann 1979, S.234.

<sup>4</sup>Ebd.

<sup>5</sup>Vgl. Nilsson 1978b, S.116.

sondern auch von den ausländischen zu verwahren."<sup>1</sup>

Im Herbst 1977 stand das Atomkraftwerk Barsebäck wieder im Zentrum der Auseinandersetzung um die Kernkraft, und gleichzeitig rückte die Problematik der Wiederaufarbeitung von verbrauchtem Uran in den Vordergrund: Das Energieunternehmen Sydkraft hatte die Alternative, die in Barsebäck benutzten Brennelemente entweder im Ausland aufarbeiten zu lassen, oder sie ohne Wiederaufarbeitung "völlig sicher" zu lagern. Eine der beiden Auflagen des Bedingungs-gesetzes mußte erfüllt sein, wenn das Kernkraftwerk nicht wieder abgeschaltet werden sollte. Da die Forschungsarbeiten der Atomindustrie über die Möglichkeiten der Endlagerung von hochradioaktivem Abfall noch nicht abgeschlossen waren, und das Barsebäck betreibende Unternehmen unter Zeitdruck stand, handelte Sydkraft mit der französischen COGEMA einen Vertrag über die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennstäbe aus und stellte auf der Grundlage dieses Vertrages den Antrag auf Weiterbetrieb von Barsebäck 2.

Die Atomkraftgegner veranstalteten am 10. September 1977 ihren zweiten Nordischen (Anti-) Atommarsch, und diesmal demonstrierten 15 000 Menschen, unter ihnen 4 000 Dänen, friedlich gegen das Atomkraftwerk Barsebäck.<sup>2</sup> Sie bewerteten die Vertragsverhandlungen mit der COGEMA als Betrugsmanöver: Im Gesetzestext steht, daß schon zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung ein funktionierender, also sicherer Aufarbeitungsprozeß stattfinden müsse. Aber die Wiederaufarbeitungsanlage UP3-HAO (Usine Plutonium 3 - Hautes Activités Oxydes), in der speziell Abfall aus Reaktoren des Leichtwassertyps bearbeitet werden sollte, "existiert gar nicht..."<sup>3</sup>. Umso enttäuschter waren die Atomkraftgegner, als die Regierung den Antrag von Sydkraft bewilligte und

---

<sup>1</sup>Ders. 1978a, S.22.

<sup>2</sup>Vgl. Le Monde vom 13.9.1977, Westmann 1979, S.236 und Sandström 1978b, S.11. In Atomenergie International o.J., S.133, wird die Teilnehmerzahl mit "mehr als 20 000" angegeben.

<sup>3</sup>Das schrieb der Journalist Sven Anér am Tag der Demonstration in der Zeitung Land. Siehe dazu ders. 1979, S.40ff und vgl. zur Information über das Wiederaufarbeitungs-zentrum La Hague auch Jungk 1977<sup>5</sup>, Kapitel 1.

Dort wird berichtet, daß UP3-HAO 1976 in Betrieb genom-  
Fortsetzung nächste Seite

sich damit, ein Jahr nachdem sie dem vorläufigen Betrieb von Barsebäck 2 zugestimmt hatte, für die endgültige Betriebserlaubnis entschied: "Gerade diese Beschlüsse haben der (Anti-) AKW-Bewegung Unterstützung gegeben und viele Leute um die Vorstellung gebracht, mit den bürgerlichen Parteien im Parlament etwas durchsetzen zu können."<sup>1</sup>

Die Mitglieder der Anti-Atomkraft-Bewegung und die schwedischen Politiker sind sich darin einig, daß sie in ihrem Land keine Wiederaufarbeitungsfabrik haben wollen: Der derzeitige Vorsitzende der liberalen Volkspartei und Arbeitsminister Per Ahlmark betonte im September 1977, daß in Schweden keine Aufarbeitungsanlage geplant sei, und man sich auch auf keinen Fall damit belasten wolle: "Allenfalls sei man bereit, den radioaktiven Müll, der gegen Entgelt in England und Frankreich in eine Form gebracht werden soll, die endlagerungsfähig ist, wieder zurückzunehmen und im eigenen Land unterzubringen - aber das auch nur, wenn es unumgänglich sei. Daß mit einer solchen Verlagerung der ungeliebten und risikoreichen Wiederaufarbeitung ins Ausland eine erhebliche Abhängigkeit verbunden ist, scheint Per Ahlmark nicht so zu schrecken wie das Risiko der Wiederaufarbeitungsanlage. Er gab sich auch zuversichtlich, daß die Kapazität englischer und französischer Anlagen ausreichen werde, obwohl in keiner dieser Anlagen in größerem Maße tiefabgebrannte Reaktorstäbe aus Leichtwasserreaktoren wieder aufgearbeitet wurden..."<sup>2</sup>. Die Atomkraftgegner sind natürlich gegen Wiederaufarbeitung überhaupt. Der schwedische Gewerkschaftsbund LO zählt zwar wie die Sozialdemokratie zu den Protagonisten der Kernkraftnutzung, er lehnt aber aus Solidarität mit den englischen und französischen Facharbeitern, die in den Anlagen Windscale und La Hague beschäftigt sind und dem großen Strahlenrisiko ausgesetzt

---

Fortsetzung:

men wurde, aber schon nach ein paar Wochen mußte die Anlage geschlossen werden, weil sie nicht funktionierte. (Vgl. S.8f und 39).

<sup>1</sup> Atomenergie International o.J., S.133.

<sup>2</sup> Frankfurter Rundschau vom 14.9.1977.



sind, ab.<sup>1</sup>

Die starke Kritik an den Mängeln der französischen Wiederaufarbeitungsanlage veranlaßte Energieminister Johansson von der Zentrumspartei Ende September 1977 zu der Feststellung, daß "unsere Verantwortung nicht an der Grenze aufhört", während der Informationschef des Atomkraftwerks Oskarshamn Wikdahl vom "Hexenprozeß über La Hague" sprach bzw. schrieb.<sup>2</sup> Kritische Journalisten, die über die Zustände in La Hague berichteten und den Entscheidungsprozeß innerhalb der Energiekommission an die Öffentlichkeit bringen wollten, hatten es außerordentlich schwer.<sup>3</sup> Die Information der Atomkraftgegner mußte also hauptsächlich durch direkten Kontakt geschehen, und der Jugendverband der Zentrumspartei wurde angeregt, selbst nach La Hague zu fahren. Dort traf die Reisegruppe von CUF-Mitgliedern mit Vertretern der französischen Gewerkschaft CFDT zusammen, die sie aufforderten, ihren Scheißdreck in Schweden zu behalten.<sup>4</sup>

Die schwedischen Atomkraftgegner waren bemüht, immer dann, wenn über Kernenergie diskutiert und diese als die einzige Möglichkeit hingestellt wurde, mit dem Zukunftsproblem Energieversorgung fertigzuwerden, nicht nur Kritik an dieser Position anzumelden, sondern auch andere und bessere Lösungen der Energiefrage vorzulegen. Im Sommer 1977 hatte die "Ekotek", eine Informationszentrale für ökologische Fakten und Daten, eine vielbeachtete Ausstellung in Stockholm veranstaltet, "auf der die praktische Verwirklichung von alternativen Energielösungen studiert werden konnte."<sup>5</sup> Nachdem die drei Umweltorganisationen Miljöförbundet, Jordens Vänner und Fältbiologerna immer wieder auf den Mangel an Alternativen zu den Arbeitsergebnissen der Energiekommission hingewiesen hatten<sup>6</sup>, bekam die Umweltbewegung am 15. September 1977 - fünf Tage nach dem zweiten Barsebäck-Marsch - von

---

<sup>1</sup>Vgl. Westmann 1979, S.234; vgl. dazu auch Nilsson 1978b, S.114ff.

<sup>2</sup>Vgl. Anér 1979, S.58.

<sup>3</sup>Der Artikel von Sven Anér, in dem er darüber informierte, daß die französische Wiederaufarbeitungsanlage schon lange keinen Leichtreaktorabfall mehr bearbeitet hatte, und daß die Energiekommissionsmitglieder, statt sich La Hague genauer anzusehen, lieber zur schön gelegenen Atomanlage Marcoule an der Rhône fahren, wurde nur in Göteborgs-Posten abgedruckt und danach nie von anderen schwedischen Massenmedien kommentiert, geschweige denn

der Energiekommission den Auftrag, ihre Vorstellungen von Energieversorgung- und Politik zu Papier zu bringen.<sup>1</sup> Ohne den Entscheidungsprozeß innerhalb der Energiekommission zu kennen, kann ein Zusammenhang vermutet werden zwischen der gelungenen Remobilisierung der Basis und der Auftragsvergabe, zumal die Energiekommission selbst schon seit Monaten arbeitete. Sie setzte die drei Umweltorganisationen unter Zeitdruck, denn dieses sollten ihren alternativen Energieplan am 1. Dezember präsentieren. 180 000 Kronen wurden zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt, und ca. 60 Personen arbeiteten den 750 Seiten umfassenden Gegenvorschlag aus, der beinhaltet, daß in Schweden bis 1985 die Atomkraft durch alternative, regenerierbare Energiequellen ersetzt werden könne.<sup>2</sup> Der Alternative Energieplan der Umweltbewegung MALTE (Miljörörelsens Alternativa Energiplan), der Anfang 1978 in überarbeiteter Fassung veröffentlicht wurde, und mit dem sich seitdem im ganzen Land viele Arbeitsgruppen beschäftigten, beeinflusste stark die öffentliche Diskussion. In diesem Plan sind Alternativen zur Atomkraft ausführlich dargestellt, zum Beispiel Sonnen- und Windenergie. Die Ergebnisse wurden durch den ebenfalls 1978 veröffentlichten Schlußbericht des staatlichen Sekretariats für Zukunftsstudien, das 1974 noch von der sozialdemokratischen Regierung eingerichtet worden war<sup>3</sup>, offiziell gestützt, der belegt, daß "Sonnenschweden" realisierbar ist, ohne daß der Lebensstandard gesenkt werden muß, und auch ohne höhere Kosten als "Uranschweden".<sup>4</sup> An den Ergebnissen der Energiekommission kritisierten die Atomkraftgegner, daß deren Vorschläge zur Entwicklung und Nutzung von neuen Energiequellen unpräzise wären und in einigen Fällen von falschen Be-

---

Fortsetzung:

zitiert. (Vgl. ebd., S. 62f).

<sup>4</sup>Vgl. ebd., S. 65ff.

<sup>5</sup>Westmann 1979, S. 239.

<sup>6</sup>Vgl. Miljötidningen 1/1978, S. 2.

<sup>1</sup>Vgl. Vorwort zur englischen Zusammenfassung des alternativen Energieplans (vervielf. Papier).

<sup>2</sup>Vgl. Miljötidningen 1/1978, S. 2 und 43. Diese Ausgabe der Umweltzeitung ist eine Themennummer, die den Alternativen Energieplan der Umweltbewegung vorstellt.

<sup>3</sup>Vgl. Jamison 1977, S. 32.

<sup>4</sup>Vgl. Lönnroth u.a. 1978.

rechnungsgrundlagen ausgingen. So wurden zum Beispiel die Endpreise für aus Windenergie gewonnenen Strom nach voraussichtlichen Kosten berechnet, die bei der Entwicklung der ersten Prototypen der Windkraftwerke anfallen, die sich aber - im Gegensatz zu Kernkraftreaktoren - in großen Serien herstellen ließen.<sup>1</sup>

Anfang 1978 entschlossen sich die Umweltorganisationen, die an der Ausarbeitung des alternativen Energieplans beteiligt waren, sowie viele andere Bürgerinitiativen und Basisgruppen, den Kampf gegen die Atomenergie mit vereinten Kräften fortzusetzen: Im März konstituierte sich die "Volkskampagne gegen Atomkraft" (Folkkampanjen mot Atomkraft), die in ganz Schweden Unterabteilungen gründete.<sup>2</sup> Mit diesem Zusammenschluß setzte sich die Organisierung der Atomkraftgegner, deren "Heimatverbände" weiterhin verschiedene Umweltprobleme als Schwerpunkte ihrer Arbeit definierten, fort. Die Zusammenarbeit zwischen den Atomenergiegegnern in der Volkskampagne und denen in den politischen Parteien war gut, denn man war sich im Ziel einig und verwendete nur unterschiedliche Methoden.<sup>3</sup> Anfang Juni fand in Stockholm eine große Demonstration gegen Atomkraft mit ca. 3 600 Teilnehmern, unter ihnen Hannes Alfvén, statt, die den Abschluß der dreitägigen "Anti-Konferenz" über aktuelle Probleme der Wiederaufarbeitung bildete, an der Experten aus Frankreich, England, den Niederlanden und der BRD teilgenommen hatten. Auf dieser Tagung trat das Problem der Endlagerung des hochradioaktiven Atom Mülls in den Vordergrund, und es wurde ein Statement verabschiedet, in dem öffentliche Anhörungen über den stark kritisierten KBS-Rapport der Atomindustrie gefordert wurden. Der Bericht der Atomindustrie wurde zum zentralen Angriffspunkt der Volkskampagne gegen Atomkraft, die sich als nächstes Ziel setzte, in Zusammenarbeit mit der

---

<sup>1</sup>Vgl. Orth 1978, S.61.

<sup>2</sup>Vgl. Westmann 1979, S.236.

<sup>3</sup>Vgl. ebd., S.237.

dänischen "Organisation zur Aufklärung über Atomkraft" OOA (Organisationen til Oplysning om Atomkraft) koordinierte, d e z e n t r a l e Demonstrationen an allen schwedischen AKW-Standorten durchzuführen.<sup>1</sup>

Die Schwerpunktverschiebung bei der Atomkraftkritik, die wechselnde Konzentration auf jeweils bestimmte Dimensionen der Kernkraftfrage, entsprach den im politisch-administrativen System anstehenden Entscheidungen: Da der Antrag auf Betriebsgenehmigung für das siebte und das achte schwedische Atomkraftwerk auf der Endlagerungs-Alternative des Bedingungsgesetzes basierte, rückten die damit verbundenen Probleme in den Vordergrund. Parallel zu den Kompromißverhandlungen der Parteiführer und Regierungsmitglieder über die Inbetriebnahme der Reaktoren Ringhals 3 und Forsmark 1 fanden im August 1978 mehrere Demonstrationen an den verschiedenen Kernkraftwerk-Standorten sowie nahe der Uranvorkommen in Skövde, wo Alfvén Hauptredner war, statt. Alfvén präsentierte den Zuhörer den oben genannten amerikanischen Bericht über die Kosten der Atomkraft<sup>2</sup>, und in Oskarshamn wurde die Atomindustrie angeklagt, mit dem KBS-Bericht bewußt Lügen zu verbreiten. Die Forderung des Bedingungsgesetzes sei nicht erfüllt, was sogar aus den kritischen Daten des KBS-Rapports selbst hervorgehe, die einfach "vergessen" wurden.<sup>3</sup>

In der vorliegenden Literatur zum Atomkonflikt in Schweden und in den Presseberichten wurde besonders auf den von Anfang an friedlichen Charakter der schwedischen Anti-AKW-Demonstrationen hingewiesen. Wie die dänische Tageszeitung Information im Dezember 1976 berichtete, war der Widerstand gegen die Kernkraft in Schweden im Vergleich mit anderen europäischen Ländern so wie mit den USA "gedämpft": "Es gab

---

<sup>1</sup>Vgl.ebd., S.236f und zur Information über die dänische OOA das Kapitel über Dänemark in Atomenergie International o.j., S.13ff sowie Lund/Breinholt 1979, S.92ff.

<sup>2</sup>Vgl. Anér 1979, S.120.

<sup>3</sup>Vgl. Leijonhufvud 1979, S.113.

keine Besetzungen von Atomkraftbauplätzen wie vor kurzem in Westdeutschland. Es hat keine gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Behörden, die man andernorts sehen konnte, gegeben, und es ist den Gerichten bisher nicht zur Aufgabe gemacht worden, zur Gesetzmäßigkeit des Baus von Atomkraftwerken Stellung zu nehmen."<sup>1</sup> Im Gegensatz zur später als in Schweden in Gang gekommenen und tendenziell gewaltsameren Kernkraftdebatte in Westdeutschland und in Frankreich<sup>2</sup> hätten in der schwedischen Auseinandersetzung die Gruppen, die sich gegen die Atomkraft stellten, bisher keine militante Haltung gezeigt.<sup>3</sup> Die Erklärung dafür deutet implizit auf die Hoffnung hin, die die Atomkraftgegner auf die Zentrumsparterie und den Regierungschef Fälldin gesetzt hatten: "Die Anti-AKW-Bewegung sitzt nahe am Zentrum politischer Entscheidungen, von daher verlaufen selbst außerparlamentarische Auseinandersetzungen in einem vergleichsweise gemäßigten Klima ab. Die Staatsmacht repräsentiert nicht einseitig die Interessen der Kraftwerksindustrie. Versuche einer Kriminalisierung des Atomprotests, wie sie hierzulande (in der BRD) für eine bestimmte Boulevardpresse und verantwortliche Politiker kennzeichnend ist, lassen sich in Schweden nicht registrieren."<sup>4</sup>

Die letzten Wochen der vierten energiepolitischen Phase sind durch folgende Entwicklungen im sozio-kulturellen System gekennzeichnet:

1. In der gesamten schwedischen Bevölkerung waren die Atomkraftbefürworter wieder in der Mehrheit, während
2. unter den aktiven Atomkraftgegnern und Mitgliedern der Volkskampagne die Unzufriedenheit mit der Kompromißpolitik der Spitzenpolitiker anwuchs, und
3. die "Kulturschaffenden" erneut besonders in Erscheinung traten:

---

<sup>1</sup>Information vom 3.12.1976.

<sup>2</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.28.

<sup>3</sup>Vgl. Sandström 1978b, S.11. Vgl. dazu die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.6.1978: In dem Artikel unter der Schlagzeile "Schwedische Kernkraftgegner greifen zur Gewalt" wird von Bombenanschlägen von den in der sogenannten Gruppe "M" zusammengeschlossenen militanten Kernkraftgegnern berichtet.

<sup>4</sup>Kasten 1979a, S.25.

Im September 1978 erregte das im königlich dramatischen Theater (Dramaten) in Stockholm aufgeführte Schauspiel "Stormen" (Der Sturm) Aufmerksamkeit, das in der Zeit geschrieben worden war, als die schwedische Bevölkerung noch mehrheitlich gegen die Atomkraft eingestellt war. In der Projektskizze des Theaterstücks, das zum Nachdenken und zur Diskussion über die Kernkraft anregen wollte, hieß es, daß der Mensch im Grunde aktiv an den Entscheidungen teilnehmen wolle, die sein Leben und seine Zukunft betreffen. Im Mittelpunkt von "Stormen" stand die Frage, wie es angehen könne, daß das schwedische Volk, das die Atomenergie doch ablehnt, eine Volksv e r t r e t u n g und gleichzeitig in Betrieb befindliche Kernkraftwerke haben kann. Als Antwort auf diese Infragestellung des Repräsentativsystems, das ein wesentliches Strukturmerkmal der schwedischen Demokratie ist, wurde hervorgehoben, daß in einer hochtechnologisierten Kernkraftgesellschaft nicht mehr das V o l k durch das von ihm gewählte P a r l a m e n t regiert. Vielmehr sei es abhängig geworden von einigen wenigen E x p e r t e n.<sup>1</sup> Die Tatsache, daß die Karten für die geplanten Vorstellungen schon am ersten Tag ausverkauft waren, und daß 6 000 Zuschauer das kritische Theaterstück in der "ersten Spielrunde" gesehen haben<sup>2</sup> (ursprünglich waren 10 Vorstellungen geplant; nach dem ersten großen Erfolg wurde die Spielzeit um 12 Aufführungen verlängert<sup>3</sup>), weist auf das große Interesse der schwedischen Bevölkerung sowie auf ihr starkes Informationsbedürfnis hin, das von den überwiegend atomkraftbefürwortenden Massenmedien nach dem Antritt der bürgerlichen Regierung Fälldin nicht mehr befriedigt worden war.

Dem Sturz der bürgerlichen Dreiparteienregierung ging voraus, daß sowohl auf der politisch-administrativen Ebene

---

<sup>1</sup>Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 20.9.1978 und Die Welt vom 2.9.1978.

<sup>2</sup>Vgl. Anér 1979, S.117.

<sup>3</sup>Vgl. Die Welt vom 2.9.1978.

als auch an der gesellschaftlichen Basis die D e m o k r a t i e d i m e n s i o n der Kernkraftfrage in den Vordergrund rückte, die von Ministerpräsident Fälldin durch seine Forderung, eine V o l k s a b s t i m m u n g über die Nutzung der Atomenergie durchzuführen, öffentlich (im Gegensatz zu den Sozialdemokraten zwei Jahre vorher) thematisiert wurde.

## 2.5 Die "Vor Harrisburg"-Phase (Oktober 1978 bis März 1979)

### 2.5.1 Politisch-administratives System:

#### Zurück zur energiepolitischen Ausgangssituation?

Die fünfte energiepolitische Phase begann mit der Bildung einer liberalen Minderheitsregierung im Oktober 1978 und endete mit dem amerikanischen Reaktorunglück in Harrisburg im März 1979, das wegen seiner politischen Folgen eine gravierenden Einschnitt in der Entwicklung des schwedischen Atomkonflikts darstellte. Die energiepolitische Situation in diesem halben Jahr ähnelte der Lage vor der Regierungsübernahme durch den Kernkraftgegner Fälldin im September 1976, nur daß diesmal die bürgerlichen Atomkraftfreunde die Regierungsposition innehatten, während die sozialdemokratischen Kernkraftbefürworter auf den Oppositionsbänken saßen: Die "Vor-Harrisburg"-Phase ist dadurch gekennzeichnet, daß der liberale Regierungschef Ola Ullsten und der neue Energieminister Carl Tham versuchten, den Ausbau der Atomkraftnutzung wieder zu forcieren, nachdem er von ihren Vorgängern Fälldin und Johansson verzögert worden war. Ähnlich wie die Zentrumspartei war auch die Volkspartei in der Regierung gezwungen und bereit, Kompromisse zu schließen und von ihrem energiepolitischen Programm abzuweichen: Seit 1975 hatten die Liberalen die Position vertreten, daß 11 Atomkraftwerke genug wären - in der Regierungsposition einigten sie sich mit der konservativen und der sozialdemokratischen Opposition auf die Inbetriebnahme von 12 Reaktoren. Diese Abweichung war jedoch nicht so schwerwiegend

und löste keinen Protest an der Parteibasis aus, da die Volkspartei 1975 die Zahl der Kernkraftwerke aus rein taktischen Gründen auf 11 begrenzen wollte. Im Grunde war die parteipolitische Atomkonflikt-Struktur dieselbe wie im Frühjahr 1975, und ohne den Vorfall in Harrisburg wäre auch formell ein neuer energiepolitischer Reichstagsbeschluß gefaßt worden: Den kernkraftbefürwortenden Sozialdemokraten, Konservativen und Liberalen standen die kommunistischen Atomkraftgegner sowie die Anhänger des Kernkraftgegners Fälldin gegenüber.

Thorbjörn Fälldin war im Oktober 1978 mitten in der Mandatsperiode zurückgetreten - ein für schwedische Verhältnisse ungewöhnliches und aufsehenerregendes Ereignis, denn in Schweden hatte es bis dahin lange Zeit stabile Exekutiven gegeben. Die letzte vergleichbare Regierungskrise lag 21 Jahre zurück: 1957 zerbrach das rot-grüne Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und dem Bauernverband (der sich wenig später in "Zentrumspartei" umbenannte). Nach dem Scheitern der bürgerlichen Dreiparteienregierung 1978 stellten die schwedischen Parteiführer mit Hinblick auf die nächsten Wahlen taktische Überlegungen an. Der sozialdemokratische Parteiführer Olof Palme sprach sich aus prinzipiellen Gründen für sofortige Neuwahlen aus - die Meinungsumfragen versprachen den Sozialdemokraten ja beträchtliche Stimmengewinne, die jedoch nicht realisiert werden konnten, weil in der schwedischen Verfassung der Dreijahresrhythmus der Legislaturperioden festgeschrieben ist. In dieser Situation sprach sich Palme dass nicht für einen bestimmten Nachfolger Fälldins aus, betonte aber, daß die Sozialdemokraten und die Arbeiterbewegung eine Verstärkung des "Rechtseinflusses" in der Regierung als Herausforderung ansehen würden: "Palmes Partei will offensichtlich jetzt Weichen stellen für die Zeit nach 1979 und deshalb ein Zusammengehen der Liberalen und der Konservativen verhindern. Eine bürgerliche Rumpfkoalition (...) könnte nach einer gewissen Schonzeit wieder zu einem Dreierbündnis ausgebaut werden, womit die bestehenden Blockgrenzen erhalten blie-



ben. Palme strebt dagegen längerfristig eine Allianz mit Ullstens liberaler Volkspartei, eine 'sozialliberale' Koalition nach Bonner Vorbild, an, da er nicht damit rechnen kann, für seine Partei allein eine absolute Mehrheit im Reichstag zu erringen, und die stille Duldung durch die Kommunisten auf die Dauer sozialdemokratische Handwähler in der Mitte abschrecken würde."<sup>1</sup> Die politische Strategie des liberalen Parteivorsitzenden Ullsten und des konservativen Parteiführers Bohman bestand - wie der Parteipresse zu entnehmen war - darin, daß "zunächst ein energiepolitischer Beschluß mit parlamentarischer Hilfe der Sozialdemokraten gefaßt werden sollte, der die Inbetriebnahme von insgesamt elf Reaktoren, aber nicht mehr, enthalten würde. Mit diesem endgültigen Bescheid könnte die Atomfrage ad acta gelegt und die Zentrumsparlei erneut in den Kreis bürgerlicher Eintracht aufgenommen werden."<sup>2</sup> Die Zentrumsparleispitze bemühte sich nach dem Scheitern der großen bürgerlichen Koalition 1978, die Zweifel an der Geschlossenheit des Zentrums auszuräumen, und der frühere Energieminister Johansson übernahm es selbst, die Position des Parteivorsitzenden Fälldin als unumstritten hinzustellen: Es sei ein "Mythos", daß Thorbjörn Fälldin nach dem Kompromiß in der Frage der Aufladung (des siebten und des achten Reaktors) vom Vertrauensrat der Zentrumsparlei "überfahren" worden wäre, und auch die Spekulationen über Spaltungstendenzen innerhalb der "Zentrumsbewegung" seien "reine Mythenbildung". Es seien die grundlegenden Unterschiede zwischen den energiepolitischen Positionen der Koalitionspartner gewesen, die letztlich die Regierung Fälldin zu Fall brachten.<sup>3</sup> Johanssons langfristiges Ziel besteht darin, die Zentrumsparlei aus dem Bürgerblock herauszulösen und die beiden "Bewegungsparteien", das Zentrum und die SAP, zusammenzuführen.

---

<sup>1</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 9.10.1978.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Vgl. Nordisk Kontakt 14/1978, S.885f.

Schließlich wurde "nach einer Woche lebhafter politischer Aktivitäten"<sup>1</sup> am 13. Oktober 1978 eine liberale Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Ola Ullsten gebildet, die nur aus Mitgliedern der Volkspartei bestand. Energieminister wurde Carl Tham, der sich schon seit einigen Jahren energiepolitisch profiliert hatte. Während bei den bisherigen Regierungsbildungsprozessen davon ausgegangen werden konnte, daß die Abstimmung über eine Regierung entsprechend dem vorherrschenden Blockmuster (bürgerlich vs. sozialistisch) funktionierte, verdankte die als Ausweg aus der Krise gebildete liberale Regierung Ullsten ihre Entstehung "weder dem traditionellen Blockmuster, noch wurde sie durch gleichgerichtetes Abstimmungsverhalten im Sinne der informellen pro-Kernkraft-Koalition gebildet"<sup>2</sup>. Ullsten, der vom Reichstagspräsidenten vorgeschlagen worden war, wurde mit den Stimmen seiner Partei gewählt, hatte also nur die 39 Abgeordneten der liberalen Fraktion hinter sich. Daß diese geringe Stimmenzahl genügte, um neuer Regierungschef zu werden, liegt daran, daß sich eine große Mehrheit der Parlamentarier (die Sozialdemokraten und die Zentrumsfraktion) der Stimme enthielten. "Weil weniger als die Hälfte der Mitglieder des Reichstags mit Nein stimmte, galt der Vorschlag des Präsidenten als angenommen."<sup>3</sup>

Ministerpräsident Ullsten kündigte in seiner Regierungserklärung an, daß seine Regierung dem Reichstag ein neues Energieprogramm zur Beschlußfassung vorlegen würde. Energieminister Tham bewilligte wenig später den Weiterbau des elften schwedischen Atomkraftwerks, Forsmark 3, und betonte, daß keine weiteren Kernkraftwerke gebaut würden.<sup>4</sup> Während Fälldins Amtszeit war der Bau von Forsmark 3 durch Kürzung der staatlichen Unterstützungsgelder gebremst wor-

---

<sup>1</sup>Sandström 1978a, S.4.

<sup>2</sup>Kasten 1979a, S.28.

<sup>3</sup>Petersson 1979, S.39. Informationsmangel, der Schweden betreffend häufig feststellbar ist, verleitet gerade in der komplizierten Frage der Regierungsbildung von 1978, über die Petersson ein ganzes Buch geschrieben hat, leicht dazu, sich Stimmenmehrheiten "zusammenzureimen". Kasten (1979a, S.28) schreibt zum Beispiel versehentlich, daß Ullsten "mit den Stimmen seiner Partei und der des Zentrums" gewählt wurde.

<sup>4</sup>Vgl. Sandström 1978a, S.4.

den, und er war seitdem nur im "Schneckentempo" vorangekommen. Gleich nach dem Regierungswechsel hatte der Betreiber dieses Kernkraftwerks, Vattenfall, die neue Regierung aufgefordert, nun die gesamten Mittel bereitzustellen.<sup>1</sup> Die liberale Regierung kam dieser Forderung nach, da die Fertigstellung des elften Reaktors dem energiepolitischen Programm der Volkspartei nicht widersprach. Auf der Grundlage dieses Programms erhielt die liberale Regierung den Baustopp für den zwölften Reaktor, Oskarshamn 3, zunächst aufrecht - zur großen Verärgerung der schwedischen Energiewirtschaft, die darauf pochte, daß sie längst eine Baukonzession erhalten hätte: Sie drohte für den Fall weiterer Restriktionen von seiten der Regierung Schadensersatzforderungen von mehr als einer Milliarde Kronen an und hoffte nun, daß nach den nächsten Wahlen eine Regierung zustande käme, die den Bau von weiteren Kernkraftwerken befürworten würde.<sup>2</sup>

Im Gegensatz zum Zentrumsführer Fälldin befürwortete der neue Regierungschef Ullsten den Export von Atomkraftwerken. Wegen der innenpolitischen Unsicherheit über die Verwirklichung des langfristigen Atomprogramms in Schweden hatte die Reaktorindustrie ihre Exportbemühungen erheblich intensiviert, und die beiden führenden Hersteller ASEA-Atom und Stal-Laval verhandelten im Herbst 1978 mit mehreren Staaten über die Lieferung kompletter Reaktoranlagen des gemeinsam entwickelten Typs, wobei die Verhandlungen mit der Türkei am besten vorankamen: "Hier soll es sich um eine Reaktorofferte im Wert von annähernd 5 Mrd. skr handeln. Um dieses Angebot finanziell zu unterstützen, hat die Regierung kürzlich auch bereits staatliche Exportgarantien für den größten Teil des Auftragswerts zugesagt."<sup>3</sup>

Während Exportgarantien die Atomindustrie beschwichtigen sollten, deren Aktienkurse gerade erst wieder angestie-

---

<sup>1</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 16/1978, S.1015.

<sup>2</sup>Vgl. Handelsblatt vom 1.2.1979.

<sup>3</sup>Nachrichten für Außenhandel vom 24.11.1978; vgl. auch Dagens Nyheter vom 20.7.1979.

gen waren<sup>1</sup>, bezweckte Energieminister Tham mit dem "Rat für Gesundheits- und Umweltfragen", eingerichtet im Energieministerium, wohl die Beruhigung der Kernkraftgegner. Diesem Beratungsgremium gehörten neben Carl Tham als Vorsitzenden 10 Personen aus Universitäten und wissenschaftlichen Instituten an, die der Regierung helfen sollten, die zukünftige Energiehaushaltung zu gestalten. Außerdem beauftragte die Regierung das norwegische Beratungsunternehmen Scanpower, die bisherigen und zukünftigen Kosten der Atomkraft zu berechnen. Der Rapport sollte bis Mitte Januar fertiggestellt werden, damit er dem angekündigten energiepolitischen Gesetzentwurf zu Grunde gelegt werden könnte.<sup>2</sup>

Bei der Ausformulierung des neuen Gesetzes über die zukünftige energiepolitische Entwicklung Schwedens befand sich die liberale Regierung in dem Dilemma, sich entweder an das energiepolitische Programm der Volkspartei zu halten und dann für die Beschränkung auf 11 Atomkraftwerke im Parlament keine Mehrheit zu finden, oder für mehr als 11 Reaktoren einzutreten und damit die programmatische Grundlage der eigenen Partei zu verlassen. Mit der Unterstützung der Zentrumsfraktion war auf keinen Fall zu rechnen, denn sie wollte kurzfristig höchstens 10 Aggregate akzeptieren und auf längere Sicht alle Kernkraftwerke stilllegen. Die Konservativen plädierten für 12, die Sozialdemokraten für mindestens 12 Reaktoren<sup>3</sup> - beide Parteien hatten sich 1975 für den Bau von 13 Atomkraftwerken ausgesprochen. Da die Volkspartei im Reichstag in der Minderheit war, mußten die Liberalen "den Pressionen der Sozialdemokraten und der Konservativen nachgeben"<sup>4</sup>, und obwohl Energieminister Tham mehrfach erklärt hatte, daß die Liberalen nach 11 Reaktoren vorerst Schluß machen wollten<sup>5</sup>, legten sie Mitte März 1979 einen Gesetzentwurf vor, der unter anderem<sup>6</sup> den Bau von insge-

---

<sup>1</sup>Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 9.10.1978 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.10.1978.

<sup>2</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 16/1978, S.10-15f.

<sup>3</sup>Vgl. Handelsblatt vom 1.2.1979.

<sup>4</sup>Le Monde vom 17.3.1979.

<sup>5</sup>Vgl. Handelsblatt vom 1.2.1979.

<sup>6</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 5/1979, S.36of; Sandström 1979, S.7; Wikdahl 1979, S.10 sowie Le Monde vom 17.3.1979.

gesamt 12 Atomkraftwerken beinhaltetete. Er wurde erwartungsgemäß von den Konservativen und den Sozialdemokraten gutgeheißen, die gleichzeitig - wie die liberale Regierung - die Forderung der Zentrumspartei und der Kommunisten, eine Volksabstimmung über die Kernkraftfrage durchzuführen, ablehnten.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Österreich im November 1978 hatte die Zentrumspartei veranlaßt, die Frage eines schwedischen Plebiszits über die Atomenergienutzung erneut in die politische Debatte einzubringen<sup>1</sup>, und Anfang Februar 1979 stellte die Zentrumsfraktion im Parlament den Antrag, spätestens bei den allgemeinen Reichstags- und Kommunalwahlen am 16. September eine Volksabstimmung über die Richtung der zukünftigen Energiepolitik durchzuführen. Die schwedischen Bürger sollten zu den Alternative Stellung nehmen können, die beinhaltetete, daß keine weiteren Ressourcen für den Kernkraftausbau verwendet würden. Die Mittel sollten vielmehr für eine effektivere Energiehaushaltung und den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Kernkraft ausgenutzt werden.<sup>2</sup> Der Gesetzentwurf der liberalen Regierung sah die Unterstützung der Entwicklung alternativer Energiequellen vor, aber die Liberalen, die Konservativen und die Sozialdemokraten lehnten eine Volksabstimmung über die Atomkraft vor 1985 ab: Erst Mitte der 80er Jahre würden die anderen Energiequellen eine wirkliche Alternative zur aktuellen Politik darstellen.<sup>3</sup> Thorbjörn Fälldin war dagegen der Meinung, daß die Volksabstimmung einem neuen Parlamentsbeschluß über die zukünftige Energiepolitik v o r a u s g e h e n müßte: "Der Widerstand dagegen, das Volk direkt Stellung nehmen zu lassen, beweist die Furcht davor, daß das Volk die Richtung der Energiepolitik, für die drei der Parteien so hart eintreten, ablehnen

---

<sup>1</sup>Vgl. Sandström 1978a, S.4.

<sup>2</sup>Vgl. Nordisk Kontakt 2/1979, S.130.

<sup>3</sup>Vgl. Le Monde vom 17.3.1979.

könnte, behauptete er."<sup>1</sup> In der Tat waren nach Fälldins Rücktritt Meinungsumfragen zufolge die Kernkraftgegner in der Bevölkerung wieder in der Mehrheit<sup>2</sup>, und Fälldin beabsichtigte, die Kernkraftfrage erneut zum Wahlkampfthema zu machen, wenn sein Antrag auf Volksabstimmung abgelehnt würde. "Fälldin ist aber bereit, die Anti-Kernkraft-Karte mit ihrem starken Appell an die Wähler nicht auszuspielen, wenn die Liberalen und die Konservativen ein Referendum akzeptieren. Darin läge laut Fälldin der 'Schlüssel zur Bildung einer neuen Regierung' nach den Wahlen am 16. September."<sup>3</sup>

Die Referendumsforderung des Zentrumsparteführers stellte in erster Linie eine Drohgebärde gegenüber den Sozialdemokraten dar, die Olof Palme nicht ignorieren konnte, denn angesichts der harten Haltung der Parteiführung (12 Reaktoren jetzt und Volksabstimmung nicht vor 1985) beabsichtigten sicherlich viele sonst sozialdemokratisch orientierte Wähler, bei der Reichstagswahl im September 1979 noch einmal für die Zentrumspartei zu stimmen.<sup>4</sup> Auf der Ebene der Parteimitglieder bestand ein wesentlicher Unterschied zu der Zeit vor der letzten Wahl: Seit Ende 1976 war der Atomkonflikt innerhalb der Partei o r g a n i s i e r t, und im Frühjahr 1979 beteiligte sich die innerparteiliche Oppositionsgruppe SAFE, der ca. 2 000 Sozialdemokraten angehörten, aktiv an der von vielen Organisationen und Gruppen getragenen Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung.<sup>5</sup> Auch auf der Ebene der sozialdemokratischen Partielite kündigte sich eine Erosion der energiepolitischen Geschlossenheit an, als die ehemalige Ministerin Ulla Lindström gegen den Willen Palmes öffentlich Fälldins Forderung nach einem b a l d i g e n Referendum unterstützte.<sup>6</sup> Sie war eine der 37 Mitglieder des für die Unterschriftensammlung zuständigen

---

<sup>1</sup>Nordisk Kontakt 3/1979, S.213.

<sup>2</sup>Vgl. Anér 1979, S.160 und Frankfurter Rundschau vom 20.4.1979.

<sup>3</sup>Handelsblatt vom 1.2.1979.

<sup>4</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12.4.1979.

<sup>5</sup>Vgl. Dagens Nyheter vom 1.2.1979.

<sup>6</sup>Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.2.1979; The Economist vom 17.2.1979 und Le Monde vom 17.3.1979.



Komitees der "Kampagne für Volksabstimmung", in dem sie mit vielen bekannten Kernkraftgegnern (zum Beispiel Birgitta Hambræus und Anders Ljunggren vom Zentrum und Per Kågeson, der der kommunistischen Partei VPK nahesteht) zusammenarbeitete.<sup>1</sup>

Nichtsdestotrotz lehnte die sozialdemokratische Parteispitze eine frühzeitige Volksabstimmung über die Kernkraftfrage ab, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte auch der Gesetzesvorlage der liberalen Regierung zugestimmt, wenn die formelle Beschlußfassung darüber nicht durch das Reaktorunglück in Harrisburg am 28. März 1979 verhindert worden wäre.<sup>2</sup> Am Ende der fünften energiepolitischen Phase, kurz vor Harrisburg, stand der Inbetriebnahme von insgesamt 12 Reaktoren nichts mehr im Wege, als die schwedische Atomaufsichtsbehörde SKI nach ihrer Überprüfung des neuen KBS-Rapports der Atomindustrie - zwei Tage vor dem Reaktorunfall - der Regierung empfahl, der Aufladung von Ringhals 3 und Forsmark 1 zuzustimmen. An die Experten dieser Behörde, die sich mit einem Stimmenverhältnis von 7:1 für die Inbetriebnahme dieser beiden fertigen Reaktoren aussprachen<sup>3</sup>, hatte die Regierung Fälldin ein halbes Jahr zuvor die Entscheidungskompetenz abgetreten, als sie neue Gesteinsbohrungen zur Voraussetzung für die Aufladung des siebten und des achten schwedischen Kernkraftwerks machte. Der neue KBS-Rapport wurde von einigen Geologen kritisiert<sup>4</sup>, aber die Atomaufsichtsbehörde schlug der liberalen Regierung vor, die Auflagen des Bedingungsgesetzes von 1977 als erfüllt zu betrachten. Ende März war abzusehen, das die schwedische Regierung als die erste Regierung der Welt erklären würde, daß sie überzeugt sei, daß der hochradioaktive Abfall in einer absolut sicheren Weise gelagert werden könnte.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Informationsblatt "Kampagne für Volksabstimmung".

<sup>2</sup>Vgl. Dagens Nyheter vom 23.5.1979.

<sup>3</sup>Vgl. The Journal of Commerce vom 24.4.1979.

<sup>4</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 14.3.1979.

<sup>5</sup>Vgl. Wikdahl 1979, S.10.

## 2.5.2 Sozio-kulturelles System:

### Die "Kampagne für Volksabstimmung"

Die Atomkraftgegner engagierten sich in der kurzen fünften Phase der energiepolitischen Entwicklung in Schweden für das von Fälldins Zentrumsparlei vertretene und auch von der kommunistischen Partei (VPK) verfolgte Ziel, möglichst noch vor der am 16. September 1979 stattfindenden Reichstagswahl eine Volksabstimmung über die Kernkraftfrage durchzuführen. Diese Referendumsforderung wurde vor allem von den Jugendorganisationen der beiden Parteien in die Basisbewegung eingebracht.<sup>1</sup>

Das Resultat der Volksabstimmung in Österreich vom 5. November 1978 ermutigte die Anti-Atom-Gruppen, ein solches Referendum auch für Schweden zu fordern<sup>2</sup>, und im Spätherbst 1978 entstand innerhalb der Basisbewegung der Plan, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, um zu ermitteln, ob die schwedische Bevölkerung einen Volksentscheid in der Kernkraftfrage überhaupt befürwortete.<sup>3</sup>

Anfang 1979 konstituierte sich die "Kampagne für Volksabstimmung", die eine landesweite Unterschriftensammlung durchführte, bis diese Aktivität durch die politischen Folgen von Harrisburg überflüssig wurde. Außer den schon in der "Volkskampagne gegen Atomkraft" zusammengeschlossenen Umweltgruppen und -verbänden arbeiteten hier auch andere, ideologisch ganz unterschiedlich orientierte Organisationen mit, die sich gegen den Ausbau der Kernkraft aussprachen: neben dem Frauenverband der Zentrumsparlei mehrere andere organisatorische Bestandteile der schwedischen Frauenbewegung, neben der Zentrumsjugend andere Jugendorganisationen, neben der kommunistischen Partei (VPK) andere kommunistische und sozialistische Gruppen und Verbände, die sozialdemokratische Arbeitsgruppe SAFE u.a. Außerdem unterstützten eine Reihe einzelner bekannter Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Politik die Unterschriftenkampagne.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Le Monde vom 17.3.1979.

<sup>2</sup>Vgl. Sandström 1978a, S.4.

<sup>3</sup>Vgl. Anér 1979, S.162.

<sup>4</sup>Vgl. Informationsblatt "Kampagne für Volksabstimmung".



## 2.6 Die "Nach Harrisburg"-Phase (März 1979 bis März 1980)

### 2.6.1 Politisch-administratives System:

#### Reichstagswahl und Volksabstimmung

Die sechste energiepolitische Phase begann mit dem Reaktorunfall in den USA bzw. mit dem aus legitimatorischen Gründen von allen schwedischen Parteien gefaßten Beschluß, eine Volksabstimmung über die Kernkraftfrage durchzuführen, und sie endete mit dieser "Energiewahl", die ein halbes Jahr nach der Parlamentswahl vom September 1979 am 23. März 1980 stattfand. Die Entwicklung in dieser einjährigen Periode wird im folgenden auf der Grundlage von Informationen aus der Tagespresse - in erster Linie aus der schwedischen Zeitung Dagens Nyheter - dargestellt.

Nach dem Reaktorunglück in Harrisburg wurde die liberale Minderheitsregierung mit der Forderung nach sofortiger Stilllegung sämtlicher Kernkraftwerke in Schweden konfrontiert. Es fand eine große Demonstration überwiegend weiblicher Atomkraftgegner für eine Volksabstimmung über die Kernkraft statt, der Zentrums Politiker und ehemalige Energieminister Johansson warnte vor gewaltsamen Demonstrationen "nach dem Vorbild Westdeutschlands", wenn sich die Regierung dem Verlangen nach einer Volksabstimmung weiterhin widersetze, und auch aus den Reihen der Sozialdemokraten wurden kritische Stimmen laut: Der Energieexperte der SAP und frühere Sprecher des sozialdemokratischen Jugendverbandes SSU Lars Engqvist forderte den sofortigen Stopp des Kernkraftbetriebes in Schweden, und der sozialdemokratische Hochschullehrer Agne Gustafsson verlangte die Abwahl der sozialdemokratischen Parteiführung auf einem außerordentlichen Parteikongreß für den Fall, daß aus Harrisburg keine Konsequenzen gezogen würden. Nach Harrisburg stuften auch der Jugendverband SSU und die Frauenorganisation der sozialdemokratischen Partei die Gefahren der Atomtechnologie höher als deren Nutzen ein, und sie schlossen sich jetzt der Forderung der innerparteilichen Energieoppositionsgruppe SAFE nach einer Volksabstimmung an.

Am 4. April 1979, eine Woche nach Harrisburg, verkündete Olof Palme, daß die sozialdemokratische Partei jetzt eine Volksabstimmung 1980 - also n a c h der Reichstagswahl - befürwortete. Die liberale und die konservative Parteiführung schwenkten sofort auf die - von der Presse allgemein als "Kehrtwendung" bezeichnete und vom konservativen Parteivorsitzenden Bohman als reine Parteitaktik bewertete - neue Linie der sozialdemokratischen Parteispitze ein, die vom Zentrumsführer Fälldin begrüßt wurde. Fälldin forderte eine sofortige Stilllegung des Reaktors Ringhals 2, der nach dem gleichen Prinzip funktionierte wie das Atomkraftwerk in Harrisburg. Außerdem war er der Meinung, daß die Regierungsvorlage über den Bau von insgesamt 12 Kernkraftwerken vom Parlament zurückgewiesen werden müßte.

Im Juni einigten sich die Parteien darauf, daß die Volksabstimmung im März 1980 stattfinden sollte, wobei die zur Wahl stehenden Alternativen erst Ende 1979 ausgearbeitet werden würden, weil die sozialdemokratische Parteispitze erst die Ergebnisse der Untersuchung des Reaktorunglücks in Harrisburg abwarten wollte, bevor sie sich entschied. Der Hauptgrund für diese Zeitplanung war, im Wahlkampf zur Kernkraftfrage nicht Stellung nehmen zu müssen. Der liberale Energieminister Tham brachte eine neue Gesetzesvorlage ein, nach der vor der Volksabstimmung keine weiteren Kernkraftwerke in Betrieb genommen werden durften. Wäre dieses Sondergesetz nicht vom Reichstag verabschiedet worden, wären zu diesem Zeitpunkt auch das siebte und das achte Atomkraftwerk in Betrieb, denn die liberale Regierung entsprach im Juni 1979 der Empfehlung der staatlichen Atomaufsichtsbehörde SKI, den neuen KBS-Rapport der Atomindustrie gutzuheißen und die Aufladung der Reaktoren Ringhals 3 und Forsmark 1 zu bewilligen. Damit erklärte sie die Auflagen des Bedingungsgesetzes von 1977 für erfüllt, während Zentrumsführer Fälldin meinte, daß auch die endgültige Entscheidung über den Antrag auf Betriebsgenehmigung dieser beiden Kernkraftwerke erst nach der Volksabstimmung getroffen werden sollte. Außerdem protestierte er gegen die Absicht des li-

beralen Energieministers, die durch die Verzögerung der Inbetriebnahme den - Schadensersatzforderungen stellenden - Energieunternehmen entstehenden Kosten durch eine spezielle Energiesteuer zu decken. Mit diesem Steuervorschlag versuche die Regierung, die Bevölkerung gegen die Atomkraftgegner aufzubringen und ihre Entscheidung beim Referendum zu beeinflussen. Der Zentrumsabgeordnete Anders Dahlgren kritisierte schon Ende Mai 1979 die Intention des Energieministers, und er bezeichnete die geplante Energiesteuer als "Fehlinvestitionssteuer". Da Dahlgren aber nicht dem "grünen" Flügel, sondern dem die Tradition der Zentrumspartei als Bauernpartei repräsentierenden Landwirtschaftsflügel angehört, ist seine Kritik an der Kernkraft sehr wahrscheinlich in erster Linie ein Profilierungsversuch gegenüber der Parteibasis: Im Juni sollte auf dem Parteitag des Zentrums der Stellvertreter des Parteivorsitzenden gewählt werden, der möglicherweise in ein paar Jahren Fälldins Nachfolger werden wird. Bei der Abstimmung über die Kandidaten unterlag Dahlgren - gewählt wurde der Vertreter des "grünen" Parteiflügels und ehemalige Energieminister Olof Johansson, der im Gegensatz zu Dahlgren die "moderne" Zentrumspartei repräsentiert und die Sympathie der Parteijugend besitzt.<sup>1</sup>

Der derzeitige liberale Energieminister Tham setzte im Juni zwei Untersuchungsausschüsse ein, von denen einer sich mit den Risiken der Kernkraft beschäftigen sollte. Den zweiten Ausschuß, der die Konsequenzen und Kosten der Stilllegung aller schwedischen Kernkraftwerke, die von der Zentrumspartei und den Kommunisten (VPK) gefordert wurde, untersuchen sollte, verließen die drei Vertreter der Atomkraftgegner (Pär Granstedt vom Zentrum, Per Kågeson von der VPK und Peter Larsson von Miljöförbundet) im Oktober 1979 unter Protest darüber, daß der Ausschuß offensichtlich den

---

<sup>1</sup>Vgl. dazu die Ausführungen im Kapitel 4.4 dieser Arbeit: Die Zentrumspartei.

Befürwortern der Atomenergie zuarbeitete und allein schon von der personellen Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses her keine umfassende und objektive Entscheidungsgrundlage für die Volksabstimmung zu erwarten sei.

Den Ergebnissen der im Mai und im Juni - also vor Beginn des offiziellen Wahlkampfes - durchgeführten Meinungsumfragen zufolge hatte das Harrisburg-Unglück nicht bewirkt daß die Zentrumsparlei wieder mehr Anhänger gewann. Ihr Anteil an der Wählerschaft hatte im September 1978 - kurz vor Fälldins Rücktritt - mit 16 Prozent einen Tiefststand erreicht; nach Harrisburg gewann das Zentrum drei Prozent hinzu, die aber im Juni schon wieder verloren waren. Dagegen konnten die beiden Parteien, die weiterhin uneingeschränkt zum Kernkraftausbau standen, die konservative und die liberale Partei, im Mai Stimmenzuwächse verbuchen, die sich für die Konservativen im Juni fortsetzten. Diese Sympathiegewinne waren jedoch höchstwahrscheinlich nicht in der Kernkraftfrage begründet. Aus den leichten Sympathiegewinnen der Sozialdemokraten im Mai (0,5 Prozent) ging bei den Meinungsumfragen hervor, daß die SAP einige Stimmen der Frauen hinzugewannen, die bei der letzten Wahl für das Zentrum oder für die VPK gestimmt hatten. Möglicherweise waren es die Frauen, die zu den Atomkraftgegnern zählen und Palmes "Kehrtwende" nicht als bloß taktisch bedingt ansahen. Ebenso nahmen wohl die Männer, die die SAP (der Mai-Umfrage nach) an die liberale Partei verlor, Palmes "Kursänderung" ernst - da die schwedischen Männer allgemein der Atomkraft positiver gegenüberstehen als die Frauen, kann vermutet werden, daß sich jetzt einige männliche Kernkraftbefürworter aus Enttäuschung der Volkspartei zuwandten. Die Zentrumsparleitführung mußte die Ergebnisse der Meinungsumfragen dahingehend interpretiert haben, daß mit dem Kernkraft-Issue nicht noch einmal eine Wahl zu gewinnen war, denn im Gegensatz zu den letzten Jahren ging es auf dem Zentrumsparleitag im Juni 1979 wesentlich weniger um die Atomenergie als zum Beispiel um Familien- und Steuerpolitik.

Im Wahlkampf ging es dann auch kaum um die Kernkraft-

frage, und wenn doch, dann in Verbindung mit der dominierenden "Regierungsfrage". Aufsehen erregte Fälldins Äußerung, daß er auch regieren wolle, wenn sich die schwedische Bevölkerung bei der Volksabstimmung für den Ausbau der Atomkraft entscheiden würde. Nicht weniger spektakulär war der Ausspruch des konservativen Parteiführers Bohman, daß die Kernkraft nicht gefährlicher sei als Fahrradfahren, woraufhin sich der sozialdemokratische Parteivorsitzende Palme von den Konservativen, mit denen er in der Kernkraftfrage sonst übereinstimmte, distanzierte. Bohman benutzte das Kernkraft-Thema, um die SAP als regierungsunfähig hinzustellen: Palme könnte sie nun nicht mehr unter Hinweis auf die Uneinigkeit der drei bürgerlichen Parteien in der Energiefrage als Regierungsalternative preisen, da die sozialdemokratische Partei jetzt selbst in der Kernkraftfrage gespalten sei. Die konservative Moderate Sammlungspartei war am geschlossensten in der Kernkraftfrage<sup>1</sup>, und deshalb konnte sich Bohman selbst uneingeschränkt und offen für die Kernkraft aussprechen, während Olof Palme sich zurückhalten mußte. Als der Vorsitzende des Arbeitergewerkschaftsbundes LO, Gunnar Nilsson, sich unter Hinweis auf Beschäftigungspolitik und unabhängige Energieversorgung während des Wahlkampfes für die Kernkraft starkmachte, reagierte die inzwischen auf 3 000 Mitglieder angewachsene sozialdemokratische Energieoppositionsgruppe SAFE mit lautem Protest. Ein wesentliches Charakteristikum des 79er Wahlkampfes war, daß die Umweltfrage wieder eine größere Bedeutung gewann<sup>2</sup>:

"Einen fast reizvollen Effekt erzielte bisher einzig der Wettstreit zwischen Sozialdemokraten und Zentrum um den Ruf der besseren U m w e l t s c h u t z p a r t e i. Unter einer massigen Rose, dem Signet von Palmes Partei, wird da ebenso laut das 'Milieu' geschützt - wie hierzulande Umwelt heißt -, wie unterm vierblättrigen Kleeblatt des Zentrums, der alten Agrarierpartei, die sich per definitionem stets als Umweltprotektorin ver-

---

<sup>1</sup>Zum Beispiel war der konservative Frauenverband die einzige parteipolitische Frauenorganisation, die sich nicht am ( in Kapitel 2.6.2 und 5.2 angesprochenen) großen "Frauenmarsch gegen Atomkraft" beteiligte.

<sup>2</sup>Vgl. dazu Kapitel 3.3 dieser Arbeit: Reformpolitik - Umweltpolitik - alternative Energiepolitik.

stand und nun in Rage versetzt wurde durch die Linkskonkurrenz. Denn die Sozialdemokraten übernahmen, auf Zentrumswählerschaft schielend, plötzlich die Opposition idealistischer Milieukämpen, die zur Verteidigung von Blaubeeren und Pilzen ein Ende der Praxis verlangten, aus Flugzeugen Wälder mit Pestiziden zu besprühen."<sup>1</sup>

Die Reichstagswahl am 16. September 1979 war keine Kernkraftwahl. Die Zentrumsparterie verlor gegenüber 1976 5,9 Prozent der Stimmen und erhielt 18,2 Prozent, die liberale Volkspartei verlor 0,5 Prozent und erhielt 10,6 Prozent die SAP gewann 0,9 Prozent der Stimmen hinzu und erhielt 43,6 Prozent, die VPK gewann trotz bzw. wegen ihrer Spaltung 0,8 Prozent hinzu und übersprang mit 5,6 Prozent leicht die 4%-Hürde. Der große Gewinner der Wahl war die konservative Partei, die durch einen Stimmenzuwachs von 4,8 Prozent mit 20,4 Prozent zur größten bürgerlichen Partei wurde und die Zentrumsparterie in dieser Position ablöste, ohne daß sich Bohman Chancen ausrechnen konnte, selbst Regierungschef zu werden - ein konservativer Staatsminister ist in Schweden (bisher) eine politische Unmöglichkeit.

Der Wählerverlust der Zentrumsparterie ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Kernkraftgegner nicht mehr für Fälldin stimmten - auch bei dieser Wahl hatte die Energiepolitik des Zentrums zum äußerst knappen Wahlsieg des Bürgerblocks beigetragen. Der Stimmenverlust der Zentrumsparterie ist dadurch bedingt, daß sich durch die sozialstrukturellen Veränderungen in Schweden die traditionellen Wählerschaft des Zentrums (die Landbevölkerung) zahlenmäßig weiter verringerte, und daß die Wähler, die enttäuscht darüber waren, daß Fälldin während seiner Regierungszeit das (klein)bürgerliche Zentrumsprogramm nicht in die Praxis umgesetzt hat, zur konservativen Partei abwanderten. Gösta Bohman war der einzige bürgerliche Parteiführer, der noch nicht Regierungs-

---

<sup>1</sup>Neue Zürcher Zeitung vom 27.8.1979: "Substanzarmer Wahlkampf in Schweden. Wettstreit um Marginalwähler". Über die Spaltung der Zentrumsparterie in der Umweltfrage vgl. das Kapitel 4.4 dieser Arbeit (Die Zentrumsparterie).

<sup>2</sup>Vgl. dazu Kapitel 4.5 dieser Arbeit: Die Linkspartei/Kommunisten.

chef gewesen war. - auf ihn konzentrierten sich 1979 die Hoffnungen der bürgerlichen Wähler auf eine starke Regierungsalternative zur SAP: Die Reichstagswahl 1979 war zu einem großen Teil eine bürgerliche (Steuer-)Protestwahl. Zentrumsführer Fälldin führte als einen wesentlichen Grund für seinen Mißerfolg an, daß die Zentrumsparterie nur einige wenige Provinzzeitungen hat, und daß die Massenmedien dieser Partei nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Im Wahlkampf 1976 hatte Fälldin davon profitiert, daß die Liberalen und die Konservativen befürchteten, ohne ihn die Wahl zu verlieren, und deshalb in ihrer Parteipresse Fälldins Wahlkampf gegen die Kernkraft publizierten.

Die leichten Stimmengewinne der Sozialdemokraten haben mit der Kernkraftfrage ebenfalls so gut wie nichts zu tun - 1979 dominierten die "alten" Themen der Politik. Es ist anzunehmen, daß die SAP die Sympathie vieler "Mitte-Wähler" zurückgewann, seit sie 1978 die Frage des Arbeitnehmerfonds - von den Bürgerlichen als einen weiteren Schritt zum Sozialismus verurteilt - auf Eis legte. Durch die Abspaltung des moskautreuen Parteiflügels von der VPK wurde den linken Sozialdemokraten, vor allem den linken Atomkraftgegnern, die Entscheidung erleichtert, 1979 diese kommunistische Partei zu wählen, die in den universitätsstädten große Stimmengewinne verbuchen konnte. Die Bedeutung der Massenmedien kommt auch im Wahlergebnis der Sozialdemokraten zum Ausdruck. Kritiker der SAP bemerkten, daß die Partei eine sozialdemokratische Zeitung nach der anderen eingehen ließ, was zu einer fast totalen bürgerlichen Dominanz an der Pressefront geführt hätte. Die Tatsache, daß die Zentrumsparterie ebenfalls nur wenige Zeitungen kontrolliert, die stark parteigebundene schwedische Presse in einem Land mit eifrigen Zeitungslesern also überwiegend in der Hand der kernkraftbefürwortenden Liberalen und Konservativen ist, erhöht die Bedeutung der Massenmedien im Atomkonflikt.

Im Oktober 1979 wurde eine neue bürgerliche Dreiparteienregierung gebildet. Thorbjörn Fälldin erhielt zwar erneut den Posten des Ministerpräsidenten, den der liberale

Parteiführer Ola Ullsten an ihn abtreten mußte, aber es stand von Anfang an fest, daß der Handlungsspielraum der Zentrumspartei in der Energiepolitik in dieser Legislaturperiode noch kleiner sein wird als zur Zeit der ersten großen bürgerlichen Koalition. Diese Ausgangslage hat Fälldins Opportunismus noch verstärkt, und er ließ erneut verlauten, daß er nicht zurücktreten werde, wenn die schwedische Bevölkerung bei der Volksabstimmung im März 1980 ja zur Kernkraft sagt. Die Koalitionspartner einigten sich darauf, das Amt des Energieministers bis zum Referendum nicht mit einem Parteipolitiker zu besetzen.

Nach der Parlamentswahl liefen die Vorbereitungen für die Volksabstimmung an. Aus legitimatorischen Gründen beschlossen die Sozialdemokraten, die vom Gewerkschaftsbund LO unterstützt wurden, nicht mit den Konservativen zusammenzuarbeiten, die den Arbeitgeberverband SAF hinter sich hatten. Die Konsequenz dieser Entscheidung bestand darin, daß der schwedischen Bevölkerung am 23. März 1980 nicht eine Pro- und eine Contra-Position zur Abstimmung vorlagen, sondern d r e i "Linien":

Linie 1 wurde nur von den Konservativen vertreten und beinhaltete, daß zu den sechs in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken sechs weitere in Betrieb genommen werden sollten, wobei der Verzicht auf Kernkraft als "wünschenswert" betrachtet wurde, "sobald er möglich ist im Hinblick auf den Bedarf an Elektrizität zur Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung und Wohlfahrt".

Linie 2. von den Sozialdemokraten und den Liberalen vertreten, enthielt wörtlich denselben Passus über den Wunsch nach späterer Stilllegung der Atomkraftwerke. Auch die SAP und die Volkspartei befürworteten insgesamt 12 Reaktoren; der einzige Unterschied zur Position der Konservativen bestand darin, daß der ganze Kernkraftbetrieb staatlich bzw. kommunal kontrolliert werden sollte, denn: "Die Gesellschaft soll die Hauptverantwortung für die Produktion und



Verteilung von Elektrizität haben. Kernkraftwerke und andere künftige Anlagen zur Stromproduktion sollen Eigentum von Staat und Gemeinde sein".

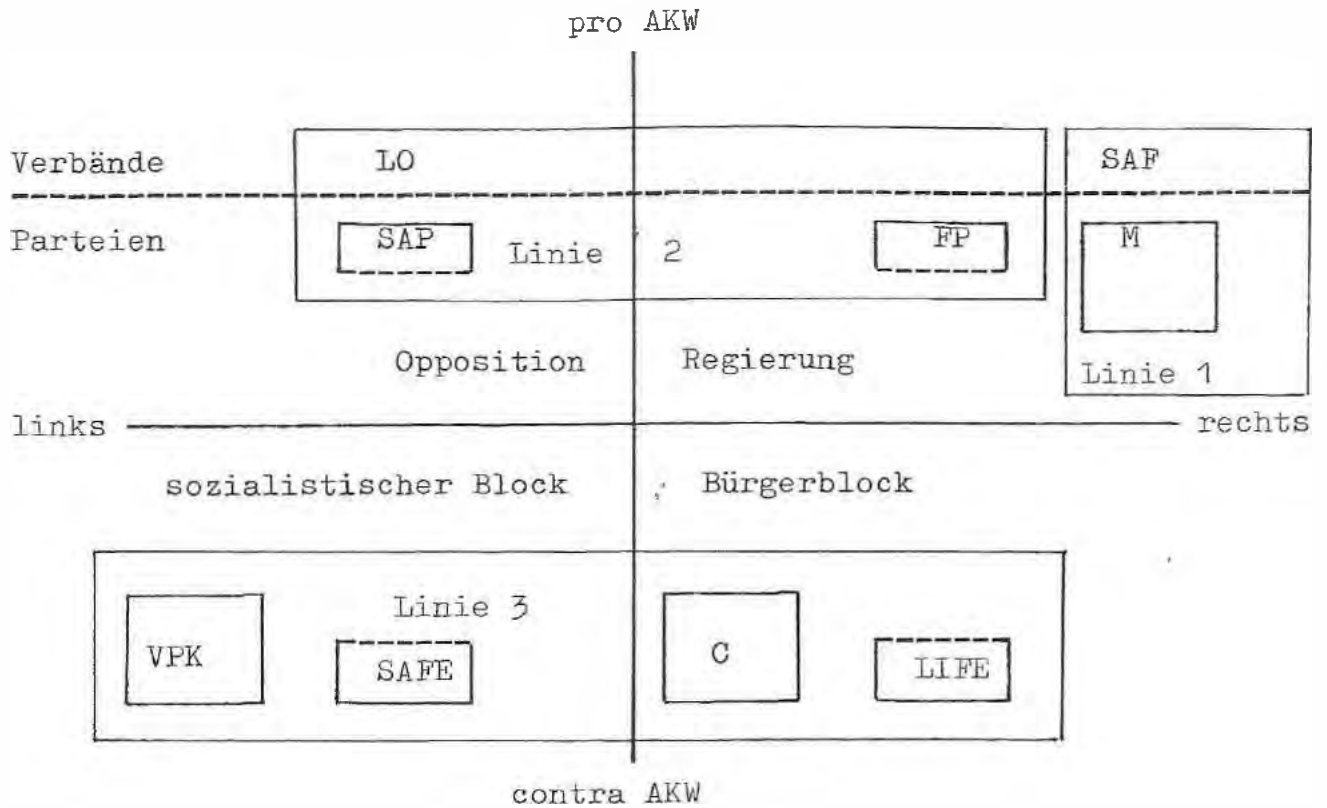
Linie 3 wurde von der Zentrums- und von der Linkspartei/Kommunisten vertreten (und auch von der sozialdemokratischen Energieoppositionsgruppe SAFE sowie von der erst am Jahreswechsel 1979/80 gegründeten liberalen Energieoppositionsgruppe LIFE<sup>1</sup> unterstützt). Diese politischen Repräsentanten der Atomkraftgegner lehnten die Inbetriebnahme von weiteren Kernkraftwerken ab, forderten die Stilllegung der sechs in Betrieb befindlichen Reaktoren innerhalb von zehn Jahren und befürworteten den sofortigen Übergang zu alternativen, erneuerbaren Energiequellen.

Der schwedische Atomkonflikt spaltet nicht nur einzelne Parteien (die Sozialdemokraten und jetzt auch die Liberalen), sondern auch die Koalitionsregierung (den Bürgerblock) und die Opposition (den sozialistischen Block). Gleichzeitig bedingt er ein Zusammenarbeitsmuster, das die traditionellen Blockgrenzen sprengt: Die bürgerliche Zentrums- und Linkspartei arbeitete mit den Kommunisten zusammen, was ihr schwerwiegende Vorwürfe von seiten der bürgerlichen Koalitionspartner einbrachte, und die Sozialdemokraten kooperierten mit der bürgerlichen Volkspartei, was innerparteilichen Protest auslöste. Die Kernkraftfrage hatte, als sie 1972/73 kontrovers wurde, eine neue Konfliktdimension im schwedischen politischen System begründet (bzw. befestigt<sup>2</sup>), die quer zur ideologischen Spaltungslinie, der traditionellen Links-Rechts-Dimension liegt. Wie das zweidimensionale schwedische Parteiensystem sich vor der Volksabstimmung darstellte, läßt sich folgendermaßen veranschaulichen:

---

<sup>1</sup>Vgl. dazu das Kapitel 4.3 dieser Arbeit: Die liberale Volkspartei.

<sup>2</sup>Vgl. dazu die Einleitung zum Kapitel 4 dieser Arbeit: Der Atomkonflikt im Parteiensystem.



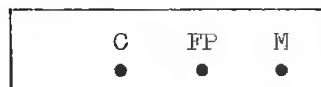
- Partei ist sich in der Kernkraftfrage einig bzw. hat keine innerparteilich organisierte Opposition
- Partei ist in der Kernkraftfrage gespalten
- Zusammenarbeit bei der Volksabstimmung

- VPK Vänsterpartiet Kommunisterna  
(Linkspartei/Kommunisten)
- SAP Socialdemokratiska Arbetareparti  
(Sozialdemokratische Arbeiterpartei)
- C Centerparti  
(Zentrumspartei)
- FP Folkparti  
(liberale Volkspartei)
- M Moderata Samlingsparti  
(konservative Gemäßigte Sammlungspartei)

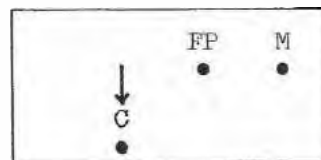
- SAFE Socialdemokratiska arbetsgruppen för en alternativ energipolitik  
(innerparteiliche Atomenergieopposition der SAP)
- LIFE Liberaler för energialternativ  
(innerparteiliche Atomenergieopposition der FP)
- LO Landsorganisationen  
(Dachverband der Arbeitergewerkschaften)
- SAF Svenska Arbetsgivareföreningen  
(Dachverband der Arbeitgebervereinigungen)

Meine schematische Darstellung des zweidimensionalen schwedischen Parteiensystems kann sowohl problematisiert als auch differenziert werden:

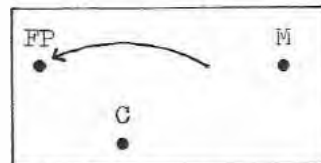
1. Es ist schwierig, die Zentrumsparterie auf der Links-Rechts-Achse zu positionieren; Olof Petersson stellt fest, daß sich die liberale Volkspartei in den 70er Jahren nach links orientiert hat (zum Beispiel habe sie 1974 mit der sozialdemokratischen Regierung in der Steuer und in der Wirtschaftspolitik kooperiert), so daß sie jetzt links von der Zentrumsparterie zu verorten wäre.<sup>1</sup> Petersson stellt den zweidimensionalen Wandel innerhalb des Bürgerblocks wie folgt dar:



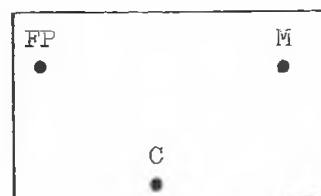
Ausgangslage 1968



Die Zentrumsparterie spricht sich gegen die Kernkraft aus



Die Liberalen orientieren sich nach links



Dreiparteienkoalition mit latenten Spannungen

<sup>1</sup>Vgl. Petersson 1979a. S.98 und 1979b. S.175f.

2. Die Zentrumsparterie hat zwar keine innerparteilich organisierte Oppositionsgruppe, die für die Kernkraft eintritt, aber es gibt eine sozialstrukturell abgrenzbare Mitgliedergruppe innerhalb des Zentrums, die Bauern, die im Grunde nichts gegen Atomkraftwerke hat - deshalb müßte die Zentrumsparterie mit einer latenten Spaltungslinie gekennzeichnet werden<sup>1</sup>:



Die Volksabstimmung vom 23. März 1980 hatte folgendes Ergebnis:

Linie 1 (M)	18,7	58,0%	pro AKW
Linie 2 (SAP/FP)	39,3		
Linie 3 (C/VPK)		38,6%	contra AKW

Aus diesem Stimmenverhältnis geht hervor, daß die Konservativen 1,7 Prozent weniger Stimmen auf ihrer Linie 1 vereinigen konnten, als 1979 bei der Parlamentswahl für ihre Partei abgegeben wurden. Unter den Anhängern der Sozialdemokraten und der Liberalen sind wesentlich mehr Atomkraft-

<sup>1</sup>Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 4.4 dieser Arbeit: Die Zentrumsparterie.

gegner als unter den konservativen Wählern: Für die Linie 2 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der liberalen Volkspartei wurden 14,9 Prozent weniger Stimmen abgegeben, als sie bei der Reichstagswahl 1979 zusammen erhalten hatten. Die Zentrums- und die Linkspartei/Kommunisten dagegen bekamen für ihre Linie 3 14,8 Prozent mehr Stimmen, als sie bei der Parlamentswahl 1979 gemeinsam auf sich vereinigen konnten. Dieses Ergebnis hatten sie zu einem großen Teil der Basisbewegung gegen Atomkraftwerke zu verdanken, die einen engagierten "Energiewahl"-Kampf geführt hatte.

### 2.6.2 Sozio-kulturelles System:

#### "Energiewahl"-Kampf an der Basis

Nachdem sich - als politische Konsequenz des Reaktorunfalls in Harrisburg - alle schwedischen Parteien mit der Durchführung eines Referendums über die Kernkraftfrage einverstanden erklärt hatten, änderte die überparteiliche Basisorganisation "Kampagne für Volksabstimmung" ihren Namen in "Volkskampagne Nein zur Kernkraft" um und begann, ihren "Energiewahl"-Kampf vorzubereiten. Bevor dieser im Herbst 1979 nach der Reichstagswahl, als die Parteien ihre "Linien" ausgearbeitet und ihre Positionen der Öffentlichkeit vorgestellt hatten, <sup>anließ</sup> fanden zwei große Demonstrationen gegen die Atomenergie statt: Die eine, die am 8. September durchgeführt wurde, setzte die Reihe der Barsebäck-Märsche fort - diesmal marschierten die ca. 12 000 Teilnehmer von Barsebäck nach Lund, um den Weg aufzuzeigen, den eine radioaktive Wolke nehmen könnte. Die andere Großdemonstration erregte noch stärker die öffentliche Aufmerksamkeit: Organisiert von der Gruppe "Frauenkampf für Frieden" wurde am 26. August ein "Frauenmarsch gegen Kernkraft" veranstaltet, an dem allein in Stockholm 10 000 (auch männliche) Personen teilnahmen. Mit dieser Demonstration kam zum ersten Mal die Tatsache organisiert und publikumswirksam zum Ausdruck, die sich bisher überwiegend nur in Meinungsumfragen niedergeschlagen hatte, daß nämlich wesentlich mehr Frauen als Männer gegen die Atomenergie eingestellt sind.

Für die "Volkskampagne Nein zur Kernkraft", deren Argumente Björn Kjellström und Per Kågeson - beide waren Mitglied der Energiekommission - in ihrem Buch "Stimm mit Nein!"<sup>1</sup> veröffentlicht haben, stand von Anfang an fest, daß sie für die von der Zentrumsparlei und der Linkspartei/Kommunisten vertretene Linie 3 kämpfen würde, auch wenn die Sozialdemokraten und die Liberalen ebenfalls behaupteten, mit ihrem Vorschlag (Linie 2) für die "Abwicklung" der Kernkraft einzutreten. Die Vertreter der Basisbewegung kritisierten, daß die SAP und die Volkspartei die Zahl der Atomkraftwerke zunächst sogar verdoppeln wollen, um dann später - in 25 Jahren - mit der Stilllegung zu beginnen. Sprecher der Bürgerinitiative "Volkskampagne Nein zur Kernkraft", die in Stadtteilgruppen organisiert war und sich zum Ziel setzte, vor der Volksabstimmung alle schwedischen Haushalte aufzusuchen, um für die Linie 3 zu werben, war Lennart Daléus von Jordens Vänner (Freunde der Erde). Seine Stellvertreter waren der ehemalige Vorsitzende der VPK Carl-Henrik Hermansson, die Sozialdemokratin und frühere Ministerin Ulla Lindström, der Zentrumsabgeordnete Börje Hörnlund sowie Mats Odell, Vorsitzender des Jugendverbandes der kleinen christlichen Partei KDS (Kristen Demokratisk Samling), die sich schon seit Jahren gegen Atomkraftwerke ausspricht, jedoch noch nie genügend Stimmen auf sich vereinigen konnte, um ins Parlament zu gelangen.

Aufsehen erregte die in der Verteidigungspolitik profilierte Sozialdemokratin Maj-Britt Theorin, als sie als erste SAP-Abgeordnete öffentlich von der sozial-liberalen Linie 2 Abstand nahm und die Position der Volkskampagne unterstützte. Ihr Hauptargument: "Kernkraft erhöht die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen. Diejenigen, die Abrüstung wollen, können nicht die Alternative der Sozialde-

---

<sup>1</sup>Kjellström/Kågeson 1979. Vgl. auch Kågeson 1979.

mokraten wählen". Auch die beiden prominenten sozialdemokratischen Abrüstungsexpertinnen Alva Myrdal und Inga Thorsson traten für die Linie 3 ein, genauso wie andere bekannte schwedische Frauen, zum Beispiel die Kinderbuchautorin Astrid Lindgren. Ihr stand auf der Seite der Atomkraftbefürworter nur der Autor und Philisoph Lars Gustafsson gegenüber, der die Linie 1 der Konservativen und der Wirtschaftsverbände unterstützte - die große Mehrheit der schwedischen Kulturschaffenden (Autoren, Künstler, Kabarettisten, Schauspieler, Filmemacher, Musiker u.a.) engagierten sich im "Energiewahl"-Kampf für die Position der "Volkskampagne gegen Kernkraft".

Die zahlreichen Aktionen der Atomkraftgegner forderten die Kernkraftfreunde heraus, ihrerseits eine Kampagne für die Atomenergie zu starten. Die Initiative dazu ging von den in der Atomindustrie beschäftigten Technikern und Ingenieuren aus. In Västerås zum Beispiel gründeten die Angestellten des Reaktorherstellers ASEA-Atom die Organisation "Kernkraft und Umwelt" KOM (Kärnkraft och Miljö), die im Herbst 1979 400 Mitglieder hatte - 300 von ihnen waren bei ASEA-Atom beschäftigt, und sie fürchteten den Verlust ihrer Arbeitsplätze, wenn die Linie 3 der Atomkraftgegner bei der Volksabstimmung die Mehrheit bekäme. An einer von KOM organisierten Demonstration beteiligten sich Mitte Oktober 1979 2000 Personen. Mir liegen keine Informationen darüber vor, ob sie für die sozial-liberale Linie 2 oder die konservative Linie 1 eintraten. Es ist aber anzunehmen, daß sie die Position der Privatwirtschaft unterstützten, denn KOM ist dem "Reichsverband Energie und Gesellschaft" REOS (Riksförbund Energi och Samhälle) angeschlossen. REOS versteht sich als Dachverband der Pro-Kernkraft-Initiativen, und er steht in enger Verbindung zur "Aktiengesellschaft Kernkraft" AKK (Aktiebolaget Kärnkraft), die von den Besitzern des Atomkraftwerks Oskarshamn kontrolliert wird: REOS teilt seine Büroräume mit einer speziellen (Propaganda-)Abteilung von AKK, deren Aufgabe es ist, die Öffentlichkeit über die Meinung der n i c h t - s t a a t l i c h e n Atomenergieunternehmen zur Kernkraftfrage zu informieren.

Während neben dem Arbeitergewerkschaftsbund LO auch der Dachverband der Angestelltengewerkschaften TCO für die Linie 2 der Sozialdemokraten und der Liberalen eintrat, unterstützten die Interessenverbände der Großindustrie, die Arbeitgebervereinigung SAF und der Industrieverband SI, die Linie 1 der Konservativen. An der Ausarbeitung der Strategie, die sie im "Energiewahl"-Kampf verfolgten, um die Meinungsbildung der schwedischen Bevölkerung vor der Volksabstimmung zu beeinflussen, war neben den Verbandsvertretern der Informationschef von ASEA-Atom beteiligt. Sie einigten sich auf eine "positive Strategie": Die Kernkraft sollte konsequent mit positiven Begriffen wie Beschäftigung, Arbeitsplätze, sicherer Wohlstand, soziale und ökonomische Sicherheit etc. propagiert werden. Zu ihren besonderen Zielgruppen erklärten sie die Frauen und die Rentner.

Die Volksabstimmung über die Kernkraftfrage war die vierte in Schweden (1922 ging es ums Alkoholverbot, 1955 um die Einführung des Rechtsverkehrs und 1957 um die Renten), und keine andere hat so viele Menschen mobilisieren können wie diese: Eine Woche vor dem Referendum demonstrierten 120 000 Atomkraftgegner an mehr als 150 Orten in ganz Schweden - allein in Stockholm wurden 30 000, in Göteborg 15 000 Demonstranten gezählt. Den Atomkraftgegnern war klar, daß die Linie 3 nicht über 50 Prozent der Stimmen bekommen würde, daß sie (noch) nicht in der Mehrheit waren - viele von ihnen trugen neben der Plakette "Atomkraft? Nej tack" eine zweite mit der Aufschrift "Der Kampf geht weiter!"

"Daß eine spätere Revision des Ergebnisses vom Sonntag im Bereich des Möglichen liegt, leiten die Kernkraftgegner dabei sowohl aus der historischen Erfahrung ab (1967 wurde in Schweden der Rechtverkehr eingeführt, obwohl sich 1955 eine klare Mehrheit dagegen ausgesprochen hatte), als auch aus dem durchschnittlichen Alter der KKW-Gegner: die überwiegende Ablehnung der Kernkraft durch die schwedischen Jugendlichen werde, so meinen sie, in ein paar Jahren ein anderes Stimmenverhältnis ermöglichen."<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup>Frankfurter Rundschau vom 25.3.1980.



### 3. Die Bedingungen des Atomkonflikts und der Thematisierung von Alternativen zur Kernenergie im politischen System Schwedens

Mit einer Verlaufsanalyse ist eine Thematisierungsstudie nicht hinreichend abgedeckt, denn die Analyse muß dabei notwendig oberflächlich bleiben, weil sie durch Ereignisse und Entwicklungen strukturiert ist; soll deren Zusammenhang sichtbar bleiben, darf er nicht durch weiter ausholende Fragestellungen und Ausführungen auseinandergerissen werden.

Weitergehende Fragestellungen ergeben sich jedoch zwingend. So sind in der letzten energiepolitischen Phase die wirtschaftlichen Interessenverbände - die Gewerkschaften und die Arbeitgebervereinigung - als Akteure in Erscheinung getreten, die selbstverständlich Bestandteil des politischen Systems sind, auch wenn sie im Zusammenhang mit dem "Energiewahl"-Kampf an der gesellschaftlichen Basis angesprochen wurden. Ihr Auftreten lenkt die Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen dem ökonomischen und dem politischen System, die im folgenden neben dem Legitimationsaspekt im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Die theoretischen Ansätze, die ich dabei zur Erklärung heranziehe, werden nicht abgehoben von der schwedischen Entwicklung, sondern mit Bezug auf die empirischen Daten dargestellt, denn diese Arbeit hat keinen hochtheoretischen Anspruch zu erfüllen. Ziel ist es vielmehr, einige Hypothesen über solche Bedingungen zu formulieren, die die Thematisierung von Alternativen zur Atomkraft im (etablierten) politischen System begünstigen. Diese Hypothesen werden im Abschnitt 3.4 vorgestellt. Sie bilden den Ausgangspunkt für die eingehende Betrachtung des Atomkonflikts im schwedischen Parteiensystem sowie des außerparlamentarischen Protests gegen die Atomenergie.

### 3.1 Energieversorgung als gesellschaftliches und politisches Problem

Claus Offe und Fritz W. Scharpf haben sich in ihren Veröffentlichungen zur Reform- und Wirtschaftspolitik mit der Frage auseinandergesetzt, warum ein gesellschaftliches Problem zu einem politischen, also für den Staat zum Problem wird. Aus Offes "Modell der Thematisierung politischer Probleme"<sup>1</sup> und Scharpfs "Bezugsrahmen"<sup>2</sup> können einige Elemente für unseren Zusammenhang nutzbar gemacht werden. Sie bilden den Ausgangspunkt für die Beantwortung der Frage, warum der (schwedische) Staat die Versorgung der Gesellschaft mit Energie als eine Aufgabe betrachtet und die "staats-tragenden" Parteien energiepolitisch so stark engagiert sind.

Offe ist der Auffassung, daß die Frage nach den Entstehungsgründen einer bestimmten Politik bzw. eines politischen Themas tiefer angesetzt werden muß als auf der Ebene von - in Form von Parteien und Verbänden organisierten - Interessen. Tut man dies, so laute die Frage nicht mehr, w e r eine bestimmte Politik "will" bzw. wer Interesse an der politischen Bearbeitung und Lösung einer bestimmten Problematik durch den Staat hat, sondern vielmehr, w e r in einer k o n k r e t e n S i t u a t i o n überhaupt Aussicht hat, seinen "Willen" und seine Problemlösungsbedürfnisse für Politikbildungsprozesse r e l e v a n t werden zu lassen:

"Im Mittelpunkt der Analyse müssen deshalb die o b j e k t i v e n P r o b l e m l a g e n stehen, zu deren Bearbeitung das System der staatlichen Organisationen auf Willens- und Interessenäußerungen zurückgreift. Solche objektiven Problemlagen präjudizieren - im Zusammenwirken mit den staatlichen Organisationsmitteln, die den politischen Entscheidungsprozeß selbst regeln (also z.B. mit den in der Verfassung niedergelegten Organisationsregeln) -, wessen Interessen zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Gewicht als 'inputs' eine Rolle spielen können"<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Offe 1975, S.158ff.

<sup>2</sup>Scharpf 1977, S.3ff.

<sup>3</sup>Offe 1975, S.158.

Offe unterscheidet problemerzeugende und bei der politischen Problembearbeitung mitwirkende Interessen. Darauf soll hier jedoch nicht weiter eingegangen werden. Wichtiger ist es zu betonen, daß von gesellschaftlichen Akteuren geschaffene und staatliches Handeln herausfordernde "objektive Problemsituationen" in erster Linie ökonomische Problemsituationen sind, die Scharpf folgendermaßen definiert:

"Die ('objektive') Problemsituation ist definiert als Verschlechterung von konventionell als relevant akzeptierten ökonomischen Leistungsindikatoren (Wachstum, Beschäftigung, Geldwert, Verteilung, Zahlungsbilanz etc.) gegenüber früheren oder erwarteten Werten unter den jeweiligen (veränderbaren oder unveränderlichen) Randbedingungen solcher Entwicklungen."<sup>1</sup>

Warum ist zum Beispiel eine Wirtschaftskrise nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein politisches Problem? Offe verweist auf die wesentliche Tatsache, daß der Staat ein kapitalistischer Staat und damit selbst auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist. Diese Abhängigkeit von einer florierenden Wirtschaft bedingt die Fähigkeit des Staates, eine Wirtschaftskrise als politisches Problem zu perzipieren:

"Ein Staatsapparat, der so konstruiert ist, daß er a) nicht selbst die Produktion materieller Güter organisieren kann, b) als Steuerstaat vom Akkumulationserfolg privater Investitionsentscheidungen abhängig ist und nur auf diesem Wege seine Haushaltsmittel aufbringen kann, c) insofern in seinem eigenen Interesse darauf verwiesen ist, die Bedingungen der Akkumulation subsidiär zu wahren, wobei er allerdings d) im Interesse der Anerkennung seiner Macht diese Abhängigkeit verdecken muß - in einem Staatsgebilde, das diesen Kriterien entspricht, sind bereits bestimmte spezialisierte Auffassungsweisen und Aufmerksamkeitsstrukturen enthalten."<sup>2</sup>

Während Offe das Zustandekommen politischer Themen bzw. die politische Bearbeitung von Problemen mit den Be-

---

<sup>1</sup>Scharpf 1977, S.3.

<sup>2</sup>Offe 1975, S.161.

s t a n d s i n t e r e s s e des kapitalistischen Staates in Verbindung sieht, kritisiert Scharpf Offes Definition dieses Bestandsinteresses als "Interesse des Staates an sich selbst" und geht stärker auf die L e g i t i m a - t i o n s p r o b l e m e des Staates ein - erst diese schafften den politischen Problemdruck, auf den der Staat reagiert:

"Die objektive (wenn auch durch Konvention definierte) ökonomische Problemsituation wird für das politisch-administrative System nicht unmittelbar zum Handlungs-zwang. Einnahmen-Verluste der öffentlichen Hand können in der Form verminderter öffentlicher Leistungen oder höherer Inflationsraten 'abgewälzt' oder durch Steuer-erhöhungen kompensiert werden, ohne daß eine gezielte Bearbeitung der zugrundeliegenden ökonomischen Probleme erwartet oder versucht würde."<sup>1</sup>

Nach Scharpf reagiert staatliche Politik also nicht auf "objektive" Probleme, sondern auf spezifischen poli-tischen Problemdruck. Dieser politische Druck entstehe aus ökonomischen Problemen erst dann,

"wenn 1) die Verschlechterung ökonomischer Indikatoren und staatlicher Leistungen von der allgemeinen Öffent-lichkeit oder von konfliktfähigen Gruppen als ein für sie wesentliches 'Problem' (also als Defizit gegenüber einem manifesten - aber durchaus veränderlichen - Anspruchsniveau) perzipiert wird, wenn 2) die Lösung dieses Problems aufgrund etablierter (aber ebenfalls veränderlicher) Legitimationsvorstellungen vom politisch-administrativen System erwartet wird, und wenn 3) für den Fall einer nachhaltigen Enttäuschung solcher Erwar-tungen Reaktionen der Betroffenen wahrscheinlich sind, die das Bestandsinteresse des politisch-administrativen Systems berühren."<sup>2</sup>

Dieses Bestandsinteresse des politisch-administrativen Systems definiert Scharpf als das Interesse, u.a. Wähler-verluste und das Anwachsen von Protestparteien zu vermeiden.

Scharpfs Ansatz ist außerordentlich fruchtbar für die Analyse der politikbestimmenden Strukturen in Schweden sowie

---

<sup>1</sup>Scharpf 1977, S.4.

<sup>2</sup>Ebd.

der Handlungszwänge der schwedischen Regierungen und politischen Akteure, vor allem der Parteien. Daß die Angst der Politiker vor Wählerverlusten auf Grund von ökonomischen Problemen berechtigt ist, wurde erst kürzlich in einer empirischen Studie von Lars Jonung und Eskil Wadensjö nachgewiesen. Die beiden Wissenschaftler untersuchten für den Zeitraum von 1967 bis 1978 auf der Basis von Daten monatlicher Meinungsumfragen den "Effekt von Arbeitslosigkeit, Inflation und Wachstum des Realeinkommens auf Regierungspopularität in Schweden". Sie kamen zu dem Ergebnis, daß Arbeitslosigkeit, besonders unter Industriearbeitern, und Inflation einen großen Einfluß auf die Popularität der sozialdemokratischen Partei hatten, während der Effekt des realen Einkommenszuwachses bedeutend geringer war.<sup>1</sup>Die im vorigen Kapitel bei der Verlaufsanalyse vorgestellte Wähleruntersuchung von Sören Holmberg u.a. wies schon darauf hin, daß die SAP 1976 stärker auf Grund von "anderen Faktoren" als wegen der Kernkraftfrage die Regierungsposition verloren hatten - die hier genannten ökonomischen Probleme machten ganz sicherlich einen wesentlichen Teil dieser "anderen Faktoren" aus. Die Abhängigkeit der Regierungspopularität von der Sicherheit der Arbeitsplätze machte es auch Thorbjörn Fälldin, der in den letzten zwei Jahren des von Jonung und Wadensjö untersuchten Zeitraums Ministerpräsident war, so schwer, eine *a l t e r n a t i v e* Energiepolitik durchzusetzen - in der Verlaufsanalyse wurde auf den besonders starken öffentlichen Druck von Seiten der Bauarbeiter hingewiesen, die arbeitslos geworden wären, wenn Fälldins Regierung den Atomkraftwerksbau gestoppt hätte.

Nun machen die Bauarbeiter nicht die Wählerbasis der Zentrumspartei aus, aber eine ökonomische Problemsituation ist ja auch - nach Scharpfs Definition - nicht allein durch

---

<sup>1</sup>Vgl. Jonung/Wadensjö 1979.

Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, sondern die Legitimation gerade einer bürgerlichen Regierung beruht stärker auf den anderen Leistungsindikatoren, vor allem auf Wirtschaftswachstum. Die schwedische Wirtschaftszeitung Veckans Affärer bezeichnete das erste Jahr der Regierung Fälldin als das "schlimmste Jahr seit mehr als 40 Jahren"<sup>1</sup>, und der SPIEGEL charakterisierte das "Katastrophenjahr 1977" vor allem dadurch, daß die "verwöhnte Nation" Wachstumseinbußen hinnehmen mußte: Das Bruttosozialprodukt sank 1977 um 2,4 Prozent. Außerdem sanken die Industrieproduktion um 4,5 Prozent, die Investitionen der Industrie um 17 Prozent und der Außenwert der Krone um 16 Prozent gegenüber den wichtigsten Währungen. Gleichzeitig stiegen die Inflationsrate auf 13,1 Prozent, das Zahlungsbilanzdefizit auf 14,9 Milliarden Kronen, das Haushaltsdefizit auf 27,8 Milliarden Kronen und die langfristige Auslandsverschuldung auf 50,5 Milliarden Kronen, davon allein 1977 um 23,8 Milliarden. "Ein Jahr nach der Niederlage der schwedischen Sozialdemokratie, die das Land 44 Jahre lang regiert hatte, kreideten die Schweden die Schuld dafür der bürgerlichen Regierung an, einer Verbindung zwischen der konservativen Gemäßigten Sammlungspartei Bohmans, der liberalen Volkspartei des Arbeitsministers Per Ahlmark und der sozialliberalen 'grünen' Zentrumspar- tei des Regierungschefs Thorbjörn Fälldin. Bei allen Meinungs- umfragen lagen die drei weit hinter der von Ex-Premier Olof Palme geführten sozialdemokratischen Opposition zurück."<sup>2</sup>

Ob und wie schnell das politisch-administrative System auf eine objektive Problemsituation wie eine Wirtschaftskrise reagiert, hängt - wie gesagt - vom politischen Druck ab, der aus den Legitimationsproblemen entsteht. Die Stärke des politischen Problemdrucks ist ihrerseits abhängig von der Struktur der p o l i t i s c h e n K u l t u r des be-

---

<sup>1</sup>Zit. nach DER SPIEGEL 36/1978, S.134.

<sup>2</sup>Ebd., S.135.

treffenden Landes, zum Beispiel von der Intensität der Wachstumsorientierung der Bevölkerung. Den Zusammenhang zwischen "policy-making" und politischer Kultur hat Thomas J. Anton Ende der 60er Jahre für Schweden untersucht. Dabei stellte er eine besonders starke Output-Orientierung fest:

"Pride and support, however, seem to be focused largely on the outputs of the system, rather than inputs. An extraordinarily functional and service oriented people, the attachment of Swedes to political parties and interest organizations seems firmly rooted in instrumental calculation of interest, rather than democratic ideology or personal loyalty. (...) Swedish popular emphasis on what the government, parties and interest groups do for them, rather than how they do it, may help to account for the shifts in support given to the bourgeois parties, whose vote totals and legislative representation move up and down as they seek to find programs that can motivate voter and member loyalty. Such fluctuations in support, together with the continuous search for program improvement among government agencies, underline what appears to be the highly tentative and conditional nature of citizen involvement in government support. There is something almost cold-blooded in this, as though citizen support could be withdrawn and would be withdrawn if the government were to stumble even momentarily. This is doubtless a foreigner's exaggeration, and yet the Swedes do not accept myths, are not flagwaving nationalists, and do not invest much emotion in their governmental activities. If service standards go down, what else is there to motivate support?"<sup>1</sup>

Antons Ergebnisse gelten auch für die 70er Jahre. Zwar hatten in den 60er Jahren Veränderungen in der politischen Kultur eingesetzt, die sich in einer Meinungsumfrage von 1969 manifestierten, die Lennart J. Lundqvist in einer vergleichenden Studie über Umweltpolitik erwähnt: Die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung befürwortete damals eine Verminderung der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts, um die Umwelt vor weiterer Zerstörung zu bewahren.<sup>2</sup> Auch Harry Forsell betont in seiner Untersuchung der Reichstagswahl von

---

<sup>1</sup>Anton 1969, S.96.

<sup>2</sup>Vgl. Lundqvist 1973, S.151.

1970, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit Ende der 60er Jahre u.a. auf das Umweltthema konzentrierte, während im Wahlkampf stärker ökonomische Probleme im Vordergrund standen.<sup>1</sup> Aber Mitte der 70er Jahre hatten "Umweltfragen" im Gegensatz zu "Energie- und Kernkraftpolitik" auch bei den Wählern keine große Bedeutung mehr, wie die empirischen Daten zeigen, die Holmberg u.a. bei der "Kernkraftwahl" 1976 erhoben.<sup>2</sup> Ulf Lindström prognostiziert in diesem Zusammenhang eine ähnliche Entwicklung für das Energiethema:

"Eventually the energy topic will disappear from the political agenda. When it goes it will be accompanied by the lingering Green Wave which has been given a few extra years to survive thanks to the nuclear debate."<sup>3</sup>

Die von Anton oben erwähnten und auch in den 70er Jahren feststellbaren großen Stimmenverschiebungen innerhalb des Bürgerblocks sind Ausdruck der starken Konkurrenz der drei bürgerlichen Parteien um die Gunst der nichtsozialistischen Wähler. Die Energieversorgung ist für das - bürgerlich oder sozialdemokratisch dominierte - politisch-administrative System ein über die genannten Legitimationsprobleme vermitteltes Problem: Es geht um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums, wofür ausreichende und möglichst preiswerte Energie eine wichtige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung ist - Energie stellt nur e i n e n Kostenfaktor in der Produktion dar. Wie im folgenden Abschnitt gezeigt werden soll, hat Wachstum für die verschiedenen Parteien eine jeweils spezifische Bedeutung: Während es den Bürgerlichen primär um die Befriedigung privater Ziele geht, streben die Sozialdemokraten in erster Linie den Ausbau des maßgeblich von ihnen geschaffenen Wohlfahrtsstaates an.

<sup>1</sup>Zum Beispiel die Inflation, an der sich die bürgerliche Opposition hochzog: "In the debate on the inflation in an expanding economy the opposition focused on: the rise in prices, the high level of the rate of interest, the restriction on credits, the effects of the inflation on wages and prices, the outflow of currency, the deficit in the balance of trade, the insufficient growth of the GNP and the constant increase in the share of the public sector." (Forsell 1971, S.205; zu den einzelnen Wirtschaftsindikatoren und zur schwedischen Wirtschaftspolitik vgl. Lindbeck 1975).

<sup>2</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.43.

<sup>3</sup>Lindström 1979, S.9.



Energie ist also kein Ziel an sich, sondern, wie Olof Palme betont, "energy is one of the means whereby we hope to achieve the course of social development we desire and is a resource that will make it easier to achieve our social targets."<sup>1</sup>

### 3.2 Der Wachstumspakt zwischen Staat und industrieller Wirtschaft als Ausdruck des kapitalistischen Industriesystems

Die schwedische sozialdemokratische Partei, die auf Grund ihrer langjährigen Regierungsposition automatisch ins Blickfeld gerät, wenn vom schwedischen Staat die Rede ist, hat sich in der Herrschaftsfrage schon früh kompromißbereit gezeigt und die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt gestellt: Nicht mehr Sozialismus, sondern Sozialstaat heißt das Ziel seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SAP, und in der Erfüllung ihrer sozialen Ziele waren die Sozialdemokraten so erfolgreich<sup>2</sup>, daß Schweden oft als "Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates" bezeichnet wird.

Der Sozialstaat stellt einen Klassenkompromiß dar, bei dem Wirtschaftswachstum als gemeinsamer Nenner unentbehrlich ist, denn die Verteilung des Wachstums an alle Gruppen in der Gesellschaft ist die Voraussetzung für sozialen Frieden. Der Sozialstaat ist eine Art Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage der Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Richard Scase konzidiert der schwedischen Sozialdemokratie, daß Auswüchse von (materieller) Armut, Deprivation und ökonomischer Ausbeutung eliminiert worden sind. Er fährt fort:

---

<sup>1</sup>Palme 1979, S.77.

<sup>2</sup>Vgl. z.B. Tomasson 1969 und Castles 1975.

"Despite these claims, however, Sweden has one of the most developed forms of monopoly capital in the world; in no other western country is there such a high concentration of privately owned economic resources. In the 1960s, the hundred largest companies employed 43 per cent of all workers in manufacturing industry and accounted for 46 per cent of the total product. A Swedish government enquiry reported in 1968 that the level of industrial commercial concentration has increased during the postwar era and that it was now a higher level than in either the United States or Western Germany. This trend has been reflected in the ownership of Swedish companies so that, again in the mid-1960s, one-quarter of the share capital was held by 0.1 per cent of share holders and about three-quarters by 10 per cent. Social Democratic Governments, then, have not destroyed the dynamics of capital accumulation. Indeed, they have encouraged industrial and commercial amalgamation on the ground that it strengthens the competitiveness of Swedish manufactured goods in the world markets."<sup>1</sup>

Gunnar Adler-Karlsson betont, daß die Regierung jedoch einen viel größeren Einfluß auf die schwedische Wirtschaft habe, als man aus der Tatsache ersehen könne, daß nur sechs Prozent der Produktionsmittel formell sozialisiert, aber rund 90 Prozent im Privatbesitz sind.<sup>2</sup> Eindringlich beschreibt er das Funktionieren des schwedischen Klassenkompromisses, der dem Wachstumspakt der gesellschaftlichen Großgruppen zugrundeliegt:

"Wir sind davon überzeugt, daß es auch in der Gesellschaft der freien Marktwirtschaft Harmonie gibt. Diese Harmonie liegt in dem gemeinsamen Interesse aller Gesellschaftsmitglieder am Wachstum der Wirtschaft. Um ein Wirtschaftswachstum zu erreichen, ist eine gute Stabilität in der Gesellschaft notwendig. Es muß eine Atmosphäre von Glauben an und Vertrauen in die Zukunft, von Bereitwilligkeit zur Arbeit, zum Sparen und zum Investieren geschaffen werden, damit der einzelne sehen kann, daß seine Anstrengungen zu wachsendem Erfolg und dauerhaften Resultaten führen. Dies kann nicht freiwillig ohne eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und den Eigentümern der Produktionsmittel geschehen. Wenn dem Erreichen jenes Wirtschaftswachstums Erfolg beschert wird, sind alle anderen ökonomischen Konflikte

---

<sup>1</sup> Scase 1977, S.316.

<sup>2</sup> Vgl. Adler-Karlsson 1973, S.49ff.

in der Gesellschaft viel einfacher zu lösen. Wenn der Kapitalist einen größeren Gewinn bekommt, ist er eher gewillt, ihn mit seinen Arbeitern zu teilen, und wenn die Arbeiter sehen, daß ihr Lebensstandard stetig steigt, steigt auch ihre Bereitschaft, in friedlicher Kooperation in der Gesellschaft weiterzumachen.

Populär ausgedrückt kann man sagen, daß alle Partner des Wirtschaftsprozesses in Schweden eingesehen haben, daß die wichtigste ökonomische Aufgabe die ist, den nationalen Kuchen größer zu machen, denn dann kann jeder seinen hungrigen Magen mit einem größeren Stück von dem gemeinsamen Kuchen sättigen. Wenn statt dessen ein heftiger Kampf zwischen den Klassen in der Gesellschaft herrscht, glauben wir, daß der Kuchen oft zerkrümelt oder im Kampf zerstört wird und daß deswegen jeder verliert."<sup>1</sup>

Die Basis für die soziale Harmonie war in den 60er Jahren noch gegeben: Zwischen 1960 und 1965 stieg das schwedische Bruttosozialprodukt durchschnittlich um 5,1 Prozent jährlich, so daß staatliche Steuer- und wirtschaftliche Profit-, Einkommen- und Lohninteressen befriedigt wurden.<sup>2</sup> Die Entwicklung verlief äußerst konsensuell: Der überwiegend private Besitz an Produktionsmitteln störte weder die Sozialdemokraten noch die Gewerkschaften, solange der Lebensstandard ihrer Klientel ständig stieg, und die Unternehmer nahmen Steuererhöhungen und Staatsinterventionen in wirtschaftliche Entscheidungen hin, solange die Profite stimmten.<sup>3</sup> Die sozialdemokratische Regierung war den industriellen Unternehmern sogar recht, denn sie konnte am ehesten Druck auf die Gewerkschaften ausüben, falls diese ihren Beitrag zum Wirtschaftswachstum verweigert hätten. Das war jedoch gar nicht nötig: "On this point, the government, the opposition, the organizations, and big business were united."<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup>Ebd., S.41.

<sup>2</sup>Vgl. Lindbeck 1975.

<sup>3</sup>Vgl. Castles 1975, S.180.

<sup>4</sup>Stjernquist 1966, S.131.

Die enge und institutionalisierte Zusammenarbeit der Regierung mit den Interessenorganisationen der Wirtschaft kennzeichnet die für Schweden charakteristische korporatistische Entscheidungsstruktur.<sup>1</sup> In den hier angesprochenen 60er Jahren war das Atomprogramm der sozialdemokratischen Regierung noch gar nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden. An dieser Stelle sollen nur die Zusammenhänge skizziert werden, die den in Abschnitt 3.4 formulierten Hypothesen über die Bedingungen des politischen Atomkonflikts zugrunde liegen. Wichtig ist ein Hinweis von Martin Jänicke auf die spezifische Organisations- und Interessenstruktur entwickelter Gesellschaften, denn er trägt dazu bei, die schwedischen Interessenverbände auffindig zu machen, die der Wachstumspakt umfaßt. Jänicke stellt fest, daß Interessenorganisationen in entwickelten Gesellschaften überwiegend Organisationen von Erwerbsinteressen sind, und daß diese wiederum vorrangig i n d u s t r i e l l e Erwerbsinteressen sind. Dabei sei aber zu berücksichtigen, daß diese Erwerbsinteressen nicht nur Unternehmer- und Gewerkschaftsinteressen im industriell produzierenden Bereich umfassen, "sondern (indirekt) auch diejenigen Teile des tertiären Sektors, die dem Industriesektor zuarbeiten bzw. von ihm leben wie Werbung, Gütertransport, Handel, Banken, Versicherungen oder mittelständische Zuliefer- und Reparaturbetriebe."<sup>2</sup> Jänicke betont, daß auch die nicht-industriellen Erwerbsinteressen als Einkommensinteressen wachstumsorientiert sind, was auch für die Staatsbediensteten gelte, deren Zahl in den 60er Jahren ständig zunahm, auch in Schweden.<sup>3</sup> Daraus folgt für Schweden, daß neben dem Industrieverband SI (Svenska Industriförbundet) und der Arbeitgebervereinigung SAF (Svenska Arbetsgivareföreningen) nicht nur der Gewerkschaftsbund LO (Landsorganisa-

---

<sup>1</sup>Vgl. Castles 1973, Elvander 1972, Heckscher 1948 und 1951<sup>2</sup> sowie Ruin 1974.

<sup>2</sup>Jänicke 1978, S.25.

<sup>3</sup>Vgl. Heidenheimer 1976.

tionen), in dem die Industriearbeiter organisiert sind, in den Wachstumspakt eingebunden ist, sondern auch der Angestellten-Gewerkschaftsbund TCO (Tjänstemännens Centralorganisation) sowie die beiden kleineren Gewerkschaften der Akademiker und Beamten SACO (Sveriges Akademikers Centralorganisation) und SR (Statstjänstemännens Riksförbund).<sup>1</sup>

Für diesen "korporatistischen Block" gilt die Atomkraft heute nach wie vor der Politisierung der Kernkraftfrage und der Entstehung des Atomkonflikts als eine wesentliche Voraussetzung für Wachstumspolitik. Die staatlich garantierte Versorgung mit ausreichender und preiswerter Energie hat sich in ihrer Bedeutung für wirtschaftliches Wachstum in der Nachkriegszeit ständig erhöht, und seit dem Übergang zur Nutzung von kapital- und stromintensiver Großtechnik in der industriellen Produktion nimmt die Energie einen zentralen Platz in der Wachstumsstrategie ein. Ohne direkt auf das Energieproblem einzugehen, beschreibt Casten von Otter diese Entwicklung wie folgt:

"In den Jahren nach dem Kriege ist wirtschaftliches Wachstum durch die Nutzung freier Produktionskapazitäten in der Industrie erreicht worden. Später konnte das Wachstum durch einen effizienteren Einsatz von Arbeitnehmern durch Umlenken von Produktionsfaktoren, zum Teil aus den weniger produktiven Sektoren der Volkswirtschaft, gesichert werden. Denn bis in die frühen 60er Jahre wuchs die schwedische Industrie hauptsächlich extensiv. Aber die Ausschöpfung der ungenutzten ländlichen Ressourcen und der zunehmende internationale Wettbewerb - Schweden ist stark vom Weltmarkt abhängig - stellte die schwedische Politik vor neue und schwierige Aufgaben. Investitionen dienten jetzt vor allem der Modernisierung, den Zusammenschlüssen von Unternehmen, der Anschaffung arbeitssparender Maschinen und der effizienteren Nutzung der Arbeitskräfte. Höhere Investitionen bedeuteten oft sogar mehr Unsicherheit für die Arbeitskräfte."<sup>2</sup>

Arbeitslosigkeit aber erodiert ebenso wie Stagnation von

---

<sup>1</sup>Vgl. Elvander 1969<sup>2</sup>.

<sup>2</sup>Otter 1976, S.557f.

Reformpolitik die Legitimationsgrundlagen sozialdemokratischer Regierungen.

### 3.3 Reformpolitik - Umweltpolitik - alternative Energiepolitik

Manfred G. Schmidt hat seine These über die hohe Proble-  
matisierungsfähigkeit und die geringe Problemlösungsfähigkeit  
liberaldemokratisch verfaßter politischer Systeme in einer  
Untersuchung über Reformpolitik in der Bundesrepublik ent-  
wickelt. In dieser Untersuchung stellt er zwei Argumentations-  
ketten für die Auslösebedingungen von Reformpolitik vor, die  
in Analysen über Reformen in kapitalistischen Gesellschaften  
zu finden seien:

"Reformen werden einmal eher idealistisch interpretiert  
als Maßnahmen zur Einlösung von selbstgesetzten Normen.  
In der zweiten Variante werden Reformen interpretiert als  
Reaktion politisch-administrativer Steuerungscentren auf  
eine ökonomische und politische Krise und/oder auf funk-  
tionale Erfordernisse. Beide Interpretationen finden sich  
in der Literatur über die Politik der Inneren Reformen wie-  
der. Die idealistische Variante taucht im Argument auf, die  
Reformen seien auf ideologische Dispositionen des 'Demokra-  
tischen Sozialismus' zurückzuführen; die funktionalistische  
Variante basiert auf dem Argument, die Umwelt des politi-  
schen Systems habe sich derart verändert und neue Anfor-  
derungen an die Politik erbracht, daß eine Reaktion des  
politischen Systems unumgänglich sei."<sup>1</sup>

Schmidt zählt anschließend verschiedene dieser in der Litera-  
tur genannten Anforderungen auf, von denen hier - weil im fol-  
genden die Bildungspolitik als Beispiel für Reformpolitik in  
Schweden angesprochen werden soll - nur zwei wiedergegeben wer-  
den:

1. "Umwälzungen im Produktionsprozeß, die neue Anforderungen  
an die Qualifikationsstruktur mit sich brachten", und
2. "konstante relative soziale Ungleichheit bei absoluter  
Steigerung des Lebensstandards"<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup>Schmidt 1978, S.206.

<sup>2</sup>Ebd.

Während Schmidt die Ansätze wiedergibt, mit denen Reformpolitik quasi von "außen" interpretiert wird, beschäftigt sich Offe im Rahmen seiner Ausführungen über die "Strukturprobleme des kapitalistischen Staates" damit, wie die politischen Akteure selbst ihr Handeln interpretieren bzw. rechtfertigen. Offe spricht von der "i n h a l t l i c h e n N i c h t i d e n t i t ä t von perzipierten F u n k t i o n s e r f o r d e r n i s s e n der kapitalistischen Ökonomie und den M o t i v e n, die zu ihrer D u r c h s e t z u n g mobilisiert werden", sowie davon, daß "Rechtfertigungsmotiv" und "intendierter funktionaler Zusammenhang" auseinanderfallen: "'Bildung als Bürgerrecht' wird proklamiert, wenn Engpässe auf dem Arbeitsmarkt wahrgenommen werden."<sup>1</sup>

Reformpolitik wird an dieser Stelle - wenn auch weniger ausführlich als anschließend die schwedische Umweltpolitik - angesprochen, um im folgenden die s p e z i f i s c h e n Bedingungen der Thematisierung von alternativer Energiepolitik gegenüber denen der Thematisierung von Reform- und Umweltpolitik herauszuarbeiten. Die schwedische Bildungspolitik ist ein Beispiel für Reformpolitik, und es bietet sich an, aus der umfangreichen Literatur zu diesem Thema einen Aufsatz von Arnold J. Heidenheimer herauszugreifen, dessen Titel den hier entwickelten theoretischen Rahmen veranschaulicht: "Achieving Equality through Educational Expansion"<sup>2</sup>. Gleichheit stellt hier sozusagen das Motiv dar, das die schwedischen Sozialdemokraten mobilisierten, um eines der Anfang der 60er Jahre perzipierten Funktionserfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft - die "Bildungsexpansion" als Bedingung für fortgesetztes Wirtschaftswachstum - durchzusetzen. Daß hier die von Offe genannte "inhaltliche Nichtidentität" von Rechtfertigungsmotiv für die Reform und re-

---

<sup>1</sup>Offe 1973<sup>2</sup>, S.96.

<sup>2</sup>Heidenheimer 1977.

formauslösendem Funktionserfordernis gegeben ist, ist offensichtlich: Das Motiv ist Gleichheit, der Zweck die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Beide von Schmidt referierten Auslösebedingungen für Reformpolitik bestanden in den 60er Jahren in Schweden und forderten die sozialdemokratische Regierung zu administrativen Reaktionen heraus:

1. die neuen Anforderungen an die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, die sich aus den oben genannten Veränderungen im Produktionsprozeß beim Übergang von der extensiven zur intensiven Wachstumsstrategie ergaben, und
2. die relative soziale Ungleichheit, die sich zum Beispiel in den unterschiedlichen Bildungschancen und damit Zugangsmöglichkeiten zu besserbezahlten Berufsfeldern ausdrückte.<sup>1</sup>

Auch hier ist wieder der oben zitierte Hinweis von Jänicke zu berücksichtigen: Die von Offe so bezeichneten "Engpässe auf dem Arbeitsmarkt" betrafen nicht nur den sekundären Sektor der Volkswirtschaft, also den Bereich der Produktion, sondern auch den tertiären Sektor, zu dem neben den privatwirtschaftlich organisierten Bereichen wie Handel, Banken und Versicherungen usw. natürlich auch der öffentliche Dienst zählt, an dessen Expansion die Sozialdemokraten - aus besagten Gründen - besonders stark interessiert sind. Der Ausbau des Sozialstaates hatte den Ausbau der Universitäten (als wesentlicher Bestandteil der "Bildungsexpansion") zur Voraussetzung, um zum Beispiel genügend Lehrer für das Bildungs- und Ärzte für das Gesundheitswesen "produzieren" zu können:

"In the 1960s the number of positions for newly credentialed professionals increased, particularly in the

---

<sup>1</sup>Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 5.1 dieser Arbeit über die Studentenbewegung als Wurzel der Basisbewegung gegen Atomkraftwerke.



quickly enlarging public sector. Thus, the professional manpower needs of the educational system increased from 23,000 to 32,000 between the periods 1960-1965 and 1965-1970, while those of the health system increased from 33,000 to 50,000."<sup>1</sup>

Daß der Bürgerblock - wie bereits erwähnt - den (auch relativen) Zuwachs des öffentlichen Sektors in den 60er Jahren dann im Wahlkampf des Jahres 1970 heftig kritisierte, kennzeichnet die Dynamik bzw. die Grenzen von Reformen im Kapitalismus.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß Reformpolitik dann konsensfähig ist, wenn sie wie die "Bildungsexpansion" verschiedene Dimensionen hat, die jeweils den spezifischen Interessen der gesellschaftlichen Großgruppen und damit den Zielender sie politisch repräsentierenden Parteien entsprechen: Reformen werden ausgehandelt. Auf die ausgeprägte Kompromißorientierung der schwedischen Parteien wird später noch eingegangen. An dieser Stelle ist für unseren Zusammenhang wichtig festzuhalten, daß

1. die Initiative zu Reformpolitik von der sozialdemokratischen Regierung selbst ausging, und
2. Reformpolitik von den Vertretern des Wachstumspaktes als Voraussetzung und nicht - wie die Kritik an der Atomkraft sowie die Forderung nach alternativer Energiepolitik - als Bedrohung des Wirtschaftswachstums bewertet wurde.

Es ist relativ schwierig, die Initiative zu Umweltpolitik in Schweden parteipolitisch zu verorten, und diese Schwierigkeit beruht auf der Vieldeutigkeit des Umweltbegriffs. Die Zentrumsparlei beansprucht heute für sich, als erste Partei Umweltprobleme thematisiert zu haben, und in der Literatur über die Entwicklung dieser Partei ist auch der Hinweis zu finden, daß das Zentrum schon 1962 die Umweltfrage in den Reichstag "lancierte"<sup>2</sup>. Bei dem be-

---

<sup>1</sup>Heidenheimer 1977, S.424.

<sup>2</sup>Enochsson 1969, S.110.

treffenden "umweltpolitischen parlamentarischen Antrag" des Zentrums handele es sich jedoch eigentlich um Sozialpolitik, relativiert der Sozialwissenschaftler Per Kågeson, der zu den Insidern im Bereich der schwedischen Umwelt- und Energiepolitik zählt. Er reklamiert seinerseits für die kommunistische Partei (VPK), der er nahesteht, mit dem Hinweis auf deren die "Arbeitsumwelt" betreffenden Anträge, sich ebenfalls schon Anfang der 60er Jahre für Umweltfragen interessiert zu haben. Gleichzeitig stellen er und Ulf Ivarsson fest, daß "sogar die Regierungspartei gewisse Initiativen ergriff"<sup>1</sup>. Daraus ist zu schließen, daß nur die Liberalen und die Konservativen kein Interesse daran hatten, Umweltprobleme zu politisieren. Bei der abschließenden Analyse der Bedingungen des Atomkonflikts im Parteiensystems wird sich jedoch zeigen, daß Ende der 60er Jahre selbst die konservative Partei umweltpolitisch profiliert war - der Legitimationsdruck von seiten der umweltbewußten Wähler<sup>2</sup> war zu diesem Zeitpunkt so groß, daß ihnen zumindest programmatisch etwas angeboten werden mußte.

Ivarsson und Kågeson datieren die Entstehung des öffentlichen Umweltbewußtseins mit dem Beginn der "Quecksilberdebatte", die in Gang kam, nachdem 1963 die schwedische Übersetzung von Rachel Carsons Buch "Silent Spring" erschienen war.<sup>3</sup> Auch Günter Küppers u.a. heben in ihrer Veröffentlichung über Umweltforschung den wesentlichen Beitrag der amerikanischen Biologin Carson zur Alarmierung nicht nur der amerikanischen Öffentlichkeit über die durch das chemische Schädlingsbekämpfungsmittel DDT verursachte Umweltzerstörung hervor und fahren fort:

"Die Reaktion war stürmisch und naturgemäß zwiespältig, weil ein Zielkonflikt zwischen biologischen und ökonomischen Gesichtspunkten berührt war, aber seit dieser Zeit war es jedenfalls nicht mehr möglich, eine Abwägung der beiden Gesichtspunkte zu umgehen."<sup>4</sup>

<sup>1</sup>Ivarsson/Kågeson 1976, S.16.

<sup>2</sup>Vgl. Hjalte u.a. 1977<sup>5</sup> und Bergdahl/Fristedt 1979.

<sup>3</sup>Vgl. Ivarsson/Kågeson 1976, S.15.

<sup>4</sup>Küppers u.a. 1978, S.30.

Küppers u.a. beschreiben den Mechanismus der sogenannten Nahrungskette, der am Beispiel DDT untersucht wurde, nennen Land- und Forstwirtschaft, Schädlingsbekämpfung und Ernährung als "Stichworte für die Umweltprobleme im agrarischen Bereich unter den Bedingungen einer industriellen Wirtschaft", und erwähnen verschiedene Studien und Ereignisse, die gezeigt haben, "daß eine ganz außerhalb von Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie liegende Umweltbelastung schließlich bis auf die physische Existenz des Menschen durchschlagen kann."<sup>1</sup>

Staatliche Umweltforschung setzte in Schweden nach dem Beginn des öffentlichen Bewußtseinsprozesses ein, der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre besonders durch die Massenmedien und weitere Umweltliteratur vorangetrieben wurde. Jan Annerstedt, der ebenfalls auf die "unerhörte Durchschlagskraft" von Carsons Buch in Schweden aufmerksam macht,<sup>2</sup> hat sich damit in seiner Untersuchung über schwedische Forschungspolitik beschäftigt. Er hebt die Vieldeutigkeit des Begriffs "Umweltschutzforschung" hervor und führt aus:

"Umweltschutzforschung, Naturschutzforschung, oder Forschung über Verschmutzungsprobleme in der näheren Umgebung des Menschen (Luft, Wasser, Boden) repräsentiert ein neues und deshalb schwerdefinierbares staatliches Forschungsziel. Sie entstand erst Mitte der 60er Jahre, als der schwedische Staat mit der Finanzierung einer so großen Anzahl von Forschungsprojekten im Bereich Umweltschutz begann, daß man sie als ein besonderes staatliches Forschungsprogramm abgrenzen konnte. Dort ging nun auch Forschung ein, die vorher nicht als solche klassifiziert worden wäre, zum Beispiel über Verunreinigungen in den Lebensmitteln der Menschen. Man kann sogar behaupten, daß Umweltschutz eine zusammenfassende Bezeichnung für Maßnahmen gegen den Verschleiß wurde, der sich als Konsequenz der ökonomischen Entwicklung ergab."<sup>3</sup>

Bisher sind nur einige Folgeprobleme der ökonomischen Entwicklung, auf die die schwedische Regierung in den 60er

---

<sup>1</sup>Ebd., S.31.

<sup>2</sup>Annerstedt 1972, S.109.

<sup>3</sup>Ebd., S.107.

Jahren zu reagieren hatte, angesprochen worden: die verminderte Arbeitsplatzsicherheit bei Rationalisierungsinvestitionen, die veränderten Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten sowie der absolute und relative Zuwachs des tertiären Sektors der Volkswirtschaft, der als ein Merkmal des sogenannten "postindustrial change"<sup>1</sup> in Richtung auf einen (oder in einem) sogenannten "post-welfare state"<sup>2</sup> gilt. Ein weiteres Folgeproblem ist die hier angesprochene Umweltzerstörung, auf die der Staat mit Umweltpolitik reagiert, deren integraler Bestandteil bzw. Voraussetzung die Umweltforschung ist. Ein anderer amerikanischer Biologe (Ökologe), Barry Commoner, hat die "Umweltkosten des ökonomischen Wachstums" untersucht und die plausible These aufgestellt, daß die moderne Technologie die Hauptursache der Umweltkrise ist:

"Produktionsaktivitäten mit intensiven Auswirkungen auf die Umwelt haben solche mit weniger ernsten Auswirkungen ersetzt; der Wachstumsverlauf war kontra-ökologisch."<sup>3</sup>

In diese spezifische Wachstumsentwicklung hat das politisch-administrative System nicht steuernd eingegriffen. Jänicke spricht vom "Souveränitätsverzicht des Staates in seinem Verhältnis zum Industriesystem" und von der Alternative, die die staatlichen Entscheidungsträger zum tatsächlichen Verhalten haben, das sich in der Förderung jeder industriell definierten Wachstumsmöglichkeit und Nachfrage nach jeder produktionsreifen Technologie ausdrückt, wobei der Staat - trotz aller Forschungsförderung - relativ wenig Einfluß auf die Richtung der technischen Entwicklung habe. Die Alternative sei weniger "die zwischen Bejahung und Verneinung von Wirtschaftswachstum", sondern sie betreffe die Frage nach der *Q u a l i t ä t* der ökonomischen Entwicklung - gemeint sind "Alternativen zum ausschließlich industriell

---

<sup>1</sup>Vgl. Hancock 1972.

<sup>2</sup>Vgl. Hancock/Sjoberg (Hg.) 1972.

<sup>3</sup>Commoner 1972, S.63, zit. nach Küppers u.a. 1978, S.38.

definierten Wachstum"<sup>1</sup>. Jänicke geht anschließend auf den Begriff des "industriellen Wachstums" ein, und seine Ausführungen tragen zur Verdeutlichung unseres Zusammenhangs bei. Er betont nämlich, daß das Wachstum der Industrie "auch in denjenigen entwickelten Gesellschaften fort dauert, die voreilig als 'postindustriell' eingestuft werden". Auch dort, wo die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor auf Kosten der Landwirtschaft und der Industrie zunehmen, wachse die industrielle Produktion weiter, "und gerade einige dieser modernsten Wachstumsindustrien (Atomenergie, Chemie) schaffen in ökologischer Hinsicht besondere Probleme."<sup>2</sup>

In Schweden ist es "vor allem das Kabinett, das durch seine politischen Richtlinienvorgaben an die Königlichen Kommissionen und die Staatsbürokratie die Kapazität zur Politikgestaltung besitzt. Die Königlichen Kommissionen sind das wichtigste Instrument zur Untersuchung verschiedener Politikalternativen. Sind erst einmal die Richtlinien für die Kommissionen festgelegt, ist die Anzahl möglicher Alternativen auf eine oder sehr wenige beschränkt. Man könnte vielleicht sogar sagen, daß die Aufgabe der Königlichen Kommissionen darin besteht, das Machbare herauszufinden."<sup>3</sup> Diese Kommissionen haben im politischen System Schwedens einen großen Stellenwert.<sup>4</sup> Hier genügt diese kurze Charakterisierung von Lundqvist, dessen Veröffentlichungen zur Umweltpolitik zu entnehmen ist, daß eine der ersten umweltpolitischen Maßnahmen der schwedischen Regierung darin bestand, Mitte der 60er Jahre eine solche Kommission einzusetzen, nämlich die "Königliche Kommission für Fragen der Verschmutzung und andere Beeinträchtigungen". Lundqvist grenzt den Begriff Umweltpolitik in der Weise ein, wie Annerstedt es in bezug auf Umweltforschung getan hat, und er

---

<sup>1</sup>Jänicke 1978, S.21f.

<sup>2</sup>Ebd., S.22.

<sup>3</sup>Lundqvist 1978, S.194.

<sup>4</sup>Vgl. Meijer 1969.

definiert Umweltpolitik als

"governmental action taken to solve the problems of the society's relationships to its physical environment. The 'physical environment' includes the elements of air, water, and soil with their features, ingredients, and organisms."<sup>1</sup>

Es soll hier nicht darum gehen, die weiteren umweltpolitischen Aktivitäten des schwedischen Kabinetts<sup>2</sup> im einzelnen aufzuzählen. Vielmehr kommt es darauf an, darzustellen, wie die staatlichen und wirtschaftlichen Vertreter des Wachstumspaktes in der Umweltpolitik zusammenarbeiteten, und wo die Grenzen von Umweltschutz im kapitalistischen Industriesystem liegen.

Nach Lundqvists Schilderung gab es bis Anfang der 60er Jahre in Schweden keine Umweltpolitik:

"The issues had low priority in the problem structures of the politicians. In fact, most politicians tended to see these matters either as disturbing factors to economic and welfare policies, or as the pet ideas of a few 'idealists'. No political party had bothered to give the issue substantial treatment in its platform. The existing administrative structures were in no position to control the interests that contributed to environmental deterioration."<sup>3</sup>

Nachdem das Umweltproblem thematisiert und politisiert worden war, wurden die administrativen Strukturen verändert, so daß öffentliche Kontrolle der industriellen Umweltverschmutzer möglich gewesen wäre - das politisch-administrative System bzw. die staatlichen Entscheidungsträger hatten aber kein Interesse daran, die neugeschaffenen Instrumente extensiv anzuwenden und gegenüber dem Industriesystem auf Konfliktkurs zu gehen. Vielmehr bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und den Interessenvertretern, deren Aktivitäten kontrolliert werden sollten, zum Beispiel bei der Ausarbeitung von Emissionsstandards im 1967 geschaffenen Staatlichen Naturschutzamt (bei Lundqvist "National Envi-

<sup>1</sup>Lundqvist 1974, S.121.

<sup>2</sup>Vgl. dazu den im Rahmen der Serie "Internationale Bestandsaufnahme ökologischer Maßnahmen" in der Neuen Zürcher Zeitung vom 5.9.1972 erschienenen Artikel: "Aktive Umweltpolitik in Schweden".

<sup>3</sup>Lundqvist 1973, S.137.

Environment Protection Board", abgekürzt NEPB):

"To achieve an economic and technological basis for emission standards, the NEPB and the industrial branch organisations formed joint committees, in which there was close teamwork between the regulators and the regulated. In my analysis, I found that some 15% of the standards could be traced back to industrial proposals which were considerably softer than the NEPB's original proposals."<sup>1</sup>

Bezeichnend für die Umweltpolitik der sozialdemokratischen Regierung sind auch die verschiedenen Regelungen, die der zuständige Landwirtschaftsminister bei der Ausarbeitung eines Umweltschutzgesetzes vorschlug. Demnach hatte der industrielle Umweltverschmutzer zwei Möglichkeiten: Er kann sich entweder direkt an das "Konzessionsamt für Umweltschutz"<sup>2</sup> wenden und eine Genehmigung beantragen, die dann für zehn Jahre gilt. Oder er beantragt beim Naturschutzamt eine Befreiung von der Genehmigungspflicht. "In beiden Fällen werden die Bedingungen und Auflagen einer Fortsetzung der umweltbeeinträchtigenden Aktivität festgelegt. Die Genehmigung schützt den Antragsteller für zehn Jahre vor neuen Anforderungen, die Befreiung dagegen kann vom Naturschutzamt jederzeit widerrufen werden."<sup>3</sup>

Die Fähigkeit der industriellen Wirtschaftsinteressen, sich gegenüber den - Legitimationsdruck von seiten der umweltbewußten Bevölkerung ausgesetzten - staatlichen Entscheidungsträgern durchzusetzen, vertiefte die Spaltung zwischen den "Ökonomen" und den "Ökologen" (Lundqvist). Letztere kritisierten die Kooperation zwischen Behörden und Industrievertretern heftig und ohne die geringste Chance, ihre Position durchzusetzen. Lundqvist verallgemeinert die Ergebnisse seiner komparativen Analyse von Umweltpolitik folgendermaßen:

"Empirical evidence seems to establish a general pattern

---

<sup>1</sup>Lundqvist 1973, S.139.

<sup>2</sup>Vgl. dazu Handelsblatt vom 22.3.1979.

<sup>3</sup>Lundqvist 1978, S.172.

for the strategies and arguments used by vested economic interests in order to avoid strict environmental legislation. They have repeatedly tried to change the policy content in the direction of less strict wording of the bills and location of implementation powers at local or regional levels. Using both intensive lobbying and affiliated local politicians, they have argued that strict environmental legislation would 'force industries out of business and cause unemployment'. This language has been combined with ideological arguments, such as freedom from interventions in the economy and fair competition."<sup>1</sup>

Das Beschäftigungsargument verfehlte auch in der Umweltpolitik seine Wirkung auf die Gewerkschaften nicht, die auch hier auf der Seite der beiden anderen Repräsentanten des Wachstumspaktes - Unternehmer und staatliche Entscheidungsträger - zu finden sind. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß

1. Umweltpolitik in Schweden eine Reaktion auf akute Legitimationsprobleme des Staates in den 60er Jahren darstellte,
2. Umweltpolitik unter den Vertretern des Wachstumspaktes in Grenzen konsensfähig ist,
3. Umweltschutz im kapitalistischen Industriesystem dort seine Grenze hat, wo die "Ökonomen" das Wirtschaftswachstum bedroht sehen, und
4. von seiten der nicht in den Wachstumspakt eingebundenen "Ökologen" weiterreichende, die Grenze der kompromißfähigen Politik sprengende Forderungen erhoben werden.

Zu diesen weiterreichenden, Konflikte heraufbeschwörenden Forderungen zählt vor allem die nach alternativer Energiepolitik. Die Bedingungen ihrer Thematisierung im politischen System Schwedens werden anschließend analysiert. Vorher ist hier noch hervorzuheben, daß auch beim Energie-Issue der Thematisierungsprozeß an der gesellschaftlichen Basis und im Parteiensystem parallel verlief. Im Atomkonflikt be-

---

<sup>1</sup>Lundqvist 1975, S.155.



stätigt sich deshalb, was Lundqvist in bezug auf das Umwelt-Thema feststellt:

"that there exists a dynamic interaction between public opinion and policy-makers in the field of environmental policy",

und

"there is also some evidence that the politicians have sometimes been ahead of the environmental opinion."<sup>1</sup>

Dieses Ergebnis stützt die These von Manfred G. Schmidt, daß liberaldemokratische politische Systeme, deren Charakteristika Parteienkonkurrenz, Öffentlichkeit und periodische Wahlen sind, ausgesprochen fähig zur Thematisierung gesellschaftlicher Probleme sind.

### 3.4 Hypothesen zu günstigen Bedingungen für die Thematisierung von Alternativen zur Atomkraft im politischen System

Die anschließende Betrachtung der verschiedenen Akteure im Atomkonflikt erfolgt auf der Grundlage folgender Annahmen darüber, unter welchen Bedingungen ein solcher Konflikt als politischer, d.h. hier im Parteiensystem, überhaupt entstehen kann. Diese Hypothesen ergeben sich aus der gedanklichen Verknüpfung der in der Verlaufsanalyse vorgelegten Daten mit den theoretischen Überlegungen, die sich daran anschlossen.

1. Die Kritik an der Nutzung von Atomkraft geht von dem Teil der Gesellschaft aus, der nicht in den Wachstumspakt von Staat und industrieller Wirtschaft eingebunden ist.
2. Eine Basisbewegung gegen Atomkraftwerke entsteht eher dort, wo in den 60er Jahren eine Studentenbewegung existierte, wo sich Bürgerinitiativen gebildet haben und eine Umweltbewegung aktiv ist, als dort, wo diese Bedin-

---

<sup>1</sup>Lundqvist 1973, S.152.

gungen nicht gegeben sind, wo weder Kulturkritik noch Wertwandel initiierende soziale Bewegungen Tradition haben.

3. Wenn der Atomkonflikt im e t a b l i e r t e n politischen System zum Ausdruck kommt, dann sind die politischen Träger des Atomprotests Parteien, die keine Verbindung zu den wachstumsorientierten Interessenverbänden der gesellschaftlichen Großgruppen (Gewerkschaften und Arbeitgeber-/Industrieverbände) haben, also nicht in den Wachstumspakt eingebunden sind.
4. Die Wahrscheinlichkeit, daß von seiten e t a b l i e r t e r politischer Parteien Kritik an der Atomkraft geübt und als Konsequenz die Forderung nach alternativer Energiepolitik erhoben wird, ist in Vielparteiensystemen wesentlich höher als in Zweiparteiensystemen, in denen beide Parteien jeweils eine der gesellschaftlichen Großgruppen repräsentieren und deren wachstumsorientierten Interessenverbänden nahestehen, also integraler Bestandteil des Wachstumspaktes sind.
5. In einem Vielparteiensystem erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für Atomprotest und Thematisierung von alternativer Energiepolitik, wenn die nicht in den Wachstumspakt eingebundenen Parteien
  - Oppositionsparteien sind und auch in der Zeit nicht an der Regierung beteiligt waren, als der staatlich geförderte Durchbruch der Großtechnik erfolgte,
  - umweltpolitisch profiliert sind und in Sachen Umweltschutz auf der Seite der "Ökologen" und nicht auf der der "Ökonomen" stehen, und außerdem
  - eine programmatische Tradition haben, die die Übernahme der Kritik an Atomkraftwerken bruchlos möglich macht und den Wählern glaubwürdig erscheinen läßt (z.B. Technikkritik, Wachstumskritik, Kritik des Industriesystems)
6. Nicht nur die Existenz solcher "grüner" Parteien erhöht die Chance des etablierten politischen Systems, den Atomkonflikt zu integrieren und die Entstehung von Protestparteien zu verhindern, sondern auch das Vorhandensein

"roter" Parteien - solche Parteien nehmen die Kritik an Atomkraftwerken auf und thematisieren/fordern alternative Energiepolitik, wenn sie

- die oben genannten Bedingungen erfüllen,
- ideologisch der eurokommunistischen/linkssozialistischen Richtung zuzurechnen sind, und
- in der Tradition der Studentenbewegung stehen.

#### 4. Der Atomkonflikt im Parteiensystem

Für ein Vielparteiensystem hat das schwedische politische System einen bemerkenswert eindimensionalen Charakter - so lautet der Tenor vieler Untersuchungen des schwedischen Parteiensystems v o r dem Beginn des Atomkonflikts 1972/73. Nach Bo Särilvik, einem der bekanntesten schwedischen Parteienforscher, können die im Parlament vertretenen Parteien entlang einer Rechts-Links-Achse angeordnet werden, die die ideologische Basis des Parteiensystems bilde:

"We have placed the parties along the predominant dimension referred to in such a way that the differences in the parties' socio-economic centers of gravity within the middle class and the working class coincide with a right-left gradation in their attitudes toward welfare state politics. To complete this characterization, we can deal briefly with differentiation along regional, religious, and ethnic lines. As sources of political cleavage such factors are almost entirely absent."<sup>1</sup>

Diese Charakterisierung gelte für die Konservativen, die bis Ende der 60er Jahre noch den Parteinamen "Rechte" hatten die liberale Volkspartei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Kommunisten, die sich im Laufe der 60er Jahre in eurokommunistischer/linkssozialistischer Richtung wandelten. Eine partielle Ausnahme von dieser Eindimensionalität stelle die Zentrumsparlei dar, betrachte man den gesamten

---

<sup>1</sup>Särilvik 1967, S.168f.

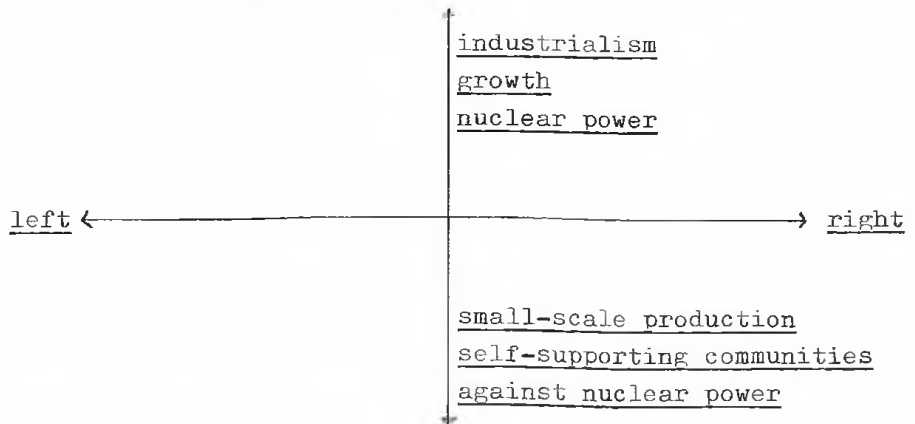
Untersuchungszeitraum 1956-1964, zu dessen Beginn diese Partei ihren Wandel noch nicht eingeleitet hatte, noch "Bauernverband" hieß und eine Stadt-Land-Spaltungslinie repräsentierte.

In den 70er Jahren, nach dem Beginn des Atomkonflikts, entwickelte sich die Zentrumspartei zum parteipolitischen Repräsentanten einer neuen Konfliktdimension, die quer zur Links-Rechts-Dimension liegt. Diese neue Konfliktdimension entstand (bzw. manifestierte sich), als sich die "grüne" Zentrumspartei sowie die "rote" kommunistische Partei zu Gegnern der Atomkraft erklärten und eine alternative Energiepolitik forderten. Die Entwicklung des schwedischen Parteiensystems hin zur Zweidimensionalität ist in der Verlaufsanalyse ausführlich dargestellt worden und wird hier als bekannt vorausgesetzt. An dieser Stelle möchte ich die These entwickeln, daß diese neue Konfliktdimension schon in den 60er Jahren latent vorhanden war - eine These, die sich aus den obenstehenden Annahmen über die Bedingungen des politischen Atomkonflikts ergibt. Diese latente Zweidimensionalität des schwedischen Parteiensystems bestand meines Erachtens nicht nur vor dem Wandel des Bauernverbandes zur Zentrumspartei in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, wie Särilvik herausgearbeitet hat, sondern sie besteht auch danach. Belege für diese These werden unten in Kapitel über die Zentrumspartei gegeben, wo außerdem die Annahme zu untersuchen sein wird, daß sich die beiden "abweichenden" Dimensionen der 50er und 60er Jahre inhaltlich vor allem in bezug auf ihre sozialen Träger unterscheiden. Ich vermute, daß sich die Bauern in der Zentrumspartei, die den Stadt-Land-Konflikt repräsentieren, dem Parteiwandel Ende der 50er Jahre widersetzt haben, und daß sie den in den 60er Jahren entstandenen Ökologieprotest der Zentrumspartei wenn überhaupt, dann nur widerwillig tragen.

Aus der hier skizzierten Entwicklung läßt sich schließen, daß Kernenergie nicht nur für die Umweltschutzbewegung, sondern auch für nicht in den Wachstumspakt integrierte, al-

so nicht an den "korporatistischen Block" interessenpolitisch angebundene Parteien ein "ideales Angriffsobjekt" darstellt, "da sie als Symbol für ungehemmtes Wirtschaftswachstum, die zerstörerische Wirkung der modernen technischen Entwicklung und für zunehmende Zentralisierungstendenzen jeder 'harten' Technologie steht."<sup>1</sup> Daß es sich bei der Zentrumspartei, die ebenso wie dieschwedische kommunistische Partei in den 60er Jahren nicht an der Regierung beteiligt und auch zu Beginn des Atomkonflikts Oppositionspartei war, um eine solche Partei handelt, wird im einzelnen noch gezeigt werden, ebenso ihre die Kritik an Atomkraftwerken begünstigenden Programmelemente (Technikkritik, Kritik am Industrialismus etc.)

Olof Petersson, der sich besonders mit den Problemen der nach dem Aufbrechen des Atomkonflikts gebildeten bürgerlichen Regierung beschäftigte, hat die neue parteipolitische Konfliktdimension graphisch dargestellt. Obwohl die einzelnen Parteien dort nicht verortet sind, soll seine "two dimensional map of the Swedish party system"<sup>2</sup> hier abgebildet werden, da sie zur Veranschaulichung der vorangehenden Ausführungen beiträgt:



<sup>1</sup>Nowotny 1979, S.40.

<sup>2</sup>Petersson 1979b, S.174; auch 1979a, S.97.

Auf der Grundlage des in der Verlaufsanalyse ausgebreiteten Informationsmaterials und der theoretischen Überlegungen über den Zusammenhang von Interessen-, Wachstums- und Energiepolitik kann hier festgehalten werden, daß die Parteien, die sich trotz ihrer Kompromißorientierung auf der Links-Rechts-Achse gegenüberstehen - die Sozialdemokraten auf der einen und die Konservativen sowie die Liberalen auf der anderen Seite - auf der vertikalen Achse, die die neue Konfliktdimension darstellt, ein Interessenskartell bilden. Als Repräsentanten des Wachstumspaktes sind sie alle drei hoch im "Norden" auf dieser politischen Landkarte angesiedelt, während die Dezentralisierung fordernde und Atomkraft ablehnende Zentrumsparterie den "Südpol" darstellt. Zusammen mit der kommunistischen Partei (VPK) repräsentiert die Zentrumsparterie politisch die Kräfte des sozialen Wandels in Richtung auf eine Gesellschaft, die eben k e i n e "Kernkraftgesellschaft" - wie der "Atomstaat" in Schweden genannt wird - sein soll.

Die schwedische kommunistische Partei, die ihren Wandel in eurokommunistischer/linksozialistischer Richtung 1967 durch eine Namensänderung in Linkspartei/Kommunisten (Vänsterpartiet Kommunisterna) unterstrich, die seitdem an Attraktivität für Studenten und Akademiker gewann und einen Zuwachs an Wählerstimmen aus dem Universitätsmilieu verzeichnen konnte, wird im folgenden nach den vier anderen im Reichstag vertretenen Parteien, also am Schluß dieses Parteienkapitels betrachtet. Dabei wird nicht nur ihre Programmatik zu skizzieren sowie ihre fehlende Verankerung in der Arbeiterbewegung bzw. den sozialdemokratisch orientierten und dominierten Gewerkschaften darzustellen, sondern auch zu untersuchen sein, ob sich innerparteiliche K i c h t u n g s konflikte auch in der Kernkraftfrage manifestieren. Auf der Basis der obenstehenden Annahmen über die Bedingungen, unter denen kommunistische Parteien die Kritik an der Atomkraft aufnehmen, liegt die Vermutung nahe, daß die (1977 abgespaltene) traditionalistisch orientierte Gruppe in der eurokommunistischen VPK den Atomprotest nicht

unterstützte. Daraus, daß sich diese innerparteiliche Opposition als Repräsentant von Arbeiterinteressen verstand, daß sie sich dem Richtungspolitischen Wandel der kommunistischen Partei und deren Atomprotest widersetzte, kann geschlossen werden, daß Arbeiter für die VPK eine ähnliche "Problemgruppe" darstellen wie die Bauern für die Zentrumspartei - beide sozialen Gruppen sehen ihre spezifischen Interessen von den Repräsentanten des Wachstumspaktes besser vertreten als von ihren Parteien, die den Weg in die Kernkraftgesellschaft versperren wollen. Anschließend werden zunächst diese parteipolitischen Repräsentanten des Wachstumspaktes betrachtet, die in den 60er Jahren zusammen mit den Verbänden der industriellen Wirtschaft - als "korporatistischer Block" - den Durchbruch der Großtechnik ermöglichten und förderten: die Sozialdemokraten, die Konservativen und die Liberalen.

#### 4.1 Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Entwicklung Schwedens eng mit der Politik der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammenhängt<sup>1</sup> - dementsprechend geht es in der Literatur über Schweden als "Prototype of Modern Society"<sup>2</sup> über weite Strecken bzw. auf vielen Seiten gleichzeitig um die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei, die mit Ausnahme von 100 Tagen im Sommer 1936 bis zur Kernkraftwahl 1976 ununterbrochen die Regierung stellte und in Koalitionsregierungen die dominierende Partei war.<sup>3</sup> In den Veröffentlichungen über das Anfangsstadium des schwedischen Wohlfahrtsstaates wird hervorgehoben, daß "the Socialists returned to what had been the traditional political behaviour, the 'politics of compromise'"<sup>4</sup>. Dieses spezifische Charak-

<sup>1</sup>Vgl. Guldimann 1976, S.105ff.

<sup>2</sup>Tomasson 1970.

<sup>3</sup>Vgl. Ruin 1969, S.7 und Verney 1972, S.46f.

<sup>4</sup>Haskel 1972, S.308; vgl. Rustow 1969.

teristikum schwedischer Politik hat Implikationen für Parteipolitik im allgemeinen und Energiepolitik im besonderen; die Kompromißorientierung bedeutet in bezug auf die schwedischen Sozialdemokraten zunächst E n t r a d i k a l i s i e r u n g bzw. "E n t i d e o l o g i s i e r u n g" - ein Prozeß, den Herbert Tingsten in einer umfangreichen und grundlegenden Studie untersucht hat.<sup>1</sup> In einem zusammenfassenden Überblick stellte er 1955 fest:

"Social Democrat thinking has lost nearly all its traits of doctrinaire marxism, and the label of socialism on a specific proposal or a specific reform has hardly any other meaning than the fact that the proposal or reform in question is regarded as attractive."<sup>2</sup>

Während Tingsten zu dem Schluß kommt, daß die Grenze zwischen Sozialismus und Liberalismus in Theorie und Praxis verwischt wurde - Tingsten ist ein vielzitiierter Vertreter der These vom "Ende der Ideologien" -, betont der Sozialdemokrat und "Chefideologe" der SAP Ernst Wigforss, der vor allem für die "Keynesian Revolution in Sweden"<sup>3</sup> verantwortlich ist, daß jede Wohlfahrtspolitik den "Bruch mit einer liberal-kapitalistischen Ideologie" bedeute, weil sie eine umfassende Sozialpolitik beinhalte, die die Ausschläge des freien Marktes verändere, sowie ein bestimmtes Maß an Planung, um Konjunkturschwankungen entgegenzuwirken und Beschäftigung aufrechtzuerhalten.<sup>4</sup> Nils Stjernquist beschreibt die angesprochene Entwicklung, die oben im Rahmen der theoretischen Überlegungen zum Wachstumspakt als Bedeutungsverlust der H e r r s c h a f t s f r a g e zugunsten der V e r t e i l u n g s f r a g e gekennzeichnet worden ist, folgendermaßen:

"The socialists took over the government in the autumn of 1932 when the depression and unemployment were at their worst. In this situation the majority of the party had decided to drop the demand for nationalization and instead concentrate on social welfare policy. Thus the

---

<sup>1</sup>Tingsten 1941; vgl. die englische (gekürzte) Übersetzung: Tingsten 1973. Vgl. auch Tingsten 1966, und zur ideologischen/programmatischen Entwicklung der SAP auch Severin 1956 und Lindhagen 1972.

<sup>2</sup>Tingsten 1969, S.94 (dieser in Milnor 1969 erschienene Aufsatz wurde 1955 in Political Quarterly Bd. 26, S.140ff veröffentlicht).

<sup>3</sup>Winch 1966. Winch führt aus: "Throughout the thirties Sweden enjoyed a reputation for being the first country to make use of an 'active' fiscal policy to deal with unemployment.(...) In 1932 the Social Democrats came to



most important cleavage between the socialists and the nonsocialists was eliminated. However, to say that the socialists accepted the socioeconomic structure of society would not be correct. Social welfare programs were seen as another means of leveling incomes."<sup>1</sup>

Einkommensnivellierung und Gleichheit überhaupt wollten die Sozialdemokraten nicht dadurch erreichen, daß einzelnen sozialen Gruppen etwas weggenommen wird, um es dann Unterprivilegierten zukommen zu lassen: Einkommen soll ebenso wenig gekürzt werden wie Eigentumsverteilung angestrebt wird. Vielmehr ist beabsichtigt, Einkommenszuwächse zu verteilen - je größer also das Wirtschaftswachstum und die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts, desto größer ist auch der Handlungsspielraum der Sozialdemokraten, d.h. ihre Möglichkeit, den Wählern attraktive Reformen anzubieten. Dieses Anfang der 30er Jahre beschlossene und bis heute tradierte Zugeständnis der sozialdemokratischen Partei an die Produktionsmittelbesitzer und die reicheren sozialen Schichten stellt quasi ihre Eintrittskarte in den Wachstumspakt mit den Bürgerlichen dar. Kalf Helenius hebt in seiner komparativen Untersuchung sozialdemokratischer Parteiprogrammatik hervor, daß "increased growth" und "increased production" für die Sozialdemokraten ebenso Priorität haben wie für die konservative und die liberale Partei<sup>2</sup>, und Lars Gyllensten betont die praktische Konsequenz dieser ideologischen Übereinstimmung:

"Social Democratic reformism has led gradually to intensified socio-economic cooperation between the Social Democrats and private enterprise."<sup>3</sup>

Francis G. Castles hat die Bedingungen für den Erfolg der schwedischen Sozialdemokratie untersucht und dabei die Relevanz der Entwicklung des Industriesystems unterstrichen:

Fortsetzung:

power armed with a bold program for combatting unemployment by means of loan-financed public works."(S.168).

<sup>4</sup>Vgl. Wigforss 1967b und auch ders. 1967a sowie Lewin 1967.

<sup>1</sup>Stjernquist 1966, S.122f.

<sup>2</sup>Vgl. Helenius 1969, S.235.

<sup>3</sup>Gyllensten 1972, S.284.

"For a Social Democratic party to acquire a strong electoral base, it is necessary that a nation be highly industrialized, and that the resulting working class be available for recruitment by the party."<sup>1</sup>

Und die Chancen der schwedischen Sozialdemokraten, Arbeiter als Wähler an sich zu binden, sind größer als die ihrer Schwesterparteien in den westeuropäischen Ländern, in denen religiöse, ethnische oder regionale Parteien ebenfalls Anziehungskraft auf Arbeiterwähler ausüben, führt Richard F. Tomasson in seinem Buch über die moderne schwedische Gesellschaft aus.<sup>2</sup>

In der Tat waren die schwedischen Sozialdemokraten unter diesen Bedingungen traditionall sehr erfolgreich. Bo Särilvik stellte Mitte der 60er Jahre fest, daß die sozialdemokratische Partei bei jeder von ihm untersuchten Wahl dreiviertel ihrer Stimmen von Angehörigen der Arbeiterklasse bekommen hatte, während (bei den Wahlen 1956 und 1960) jeder vierte Wähler aus den Reihen der Mittelschicht rekrutiert wurde. Die Mittelschicht umfasse Selbständige und Angestellte - erwartungsgemäß sind die sozialdemokratischen Stimmen in der hier nicht weiter aufgeschlüsselten Kategorie der **A n g e s t e l l t e n** konzentriert. Aber auch die Arbeiterklasse sei politisch nicht homogen:

"...one finds a particularely strong predominance of Social Democratic voting in the category of 'workers engaged in manufacturing, construction, and mining'."<sup>3</sup>

Gösta Esping-Andersen hat die Entwicklung weiterverfolgt und die Wählerbasis der schwedischen sozialdemokratischen Partei in den 70er Jahren untersucht, um sie dann mit der ihrer dänischen Schwesterpartei zu vergleichen, die sehr viele Arbeiterwähler verlor. Dabei stellte er fest, daß auch die schwedischen Sozialdemokraten in dieser sozialen Gruppe Verluste erlitten, wenn auch in geringerem Maße:

---

<sup>1</sup>Castles 1975, S. 183.

<sup>2</sup>Vgl. Tomasson 1970, S.33.

<sup>3</sup>Särilvik 1966, S.216; vgl. auch Särilvik 1968.

"In Sweden there has been no such sharp decline in working-class support. Seventy-seven percent of the manual workers in 1960, and 68 percent in 1976, voted Social Democratic. The drop in manual-worker support has largely been offset by gains among the new 'middle strata'."<sup>1</sup>

Es wurde schon zur Illustration der theoretischen Überlegungen zum Energieproblem darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten die meisten Wähler auf Grund anderer Faktoren als auf Grund der Ablehnung von Atomenergie verloren, und es kann deshalb begründet angenommen werden, daß die abgewanderten Arbeiterwähler keine Kernkraftgegner waren. Der Gewinn von Wählern aus der neuen Mittelschicht ersparte den schwedischen Sozialdemokraten nicht das Schicksal ihrer dänischen Genossen: Obwohl sie bei der Kernkraftprotestwahl 1976 wesentlich geringere Nettoverluste - fast gar keine - einstecken mußten als die dänischen Sozialdemokraten bei der Steuerprotestwahl 1973, verloren sie die Regierungsposition an die Bürgerlichen. Jedoch hatten die schwedischen Sozialdemokraten - ebenso wie ihre Genossen in Dänemark - keine Verluste in ihrer Stammwählerschaft zu verzeichnen:

"The hard-core of the Social Democratic Party - middle-aged unionized industrial workers living in middle-sized cities - remained stable in its support."<sup>2</sup>

Zu den neugewonnenen Wählern aus der Mittelschicht<sup>3</sup> - die vermutlich nur statistisch "neu" sind und schon immer sozialdemokratisch gewählt haben - zählen sicherlich viele "aufgestiegene Arbeiter", die, wenn sie nicht mehr im eng mit der Sozialdemokratie verbundenen Arbeitergewerkschaftsbund LO Mitglied sind<sup>4</sup>, jetzt dem Angestelltengewerkschaftsbund TCO angehören, der zwar offiziell parteipolitisch neutral ist, aber in vielen politischen Fragen und vor allem in Sachen Atomkraft mit der LO und der sozialdemokratischen Partei übereinstimmt. Im Zusammenhang mit der Wählerbasis

<sup>1</sup>Esping-Andersen 1978, S.43.

<sup>2</sup>Lindström 1979, S.10.

<sup>3</sup>Zur Beziehung der SAP zur Mittelschicht vgl. z.B. Ivre 1950.

<sup>4</sup>Die aufgestiegenen Arbeiter können auch als Angestellte in den der LO angeschlossenen Einzelgewerkschaften Mitglied bleiben.

der sozialdemokratischen Partei ist ein Untersuchungsergebnis interessant, das Bo Anderson 1962 veröffentlicht hat:

"Our data from two studies suggest (.) that in Sweden a surprisingly large proportion of the upwardly mobile white collar workers remain faithful to the Social Democratic Party."<sup>1</sup>

Die ausgeprägte Parteiloyalität der sozialen Aufsteiger unter den Angestellten wird von Anderson mit der besonders starken politischen Sozialisation von schwedischen Arbeitern erklärt, die auf die enge Verbindung des Gewerkschaftsbundes LO (in dessen 25 Einzelgewerkschaften heute etwa 90 Prozent aller Arbeiter und 100 Prozent aller männlichen Industriearbeiter organisiert sind<sup>2</sup>) zur Sozialdemokratie zurückgeführt wird - eine Verbindung, die in unserem Zusammenhang als Erklärung für die Einbindung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Wachstumspakt dient:

"The relatively high level of participation<sup>3</sup> in politics among the Swedish workers is sustained by a system of organizations centered around the Labor Movement. The Social Democratic Party is closely allied with the unions in fact, many unions have collectively joined the local party organizations. The union and the party locals frequently have offices in the same building (Folkets Hus). Many local Socialist leaders have started their careers in a local union, and some people hold office in both the party and some union local. The magazines published by the national unions most of the time support the party on political matters. Closely allied with the unions and the party is the Workers' Educational Movement (ABF). Local unions can join the local ABF collectively. This organization conducts courses in a variety of nonpolitical subjects (e.g. Literature, English, Art, Photography) but also courses designed to train union members in various skills needed for running meetings and for other kinds of organizational work, as well as economics, politics, and current political affairs. Through affiliated youth clubs and women's groups the party works among young people and women. Special white collar clubs appeal to the middle class. The ties between the political labor movement and the Cooperative Movement are more informal and elusive; it would definitely be a mistake to say that the Consumers' Cooperatives are politically par-

---

<sup>1</sup>Anderson 1962, S.247.

<sup>2</sup>Vgl. Fenner 1978, S.460.

<sup>3</sup>Anderson vergleicht die schwedischen Arbeiter mit amerikanischen Arbeitern, die zu politischer Apathie tendierten und oft noch nicht einmal wählten, und er verwendet die Begriffe "political socialization", "political activity and involvement" und "participation" synonym.

tisan in the same sense as the unions and the various party organizations are. On the national level the Cooperative Movement carefully and jealously maintain political neutrality, and many non-Socialists are members of local cooperative clubs. Still, the value climate in the Cooperative Movement is to a large extent sympathetic to Social Democratic policies, a majority of the members are working class, and many leading figures in the movement have been active in unions and/or the party. A strong tendency among the Bourgeois parties to emphasize 'Private Enterprise' in their propaganda helps to accentuate the affinity, in basic values, between the Socialist Party and the Cooperative Movement. Thus, there are several organizations active in the environment of a Swedish worker which can exert a pull on him in the direction of Social Democratic politics."<sup>1</sup>

Die enge Verbundenheit mit dem Gewerkschaftsbund LO, die auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß dieser die Parteipresse finanziell unterstützt und der Partei öffentlich sehr große Summen spendet<sup>2</sup>, ist also als eine weitere wesentliche Bedingung für die traditionelle Stärke der schwedischen Sozialdemokraten zu verstehen.<sup>3</sup> Für die beginnende Erosion ihrer Position in der Arbeiterschaft macht Nils Elvander den Wandel der Zentrumspartei verantwortlich. Er weist darauf hin, daß die Unterstützung der Zentrumspartei durch Industriearbeiter wächst und eine ernste Bedrohung für die sozialdemokratische Position in der Gewerkschaftsbewegung darstellt. So werde zum Beispiel geschätzt, daß bei der Reichstagswahl 1970 11 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die Zentrumspartei stimmten. Elvanders Ausführungen ist jedoch zu entnehmen, daß es sich bei diesen Wählern größtenteils um Arbeiter handelt, die nicht in den Organisationen der Arbeiterbewegung sozialisiert worden sind und nicht zur Stammwählerschaft der sozialdemokratischen Partei gehören, sondern wahrscheinlich schon immer zum Wählerpotential der Zentrumspartei bzw. des Bauernverbandes gezählt haben. Vermutlich ist die Bezeichnung I n d u s t r i e-

---

<sup>1</sup>Anderson 1962, S.248f. Vgl. dazu auch Kjellvard 1962.

<sup>2</sup>Vgl. Särilvik 1974, S.384f und Elvander 1969<sup>2</sup>, S.264.

<sup>3</sup>Vgl. Tomasson 1970, S.34f. Zur Verbindung zwischen LO und SAP vgl. die ausführliche Darstellung von Elvander 1969<sup>2</sup>, S.262ff.

arbeiter für die Arbeiterwähler der Zentrumspartei irreführend, denn er schreibt selbst:

"At present, most of the labor supporters are concentrated in small plants in small communities, where many industrial workers have an agrarian background."<sup>1</sup>

Die ehemaligen Bauern (bzw. ihre Kinder), die in den 60er Jahren und teilweise schon früher ihre Beschäftigung im primären Wirtschaftssektor aufgeben mußten (bzw. gar nicht erst aufnehmen konnten), werden von der Zentrumspartei dazu ermuntert, in die Gewerkschaften einzutreten. Die Gewerkschaftsstrategie der Zentrumspartei wird unten noch angesprochen.

Es kann begründet angenommen werden, daß die Stimmenverluste der Sozialdemokraten in der Arbeiterklasse, die Esping-Andersen und Elvander festgestellt haben, sich als statistische Größe bei der Untersuchung der Arbeiterwähler-Gruppe insgesamt ergeben und nicht unbedingt Parteiwechsel individueller Arbeiterwähler bedeuten: Zur Arbeiterwähler-Gruppe zählen natürlich auch die "Arbeiter der ersten Generation", die vom primären in den sekundären Wirtschaftssektor wechselten und ihre Parteipräferenz ebenso beibehielten wie die in den tertiären Sektor aufgestiegenen Arbeiter bzw. die ehemaligen Arbeiter, die jetzt zur Angestellten-Wählergruppe zählen. Daraus ergibt sich statistisch das Ergebnis, daß sich in der Arbeiterklasse insgesamt der Stimmenanteil der Sozialdemokraten verringert, während die Stimmenprozente der Zentrumspartei ansteigen.

Die Anziehungskraft, die die Zentrumspartei auf bestimmte Arbeitergruppen ausübt, stellt die politische Konsequenz der Wachstumsstrategie dar, die die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften zusammen mit den bürgerlichen Repräsentanten des Wachstumspaktes seit Beginn der 60er Jahre verfolgt haben. Der Einsatz von Großtechnik als integraler Bestandteil dieser neuen Strategie des intensiven Wachstums verschärfte

---

<sup>1</sup>Elvander 1974, S.64.

zunächst das Umweltproblem und Anfang der 70er Jahre auch das Problem der Arbeitslosigkeit, als sich die Wachstumsraten insgesamt verringerten und die durch Rationalisierung "unproduktiver" Wirtschaftsbereiche entstandene Arbeitslosigkeit nicht mehr aufgefangen werden konnte. Die Probleme, die sich für die Arbeiterbewegung aus der Rationalisierungsstrategie ergeben, beschreibt Richard Scase wie folgt:

"In the 1930s the position of the trade unions was fundamentally altered by the general election of 1932; this produced the first Social Democratic Government to have an effective majority in parliament. It meant that trade unions were now in partnership with the Government rather than in opposition to it and for the first time LO was actively involved in the formation of economic and social policies. This, of course, strengthened the position of trade unions in Sweden, but it also led to the development of internal strains within the labour movement, since Social Democratic Governments formulated policies in collaboration with LO which were often contrary to the economic interests of specified affiliated unions. The priority given to economic growth by LO and Social Democratic Governments, for example, led to attempts to develop a 'rational' economy and this often produced unemployment among workers of specific unions within particular industries."<sup>1</sup>

Auf die besondere legitimatorische Abhängigkeit sozialdemokratischer Regierungen von der Vollbeschäftigung wurde schon im Rahmen der theoretischen Überlegungen hingewiesen - auch Elvander betont, daß die Beschäftigungssituation Anfang der 70er Jahre das entscheidende Problem für die Sozialdemokraten darstellte, das sogar noch wichtiger sei als Steuerpolitik. Aus seinen Ausführungen ist zu schließen, daß die Stärke der Zentrumspartei gerade darin begründet ist, daß sie auf das Arbeitslosigkeitsproblem eingeht und mit ihrem Konzept der arbeitsintensiven "small-scale production" glaubwürdig eine Alternative zur Lösung des Problems anbietet. Das Programmangebot des Zentrums soll natürlich nicht hier, sondern im Kapitel über diese Partei ausgebrei-

---

<sup>1</sup>Scase 1977, S.319.

tet werden. Die Ausführungen von Elvander, die anschliessend wegen ihres hohen Informationsgehalts vollständig zitiert werden, verdeutlichen die Tatsache, daß einzelne Parteien nicht ohne Bezug auf andere dargestellt werden können, weil sie Bestandteil eines Parteiensystems sind, dessen Dynamik dadurch gekennzeichnet ist, daß die gesellschaftlichen Probleme, die eine Partei zu verantworten hat, die Stärke anderer Parteien bedingt. Wie noch zu zeigen sein wird, ist die Zentrumspartei prädestiniert für das Aufgreifen von Problemen, für die die Repräsentanten des Wachstumspaktes verantwortlich sind. Elvander schreibt über die Relevanz der Vollbeschäftigung für die sozialdemokratische Partei:

"As a former Prime Minister, Tage Erlander, once pointed out, the future of the party will be decided on the issue of full employment. The party came to power on a program of full employment, and the apparent success of this program was a main reason for Social Democratic victories at the polls throughout the 1930s. In the following decades, the party gained further credibility as 'the Party of Full Employment', but beginning in the mid-1960s, a popular reaction against the Social Democratic policy of accepting and even stimulating industrial rationalization and concentration has become increasingly visible. This reaction is the principal reason for the success of the Center party, 'the Party of Decentralization'. The Social Democrats were temporarily successful in their attempts to turn the tide through their 'Industrial Policy Program' in 1967-68, but the situation was aggravated again by rapidly increasing unemployment during a recession at the beginning of the 1970s, which continued until spring 1973. Worst of all, unemployment of a structural kind remained at a higher level than usual for Sweden, even after recovery.

In the election campaign of 1973, the opposition parties blamed the Social Democratic government for the 'lost years' of economic stagnation and high unemployment. The Center party made a strong bid for the working-class vote promising to create '100,000 new jobs' if the party were entrusted with governmental power. This goal was to be accomplished through substantially increased state loans and subsidies to small enterprises all over the country. If employment could be increased and more equally distributed in this way, the need for expensive manpower programs would be reduced. The Social Democratic counter-attack on the Center party implied a strong defense of the present labor market policy of solidarity with the disadvantaged groups of the labor market. The Social Democrats also pointed to the fact that the general level of employment was higher than ever. (The growing size of the labor force was mainly due to a substantial increase in female employment.) The election results indicate that



these arguments failed to convince a large group of wage-earners who were anxious about the employment security and hostile to the idea of being taken care of through public works projects and retraining programs."<sup>1</sup>

Elvander schließt aus dieser Entwicklung, daß die zukünftige Position der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsbewegung stark davon abhängt, ob sie fähig sind, durch eine erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik (Elvander bezieht sich auf einen Zeitraum, in dem die Sozialdemokraten noch die Regierung stellten) ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen - nur so sei die Bedrohung durch das Zentrum und die Kommunisten abzuwehren. Er meint mit Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaftsbasis bzw. spezielle Einzelgewerkschaften - die Gewerkschaftsspitze, die Repräsentanten des in den Wachstumspakt eingebundenen Dachverbandes LO, arbeitet nach wie vor eng mit der Sozialdemokratie zusammen. Als eine Voraussetzung für die Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems betrachten beide, Partei und Verband, die Nutzung der Atomkraft. Daraus ergibt sich, daß der Konflikt mit den Anhängern der Zentrumspartei und den Kommunisten unter den Gewerkschaftsmithliedern nicht gelöst sein wird, wenn das Vollbeschäftigungsziel erreicht ist - im Gegenteil: Der Ausbau der Kernkraft verschärft den innergewerkschaftlichen Konflikt sogar noch.

Die im folgenden skizzierten programmatischen Grundlagen der sozialdemokratischen Wachstumsstrategie wurden in enger Kooperation mit der LO geschaffen - auf deren Beteiligung an der parteipolitischen Programmarbeit weist Elvander in seiner umfangreichen Studie über schwedische Interessenorganisationen ausdrücklich hin, und er betont, daß kein anderer Verband sich in dieser Hinsicht so stark engagiert.<sup>2</sup> In ihrem 1960 vom Kongreß beschlossenen Parteiprogramm betonten die Sozialdemokraten die Möglichkeiten, die die moderne Wissen-

---

<sup>1</sup>Elvander 1974, S.72f.

<sup>2</sup>Elvander 1969<sup>2</sup>, S.263.

schaft und Technik bieten:

"Die Atomkraft und die Automation stehen im Blickpunkt, aber die Möglichkeiten zur Ausnutzung der wissenschaftlichen Entdeckungen und des technischen Fortschritts erstrecken sich über alle Bereiche menschlicher Tätigkeit. Die Umgestaltung der Gesellschaft geschieht jedoch nicht automatisch. Sie ist ein Resultat menschlichen Willens und menschlicher Anstrengungen. Die Sozialdemokratie ist bestrebt, in dieser Entwicklung die Ideale zu verwirklichen, auf die die (Arbeiter-)Bewegung von Beginn an gebaut hat."<sup>1</sup>

Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, deren Grundlage die Vollbeschäftigung sei, wurden als wesentliche Ziele genannt. Anschließend wurden die sozialdemokratischen Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung dargelegt, die die Zentrumsparterie - die sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses sozialdemokratischen Programms gerade erst gewandelt hatte, sich noch profilieren mußte und deshalb nach Themen suchte - in den folgenden Jahren immer stärker kritisierte:

"Die Sozialdemokratie will eine Produktionsentwicklung fördern, die die Basis für einen wachsenden Wohlstand für das gesamte Volk schafft. Die technische Entwicklung kann dazu führen, daß weniger rationelle und effektive Unternehmen für die Platz machen müssen, die die neuen Möglichkeiten am besten auszunutzen vermögen. Aber damit in einer Welt mit ständigen Veränderungen sowohl Sicherheit als auch Fortschritt gesichert werden können, muß die Gesellschaft wirksam die Anpassung des Einzelnen und des Unternehmens an die veränderten Voraussetzungen erleichtern und stimulieren. Der Wettbewerb zwischen verschiedenen Unternehmen und Unternehmensformen trägt in vielen Fällen dazu bei, effektivere Methoden für Produktion und Distribution voranzutreiben. Außerdem kann die Forderung der technischen Entwicklung nach höherer Spezialisierung eine Konzentration zu größeren Unternehmenseinheiten motivieren. Bei einer solchen Konzentration ist es besonders wichtig, daß der Betrieb unter demokratische Kontrolle gebracht wird."<sup>2</sup>

Elvander hat in seiner 1979 erschienenen komparativen Untersuchung der sozialdemokratischen Parteien in Skandina-

---

<sup>1</sup>Zit. nach Wieslander 1968<sup>2</sup>, S.167.

<sup>2</sup>Zit. nach ebd., S.169.

vien auf die besondere industrielle Struktur in Schweden hingewiesen, die völlig anders sei als die in den Nachbarländern - zum Beispiel setzte der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft schon früher ein und war intensiver. Außerdem sei Schweden das einzige Land in Skandinavien, das eine starke Exportindustrie hat, die auf relativ großen multinationalen Konzernen basiere<sup>1</sup>, was sicherlich ein Erklärungsfaktor dafür ist, daß in Schweden die Atomkraftnutzung stärker forciert wurde als in Dänemark, Norwegen und Finnland, da die Exportindustrie zu den größten Energieverbrauchern zählt. In unserem Zusammenhang ist wichtig zu betonen, daß gerade die am schwierigsten demokratisch zu kontrollierenden multinationalen Unternehmen die Protagonisten der Großtechnik sind, die für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich ist (Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit u.a.), die die Sozialdemokraten in Legitimationsschwierigkeiten gebracht haben. Dennoch unterstreicht der schwedische Sozialdemokrat Jan Bergqvist:

"Die internationalen Konzerne verfügen oft über Kenntnisse und Technologien, die wir in Schweden brauchen."<sup>2</sup>

1968 beschlossen die Sozialdemokraten ein neues Wirtschaftsprogramm, in dem sie erneut die Anwendung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts zur Rationalisierung der Wirtschaft für erstrebenswert hielten, um die Parteiziele Vollbeschäftigung, individuelle Sicherheit und eine gerechtere Verteilung von Gütern und Dienstleistungen sowie industrielle Demokratie zu erreichen.<sup>3</sup> In der Zeit, in der dieses Programm ausgearbeitet wurde, bekam die Zentrumspar-  
tei Unterstützung in ihrer Kritik an der sozialdemokratischen Politik von seiten der Neuen Linken - wie unten in einem gesonderten Kapitel aufgezeigt werden wird, ist der Teil der Basisbewegung gegen Atomkraft, der sich nicht von

---

<sup>1</sup>Vgl. Elvander 1979, S.11.

<sup>2</sup>Bergqvist 1974, S.18.

<sup>3</sup>Vgl. Hancock 1972a, S.232.

der Zentrumspartei, sondern von der Linkspartei/Kommunisten politisch repräsentiert fühlt, in der Studentenbewegung verwurzelt. Die linke Kritik an den Sozialdemokraten und an dem für Schweden charakteristischen System der "Mischwirtschaft", in dem bei allen Staatsinterventionen das Privateigentum an Produktionsmitteln grundsätzlich nicht angetastet wird, hatte natürlich damals wie heute eine andere politische Stoßrichtung: Die Vertreter der Neuen Linken besannen sich auf die Herrschaftsfrage, thematisierten die von den Sozialdemokraten "verratenen Ideale" und beschwerten sich:

"Die maximale ökonomische Effektivität im Wirtschaftsleben ist ein geheiligter Begriff, der allen anderen Werten vorangent. Die Mischökonomie ist mit der Zeit eine geheiligte Kuh geworden, aus der man die großen Reformen melkt."<sup>1</sup>

Olof Palme, der Ende der 60er Jahre Parteivorsitzender wurde und seinen Vorgänger Tage Erlander auch im Amt des Ministerpräsidenten ablöste, hatte schon damals Atomkraftwerke zu verteidigen, und er tat dies damals wie heute unter Bezugnahme auf Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für Reformpolitik. Sein eigenes, 1968 erschienenes Buch "Politik ist zu wollen" ist merkwürdigerweise die einzige Quelle, in der auf Kritik an Atomkraftwerken zu einem so frühen Zeitpunkt hingewiesen wird. Es ging damals um die vom staatlichen Energieunternehmen Vattenfall geplante Lokalisierung eines Atomkraftwerks in der Nähe des Ortes Väröbacka<sup>2</sup>, und die Kritik von seiten der Umweltschutzbewegung, der "Ökologen", war gegen die Zerstörung der Küstenlandschaft in Südschweden durch die Bauarbeiten gerichtet - nicht gegen die Anwendung der Atomkraft also, sondern gegen Industrieansiedlung überhaupt. Im Kapitel "Umwelt für die Menschen" verteidigt Palme das Vorhaben von Vattenfall - das Unternehmen sei schließlich für die Energieversorgung verant-

---

<sup>1</sup>Bratt 1969, S.7.

<sup>2</sup>Es handelte sich dabei sicherlich um den Reaktor Ringhals 1; dazu schreibt Westmann (1979, S.232): "Ringhals liegt an der Westküste, südlich von Göteborg. Der Ort heißt Väröbacka, das AKW wurde angeblich 'Ringhals' genannt, um Schreib- und Ausspracheschwierigkeiten der Amerikaner - das AKW wurde von Westinghouse geliefert - zu vermeiden."

wortlich, es müsse deshalb auch langfristig die Lokalisierung von Kraftwerken an den seiner Ansicht nach geeignetsten Standorten planen, und überhaupt sei dies erst der Anfang einer Entwicklung. Palme schreibt:

"In der Debatte um diese Fragen sind oft harte Worte auf die Repräsentanten der Industrie gehagelt. Sie sind des mangelnden Verständnisses für allgemeine Gesellschaftsinteressen und der Rücksichtslosigkeit angeklagt worden. Ich will deshalb darauf aufmerksam machen, daß es die Gesellschaft und nicht die Industrie ist, die die Grenzen für das Erlaubte angeben soll. Die Aufgabe der Industrie und der übrigen Wirtschaft in unserer Gesellschaft besteht darin, im Rahmen des Erlaubten und Akzeptierten die vorteilhaftesten Produktionsformen und die beste Lokalisierung zu wählen, um damit zur Erhöhung unseres Nationalprodukts beizutragen."<sup>1</sup>

Das neue Parteiprogramm von 1975 zeuge von einem erhöhten Interesse der Sozialdemokraten für lokalisierungs- und regionalpolitische Fragen, stellen Pär-Erik Back und Sten Berglund in ihrem Buch über das schwedische Parteiensystem fest, die Verschiebungen in Richtung auf die von der Zentrumsparterie vertretenen Standpunkte seien offenkundig:

"Die ökonomische Politik der Sozialdemokratie ist nicht mehr durch die vergleichsweise starke Anpassung an das unternehmenswirtschaftlich Rationelle und das zur Maximierung der Gesamtproduktion Notwendige gekennzeichnet, die in den 50er und 60er Jahren vorherrschend war. Statt dessen wird eine ökonomische Politik versprochen, die auf weitsichtigen gemeinwirtschaftlichen Erwägungen beruht."<sup>2</sup>

Die neuen Programmelemente können - auf der Basis des theoretischen Ansatzes von Offe und Scharpf - als Reaktion der sozialdemokratischen Partei auf einen durch spezifische ökonomische Probleme verursachten politischen Druck verstanden werden. Sie stellen den Versuch der Sozialdemokraten dar, ihre Legitimationsprobleme zu lösen. Dies ist ihnen nicht gelungen, Palme mußte nach der Wahl 1976 sein Amt als Regierungschef an den Zentrumsvorsitzenden Fälldin abtreten -

---

<sup>1</sup>Palme 1968, S.129.

<sup>2</sup>Back/Berglund 1978, S.59.

nicht zuletzt, weil die sozialdemokratische Partei den "Ökologen" nicht weit genug entgegengekommen ist. Sie führte zwar zum Beispiel einen Reichstagsbeschluss über die Auslagerung einzelner staatlicher Ämter und Behörden aus dem Stockholmer Ballungsgebiet herbei<sup>1</sup>, setzte aber weiterhin auf Atomenergie. Palme schreibt als Oppositionsführer:

"In order to control its own future, mankind must control technological development in directions conducive to the protection and improvement of the social environment and the enhancement of public wellbeing. It is one of the inescapable tasks of a democratic society to evaluate, control and stimulate technological development in these terms. Energy, therefore, is not the elusive concern of technological experts. It concerns each individual citizen and his or her hopes and prospects for the future. This is why the Swedish Social Democratic Party has made such a point of making energy the subject of a deeprooted debate amongst the general public."<sup>2</sup>

Die von der sozialdemokratischen Regierung 1974 initiierte Informationskampagne über das staatliche Atomprogramm bzw. das Energieproblem, die Palme hier anspricht, und die in der Verlaufsanalyse erwähnt wurde, ist ein Beispiel dafür, daß das schwedische politische System eine hoch entwickelte Fähigkeit zur Thematisierung gesellschaftlicher Probleme hat. Diese an der Parteibasis durchgeführte Informationskampagne - bei der die Sozialdemokraten bezeichnenderweise vom E n e r g i e p r o b l e m sprachen, während die Zentrumsparlei das P r o b l e m K e r n k r a f t in den Vordergrund stellte - ist aber gleichzeitig ein Beispiel dafür, daß der in der Partei vorherrschende Zentralismus eine der hemmenden Strukturen darstellt, die die Durchsetzung alternativer Energiepolitik verhindern - die Ergebnisse der Studienzirkel wurden von der Parteispitze interpretiert und selektiert, nachdem vorher schon nur ausgewählte Informationen eingegeben worden waren. Die Informationskampagne beinhaltete bei den Sozialdemokraten sicherlich, was Palme von der Oppositionsposition aus in sei-

---

<sup>1</sup>Vgl. ebd.

<sup>2</sup>Palme 1979, S.77.

nem Aufsatz "The Problem of Energy" weiter ausführt:

"It should not be forgotten, however, that the availability of energy has been a vital ingredient in the great transformation undergone by the Swedish society. Social critics often point out the negative consequences, and in this way they do us a service. However those who can remember the years of mass unemployment know that the exploitation of electrical power generated hopes of expansion and employment and that those hopes were fulfilled. In 25 years we have built two million homes with modern equipment and efficient heating and we have modernized a great many more besides. We have acquired appliances to take the drudgery out of domestic work, and we have also invested in schools, hospitals and transport. The plain truth is that energy has been one of the principal means whereby the living standards of the ordinary wage-earners, pensioners, the sick and the handicapped have been improved and social standards raised generally."<sup>1</sup>

Die Ideologie, die Palme zum Ausdruck bringt, ist in der Parteibasis fest verankert - nicht nur bei den älteren Genossen, die die schlechten Zeiten selbst miterlebten, sondern auch in der Parteijugend. Deren Organisation, der Sozialdemokratische Jugendverband SSU, sei ziemlich einzigartig in Europa, stellen Jan Annerstedt u.a. fest, seine offizielle Politik sei immer "vorsichtig" und "realistisch" (ein Wort, das die Kompromißorientierung der gesamten Partei kennzeichnet und im sozialdemokratischen Vokabular gleichbedeutend mit "folgsam" ist<sup>2</sup>) gewesen, "im auffallenden Gegensatz zu den meisten sozialistischen Jugendbewegungen". Außerdem sei der SSU "immer der Vortrupp des Antikommunismus in der schwedischen Sozialdemokratie gewesen"<sup>3</sup> - eine weitere ungünstige Bedingung für die Aufnahme des Atomprotests, den die jungen K o m m u n i s t e n so vehement formulieren.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, daß in der Sozialdemokratischen Arbeitsgruppe für eine alternative Energiepolitik SAFE nur 2000-3000 Mitglieder organisiert sind. Diese Gruppe hat eher legitimatorische Funktion und macht

---

<sup>1</sup>Ebd., S.78.

<sup>2</sup>Vgl. Bratt 1969, S.4.

<sup>3</sup>Annerstedt u.a.1970, S.4.

so wenig von sich reden, daß so gut wie keine Informationen über ihre Aktivitäten und über die Sozialstruktur ihrer Mitglieder vorliegen. Es ist aber anzunehmen, daß es keine aktiven Gewerkschafter sind, daß es sich bei ihnen vielmehr um Angehörige der Mittelschicht handelt, um Akademiker des Typs "progressiver Technokrat", wie Andrew Jamison den Zentrumspolitiker und Energieminister der ersten bürgerlichen Regierung Olof Johansson bezeichnet. Sie setzen auf die Entwicklung alternativer Energiequellen als Stimulus für schwedische Industrieunternehmen, und sie orientieren sich an den Berichten des Sekretariats für Zukunftsstudien, das die Sozialdemokraten 1974 eingerichtet hatten, als sie noch die Regierungsposition innehatten.<sup>1</sup> Sie wollen erreichen, daß schwedische Firmen auf dem internationalen Markt für Anlagen zur nichtatomaren Elektrizitätserzeugung eine ebenso starke Position erlangen, wie sie auf dem Weltmarkt für Umweltschutzanlagen schon innehaben. Die sozialdemokratischen Atomkraftgegner sehen in der alternativen Energiepolitik die Möglichkeit, Grundlagen für eine neue Wachstumsindustrie zu schaffen und den Atomkonflikt zu lösen. Mit ihrer Strategie zielen sie darauf ab, der Zentrums- und den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen: Sie wollen nicht nur die durch das ökonomische Problem Arbeitslosigkeit entstandenen, sondern gleichzeitig auch die durch Kernenergiepolitik verursachten Legitimationsschwierigkeiten ihrer Partei überwinden. Ihr Motiv ist die Rückgewinnung der Regierungsmacht: SAFE wurde erst kurz nach der Kernkraftwahl 1976 gegründet!

---

<sup>1</sup>Vgl. Jamison 1977, S.32f.

<sup>2</sup>Vgl. dazu den Bericht im Handelsblatt vom 16.6.1976 "Strengen Umweltschutz in Exporte ummünzen", den Informationsbericht der Deutsch-Schwedischen Handelskammer über die "Umwelt-Branche" vom September 1976 sowie den Artikel in der Financial Times vom 14.12.1977 über schwedische "Environmental Technology".



#### 4.2 Die konservative Gemäßigte Sammlungspartei

In der konservativen Partei, die heute nach wie vor die Position des Rechtsaußen im schwedischen Parteiensystem einnimmt, hat ebenfalls ein Entradikalisierungsprozeß stattgefunden, der 1969 dadurch zum Ausdruck kam, daß sie sich in "Gemäßigte Sammlungspartei" umbenannte. Ihr sukzessiver Wandel stellt eine Reaktion auf ihre zunehmenden Legitimationsprobleme dar: "Die Gemäßigten", wie sich die Konservativen seitdem nennen, versuchten schon seit langem, das Image einer Unternehmerpartei loszuwerden, das sie auf Grund ihrer traditionellen Verbindung zur Arbeitgebervereinigung SAF hatten. Die SAF ist die Zentralorganisation von 44 einzelnen Arbeitgeberorganisationen verschiedener Wirtschaftssektoren, und sie wurde 1902 als Reaktion auf die wachsende Gewerkschaftsbewegung gegründet.<sup>1</sup> Damals konnten sich die politisch organisierten Konservativen noch problemlos "Rechte" nennen. Dreißig Jahre später, als die Sozialdemokraten so viele Wähler für sich gewonnen hatten, daß sie eine mehrheitsfähige Regierung bilden und ihre sozialstaatlichen Vorstellungen durchsetzen konnten, sahen sich die Konservativen in die Defensive gedrängt - ihr Anpassungswandel setzte jedoch erst nach weiteren Niederlagen ein. Die "Rechten", wie sich die Konservativen seit 1935 auch offiziell nannten, mußten hauptsächlich auf Grund ihres anhaltenden Widerstandes gegen die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen der Regierung kontinuierlich Stimmenverluste hinnehmen, und 1948 wurden sie auf die Position der kleinsten bürgerlichen Partei verwiesen, während die liberale Volkspartei zur stärksten avancierte.<sup>2</sup> Sie sahen sich gezwungen, aus "Bestandsinteresse" eine neue Strategie zur Stimmenmaximierung zu entwickeln, um den Trend zur politischen Bedeutungs- und Einflußlosigkeit zu stoppen. Die Auswirkung dieser elektoralen Machtstrategie der konservativen

---

<sup>1</sup>Vgl. Tomasson 1970, S.251.

<sup>2</sup>Vgl. Hancock 1972, S.126.

Partei auf ihr Verhältnis zum Arbeitgeberverband wird von Elvander in seiner Untersuchung über schwedische Interessenorganisationen angesprochen:

"Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein war die Zusammengehörigkeit der Arbeitgebervereinigung mit der Rechten offensichtlich und un-  
zweideutig. Sie kam am klarsten dadurch zum Ausdruck, daß der Chef (direktör) der Vereinigung Hjalmar von Sydow als Abgeordneter sowohl die Rechte als auch die SAF vertrat; er verfolgte im Reichstag eine Arbeitgeberlinie, die oft, aber nicht immer die Unterstützung der Partei bekam. Nach von Sydows Weggang 1932 begannen die Rechte und die SAF auseinanderzugehen. Viele Faktoren trugen zu dieser Veränderung bei. Die Rechte machte sich eine positivere Haltung gegenüber sozialpolitischer Gesetzgebung zu eigen, als die Arbeitgeber zu akzeptieren bereit waren; die Partei hatte Rücksicht zu nehmen auf andere und größere Wählergruppen, nicht zuletzt die Angestellten. Die Arbeitgebervereinigung ihrerseits hatte wenig Interesse daran, mit einer Partei liiert zu sein, die damals ständig Stimmen verlor. Es lag also im Interesse beider Partner, voneinander Abstand zu nehmen."<sup>1</sup>

In den 50er Jahren hatten die Konservativen mit ihrer neuen Strategie Erfolg: 1952 verdrängten sie den Bauernverband aus der Position der zweitstärksten nichtsozialistischen Partei, und 1958 gewannen sie wieder mehr Stimmen als die Liberalen und wurden für zwei Jahre zur dominierenden Oppositionspartei. Diese Position verloren sie 1960 wieder. Von 1950 bis zu dieser Wahlniederlage war Jarl H. Hjalmarsson Parteivorsitzender, der persönliche Ambitionen hatte, die nicht im Parteiinteresse lagen: 1961 trat er zurück, um Chef des Arbeitgeberverbandes zu werden. Hjalmarsson war selbst kein Unternehmer, dennoch war er für die konservative Partei, die um die Veränderung ihres Image bemüht war, nicht mehr länger tragbar. Hancock schreibt über ihn:

"A lawyer with close ties among Sweden's leading industrialists, Hjalmarsson sought to steer a middle course between tacit acceptance of social welfare principles and sustained opposition to a further extension of state ser-

---

<sup>1</sup>Elvander 1969<sup>2</sup>, S.276f.

vices that would mean increased taxes."<sup>1</sup>

Erik Anners charakterisiert Hjalmarsson in seinem informativen Aufsatz über "Conservatism in Sweden" als einen Mann, der mehr an praktischer Politik als an ideologischen Fragen interessiert ist. Er sei Geschäftsführer einer Versicherung und habe als Parteivorsitzender erfolgreich in Sachen individuelle Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung agiert. Die folgenden Ausführungen von Anners lassen darauf schließen, daß der programmatische Anpassungswandel der konservativen Partei in den 50er Jahren noch nicht weit gediehen war, und daß sie bis 1958 gerade wegen ihrer mangelnden Kompromißbereitschaft - besonders in der Steuerfrage - steigende Stimmenprozente verzeichnen konnte. Anners schreibt über den Parteivorsitzenden Hjalmarsson und seinen Gesinnungsfreund, den Parteisekretär Gunnar Svård:

"Their inspirations for party proclamations came more from classical Liberal than from Conservative doctrines. Because Social Democratic policies adversely affected white-collar workers - who confronted unremitting increases in the rate of progressive taxation - and property owners - who were subjected to discernible restrictions on the right of ownership - the Liberal program of the Conservative party elicited widespread electoral support. Conservative strength increased from one election to another, and by 1958 the party became the largest non-Socialist faction in Parliament."<sup>2</sup>

Ende der 50er Jahre scheint einigen Wählergruppen der Zusammenhang zwischen Steuern und sozialstaatlichen Leistungen bewußter geworden zu sein, denn nach Hancock verloren die Konservativen ihre Position als stärkste bürgerliche Partei 1960 vornehmlich gerade deswegen, weil sie eine umfangreiche Steuersenkung gefordert hatten, die eine Verminderung des wohlfahrtsstaatlichen Service bedeutet hätte.<sup>3</sup>

Zum Zeitpunkt der Reichstagswahl 1960 war der Wandel des Bauernverbandes zur Zentrumspartei schon abgeschlossen und zahlte sich in Stimmenzuwachs - auf Kosten der Konserva-

<sup>1</sup>Hancock 1972, S.126f.

<sup>2</sup>Anners 1972, S.265f.

<sup>3</sup>Vgl. Hancock 1972, S.127.

tiven und der Liberalen - aus. Die konservative Partei sah sich erneut herausgefordert und reagierte zunächst mit Veränderungen in ihrer Führungsspitze. Nachfolger des zum Arbeitgeberverband übergelaufenen Parteivorsitzenden Hjalmarsson wurde Gunnar Heckscher, der stärker als sein Vorgänger an ideologischen Fragen interessiert war. Heckscher war Professor für Politische Wissenschaft an der Stockholmer Universität; er ist durch seine Veröffentlichungen über Pluralismus und Korporatismus auch international bekannt geworden.<sup>1</sup> Als Parteivorsitzender versuchte er, einen programmatischen Wandel in Richtung auf einen sozialreformerischen und humanistisch inspirierten Konservatismus in Gang zu bringen, was ihm jedoch nicht gelang:

"Heckscher became isolated in this endeavor, however, because the majority of party members were not yet prepared to abandon the Liberal heritage which the Conservatives had incorporated as their own. By pursuing such policies in an isolated position, Heckscher received a large share of the blame - which was in large measure undeserved - for a Conservative defeat in the 1964 election. He felt compelled to resign as chairman in 1965, and was succeeded by Yngve Holmberg, the party secretary."<sup>2</sup>

Mit Holmberg wurde wieder ein "businessman"<sup>3</sup> zum Parteivorsitzenden gewählt, wodurch die Einbindung der Konservativen in den Wachstumspakt personell stärker zum Ausdruck kam als dies unter der Parteiführung durch den Akademiker Heckscher der Fall war. Diese Einbindung ist jedoch nicht nur über den Arbeitgeberverband SAF vermittelt - auch die Organisation, die die abhängig Beschäftigten unter den konservativen Wählern (hauptsächlich Angestellte in höheren Positionen<sup>4</sup>) repräsentiert, der Angestellten-Gewerkschaftsbund TCO, ist Bestandteil des "korporatistischen Blocks"; ebenso die Akademikergewerkschaft SACO und die Beamtenengewerkschaft SR, die offiziell zwar ebenfalls parteipolitisch neutral sind, jedoch "frequently parallel the Conservative

<sup>1</sup>Vgl. Heckscher 1948 und 1951<sup>2</sup>.

<sup>2</sup>Anners 1972, S.266.

<sup>3</sup>Vgl. Hancock 1972, S.127.

<sup>4</sup>Vgl. Särilvik 1974, S.402 und ders. 1966, S.216.

party in their general policies"<sup>1</sup>.

Erst unter Parteiführer Yngve Holmberg nahmen die Konservativen - als Reaktion auf ihre Wahlniederlagen von 1960 und 1964 - eine Überprüfung ihres Grundsatzprogramms in Angriff. Das Ergebnis war eine 1969 abgeschlossene Programmrevision, die man als "zweidimensionalen Wandel" charakterisieren kann: In der traditionell vorherrschenden Rechts-Links-Dimension vollzogen die Konservativen den überfälligen und von Gunnar Heckscher schon Anfang der 60er Jahre geforderten Anpassungswandel - sie akzeptierten den schwedischen Wohlfahrtsstaat, nannten sich selbst "gemäßigt" und ihr neues Grundsatzprogramm "humanistisch-konservativ".<sup>2</sup> Aber auch in der zweiten Dimension, die nach dem Wandel des Bauernverbandes zur Zentrumsparterie entstanden war und im Zuge des wachsenden Umweltbewußtseins in den 60er Jahren an Bedeutung gewann, reagierte die konservative Partei mit ideologischem Wandel. Anners beschreibt ihre Umorientierung und Programmarbeit wie folgt:

"Neither under Hjalmarsson nor Heckscher were serious efforts made to undertake a basic reappraisal of the party's postwar program. To be sure a so-called idea program had been formulated in 1956, but it contained little more than a number of general formulations which were compatible with the Liberal formulations of the 1950s. No attempt was made to view social developments in a larger perspective, apply scientific methods to appraise the political program, or deepen generally the political discussion. Nevertheless a number of party members perceived by the mid-1960s that programmatic efforts of such a character were necessary. Accordingly, delegates to the 1964 Conservative party convention voted to appoint a committee to compile and study material that could be utilized by a subsequent party commission to formulate a new program. The committee began deliberations only after the new chairman had published his own thoughts and issued his directives. In close cooperation with Holmberg, the committee developed a radically new method of program work by appointing a number of subcommittees - eventually twenty in all - which recruited scientific experts to serve as advisers. Similarly the

---

<sup>1</sup>Tomasson 1970, S.254.

<sup>2</sup>Vgl. Hancock 1972, S.125.

program committee collaborated with scientists to undertake extensive studies of its own in a number of policy areas. Characterizing of the work of the committee and the various subcommittees was an attempt to establish guidelines for long-range political goals. In this endeavor committee members paid special attention to the futurology literature that had been introduced in Sweden in the mid 1960s.

In 1967 the preliminary committee report was debated at a national party convention under the title 'Toward the Year 2000'. Drawing its data in part from American and French futurology studies, the committee emphasized the decisive importance of data technology, the technological sciences, and technological innovation for future social development. Other questions which the committee considered included environmental control and foreign assistance. Through such broad programmatic considerations, the Conservatives acquired a considerable edge over other parties in Sweden - including the governing Social Democrats. Of course, this advantage could not be maintained indefinitely, and within a few years the other parties had followed the Conservatives' lead in forming their own perspectives on such questions as ecology. The importance of the committee's deliberations therefore lay on another level: Its analysis made possible the ideological reorientation of the Conservative party toward a new form of 'humanistic conservatism'.<sup>1</sup>

In ihrem Grundsatzprogramm von 1956 strebten die Konservativen eine auf freiem Unternehmertum und verbreitertem persönlichen Eigentumsrecht aufbauende "Besitzdemokratie" an, in der das "Wirtschaftsleben" die Möglichkeit schaffen sollte, "selbst stark zu wachsen, die Produktivität zu steigern und den Wohlstand zu erhöhen".<sup>2</sup> Damit zielten sie auf eine Entwicklung ab, die in den 60er Jahren Kritik und Legitimationsprobleme erzeugte, und über deren "vollendete Tatsachen" (vor allem: Großtechnik) die konservative Partei jetzt ausführlich diskutieren ließ. Ihre 1956 formulierten w i r t s c h a f t s p o l i t i s c h e n Ziele sowie ihre Wachstumsstrategie, die der der anderen Vertreter des Wachstumspaktes entspricht, verfolgen die Konservativen nach wie vor - ein W a n d e l fand Ende der 60er Jahre nur in

---

<sup>1</sup> Annars 1972, S.267f.

<sup>2</sup> Zit. nach Wieslander 1968<sup>2</sup>, S.53.

bezug auf die Einstellung zur S o z i a l p o l i t i k statt<sup>1</sup>, die von Särilvik als Indikator für die Positionierung der einzelnen schwedischen Parteien auf der Rechts-Links-Achse verwendet wurde. Karl Kuhn charakterisiert die "gewandelte" konservative Partei und zitiert dabei aus einer ihrer programmatischen Schriften aus dem Jahre 1974:

"Die Wahlfreiheit des Individuums ist der Ausgangspunkt der sich als sozialkonservativ verstehenden Sammlungs-  
partei. 'Freie und unabhängige Individuen sind die Grundlage einer sozialen Marktwirtschaft, die unseren Bürgern ein hohes Maß an Wohlfahrt beschert hat... Durch Expansion und Vielseitigkeit wird in einem solchen Wirtschaftssystem die Möglichkeit zu einem fortgesetzten Zuwachs an Wohlfahrt und Sicherheit geschaffen.' Wie von allen anderen Parteien wird der Wohlfahrtsstaat in seiner schwedischen Ausprägung voll akzeptiert. Unterschiede bestehen nur im Ausmaß staatlicher Lenkung und Intervention im Wirtschaftsgeschehen. Die Partei der Konservativen betont den Vorteil der Marktwirtschaft, daß sie einen hohen Wirtschaftszuwachs garantiert, und sieht Risiken bei der staatlichen Intervention für die politische Demokratie. Der sogenannte 'Antikollektivismus' der Partei hat sich in eigenen Vorstellungen von Demokratie niedergeschlagen, den man als 'Besitzdemokratie' bezeichnet. Unter Besitzdemokratie versteht man die 'Dezentralisierung des Besitzes', d.h. die Vermögensbildung des einzelnen soll gefördert werden. Grundlage der Vermögensbildung ist eine Steuerpolitik, die die Spareinlagen zu fördern hat."<sup>2</sup>

Es ist offensichtlich, daß der Anpassungswandel der Konservativen in der Rechts-Links-Dimension dort seine Grenze hat, wo das Privateigentum - sei es durch Sozialisierung von Produktionsmitteln oder durch hohe Besteuerung des privaten Einkommens - angetastet wird. Für den Wandel in der zweiten Dimension kann eine entsprechende Grenze ausgemacht werden - sie wurde oben im Rahmen der Ausführungen über schwedische Umweltpolitik zwischen "Ökonomen" und "Ökologen" gezogen. Die Tatsache, daß die Konservativen bei ihrer Programmarbeit in den 60er Jahren - als Reaktion auf ihre Legitimationsprobleme bzw. den spezifischen politischen

---

<sup>1</sup>Vgl. dazu Back/Berglund 1978, S.50.

<sup>2</sup>Kuhn 1978, S.178.

Druck von seiten der umweltbewußten Bevölkerung, die der konservativen Partei zugunsten der Zentrumsparlei ihre Unterstützung entzog - Technik und Ökologie t h e m a t i s i e r t haben (Thematisierung wird hier als die unterste Stufe von Wandel verstanden), ändert nichts daran, daß sie offensichtlich - zusammen mit den anderen Vertretern des Wachstumspaktes - auf der Seite der "Ökonomen" stehen.

Die Grenze zwischen den "Ökonomen" und den "Ökologen" wird heute durch die Atomenergie symbolisiert. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten stehen die Mitglieder der konservativen Partei in der Kernkraftfrage geschlossen hinter ihrem Parteiführer Gösta Bohman, der wie sein Vorgänger in der Privatwirtschaft Karriere gemacht hatte und Yngve Holmberg 1970 im Amt des Parteivorsitzenden ablöste.<sup>1</sup> In der konservativen Partei gibt es keine "Energieopposition" - nicht zuletzt deshalb, weil die Bedingungen der Thematisierung von Alternativen zur Atomkraft in der konservativen Partei auf Grund ihrer speziellen Verbindung zur und finanziellen Abhängigkeit von der Atomindustrie ungünstiger sind als in der sozialdemokratischen und in der liberalen Partei.

Die Finanzierung einer Partei durch einen großen wachstumsorientierten Verband wurde schon bei der Betrachtung der Sozialdemokraten als Indikator für ihre Einbindung in den Wachstumspakt genannt - entsprechende Parteispenden aus Industriekreisen sind auch für die Konservativen festzustellen. Zieht man von der gesamten Geldsumme, die ihr zur Verfügung steht, die Mitgliedsbeiträge und die staatliche Unterstützung ab, so zeigt sich, daß die konservative Partei über ein wesentlich größeres aus anderen Quellen stammendes Einkommen verfügt als die liberale Volkspartei und die Zentrumsparlei:

---

<sup>1</sup>Vgl. Hancock 1972, S.60.



Die Einkommensquellen der Parteiorganisationen<sup>1</sup>

Partei	Einkommensquellen (Millionen Kronen)							
	Mitgliedsbeiträge		staatliche Unterstützung		Andere		Summe	
	1966	1976	1966	1976	1966	1976	1966	1976
Moderate Sammlungs- partei	0,6	1,2	3,5	8,0	5,1	7,9	9,2	17,1
Zentrums- partei	0,3	0,4	3,4	13,7	0,5	2,8	4,2	16,9
Volks- partei	0,2	0,6	4,2	7,2	2,5	1,4	6,9	9,2
Sozial- demokratische Arbeiterpartei	2,1	3,2	11,5	22,6	5,9	10,1	19,5	35,9
Linkspartei/ Kommunisten	0,2	0,2	0,7	4,7	0,6	0,1	1,5	5,0

Während bei den Sozialdemokraten klar ist, daß die Parteispenden vom Gewerkschaftsbund LO kommen, kann man bei den Konservativen nicht sagen, daß ihre Geldmittel von der Arbeitgebervereinigung SAF stammen, denn die "S.A.F. is not as directly tied to politics as is the L.O."<sup>2</sup>. Elvander betont, daß die LO als Dachverband der Arbeitergewerkschaften auf Grund ihrer engen Verbundenheit mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Finanzhilfe leistet, während von den anderen Verbänden generell gesagt werden könne, daß keine Toporganisation irgendeiner Partei den Wahlkampf finanziert. Es sei jedoch bekannt, daß "das Wirtschaftsleben" die Konservativen und die Liberalen finanziell unterstützt, "aber es sind fast nur einzelne Unternehmen, die direkte Beiträge geben"<sup>3</sup>. Särilvik stellte 1974 ebenfalls fest, daß die konservative Partei von Privatunternehmen Spenden erhält, die quantitativ mit den LO-Spenden vergleichbar wären. Un-

<sup>1</sup>Vgl. Back/Berglund 1978, S.113 und Andréén 1968, S.229.

<sup>2</sup>Board 1970, S.49.

<sup>3</sup>Elvander 1969<sup>2</sup>, S.265.

glücklicherweise seien jedoch in bezug auf diese Einzelunternehmen nur wenig Daten verfügbar.<sup>1</sup>

Die obigen globalen Daten über die Einkommensquellen der schwedischen Parteien wurden von der Tageszeitung Dagens Nyheter erhoben und publiziert. Sie veröffentlichte Ende 1977 weitere Daten, die in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind. Danach bekam die konservative Partei 1977 über drei Millionen Kronen von Großunternehmen als Unterstützung, wobei der schwedische Atomreaktorhersteller ASEA mit seiner Spende von 525 000 Kronen der größte Geldgeber war. Insgesamt unterstützten 18 schwedische Unternehmen die Konservativen mit jeweils mehr als 30 000 Kronen.<sup>2</sup> Zu diesen Konzernen zählt vermutlich die Aktiengesellschaft Elektrolux, deren zum schwedischen Topmanagement gehörender Aufsichtsratsvorsitzender Hans Werthén seine Sympathien für die konservative Partei offen bekundet, die Zentrumspartei wegen ihrer energiepolitischen Position scharf kritisiert und 50 Atomreaktoren für Schweden fordert.<sup>3</sup> Diese Forderung spricht er im Interesse des halbstaatlichen Unternehmens ASEA-Atom aus, dessen Geschäftsführung - der Generaldirektor von ASEA Curt Nicolin ist gleichzeitig Chef der Arbeitgebervereinigung SAF - das von den kernenergiebefürwortenden Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten bei der Volksabstimmung vertretene 12-Reaktoren-Programm für zu begrenzt erachtet und aus "Bestandsinteresse" mehr Atomkraftwerke fordert:

"Nicht einmal ein Ja kann ASEA-Atom retten, schreibt die Zeitschrift Neue Technik. Das Reaktorprogramm ist zu klein und die Chancen auf dem Exportmarkt sind gering."<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Särilvik 1974, S.384.

<sup>2</sup>Vgl. Dagens Nyheter vom 16.12.1977.

<sup>3</sup>Vgl. Die Welt vom 7.2.1978. Werthén ist stellvertretender Vorsitzender des Schwedischen Industrieverbands (SI) und Sprecher der energiepolitischen Arbeitsgruppe dieses Interessenverbandes (vgl. Dagens Nyheter vom 4.11.1979).

<sup>4</sup>Dagens Nyheter vom 17.1.1980.

#### 4.3 Die liberale Volkspartei

Die liberale Volkspartei ist sozialstrukturell sehr heterogen, und keine andere Partei in Schweden hat gegenwärtig so viele verschiedene Interessen zu repräsentieren wie die Volkspartei. Mit dieser Einschätzung leitete Hancock seine Ausführungen über die schwedischen Liberalen<sup>1</sup> ein, die er zu einem Zeitpunkt veröffentlichte, als der Atomkonflikt in Schweden begann. Diese Heterogenität der sozialen Basis der Volkspartei bedingt die Gespaltenheit der liberalen Wähler in der Kernkraftfrage. In der Verlaufsanalyse wurde dargestellt, daß es der Parteispitze bei der Reichstagswahl 1976 sogar gelungen war, durch eine Art "Verwirrstrategie", die auf dem Verzicht auf Profilierung in der Kernkraftfrage beruhte, die Stimmen sowohl von Atomkraftbefürwortern als auch von Atomkraftgegnern zu bekommen - bei den Wählergruppen hatten angenommen, der Parteiführer Per Ahlmark und seine Parteifreunde verträten ihre Position.

Die Volkspartei ist heute eine Mittelschicht-Partei mit Wahlhochburgen in großstädtischen Bezirken, besonders in Stockholm und Göteborg - nur in der Provinz Västerbotten ist die traditionelle Stärke der Volkspartei in liberal und freikirchlich gesinnten Landregionen noch deutlich spürbar.<sup>2</sup> Der Wandel begann schon in der Nachkriegszeit; er ist Ausdruck der sozioökonomischen Veränderungen, die damals forciert wurden (Konzentration in der Landwirtschaft und als Folge Migration großer Bevölkerungsgruppen) - sie werden unten im Kapitel über die Zentrumsparterie ausführlich behandelt. Auch für die Volkspartei hatte dieser Wandel Konsequenzen:

"The population change has become clearly reflected in the composition of the People's Party voting support. Its main source of voting support has been moved from

---

<sup>1</sup>Vgl. Hancock 1972, S.119.

<sup>2</sup>Vgl. Fenner 1978, S.471.

the countryside to the cities."<sup>1</sup>

Ihre größten Wählergruppen sind neben Landwirten heute Geschäftsleute, Angestellte in mittleren Positionen und Intellektuelle, zu denen die Studenten und Akademiker zählen, die den schwedischen Kultur-Radikalismus vertreten, der als ideologischer "Nährboden" des Atomprotests unten in einem speziellen Kapitel angesprochen wird. Die liberale Volkspartei, die bis Anfang der 70er Jahre die "zweitgrößte Arbeiterpartei" war<sup>2</sup>, mußte diese Position inzwischen an die Zentrumspartei abtreten.<sup>3</sup>

Die sozialstrukturelle Heterogenität der Volkspartei bedingt ihre traditionelle ideologische Profillosigkeit, die von den liberalen Parteimitgliedern auf dem Parteikongreß 1974 für den kontinuierlichen Wählerverlust seit Mitte der 50er Jahre verantwortlich gemacht wurde. Der Stimmengewinn von 1,2 Prozent bei der Reichstagswahl 1970 mußte als Ausnahme betrachtet werden, denn drei Jahre später verloren die Liberalen nicht nur den gerade erst hinzugewonnenen Stimmenanteil wieder, sondern die Volkspartei verlor insgesamt 6,8 Prozent ihrer Wähler, von denen ein großer Teil zur Zentrumspartei wanderte, die insgesamt einen Stimmengewinn von 5,0 Prozent verzeichnen konnte, nachdem sie die Liberalen schon 1968 aus der Position der stärksten bürgerlichen Partei verdrängt hatte.

Das Wahldesaster von 1973 - damals war Gunnar Hälén Parteivorsitzender - führte zur verstärkten Profilsuche, die auf dem Parteikongreß von 1974 im Mittelpunkt der Diskussion stand und zu den beiden folgenden wichtigen Resultaten führte: Die Volkspartei beschloß,

1. eine eigenständige und klar von den beiden anderen bürgerlichen Parteien unterscheidbare Politik zu führen, und
2. die Forderung nach einer Dekonzentration der Macht zur

---

<sup>1</sup>Särlvik 1974, S.393.

<sup>2</sup>Vgl. Tomasson 1970, S.42.

<sup>3</sup>Vgl. Fenner 1978, S.471.

Grundlage ihrer Politik zu machen, die sich sowohl gegen staatliche als auch gegen wirtschaftliche Machtkonzentration wenden soll.<sup>1</sup>

Diese Beschlüsse stellen eindeutig eine Anpassung an die Programmatik der Zentrumspartei dar - in einem innerparteilichen Referendum 1973 hatten sich dreiviertel aller stellungnehmenden liberalen Mitglieder sogar für ein Verschmelzen mit der Zentrumspartei zu einer neuen Partei ausgesprochen.<sup>2</sup> Sie sind möglicherweise eine Erklärung für die Annahme der liberalen Atomkraftgegner, die Volkspartei vertrete eine energiepolitische Position, die mit der der Zentrumspartei vergleichbar sei.

Die Bedingungen für die Thematisierung von alternativer Energiepolitik sind jedoch in der liberalen Volkspartei völlig andere als in der Zentrumspartei, und sie definieren die Grenze der Anpassung, die durch die Atomkraft symbolisiert wird. An dieser Grenze stoppt die liberale Volkspartei genauso wie die konservative Partei, der sie nicht nur in bezug auf Energiepolitik, sondern auch in bezug auf die Wirtschaftspolitik eher ähnelt als der Zentrumspartei. Darin besteht bei den schwedischen Industriellen auch gar kein Zweifel: Die Mitglieder der parteipolitisch neutralen Arbeitgebervereinigung SAF verteilen ihre Gunst, d.h. ihre Sympathien<sup>3</sup> und ihre Parteispenden<sup>4</sup> an die Konservativen und die Liberalen (un-)gleichermaßen. Möglicherweise hat sich die aus der obigen Tabelle über die Einkommensquellen der schwedischen Parteien hervorgehende ungleiche Verteilung der Parteispenden zugunsten der Volkspartei verändert, seit sie die Regierungsposition innehat. In der Verlaufsanalyse wurde dargestellt, daß sich die Liberalen nach der Kernkraftwahl 1976 energiepolitisch besonders profiliert und für Atomkraftwerke stark gemacht haben: Die Volkspartei

---

<sup>1</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.181.

<sup>2</sup>Vgl. ebd.

<sup>3</sup>Vgl. Board 1970, S.63f.

<sup>4</sup>Vgl. Elvander 1969<sup>2</sup>, S.265.

wirbt nicht zuletzt dadurch um die Gunst der Großindustrie, daß sie sich für die geforderten Exportmöglichkeiten des Reaktorherstellers ASEA-Atom einsetzt.

Die liberale Volkspartei ist immer schon die dynamische re bürgerliche Partei gewesen, und sie wurde von der schwedischen Industrie aus pragmatischen Gründen oft der konservativen Partei vorgezogen, weil sie sich eher bzw. weitgehend mit dem Wohlfahrtsstaat arrangiert hatte und auch den Nutzen von Staatsinterventionen für die wirtschaftliche Entwicklung - d.h. speziell für die Profitmaximierung der Industriellen - früher erkannte. Dieser Anpassungswandel der Liberalen an die sozialdemokratische Ideologie manifestierte sich schon in den 40er Jahren in der Parteiprogrammatik - das neue Parteiprogramm von 1972, das einen "sozialen Liberalismus" fordert<sup>1</sup>, stellt deshalb eigentlich keine "radikale Modernisierung"<sup>2</sup> dar. Hancock führt dazu aus:

"In the mid-1940s the Liberals adopted a program of 'social liberalism' as the party's new doctrine. Its emphasis on social policies underscored Liberals acceptance of the welfare measures that had been promulgated by the Social Democrats after 1936. Concurrently the Liberals abandoned their earlier insistence on an unregulated market in favor of limited government intervention to insure full employment and sustained economic growth."<sup>3</sup>

Die Ideologie, die der neuen Strategie des i n t e n s i v e n Wirtschaftswachstums zugrunde liegt, also in erster Linie die unkritische Verherrlichung des (groß-)technisch Möglichen, die 1960 schon im neuen Parteiprogramm der Sozialdemokraten zum Ausdruck kam, wurde zwei Jahre später auch von der Volkspartei in ihr neues Parteiprogramm übernommen. In diesem Programm von 1962 verfolgen die Liberalen die Ziele "persönliche Freiheit", "soziale Sicherheit" und "ökonomischer Wohlstand", und sie betrachten die Technik als grundlegende Voraussetzung dafür, daß Fortschritt in dieser

---

<sup>1</sup>Vgl. Fenner 1978, S.472.

<sup>2</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.180.

<sup>3</sup>Hancock 1972, S.121.

Richtung durchgesetzt werden kann:

"Die technische Entwicklung setzt sich in unverminder-tem Takt fort. Sie kann noch gesteigert werden durch ausgeweitete Forschung. Eine friedliche Ausnutzung der Atomenergie und der wissenschaftlichen Errungenschaften auf dem Gebiet der Raumfahrt kann noch ungeahnte Ressourcen in den Dienst der Menschheit stellen.(...) Die moderne Technik bietet Möglichkeiten, die nur unvollständig überblickt werden können, und die sicherlich oft unterschätzt werden.(...) Der Erfindungsreichtum der Menschen, freie Initiative und Ehrgeiz sind die dynamischen Triebkräfte für technische und ökonomische Entwicklung."<sup>1</sup>

Die genannten programmatischen Veränderungen, die die Liberalen in den 70er Jahren vornahmen, stellten eine Reaktion auf ihre Legitimationsprobleme bzw. auf den politischen Druck von seiten der Zentrums- und der studentischen Neuen Linken andererseits dar, wobei aber sowohl der Sozialliberalismus schon in den 40er Jahren vertreten wurde, als auch die Ablehnung von Machtkonzentration schon im Parteiprogramm von 1962 zum Ausdruck kam<sup>2</sup>. Beide ideologischen Grundelemente waren jedoch im Laufe der 60er Jahre, während der Parteiführerschaft der Vertreter des rechten Parteiflügels Bertil Ohlin und Sven Wedén, so weit untergegangen, daß es einer "linken" innerparteilichen Opposition bedurfte, um sie in der Parteiprogrammatik zu reetablieren. Zu den Wortführern dieser linksliberalen Oppositionsgruppe zählten die beiden späteren Parteivorsitzenden Per Ahlmark und Ola Ullsten.<sup>3</sup>

Unter der Parteiführung von Ullsten, der Ahlmark 1978 abgelöst hatte, entstand wenige Monate vor der Volksabstimmung eine organisierte innerparteiliche Energieopposition als Reaktion auf den Beschluß der Parteispitze, beim Referendum zusammen mit den Konservativen und den Liberalen die Inbetriebnahme von sechs weiteren Atomkraftwerken zu vertreten. Diese Oppositionsgruppe, die sich LIFE (Liberaler för

---

<sup>1</sup>Zit. nach Wieslander 1968<sup>2</sup>, S.92,94 und 102.

<sup>2</sup>Vgl. Helenius 1969, S.98ff.

<sup>3</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.180 und Fenner 1978, S.472.

energialternativ) nennt, unterstützt die Position der Zentrumspartei und der Kommunisten (VPK). Die Initiative zur innerparteilichen Organisation des Atomprotests ging von Mitgliedern aus Göteborg aus, die einen von 60 Personen unterschriebenen Aufruf im theoretischen Organ "Utsikt" der Volkspartei veröffentlichen wollten, in dem die Kernkraft als "ökologisch fragwürdig", "technisch riskant", "wirtschaftlich diskutabel" und "demokratisch verwerflich" kritisiert wurde. Der Aufruf wurde nicht abgedruckt.<sup>1</sup> Als Antwort darauf wurde LIFE Anfang Januar 1980 offiziell gegründet. Ihre Vorstandsmitglieder betonten auf einer Pressekonferenz, daß sie die Volkspartei weiterhin so lange unterstützen würden, wie diese eine sozialliberale Politik mache - es gäbe andere wichtige Fragen außer der Kernkraft, sagte der zum "Wortführer" von LIFE gewählte ehemalige Reichstagsabgeordnete Nils Hörberg. Seine Stellvertreter sind die Diplomvolkswirtin Birgitta Lorentzi und der Oberstleutnant Nils Erik Redemo.<sup>2</sup> Es ist anzunehmen, daß die Mitglieder von LIFE sozialstrukturell ähnlich zusammengesetzt sind wie die Mitglieder der Gruppe SAFE in der sozialdemokratischen Partei. Daß die liberalen Atomkraftgegner ähnliche (Wachstums-)Ziele verfolgen, geht aus ihren folgenden Ausführungen hervor:

"Wir konstatieren, daß wir die Kernkraft abbauen, den Ölbedarf mindern und die Umwelt verbessern können, ohne daß es Energiemangel, Arbeitslosigkeit oder schlechtere Lebensbedingungen geben wird, und daß dies zu angemessenen Kosten für die einzelnen Menschen und für die Gesellschaft durchzuführen ist. Das zeigt die Energiealternative, die die Volkskampagne Nein zur Kernkraft ausgearbeitet hat (...).

Ein hochindustrialisiertes Land wie Schweden hat große Möglichkeiten, eine solche alternative Energietechnik zu entwickeln, nach der heute die ganze Welt ruft. Ein Beschluß über Stilllegung j e t z t kann eine solche Entwicklung vorantreiben und somit neue Exportprodukte für die schwedische Industrie schaffen..."<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Dagens Nyheter vom 20.11.1979.

<sup>2</sup>Vgl. Dagens Nyheter vom 5.1.1980.

<sup>3</sup>Zit. nach Dagens Nyheter vom 8.12.1979.



#### 4.4 Die Zentrumspartei

Die Zentrumspartei, die eine traditionell enge Verbindung zu den Interessenorganisationen hat, die den Landwirtschaftssektor repräsentieren<sup>1</sup>, ist nie über einen industriellen Wirtschaftsverband in den Wachstumspakt eingebunden gewesen. Dieser in unserem Zusammenhang wesentliche Unterschied zu den beiden anderen Parteien des Bürgerblocks wird in der Literatur über die Zentrumspartei ausdrücklich betont:

"Die Zentrumspartei hat immer - im Gegensatz zur Rechten und zur Volkspartei - eine freie und unabhängige Stellung gegenüber der Großfinanz und dem Wirtschaftsleben gehabt. Im Unterschied zur Rechten und zur Volkspartei haben weder das Zentrum noch die Sozialdemokraten ökonomische Unterstützung von dieser Seite entgegengenommen."<sup>2</sup>

Die sozialdemokratische Partei hat jedoch eine enge Verbindung zum wachstumsorientierten Gewerkschaftsbund LO - eine Verbindung, die ihre Eingebundenheit in den industriellen Wachstumspakt im allgemeinen und ihre ungünstigen Bedingungen für die Thematisierung von alternativer Energiepolitik im besonderen relativ stringent erklärbar macht. Die Zentrumspartei dagegen wies Anfang der 70er Jahre offensichtlich günstigere Bedingungen für die Aufnahme von Kritik an Atomkraftwerken auf, denn sie hat den Atomkonflikt im Parteiensystem ausgelöst. Die Frage, warum der Wandel ihrer energiepolitischen Position gerade zu diesem Zeitpunkt erfolgte, wurde in der Verlaufsanalyse mit wahlstrategischen Überlegungen beantwortet - sie soll hier nicht noch einmal aufgegriffen werden. Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen ist vielmehr die Frage nach den Bedingungen, unter denen eine Partei, die in den 50er Jahren, als die regierenden Sozialdemokraten das Atomprogramm ausarbeiteten, selbst an der Regierung beteiligt war, ihre Haltung in der Kernkraftfrage überhaupt ändern kann. Auf Grund ihrer Position als Koali-

<sup>1</sup>Vgl. Särilvik 1974, S.387.

<sup>2</sup>Enochsson 1969, S.11.

tionspartner der sozialdemokratischen Partei von 1951 bis 1957 ist die Zentrumsparlei - die damals Bauernverband hieß und seit 1943 aus Stimmenmaximierungsgründen den Namenszusatz "Landparlei" hatte - nicht nur für die energiepolitischen, sondern auch für die wirtschaftspolitischen Entscheidungen mitverantwortlich, deren Konsequenzen sie später scharf kritisiert. Die Antwort liegt im Wandel der Partei selbst begründet, der im folgenden dargestellt wird. Ausgehend von der Frage nach der sozialen Gruppe, die in den 50er Jahren den Bauernverband dominierte, liegt den Ausführungen über die Zentrumsparlei die Annahme zu Grunde, daß diese spezielle Mitgliedergruppe weder in den 50er Jahren den Wandel der Partei gefordert, noch in den 60er Jahren die Kritik an der Umweltzerstörung formuliert, noch in den 70er Jahren den Atomprotest initiiert hat.

Der Bauernverband war vor seiner Entscheidung von 1932, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen und damit eine Mehrheit im Reichstag zu garantieren, die ausreichte, um wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen durchzusetzen, politisch "zwischen der Rechten und der bürgerlichen Linken" angesiedelt<sup>1</sup>. In dieser Zeit existierten in der Partei eine "linke" und eine konservative Gruppe, die zusammengehalten wurden durch ihren gemeinsamen Kampf gegen Banken, Großunternehmen und bestimmte Tendenzen in der staatlichen Wirtschaftspolitik (der Bauernverband war vor 1936 nie an der Regierung beteiligt gewesen), sowie durch "ihre Aversion gegen Bürokratie, Gewerkschaften, weitgehende soziale Reformen und außenpolitische Abenteuer"<sup>2</sup>. Die Annäherung an die Sozialdemokraten Anfang der 50er Jahre erfolgte auf Grund der ökonomischen Notlage der Bauern während der Wirtschaftskrise, durch die der Bauernverband sich gezwungen sah, Staatseingriffe in die Landwirtschaft zu akzeptieren.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Wieslander 1968<sup>2</sup>, S.17.

<sup>2</sup>Back 1967, S.33.

<sup>3</sup>Vgl. Stjernqvist 1966, S.123 und Särilvik 1974, S.382.

Die Absprachen zwischen Sozialdemokraten und Bauernverbandspolitikern kann man als politisches Tauschgeschäft betrachten - es wird in der Literatur allgemein als "Kuhhandel" bezeichnet und stellt den ersten Schritt zur ersten "rot-grünen Koalition" dar, die 1936 zustandekam.

Wie Björn Fryklund u.a. in ihrer Studie über die Entwicklung "Vom Bauernverband zur Zentrumspartei" feststellen, vertrat der Bauernverband in den 30er Jahren noch in erster Linie die Interessen der Kleinbauern. Nach Kriegsende jedoch sei die Partei den mittleren und größeren Bauern in die Hände gefallen, was besonders deutlich in den Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung über Landwirtschaftspolitik im Jahre 1947 zum Ausdruck komme, in denen die Beteiligten zu dem Ergebnis kamen, daß sie auf längere Sicht damit rechneten, einen größeren Teil der kleineren landwirtschaftlichen Einheiten unter anderem durch administrative Maßnahmen wegzurationalisieren. 1951, als die Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Bauernverband gebildet wurde, in der der Bauernverband den Agrarminister stellte, setzte denn auch ein anhaltender Schrumpfungsprozeß in der schwedischen Kleinbauernschaft ein - eine Entwicklung, die sowohl im Interesse der damals eine extensive Wachstumsstrategie verfolgenden Sozialdemokraten als auch im Interesse der Großbauern lag. Die Autoren führen dazu aus:

"Der veränderte Klassencharakter des Bauernverbandes setzte sich im Zusammenspiel einer der Interessenorganisationen der Bauernbewegung mit dem Staatsapparat durch, einem Staat, der in der ganzen Periode von der Sozialdemokratie gesteuert wurde. Gerade durch die Integrations- und Koalitionspolitik der SAP vermochte die agrarische Bourgeoisie das Streben der Kleinbauern nach Dominanz in der gesamten Bauernbewegung zu neutralisieren und auszuemanövrieren. Dieser Sieg der Großbauern stärkte so die Machtposition der gesamten Bürgerklasse und trug zum Einvernehmen bei, das in der ganzen Nachkriegszeit zwischen SAP/LO und der schwedischen Bürgerklasse herrschte. In der Rechnung der SAP lagen die Vorteile dieser Politik auf drei Ebenen: (a) man konnte in zwei Fällen eine Regierung bilden, ohne selbst die parlamentarische Mehrheit zu haben; (b) durch die Dezimierung des agrarischen Kleinbürgertums konnte man bedeuten-

de Ressourcen an Arbeitskraft und Kapital für die Expansion der Industrie und des öffentlichen Sektors entbinden; (c) dadurch, daß der Bauernbewegung (Vereinigungsbewegung und Partei) eine Reihe von administrativen Rationalisierungsmaßnahmen überlassen wurden, dämpfte man die Kritik und die Unzufriedenheit in der Kleinbauernschaft."<sup>1</sup>

Der durch die soziale Gruppe der Großbauern dominierte Bauernverband ist durch seine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten mitverantwortlich für die sozioökonomische Entwicklung, die dazu führte, daß <sup>1960</sup> nur noch 13,8 Prozent der gesamten wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt war<sup>2</sup> - in den 20er Jahren hatte der Anteil noch 40 Prozent, um 1950 noch 20 Prozent betragen; diese Entwicklungstendenz setzte sich weiter fort: Mitte der 60er Jahre waren nur noch 10 Prozent im primären Wirtschaftssektor beschäftigt.<sup>3</sup>

Bei diesem Prozeß der Landflucht lassen sich unterschiedliche Phasen ausmachen: Zunächst zogen neben Landarbeitern vornehmlich die Söhne und Töchter von Bauern in die Städte, die im landwirtschaftlichen Sektor keine Beschäftigung mehr aufnehmen konnten. In den 60er Jahren war dann auch eine große Zahl selbständiger Bauern im mittleren Alter gezwungen, ihren eigenen Hof aufzugeben und von der Landwirtschaft in die Industrie zu wechseln. Mit ihnen kamen große Gruppen von Kleinhändlern, Handwerkern u.a. in die Städte und Vorstädte, wo sie dann entweder ebenfalls <sup>als</sup> abhängig Beschäftigte in der Industrie, im Handel oder im Dienstleistungsbereich oder weiterhin als Selbständige arbeiteten.<sup>4</sup>

Es ist wichtig zu betonen, daß diese zur Migration Gezwungenen nicht alle Wähler des Bauernverbandes waren. Särilvik weist darauf hin, "that the Agrarian party never won the complete predominance among the farmers that the

---

<sup>1</sup>Fryklund u.a. 1972, S.10. Vgl. auch Jespersen 1972 und Jonasson 1972.

<sup>2</sup>Vgl. Stjernqvist 1966, S.118.

<sup>3</sup>Vgl. Särilvik 1974, S.390.

<sup>4</sup>Vgl. Fryklund u.a. 1972, S.10f.

socialist parties did among industrial workers; there still remain areas, where, in particular, the conservatives retain substantial farmer support."<sup>1</sup> Vor allem die liberal und freikirchlich gesinnte Landbevölkerung wählte entsprechend die Volkspartei, und es gab sicherlich in der gesamten Gruppe der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten auch Wähler der sozialdemokratischen Partei, wobei allerdings erwähnt werden muß, daß die abhängig Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig den geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad überhaupt aufweisen.<sup>2</sup>

Umgekehrt zählen jedoch zu den Wählern des Bauernverbandes ausschließlich in der Landwirtschaft Beschäftigte - eine Folge davon, daß der Bauernverband vor seinem Wandel zur Zentrumsparlei 1957 nur an die Landbevölkerung appellierte. Kern seiner Wählerbasis waren die hofbesitzenden Bauern und ihre mithelfenden Familienangehörigen. Den Anteil der Kerngruppe an der gesamten Wählerschaft dieser Partei hat Särilvik vor und nach dem Wandel errechnet sowie zusätzlich den Anteil dieser Partei an der gesamten Bauernwählerschaft, die wieder als Bauern plus auf dem Hof mithelfende Familienangehörige definiert ist. Die Wahl von 1956 ist die letzte Wahl, an der sich diese Partei als Bauernverband beteiligt hat; das Referendum über die Rentenfrage 1957 fand in dem Jahr statt, in dem sie sich sozusagen mittel im Wandlungsprozeß befand, d.h. bei dieser Abstimmung appellierte sie mit ihrem Vorschlag zur Rentenfrage erstmals auch an städtische Wählerschichten. Seit 1960 beteiligt sie sich an den Wahlen als Zentrumsparlei.

---

<sup>1</sup>Särilvik 1974, S.392.

<sup>2</sup>Vgl. Otter 1973, S.25.

Development of the Center (Agrarian) Party, 1956-1968<sup>1</sup>

	Proportion of farmers of the total Center (Agrarian) support	Center (Agrarian) Party's proportion of total farmer vote
Election 1956	77%	48%
Referendum 1957 (refers to the voting for the referendum proposal espoused by the Agrarian Party)	44%	56%
Election 1960	57%	69%
Election 1964	48%	64%
Election 1968	29%	61%

Das schlechte Wahlergebnis von 1956 stellte den Anlaß zum Wandel des Parteiprofils, zur programmatischen Öffnung gegenüber nichtagrarischen/städtischen Wählerschichten dar: Der Bauernverband gewann mit nur 9,4 Prozent weniger Stimmen als bei den vorherigen Nachkriegswahlen, er wurde zum zweiten Mal auf die Position der mit Abstand kleinsten nichtsozialistischen Partei verwiesen, sein "Bestandsinteresse" war erneut verletzt. Auch den Großbauern in der Partei mußte bewußt geworden sein, daß dies ein Abwärtstrend war, der nur durch Wandel aufgehalten werden konnte. Die Gruppe der Großbauern war für die Legitimationsprobleme ihrer Partei verantwortlich, denn ihre Politik hatte auch zur Folge, daß ein großer Teil der kleinbäuerlichen Stammwähler (die durch die Politik der Regierung Existenzangst bekamen) 1956 die in der Opposition befindlichen Liberalen und Konservativen wählten (die auf Grund ihrer direkten Einbindung in den Wachstumspakt sicherlich

<sup>1</sup>Särilvik 1974, S.393. Vgl. auch die andere soziale Gruppen einbeziehende Tabelle in ders. 1966, S.217.

die Konzentration in der Landwirtschaft ebenso forciert hätten wie die Sozialdemokraten). Es war also nicht gelungen, die Bauern durch Regierungsbeteiligung zu pazifizieren, da die regierenden und die regierten Bauern auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Gruppen völlig verschiedene Interessen hatten. Särilvik kommentiert deshalb den mit 48 Prozent ungewöhnlich geringen Stimmenanteil des Bauernverbandes in seiner Stammwählerschaft:

"It seems to reflect a loss in the farm vote because of discontent over the party's coalition with the Social Democrats."<sup>1</sup>

Auf die Wahlniederlage von 1956 reagierte der Bauernverband

1. mit Austritt aus der Regierung, um die (vorläufig weiter auf dem Land lebenden) kleinbäuerlichen Stammwähler nicht noch mehr zu verschrecken, d.h. um die verlorenen Stimmen zurückzugewinnen, sowie
2. mit Profil- und Programmwandel, um für die in die Städte abgewanderten Wähler auch weiterhin attraktiv zu sein, d.h. um ihre Stimmen zu behalten.

Diese Reaktion erfolgte jedoch nicht sofort: Der Bauernverband ging zunächst noch einmal eine Koalition mit der sozialdemokratischen Partei ein, aus der er sich dann erst nach dem Referendum 1957 zurückzog - der Bruch mit den Sozialdemokraten erfolgte also nicht auf Grund von Unstimmigkeiten in der Landwirtschaftspolitik, sondern in der Rentenpolitik<sup>2</sup>. Außerdem hatte der Wandel der Partei nicht nur zum Ziel, ihre vom Land in die Stadt gewanderten Wähler zu behalten, sondern natürlich auch, mit dem neuen Programmangebot den anderen Parteien so viele Wähler wie möglich abspenstig zu machen, um den eigenen Stimmenanteil zu maximieren. Der Erfolg dieser zweigleisigen Strategie stellte sich auch sofort ein: Bei der sogenannten "Rentenwahl", die

---

<sup>1</sup>Särilvik 1974, S.392f.

<sup>2</sup>Vgl. Fenner 1978, S.467.

1958 ein Jahr nach dem Referendum stattfand, gewann die Zentrumsparlei 12,7 Prozent der Stimmen, also 3,3 Prozent mehr als 1956 - und das, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt nur ihren Parteinamen geändert und noch kein neues Grundsatiprogramm vorgelegt hatte. Bei der nächsten Wahl 1960 erreichte sie mit 13,6 Prozent ihr bestes Nachkriegsergebnis. Dazu schreibt Särilvik:

"One important after-effect of the pension conflict becomes visible in the 1960 data, i.e. the increased capacity of the Center Party to attract voters from outside the agricultural population. In addition, it turns out that the farmers' support of the Center Party recovered from its bottom level at the end of the coalition period."<sup>1</sup>

Nur wenige Autoren, die sich mit der Zentrumsparlei bzw. dem Bauernverband beschäftigten, differenzierten innerparteiliche Gruppen, und ihr Beitrag zur Beantwortung der Frage nach den Prozessen, die während des hier angesprochenen Zeitraums innerhalb der Partei abliefen, beschränkt sich fast durchgängig auf den Hinweis, daß die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten 1951 bis 1957 dazu "beitrug, die Kräfte zu stärken, die eine Modernisierung und Verbreiterung der Parteiforderungen wünschten"<sup>2</sup>. Die einzige nützlichere Information zur Beantwortung der sich aufdrängenden Frage, welche soziale Gruppe diese "Kräfte" repräsentieren, gibt Jorma Enochsson in seiner politischen Reportage "Das junge Zentrum". Darin hebt er hervor, daß es die relativ einflußreiche Parteijugend war, die als erste die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Partei feststellte, die gleich nach der Wahlniederlage die Aufkündigung der Koalition forderte sowie die Parteiführung aufforderte, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Rekrutierungsbasis der Partei verbreitert werden könnte.<sup>3</sup>

Daraus kann m.E. geschlossen werden, daß die Initiative

---

<sup>1</sup>Särilvik 1966, S.217.

<sup>2</sup>Back 1967, S.35f.

<sup>3</sup>Vgl. Enochsson 1969, S.41f und 51.



zum Parteiwandel von der sozialen Gruppe ausging, die als erste von den Konsequenzen der Koalitionspolitik betroffen, also zur Migration in die Städte gezwungen war, und die so als erste Mitgliedergruppe der Partei die Lebensbedingungen in der Stadt sowie die Probleme der Stadtbevölkerung kennenlernte. Die Jugendorganisation des Bauernverbandes umfaßte in den 50er Jahren sehr wahrscheinlich eine große Gruppe junger Leute, die schon in die Städte gezogen waren, ihre Verbindung zum Landjugendverband jedoch nicht abgebrochen hatten, sondern vielmehr in diese Organisation ihre Erfahrungen/Probleme einbrachten, von denen die Landjugend wußte, daß sie diese früher oder später selbst machen/haben würde.

Gestützt wird diese Interpretation der spärlichen Informationen m.E. durch die Tatsache, daß die Initiative zur erneuten Änderung des Parteinamens 1955 von der Studentenorganisation des Bauernverbandes ausging, der - wie oben erwähnt - seit 1943 schon den Namenszusatz "Landpartei" hatte.<sup>1</sup> Der erneute Namenswechsel stellte den ersten Schritt zum Parteiwandel dar: 1957 benannte sich die Partei in "Zentrumspartei-Bauernverband" um, 1958 strich sie die alte Bezeichnung ganz aus dem Parteinamen und nannte sich nur noch Zentrumspartei. Abgeschlossen wurde der Wandel vom Bauernverband zur Zentrumspartei 1959 durch die Verabschiedung eines - ebenfalls seit mehreren Jahren von der Parteijugend geforderten - neuen Grundsatzprogramms.<sup>2</sup>

Das Programm der Zentrumspartei von 1959 stellte eine wesentliche Voraussetzung für ihre bruchlose Aufnahme des Atomprotests Anfang der 70er Jahre dar. Es begründete eine neue und quer zur vorherrschenden Links-Rechts-Spaltungslinie (auf der der alte Bauernverband auch nicht angesiedelt war) liegende Konfliktdimension im schwedischen politischen

---

<sup>1</sup>Vgl. Enochsson 1969, S.52.

<sup>2</sup>Vgl. ebd., S.49.

System, die durch den Atomkonflikt erst manifest wurde. Zu dem Zeitpunkt, als dieses Programm verabschiedet wurde, war dessen Attraktivität für die Wähler der anderen Parteien (in den 60er Jahren während der Wachstumsphase ausschließlich für die Wähler der liberalen und der konservativen Partei) sowie für die Jungwähler noch nicht abzuschätzen, so daß die anderen Parteien die Herausforderung annahmen und noch nicht durch Anpassung reagierten: Das sozialdemokratische Programm von 1960 und das liberale Programm von 1962 stellen den Gegenpol auf der neuen, maßgeblich durch die Haltung zur modernen Technik definierten Konfliktdimension dar.

Während die Sozialdemokraten und die Liberalen die Vorteile der neuen Technik hervorheben, beschreibt die Zentrumspartei die Folgen der Industrialisierung und kritisiert verschiedene Konsequenzen der technischen Entwicklung für den einzelnen Menschen. Diese Kritik ist sehr vage, und konkrete Forderungen werden nicht erhoben - dennoch: Die Bedeutung des Parteiprogramms von 1959 liegt in unserem Zusammenhang darin, daß der Industrialismus gleich einleitend als eines von drei Hauptproblemen der gegenwärtigen Gesellschaft genannt wird, daß das Industriesystem also nicht nur *t h e m a t i s i e r t*, sondern gleichzeitig *p r o b l e m a t i s i e r t* wird - auch wenn dies im Gesamtzusammenhang einer auf neue Wählerschichten zielenden kleinbürgerlichen Ideologie geschieht, vor deren Hintergrund die Unverzichtbarkeit von Kleinbetrieben unterstrichen wird: "Kleinunternehmertum ist notwendig im Wirtschaftsleben", heißt es im Parteiprogramm. In dieser programmatischen Formel von 1959 - damals stand Umweltzerstörung durch Großtechnik noch nicht zur Diskussion - wurde die Produktion in Kleinbetrieben explizit verstanden als Bollwerk gegen den Sozialismus. Im Laufe der 60er Jahre konnte sie von der Zentrumspartei ohne weiteres in einem anderen - ökologischen - Sinnzusammenhang verwendet werden. Schon allein aus diesem Grund hatte die Zentrumspartei keine Schwierigkeiten, sich als "grüne" Partei zu profilieren.

Die Zentrumsparterie würdigt in ihrem Programm von 1959 den Beitrag des technischen Fortschritts sowie der sozialpolitischen Maßnahmen zur Stärkung der ökonomischen Sicherheit, sie macht aber gleichzeitig ausdrücklich auf die Existenz eines anderen "Sicherheitsbedürfnisses" aufmerksam, das nicht ökonomischer Natur sei. Gemeint ist das "Bedürfnis des Individuums nach Verwurzelung im Dasein, nach Wohlbefinden und Eingegliedertsein in der Umwelt", das die Frage aufwerfe, "wie Technik und Politik gestaltet werden sollten, um Mittel zur Erlangung geistiger und materieller Wohlfahrt und kein Selbstzweck zu sein". Weiter heißt es:

"Parallel mit diesem weitergehenden Sicherheitsbedürfnis kündigt sich auch das Bedürfnis nach einer neuen Auffassung von Lebensstandard an. Dieser darf nicht ausschließlich quantitativ gemessen und wie die Produktion in höheren Einkommenszahlen ausgedrückt werden. Selbstverständlich ist die quantitative Erhöhung des Standards auch weiterhin wichtig, aber mit der Steigerung des Nationaleinkommens erscheint die qualitative Seite, der Inhalt des Lebensstandards, immer wichtiger. Wenn das Nationaleinkommen sich auf Kosten des Wohlbefindens und der guten Anpassung in der Umwelt erhöht, wenn es zum Beispiel dadurch steigt, daß Mütter sich Arbeit außerhalb des Heimes auch dann suchen, wenn dies auf Kosten der Fürsorge für die Kinder geht, oder wenn es dadurch steigt, daß die Naturwerte rücksichtslos zerstört werden, dann sind dies Beispiele dafür, daß man die Qualität zugunsten der Quantität geopfert hat."<sup>1</sup>

In der Programmatik des Zentrums kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Thematisierung von Umweltzerstörung und qualitativem Wachstum nur ein Nebenprodukt einer Verfahrensweise darstellt, die dadurch charakterisiert ist, daß einzelne ideologische Elemente von den anderen Parteien übernommen werden, um sie mit dem Ziel der Stimmenmaximierung zu einer eigenen Parteiideologie, dem "Centerism", zusammenzufügen. Die im Zitat zum Ausdruck kommenden Werte "Heim" und "Familie" zum Beispiel stammen vom Konservativismus,

---

<sup>1</sup>Zit. nach Wieslander 1968<sup>2</sup>, S.80f.

wie Fryklind u.a. feststellen. Sie fahren fort:

"Die Klassenzusammenarbeit ist der zusammenfügende Faktor in dieser eklektischen Sichtweise von der Welt und der Politik. Das tragende Element im Centerism ist der Dezentralisierungsgedanke, der der Zentralisierung entgegengestellt wird. Diese ist laut Gustaf Jonnergård, dem Parteisekretär und Chefideologen, der grundlegende Gegensatz in der Gesellschaft."<sup>1</sup>

Richard F. Tomasson weist darauf hin, daß die Betonung traditioneller, vor allem christlicher Werte im Programm der Zentrumsparterie sogar stärker ist als im konservativen Parteiprogramm, daß sich die Zentrumsparterie jedoch ihre taktische Manövrierfähigkeit erhalten habe.<sup>2</sup> Diese ideologische Flexibilität, die eine günstige Bedingung der Thematisierung von Umweltproblemen in den 60er und der Aufnahme des Atomprotests in den 70er Jahren darstellt, hat im Selbstverständnis der Zentrumsparterie einen hohen Stellenwert. Demnach baut sie "im Unterschied zu allen anderen Parteien auf eine sich kontinuierlich neubildende Ideologie mit der Dezentralisierung als Grundlage"<sup>3</sup>. Dazu führt Karl Kuhn, der sich auf das neue Parteiprogramm von 1970 (überschrieben: "Gleichheit und Sicherheit in einer dezentralisierten Gesellschaft") bezieht, das vor allem die sozialdemokratischen Wähler ansprechen soll, aus:

"Tatsächlich bauen auf dem Begriff der Dezentralisierung alle weiteren Ziele der Partei auf: Gleichheit, Umwelt, regionales Gleichgewicht und eine sinnvolle Beschäftigung für jeden. Dieses Programm gewann und gewinnt durch seine praktische Ausrichtung auf Umwelt, Energie und Regionalpolitik, letztlich auf die Schattenseiten der geführten Wirtschaftspolitik, eine große Anziehungskraft auf breite Bevölkerungskreise. Die praktische Ausrichtung hat jedoch zu Widersprüchen in den Aussagen geführt, wie die künftige 'dezentralisierte Lokalgesellschaft' mit welchem Wirtschaftssystem vereinbart werden soll. Diese Widersprüche haben sich vor allem in Spannungen zwischen der Partei und ihrer Jugendorganisation niedergeschlagen, deren Vorstellung von einer 'Lokalgesellschaft antikapitalistische Züge enthält.'<sup>4</sup>

<sup>1</sup>Fryklund u.a. 1972, S.12.

<sup>2</sup>Vgl. Tomasson 1970, S.46f.

<sup>3</sup>Zit. nach Kuhn 1978, S.179.

<sup>4</sup>Kuhn 1978, S.179.

Um auf die innerparteilichen Triebkräfte der Thematisierung neuer gesellschaftlicher Probleme zurückzukommen: Auch in der Umweltfrage stehen sich die - auf der Seite der "Ökologen" anzusiedelnde - Zentrumsjugend und die - den "Ökonomen" zuzurechnende - Gruppe der Bauern gegenüber. Dazwischen könnte man die Parteiführung placieren, die zwar sozialstrukturell der Bauerngruppe zuzuordnen ist<sup>1</sup>, die jedoch aus opportunistischen Gründen selbst das Umweltthema aufgegriffen hat - es ist ganz interessant, daß es der Zentrumspartei sekretär und -stratege Gustaf Jonnergård war, der (1962) das Wort "Umweltpolitik" in die politische Debatte eingebracht hat<sup>2</sup>. Und die Parteispitze setzt ein neues Thema auch dann durch, wenn sie - wie in der Verlaufsanalyse in bezug auf die Kritik an der Atomenergie gezeigt wurde - auf die Skepsis und den Unwillen der Bauernmitgliedschaft stößt. Die Zentrumspartei hat nämlich, wie die anderen Parteien auch und im Widerspruch zu ihrer politischen Forderung nach Dezentralisierung, "ausgeprägt zentralisierte Entscheidungsstrukturen"<sup>3</sup>.

Die unterschiedlichen Positionen zur Umweltpolitik innerhalb der Mitgliedschaft der Zentrumspartei sind offensichtlich: Während "ein Teil der Lokalorganisationen des Jugendverbandes der Zentrumspartei mehr oder weniger als Umweltgruppen fungieren"<sup>4</sup>, befürworten die Bauern in der Partei (die seit den 60er Jahren durchweg "prosperous farmers" sind, denn: "today's agriculture is a well-established business"<sup>5</sup>) ebenso wie der stark zentralisierte Reichsbauernverband, in dem sie organisiert sind, die "Anwendung von umweltgefährdenden Giften"<sup>6</sup>.

Für die Parteispitze des Zentrums, die dem politischen Druck sowohl von seiten der Umweltschützer als auch von sei-

---

<sup>1</sup>Särilvik stellt 1970, S.254 fest: "The transformation of the party has not yet permeated its organizational and parliamentary leadership".

<sup>2</sup>Vgl. Enochsson 1969, S.56.

<sup>3</sup>Kuhn 1978, S.180.

<sup>4</sup>Ivarsson/Kågeson 1976, S.141.

<sup>5</sup>Lindström 1979, S.9.

<sup>6</sup>Fryklund u.a. 1972, S.13.

ten der Landwirte ausgesetzt ist, stellt die Bauernschaft eine Problemgruppe dar, weil sie einerseits dem Profil des Zentrums als "grüne" und Anti-Kernkraft-Partei schadet, andererseits aber immer noch einen unverzichtbaren Teil der Wählerschaft ausmacht: 1976 immerhin 19 Prozent<sup>1</sup>. Das taktische Lavieren des Parteivorsitzenden Thorbjörn Fälldin als Ministerpräsident in der Regierungskoalition des Zentrums mit den Liberalen und den Konservativen von 1976 bis 1978 beruht auf dem Dilemma, daß diese relevante Wähler- und Mitgliedergruppe sowohl die Umweltpolitik als auch die Energiepolitik nicht mit trägt:

1. Auf dem Parteitag des Zentrums 1977 forderten die Bauern "that the ban on the pesticide DDT should be lifted"<sup>2</sup> - gerade die Kritik am Schädlingsbekämpfungsmittel DDT aber hatte Anfang der 60er Jahre die Umweltdebatte in Gang gebracht, die von der Zentrumsparteiführung dann wählerwirksam aufgegriffen wurde.
2. Wäre es nach den Bauern gegangen, hätte die Zentrumspar-  
tei in der Regierung die energiepolitische Linie der Li-  
beralen und der Konservativen akzeptieren können und die  
Koalition 1978 nicht geprengt<sup>3</sup> - gerade die Kritik an der  
Atomkraft macht in den 70er Jahren jedoch das Parteipro-  
fil der Zentrumspar-  
tei aus, und weitere Zugeständnisse  
an die Koalitionspartner hätte die Parteiführung vor der  
quantitativ relevanteren nichtagrarischen Wählerbasis  
nicht legitimieren können.

In der Verlaufsanalyse ist ausführlich dargestellt worden, wie der politische Druck von seiten der Atomkraftgegner vermittelt über den Energieminister Olof Johansson auf den Parteivorsitzenden und Regierungschef Thorbjörn Fälldin ausgeübt wurde, so daß dieser die Regierungszusammenarbeit mit den atomkraftbefürwortenden Liberalen und Kon-

---

<sup>1</sup>Vgl. Fenner 1978, S.464.

<sup>2</sup>Lindström 1979, S.9.

<sup>3</sup>Vgl. ebd.

servativen beenden mußte, wollte er seine innerparteiliche Position nicht gefährden. Olof Johansson, der das Vertrauen der Parteijugend genießt, und der als Sohn eines Kleinbauern Repräsentant der ersten "Stadtgeneration" ist, wurde auf dem Parteitag des Zentrums 1979 mit 208 Stimmen zum Vizevorsitzenden der Zentrumsparlei gewählt. Sein Konkurrent Anders Dahlgren, der die Land- und Forstwirte, also die wohlhabenden Bauern und Waldbesitzer in der Partei repräsentiert, erhielt mit 194 Stimmen<sup>1</sup> einen Stimmenanteil, der dem immer noch sehr großen Anteil dieser sozialen Gruppe an der Mitgliedschaft von 73 Prozent<sup>2</sup> nicht annähernd entspricht. Dieses Wahlergebnis ist ein Indikator dafür, daß sich der Wandel, der sich zunächst in der neuen Parteiprogrammatik und dann in der veränderten Wählerbasis ausdrückte, jetzt auch in der Parteiorganisation abzeichnet: Olof Johansson ist der mögliche Nachfolger von Thorbjörn Fälldin im Amt des Parteivorsitzenden. Fälldin war wie sein Vorgänger Gunnar Hedlund noch selbst Bauer, und er war auch Vizevorsitzender der Zentrumsparlei, bevor er 1971 zum Parteichef avancierte.

Olof Johansson gilt als der "oberste Intellektuelle an der Zentrumsspitze, der, wenn es um die politische Propaganda geht, ein kühler Analytiker ist"<sup>4</sup>. Sicherlich kann er die umwelt- und energiepolitische Linie der Zentrumsparlei glaubwürdiger vertreten als Thorbjörn Fälldin: Obwohl schon im Parteiprogramm von 1959 die qualitative Seite des Wachstums bzw. des Lebensstandards betont wurde, die Zentrumsparlei also zwanzig Jahre lang Zeit gehabt hätte, diese politische Worthülse, die sie als erste schwedische Partei benutzt hat, mit konkreten Inhalten zu füllen und damit Alternativen zum rein quantitativen Wachstum aufzuzeigen, war der Zentrumsführer Fälldin 1979 dazu ebensowenig fähig wie die anderen Parteiführer. Dieses Ergebnis brach-

---

<sup>1</sup>Vgl. Dagens Nyheter vom 19.6.1979.

<sup>2</sup>Vgl. Fenner 1978, S.464.

<sup>3</sup>Vgl. Hancock 1972, S.59f.

<sup>4</sup>Dagens Nyheter vom 13.6.1979.

ten Interviews, die Gunnar Adler-Karlsson vor der Reichstagswahl 1979 mit allen fünf Parteivorsitzenden mit dem Ziel geführt hat, den Werthorizont und die Wachstumsorientierung der Parteiführer zu ermitteln, um herauszubekommen, welche Werte das Handeln der Spitzenpolitiker in der Atomkraftfrage bestimmen. Dabei hatte er sie unter anderem um Beispiele für "nicht-qualitative Waren" gebeten, nachdem sie von "Wachstum in anderen Formen" (Bohman und Palme) und "Standard in einer neuen Bedeutung" (Werner) gesprochen hatten - alles, so Adler-Karlsson, "inhaltslose Begriffe", die dazu dienten, denen Sand in die Augen zu streuen, die darauf vertrauten, daß die Politiker mit dem, was sie sagen, auch etwas meinen. Das magere Resultat seiner Nachfragen zeige, "daß die Anwendung des Begriffs 'qualitatives Wachstum', oder dessen Synonyme 'andere Formen' und dergleichen, in erster Linie eine Art ist, etwas vorzutäuschen, ohne es zu tun."<sup>1</sup>

Gunnar Adler-Karlsson, der selbst anscheinend die Meinung vertritt, daß die Ablehnung von Atomkraft dann unglaubwürdig ist, wenn Wirtschaftswachstum weiterhin befürwortet wird, hat festgestellt, daß ausnahmslos alle schwedischen Parteivorsitzenden Wachstum gutheißen, und daß Thorbjörn Fälldin unter Berufung auf die "freie Konsumtionswahl" in die Produktion von umweltschädlichen und energieschluckenden "nicht-qualitativen Waren" ebensowenig eingreifen will wie zum Beispiel der konservative Parteichef Gösta Bohman.<sup>2</sup>

Fälldins möglicher Nachfolger Olof Johansson zählt ebenfalls zu den Wachstumsbefürwortern, und über seine energiepolitische Position ist schon im Kapitel über die Sozialdemokraten gesagt worden, daß sie mit den Zielen der Gruppe SAFE vergleichbar ist. Die energiepolitische Implikation von

---

<sup>1</sup>Adler Karlsson 1979, S.21. Adler-Karlsson hat sich schon früher unter demokratiethoretischen Aspekten mit der Atomkraft beschäftigt, vgl. dazu ders. 1973.

<sup>2</sup>Adler-Karlsson 1979, S.22.



Johanssons steigendem Einfluß in der Zentrumsparlei besteht darin, daß diese von der Programmatik her kleinbürgerliche und nicht in den Wachstumspakt eingebundene Partei jetzt den Vertretern des Wachstumspaktes die Wachstumsmöglichkeiten für neue Industriezweige - die Hersteller von energiesparenden neuen Produkten bzw. von Gütern zur alternativen Energiegewinnung - aufzeigt. Andrew Jamison, der die Position der basisorientierten linken Atomkraftgegner vertritt, charakterisiert Johansson kritisch als "progressive technocrat, seeing in the renewable energy sources a way to help the Swedish multinationals open up new markets and develop new interests"<sup>1</sup>.

Der in absehbarer Zeit mögliche Führungswechsel an der Zentrumsspitze hat außerdem eine richtungspolitische Implikation: Da Johansson wie der Jugendverband des Zentrums CUF eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten befürwortet, wäre es möglich, daß unter seiner Parteiführung eine Neuauf-  
lage der "rot-grünen Koalition" erfolgt, wobei das Wort "grün" jetzt natürliche eine andere Bedeutung hat. Die programmatische Defensive der Sozialdemokraten, d.h. ihr programmatisches "Entgegenkommen" in Sachen Dezentralisierung seit Mitte der 70er Jahre, stellt eine günstige Bedingung dafür dar, daß eine solche Koalition zustande kommt. Inwieweit sich jedoch bei einer derartigen Regierungszusammenarbeit eine alternative Energiepolitik durchsetzen läßt, hängt wesentlich davon ab, wie stark die Gewerkschaften noch die Atomkraft verteidigen. Bisher fungierten sie zusammen mit den anderen Repräsentanten des Wachstumspaktes als Veto-Block gegenüber den Forderungen der durch die Zentrumsparlei und die Linkspartei/Kommunisten politisch repräsentierten Atomkraftgegner, die auf (energie)politischen Wandel drängen. Der bedeutende Stellenwert der Gewerkschaften in der für Schweden

---

<sup>1</sup>Jamison 1977, S.34.

charakteristischen korporatistischen Entscheidungsstruktur, d.h. ihr starker Einfluß durch ihre Mitwirkung u.a. an der Politikformulierung, ihre Repräsentanz in staatlichen Untersuchungskommissionen sowie ihre Teilnahme am "Remissverfahren", wie die Mitwirkung der Interessenverbände im vorbereitenden Stadium der Gesetzgebung bezeichnet wird<sup>1</sup>, stellt eine strukturelle Grenze der Durchsetzung alternativer Energiepolitik dar. Diese Grenze könnte überschritten werden, wenn die Gewerkschaften demokratischer organisiert wären. Gegenwärtig stellt der ausgeprägte Zentralismus, der nicht nur charakteristisches Merkmal der schwedischen Parteien, sondern auch der Gewerkschaften ist<sup>2</sup>, ein weiteres strukturelles Hindernis für die Durchsetzung alternativer Energiepolitik dar. Die politische Bedeutung dieser zentralistischen Struktur ergibt sich aus der oben dargestellten engen Verbindung der Arbeitergewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei, die zum Beispiel dazu führt, daß Anhänger der Zentrumspartei nur in sehr seltenen Fällen höhere Positionen in den Gewerkschaften erreichen. Deshalb "benutzt" die Zentrumspartei die Gewerkschaften eher mit dem Ziel der Thematisierung der von den Sozialdemokraten maßgeblich mitverantwortenden gesellschaftlichen Probleme, als mit der Hoffnung auf Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen, zum Beispiel in Form von Beschlüssen einzelner Gewerkschaften, die dann vom Dachverband LO nicht ignoriert werden könnten. Zur Gewerkschaftsstrategie der Zentrumspartei führt Elvander aus:

"The tactical advice given by the Center party to its working-class supporters is for them to join trade unions, take a positive attitude toward their activities, and to promote the party's ideas in a mild, inoffensive manner. The party's aim is said to be a strong, 'pure' trade union without political affiliation."<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.19f.

<sup>2</sup>Vgl. Elvander 1972.

<sup>3</sup>Elvander 1974, S.64.

#### 4.5 Die Linkspartei/Kommunisten

Die schwedische kommunistische Partei, bzw. die Linkspartei/Kommunisten, wie sie sich seit 1967 nennt, hat auf der Rechts-Links-Achse des schwedischen Parteiensystems einen größeren Abstand zur bürgerlichen Zentrumspartei als die sozialdemokratische Partei, die ideologisch zwischen ihnen zu verorten ist. In der zweiten, neuen Konfliktdimension liegen die Linkspartei/Kommunisten (VPK) und das Zentrum (C) jedoch eng beieinander, und sie bilden nicht nur auf Grund ihrer gemeinsamen Ablehnung der Atomkraft den Gegenpol zu den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Repräsentanten des Wachstumspaktes, der liberalen Volkspartei (F) und der konservativen Moderaten Sammlungspartei (M), sondern auch zum Beispiel auf Grund ihrer gemeinsamen Befürwortung von Dezentralisierung. Das kommt im Ergebnis einer schwedischen Untersuchung<sup>1</sup> zum Ausdruck, das Karl Kuhn veranschaulichend zusammengefaßt hat. Dieser Untersuchung lag keine Programmanalyse zugrunde, sondern die Analyse von Einstellungen von Kandidaten der einzelnen Parteien. Sie ging von verschiedenen Dimensionen aus, die als Gegensatzpaare skaliert wurden. Kuhn gibt die Rangordnungen der schwedischen Parteien in den beiden uns interessierenden Dimensionen wieder, wobei "Unterstreichung besagt, daß die Unterschiede so gering sind, daß sie zufällig sein können"<sup>2</sup>:

Kapitalismus	M	F	C	S	VPK	Sozialismus
Zentralismus	<u>M</u>	<u>S</u>	<u>F</u>	<u>VPK</u>	<u>C</u>	Dezentralisation

Neben ihrer gemeinsamen Frontstellung gegenüber dem Zentralismus haben die VPK und die Zentrumspartei weitere gemeinsame Merkmale. Da diese gleichzeitig die Bedingungen für ihre Aufnahme des Atomprotests darstellen, wird die

<sup>1</sup>Vgl. Lindén 1975.

<sup>2</sup>Kuhn 1978, S.162.

VPK im folgenden weitgehend im Vergleich zur Zentrumspar-  
tei betrachtet.

Die schwedischen Kommunisten waren in den 60er Jahren, als die regierenden Sozialdemokraten in Absprache mit den bürgerlichen Repräsentanten des Wachstumspaktes von der Strategie des extensiven Wachstums zur intensiven Wachstumsstrategie übergingen, ebenso wie die Zentrumspar-  
tei in der Opposition. Sie sind, weil sie nicht Bestandteil der korporatistischen Entscheidungsstruktur waren, nicht für die durch die Anwendung von Großtechnik bedingte Rationalisierungswelle in der schwedischen Industrie verantwortlich. Deshalb kann auch die VPK die Sozialdemokraten für die gesellschaftliche Entwicklung verantwortlich machen, wobei sie sich von der Zentrumspar-  
tei hinsichtlich ihrer Position zur "Klassenzusammenarbeit" unterscheidet. Während die Zentrumspar-  
tei diese grundsätzlich befürwortet, heißt es im Programm der VPK von 1972:

"Der Staat organisiert die Klassenzusammenarbeit: korporative Züge treten hervor. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Schweden hat durch die starke Stellung des Reformismus bestimmte Züge bekommen. Die sozialdemokratische Politik hat eine immer weitergehende Klassenzusammenarbeit bewirkt."<sup>1</sup>

Die kommunistische Partei war und ist auch ebensowenig wie die Zentrumspar-  
tei über die Gewerkschaften in den Wachstumspakt integriert, sie ist also auch nicht über die nichtstaatliche Seite Bestandteil der korporatistischen Entscheidungsstruktur. Diese Position verstärkt ihre Legitimationsgrundlage für die Kritik an der sozioökonomischen Entwicklung, für die sie nicht nur die sozialdemokratische Partei verantwortlich macht. Vielmehr kritisiert die VPK auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, und sie verfolgt, anders als die Zentrumspar-  
tei, eine konflikto-

---

<sup>1</sup>Zit. nach Kuhn 1978, S.187.

rische Gewerkschaftsstrategie. Das geht ebenfalls aus der oben angesprochenen Untersuchung hervor, in der auch die Position der schwedischen Parteien in der Dimension "Establishment" vs. "Militanz", d.h. ihre "Einstellung zu wilden Streiks und ungesetzlichen Methoden"<sup>1</sup> ermittelt wurde. Dabei ergab sich folgende Rangordnung:

Establishment      S   M   C   F   VPK   Militanz

Das wesentlichste Beispiel für Militanz ist der spontane Streik der Grubenarbeiter in der Provinz Norrbotten in Nordschweden, dem stärksten Wahlkreis der kommunistischen Partei. Er fand im Winter 1969/70 gegen den Willen der sozialdemokratisch dominierten Bergarbeitergewerkschaft statt, und er war "the first major strike for a very long time to occur in Swedish industrial life"<sup>2</sup>. In unserem Zusammenhang ist nicht nur interessant, daß unter den Streikenden viele Kommunisten waren, sondern auch, daß das betroffene s t a a t l i c h e Grubenunternehmen, die Luosavaara-Kiirunavaara AB (LKAB; AB ist die schwedische Abkürzung für Aktiengesellschaft), von Sozialdemokraten gemanagt wurde - entsprechend friedlich verhielten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, denen es mehr um die Effektivität des Betriebes als um die Interessen der darin Beschäftigten ging. Die sozialdemokratische Unternehmensleitung und die sozialdemokratische Bergarbeitergewerkschaft waren gemeinsam für die in den 60er Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen verantwortlich, die dazu geführt hatten, daß trotz einer Verringerung der Arbeitskräftezahl die Produktion bzw. der Abbau von Eisenerz verdoppelt werden konnte. Die Unzufriedenheit der Bergarbeiter über die Konsequenzen dieser Rationalisierungsmaßnahmen, den zunehmenden Streß und die wachsende Depersonalisation,

---

<sup>1</sup>Kuhn 1978, S.162.

<sup>2</sup>Ruin 1974, S.177.

stellte die Ursache der spontanen Arbeitsniederlegung dar, deren Anlaß die Ablehnung des Ergebnisses der Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Management war.<sup>1</sup> Die verschiedenen Dimensionen dieser Auseinandersetzung faßt Ruin wie folgt zusammen:

"Many of the striking miners in the north were dissatisfied with the behavior of the trade union movement. The local trade union leadership was accused of being too dependent on advice and instructions from the National Union of Miners. The union was in turn accused of being too dependent on advice and instructions from the Federation of Labor (LO). Trade union leaders at different levels in the highly centralized trade union movement were said to be indifferent to demands 'at the bottom', and the leaders 'at the top' were viewed as cooperating too closely with their advisories. A political dimension was added to this sense of distance between bottom and top. Many of the striking miners were Communist; the trade union leadership was at all levels Social Democratic. Furthermore, the top management of the iron ore industry, governmentally owned, was also Social Democratic. In the view of many striking miners the trade union leadership, the management, and the government tended to coalesce into a remote, closely knitted elite."<sup>2</sup>

Die besondere Bedeutung des LKAB-Streiks liegt in unserem Zusammenhang auch darin, daß er die Aufmerksamkeit von Bevölkerungsgruppen auf sich zog, für die die kommunistische Partei seit ihrem Wandel in eurokommunistischer/linkssozialistischer Richtung grundsätzlich wählbar geworden war. Zehn Jahre nach dem Streik schreibt die schwedische Tageszeitung Dagens Nyheter rückblickend dazu:

"Eine Woge von Sympathie schlug den streikenden Grubenarbeitern entgegen. Viele betrachteten den Streik als eine logische Fortsetzung der Aufrührstimmungen, die die 60er Jahre prägten - die Vietnambewegung, die Neue Linke, die Studentenbewegung. Endlich hatte die Revolte - die überwiegend eine Bewegung unter Studenten und Intellektuellen war - sich in der Arbeiterklasse verankern können!"<sup>3</sup>

Die erste Wahl nach dem programmatischen Wandel der

---

<sup>1</sup>Vgl. Hancock 1972, S.165.

<sup>2</sup>Ruin 1974, S.177f.

<sup>3</sup>Dagens Nyheter vom 31.12.1979.

kommunistischen Partei fand 1968 kurz nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei statt - aus Protest dagegen bzw. weil die Linkspartei/Kommunisten als solche noch nicht genügend profiliert war, wählten viele Anhänger der Neuen Linken noch einmal die sozialdemokratische Partei, die unter diesen Umständen die absolute Mehrheit gewann.<sup>1</sup> Über die Bedeutung des LKAB-Streiks für die Neue Linke schreibt der Däne Peter Madsen:

"Der große Streik in Nordschweden (im Jahre 19)69 markierte den Anfang vom Ende der ideologischen Dominanz des Sozialdemokratismus. Mit diesem Streik bekam der Studentenaufbruch und die beginnende politische Organisation einen geographisch näherliegenden (hjemligt) Anknüpfungspunkt: der Kampf gegen den Kapitalismus erhielt in Europa eine viel konkretere Bedeutung als der anti-imperialistische Kampf."<sup>2</sup>

Es liegen mir keine Informationen darüber vor, wie sich die Linkspartei/Kommunisten - in Norrbotten ist die traditionalistische Faktion der VPK beheimatet - selbst während des Streiks verhielt. Tatsache ist, daß die VPK bei der Reichstagswahl 1970, die ein halbes Jahr nach dem Ende des "großen Streiks" stattfand, einen Stimmengewinn von 1,8 Prozent verzeichnen konnte und insgesamt 4,8 Prozent erhielt, während die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit und fast ein Zehntel ihrer Stimmen verloren. Die größten Stimmenverschiebungen gab es in Göteborg und in Norrbotten. Von ihnen profitierte auch der prochinesische "Kommunistische Bund der Marxisten Leninisten" KPML, der 1967 als Reaktion auf den

---

<sup>1</sup>Nicht nur der innerparteiliche Konflikt über den Einmarsch in die ČSSR kostete die VPK Stimmen in der neuen Linken, sondern auch ihre Haltung zum Vietnamkrieg, die sich von der Position der schwedischen Vietnamkomitees und FNL-Gruppen unterschied. Viele Wählerstimmen der Anhänger dieser Gruppen konnten bei der Wahl 1968 die prochinesischen Kommunisten auf sich vereinen, die sich auf dem Parteitag von 1967 von der VPK abgespalten und eine neue Partei, die KPML, gegründet hatten. Für die gesamte Neue Linke war der Vietnamkrieg eine Kernfrage; Håkan Arvidsson und Lennart Berntsson schreiben in ihrem Aufsatz über die "VPK unter Hermansson", daß die Studenten- und die Vietnambewegung bis Anfang der 70er Jahre von einer "feinlichen Haltung gegenüber der VPK" geprägt war. (Vgl. Arvidsson/Berntsson 1975, S.44).

<sup>2</sup>Madsen 1977, S.21f.

reformistischen Kurs der VPK gegründet worden war (Rekrutierungsbasis waren die in FNL-Gruppen organisierten Vietnamkriegsgegner), und dem sich später auch der 1970 abgespaltene Jugendverband der VPK anschloß.<sup>1</sup> Harry Forsell führt in seinem Aufsatz über die Parlamentswahl von 1970 aus:

"In Gothenburg as well as in the ore-fields in the north there had been unrest resulting in illegal strikes during the winter 1969/70. In this context it can be mentioned that the two Communist Parties, VPK and KFML, were the most successful in these areas."<sup>2</sup>

Der eigentliche Durchbruch der Linkspartei/Kommunisten auch innerhalb des skeptischen Teils der Neuen Linken, der sich Ende der 60er Jahre an linken Splittergruppen orientierte, geschah n a c h der Reichstagswahl von 1970, bei der die VPK, wie Håkan Arvidsson und Lennart Berntsson betonen, "ihre Position als dominierende Kraft innerhalb der Linken verstärkte". Die beiden Autoren führen aus:

"Ihr kräftiger Rückgang 1968 zusammen mit der organisatorischen und ideologischen Expansion der abgespaltenen KFML in der Aufschwungsperiode (der Linken) hatte bei großen Gruppen ein falsches Bild des realen Stärkeverhältnisses innerhalb der Linken geschaffen. Die Wahl von 1970 stellte die Perspektive wieder her, sogar bei denen die sich keinen parlamentarischen Illusionen hingaben. Es zeigte sich, daß die VPK viel stärker in der Arbeiterklasse verankert war als die übrigen Linksgruppen."<sup>3</sup>

Insgesamt gesehen hatten die Kommunisten jedoch unter den abhängig Beschäftigten im allgemeinen und den Arbeitern im besonderen nur sehr wenig Anhänger - unter den in der Arbeitergewerkschaft LO Organisierten hatten sie 1970 wesentlich weniger noch als die bürgerliche Zentrumspartei. Das geht aus den Daten hervor, die Elvander<sup>4</sup> veröffentlicht hat. Sie beziehen sich ebenfalls auf die Reichstagswahl von 1970 und zeigen auch das Wahlverhalten der Mitglieder der Angestelltengewerkschaft TCO sowie der Akademikergewerk-

---

<sup>1</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.165.

<sup>2</sup>Forsell 1971, S.208.

<sup>3</sup>Arvidsson/Berntson 1975, S.45.

<sup>4</sup>Elvander 1974, S.69.



schaft SACO und der Beamtengewerkschaft SR auf:

Party Vote by Organization in the Parliamentary Election of 1970

Party Vote (in percentages)

Organization	Communist	Social Democrats	Center	Liberal	Conservative
TCO	3	38	21	24	10
SACO + SR	3	15	12	30	37
LO	6	75	11	3	1

Bei der Reichstagswahl 1973 zeichneten sich erstmals deutlich Veränderungen in der Sozialstruktur der kommunistischen Wählerschaft ab, die im folgenden betrachtet werden sollen, da sie eine wesentliche Bedingung für die Aufnahme des Atomprotests durch die VPK darstellen. Diese Veränderungen kommen zunächst im Schrumpfen der Arbeiterbasis zum Ausdruck: Bei der Parlamentswahl 1973 gewann die VPK zwar durchschnittlich 0,5 Prozent der Stimmen hinzu, sie verlor jedoch im Gegensatz zu diesem positiven nationalen Trend im Wahlkreis Norrbotten 0,2 Prozent ihrer Arbeiterwähler.<sup>1</sup> Bei der nächsten Reichstagswahl 1976, bei der die VPK insgesamt 0,6 Prozent verlor und nur noch 4,7 Prozent erhielt, setzten sich die besonders starken Wählerverluste in Nordschweden fort. Dazu führen Olof Petersson und Bo Särilvik aus:

"Norrbotten blieb zwar der stärkste Wahlkreis der VPK (11,2 Prozent). Aber Norrbotten ist auch der Wahlkreis, in dem der Rückgang der VPK am klarsten zum Ausdruck kommt durch einen Verlust von 2,5 Prozentpunkten seit 1970. Es liegt nahe, einen Zusammenhang zwischen dieser schwindenden Wählerunterstützung und dem Streit der beider

<sup>1</sup>Vgl. Petersson 1974, S.225f.

Fraktionen in der Partei herzustellen. Aber das Wahlergebnis von 1976 bestätigt auch die Beobachtung einer fortschreitenden Umstrukturierung der sozialen Basis der Partei, die bei früheren Interviewuntersuchungen gemacht wurde. Seit der Wahl 1968 scheint der Arbeiteranteil unter den VPK-Wählern zu stagnieren, während der der Studenten und Angestellten wächst."<sup>1</sup>

In einer anderen Untersuchung der Wahl von 1976, die explizit "New Trends in the Swedish Electorate" zum Gegenstand hat, spezifiziert Petersson die Angestelltengruppe, die für die VPK gestimmt hat:

"The changes in social support have had a particularly profound effect for the Communist Party. In the early 1960s the typical Communist voter was still an old worker. Today the Communists have retained a base in the working class, winning increasing support from younger workers. But it is also true that today workers constitute a proportionally smaller part of the Communist electoral support. During the 1970s the Communist Party has gained a completely new stronghold: young employees with academic background, especially in social work, education, mass media, and culture."<sup>2</sup>

Die Wahluntersuchung von Petersson und Särilvik zeigt als ein weiteres interessantes Ergebnis, daß die VPK unter den Erstwählern mehr als doppelt so viele Anhänger hat als unter den Wählern insgesamt. Von den anderen Parteien hat nur die Zentrumsparlei mehr Anhänger unter den Erstwählern als in der gesamten Wählerschaft - der Unterschied von drei Prozent ist aber vergleichsweise gering.<sup>3</sup> Die Wähleruntersuchung von Holmberg u.a. bestätigt dieses Ergebnis, und nach diesen Autoren tendiert die VPK, deren Wählerbasis ungefähr zur Hälfte aus Personen unter 30 Jahren bestehe, seit Beginn der 70er Jahre zunehmend dazu, eine "Jugendparlei" zu werden.<sup>4</sup> Schon in seiner Analyse der Reichstagswahl von 1975 hat Petersson darauf hingewiesen, daß die Gewinner der Wahlen von 1970 und 1973, die Zentrumsparlei und die Kommunisten, stärkere Unterstützung von den jungen als von den

---

<sup>1</sup>Petersson/Särilvik 1977, S.81.

<sup>2</sup>Petersson 1978, S.119.

<sup>3</sup>Vgl. Petersson/Särilvik 1977, S.84.

<sup>4</sup>Vgl. Holmberg u.a. 1977, S.114.

älteren Wählern erhielten. Differenzierend führt er aus:

"The correlation between age and communist voting is restricted to highly educated voters. The proportion of Communists is about the same among young and old voters when considering only voters with low education. A low Communist proportion can also be found among old voters with high education.

In the highly educated young group, however, the Communist proportion is remarkably high. This pattern cannot be found in election studies from the 1950s or 1960s but emerged in the 1970 election. The Communist Party, the old worker party, has established a new stronghold in the universities."<sup>1</sup>

Für unseren Zusammenhang kann festgehalten werden, daß die Linkspartei/Kommunisten ebenso wie die Zentrumspar-  
teie schon v o r dem Beginn des Atomkonflikts an Attrakti-  
vität für die schwedischen Jungwähler gewonnen hatte, daß  
sie jedoch ebenso wie die Zentrumspar-  
teie wußte, daß das neu-  
erschlossene Wählerpotential noch nicht voll ausgeschöpft  
war, und dies nur durch ein spezifisches Programmangebot,  
speziell durch Thematisierung der Risiken der Atomkraft  
und Plädoyer für eine alternative Energiepolitik zu errei-  
chen war. Das bedeutet:

1. Wie die Zentrumspar-  
teie hat die VPK den Atomprotest des-  
halb aufgenommen, weil sie sich davon weitere Stimmenge-  
winne versprach.
2. Die Stimmengewinne, die sich die Zentrumspar-  
teie und die VPK von ihrer Gegnerschaft zur Kernenergie versprachen,  
waren größer als die bei einer solchen Politik zu er-  
warteten Verluste in der traditionellen Wählerbasis, der  
Bauern- bzw. der Arbeiterschaft.

Die Aufnahme des Atomprotests durch die Zentrumspar-  
teie und die kommunistische Partei ist demnach genauso mit dem  
Stimmenmaximierungsprinzip zu erklären wie der Wandel die-  
ser beiden Parteien, der wiederum die Voraussetzung dafür

---

<sup>1</sup>Petersson 1974, S.226.

war, daß sie für neue Wählergruppen überhaupt wählbar wurden. Der Wandel der schwedischen kommunistischen Partei wird im folgenden, weil er als Bedingung für die Aufnahme des Atomprotests angesehen wird, unter denselben Aspekten betrachtet, unter denen der Wandel der Zentrumspartei analysiert wurde: Zunächst wird nach der Motivation zum Wandel und den Triebkräften des Wandels gefragt, sowie danach, ob dieser Wandel in eurokommunistischer/linkssozialistischer Richtung zu innerparteilichen Konflikten führte. Daß es zu solchen Konflikten in Form von Auseinandersetzungen der VPK mit traditionalistischen Mitgliedergruppen kam, ist im Rahmen der obigen Ausführungen über den Wandel der Wählerbasis der kommunistischen Partei schon angedeutet worden. Die Frage nach den innerparteilichen Richtungskonflikten wird hier noch einmal systematisch aufgegriffen, um anschließend zu untersuchen, ob dieser ideologische Streit innerhalb der VPK auch in der Kernkraftfrage zum Ausdruck kam, wie dies geschah und welche Konsequenzen der innerparteiliche Atomkonflikt für die VPK hatte.

Es ist nicht richtig zu sagen, daß die schwedische kommunistische Partei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs "von Wahl zu Wahl immer mehr Stimmen" verlor<sup>1</sup> - der Stimmenrückgang, der als Ursache für die Umorientierung der Partei gilt, war nicht k o n t i n u i e r l i c h: 1956 gewannen die Kommunisten 0,7 Prozent und 1960 sogar 1,1 Prozent hinzu. Richtiger drückt sich Wolfgang Leonhard aus, der als Motivation zu innerparteilicher Kritik und Parteiwandel kontinuierlichen E i n f l u ß verlust angibt. Unter Einbeziehung des schlechten Ergebnisses der Kommunalwahlen von 1962 führt er aus:

"Bevor sich Anfang der sechziger Jahre in der schwedischen KP-Zeitung 'Ny Dag' die kritischen Stimmen zur Politik der schwedischen Kommunisten zu Wort meldeten,

---

<sup>1</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.164.

hatte die KP Schwedens einen ununterbrochenen Rückgang ihres Einflusses zu verzeichnen gehabt. Während sie bei den Parlamentswahlen 1944 noch 10,5 Prozent der Stimmen erreichen konnte, sank der Stimmenanteil im Verlaufe der nächsten fünfzehn Jahre unter der Führung des Stalinisten Hilding Hagberg auf 6,3 Prozent im September 1948, auf 4,3 Prozent im Jahr 1952 und schließlich auf 3,8 Prozent im Herbst 1962 ab."<sup>1</sup>

Während in der Zentrumspartei bzw. im Bauernverband der Stimmenrückgang und die innerparteiliche Kritik an der Politik des Bauernverbandes, die die Initiative zum Wandel darstellte, von den Folgen der Politik einer Regierung herührte, an der der Bauernverband selbst beteiligt war, hatte die innerparteiliche Opposition bei den Kommunisten rein ideologische Gründe. Der ununterbrochene Rückgang ihres Einflusses, den Leonhard anspricht, und für den die Oppositionellen die Moskauhörigkeit der Partei verantwortlich machten, ist nicht definiert durch kontinuierlichen Stimmenrückgang, sondern durch die Stagnation ihrer Reichstagsitze: 1958 erhielt die kommunistische Partei mit 3,4 Prozent der Wählerstimmen fünf Parlamentssitze, 1960 bekam sie nach einem Stimmengewinn von 1,1 Prozent kein einziges Mandat mehr, während zum Beispiel die Zentrumspartei nach einem Stimmengewinn von nur 0,9 Prozent zwei Mandate und die Sozialdemokraten nach einem Gewinn von 1,6 Prozent drei Mandate mehr erhielten<sup>2</sup>. Auf der Basis der Ausführungen von Bo Särilvik ist diese Entwicklung mit Spezifika des bis Ende der 60er Jahre geltenden alten schwedischen Wahlrechts zu erklären, das eine "systematic underrepresentation of the Communists"<sup>3</sup> bedingte. Für unseren Zusammenhang ist daraus zu schließen, daß die kommunistische Partei sich stärker noch als die anderen schwedischen Parteien am Stimmenmaximierungsprinzip orientieren mußte, um ihren Einfluß vergrößern zu können.

Triebkräfte des Wandels der kommunistischen Partei in

---

<sup>1</sup>Leonhard 1978, S.280.

<sup>2</sup>Vgl. die Tabelle der Wahlergebnisse bei Fenner 1978, S. 477.

<sup>3</sup>Särilvik 1974, S.384.

eurokommunistischer/linkssozialistischer Richtung waren die Parteimitglieder, die die ideologischen Impulse der Neuen Linken Anfang der 60er Jahre aufnahmen. Diese Impulse kamen in der Debatte zum Ausdruck, die vor dem 1964 stattfindenden kommunistischen Parteitag in der Parteizeitung "Ny Dag" geführt wurde.<sup>1</sup> Im Gegensatz zur Entwicklung innerhalb der dänischen kommunistischen Partei hatte diese Diskussion nicht schon gleich nach dem Bekanntwerden des internen Berichts Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956 eingesetzt - in Dänemark hatte er zu einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus geführt, als deren Folge sich eine große Gruppe, die einen eigenen Weg zum Sozialismus forderte, abspaltete, eine eigene "Sozialistische Volkspartei" gründete und bei der Wahl 1960 mit 6,1 Prozent der Stimmen auf Anhieb 11 Mandate gewann, während die moskautreuen Exgenossen, die nur 1,1 Prozent der Wählerstimmen erhielten, ihre Parlamentssitze räumen mußten. Innerhalb der schwedischen kommunistischen Partei hatte damals lediglich das Mitglied des Zentralkomitees Carl-Henrik Hermansson Konsequenzen gefordert, die über das Maß der von Chruschtschow vorgetragenen Selbstkritik hinausgingen - Ende der 50er Jahre war die Opposition innerhalb der schwedischen kommunistischen Partei "noch zu klein, als daß sich eine 'dänische Entwicklung' auch nur ansatzweise hätte herausbilden können"<sup>2</sup>. Anfang der 60er Jahre verstärkte sie sich vor dem Hintergrund des sino-sowjetischen Disputs<sup>3</sup>, der Auseinandersetzung zwischen der sowjetischen und der chinesischen kommunistischen Partei. Damals hatten die schwedischen Kommunisten, die bei der Kommunalwahl von 1962 0,7 Prozent der Wählerstimmen gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahl von 1960 verloren und befürchten mußten, daß ihr Einfluß bald so gering sein würde, wie

---

<sup>1</sup>Vgl. Sparring 1967, S.292.

<sup>2</sup>Kasten 1979b, S.193.

<sup>3</sup>Vgl. Griffith 1967.

der der dänischen kommunistischen Partei schon vor ihrer Spaltung war, den großen Wahlerfolg der Sozialistischen Volkspartei in Dänemark vor Augen. Joachim Kasten weist in seinen Ausführungen über die schwedische kommunistische Partei auf die verschiedenen Richtungen innerhalb der Triebkräfte ihres Wandels hin:

"Erst die Verschärfung des Konflikts zwischen der KPdSU und der KPCh setzte die Diskussion um die Selbstständigkeit der Partei stärker in Gang. Nachdem der Abwärtstrend der SKP bei der Kommunalwahl von 1962 (3,8%) weiterhin ungebrochen war, verstärkte sich das Gewicht der Neuerer. Carl-Henrik Hermansson konnte die Diskussion als Chefredakteur des Parteiorgans 'Ny Dag' mit beeinflussen. Sein Ziel war eine parteipolitische Reform, ohne die Beziehungen zu Moskau ernsthaft zu gefährden, während eine weiter 'rechts' stehende Gruppe um Sven Landin u.a. die konsequentere Trennung von den noch starken stalinistischen Kräften beabsichtigte. Landin stand dabei der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks sehr nahe. Daneben versuchte eine betont pro-chinesische Gruppe um Bo Gustavsson Änderungen in ihrem Sinne durchzusetzen."<sup>1</sup>

Auf dem Parteitag der schwedischen Kommunisten von 1964, dessen dominierendes Thema die ideologische Erneuerung war, wurde als Kompromiß zwischen der "alten" und den "neuen" Faktionen<sup>2</sup> Carl-Henrik Hermansson zum Nachfolger des Stalinisten Hilding Hagberg im Amt des Parteivorsitzenden gewählt. Hermansson, "der zu den wichtigsten Wegbereitern des Eurokommunismus in Europa" zu zählen ist<sup>3</sup>, betonte in seiner programmatischen Rede die Notwendigkeit des Wandels kommunistischer Politik, um nicht nur neue Wählerschichten zu erschließen, sondern auch wieder mehr Parteimitglieder zu bekommen<sup>4</sup>. Seine Forderung nach Innovation der Methoden, mit denen die kommunistischen Ziele erreicht werden sollen, reflektierte die ausdrückliche Forderung der Neuen Linken nach einem experimentellen und nichtdogmatischen Übergang zum Sozialismus.<sup>5</sup> Für unseren Zusammenhang ist von besonde-

---

<sup>1</sup>Kasten 1979b, S.193.

<sup>2</sup>Vgl. Sparring 1967, S.292.

<sup>3</sup>Vgl. Leonhard 1978, S.281.

<sup>4</sup>Über die desolante Mitgliedersituation der kommunistischen Partei Schwedens (CPS) informiert Åke Sparring: "It does not seem likely that the CPS enjoyed greater prestige during the 1950s. Thereafter, as far as can be judged, the party under Hilding Hagberg's leadership has been one of decline. The average age of the party's members is high, there is no special women's organiza-

rer Bedeutung, daß in der ideologischen Richtung, die Hermansson repräsentiert, D e z e n t r a l i s i e r u n g ein integraler Bestandteil ist. Dazu führt M. Donald Hancock aus:

"Conceding that mass affluence and the integrative role of the LO and the Social Democratic party in articulating and aggregating working-class interests virtually excluded the possibility of revolutionary change, Hermansson and his lieutenants emphasized instead the need to democratize industry through evolutionary steps. Former doctrinaire insistence on the nationalization of industry under control of the party-state bureaucracy was abandoned as Communist leaders formulated alternative proposals for localized worker-ownership of factories and the extension of producer cooperatives. The goal of communist agitation became, in short, the progressive transformation of Swedish society from a capitalistic political democracy to a decentralized form of economic democracy."<sup>1</sup>

Nach dem Parteitag von 1964 hatten die Traditionalisten die Anhänger der ideologischen Linie des ehemaligen Parteiführers Hagberg, zwar noch die Mehrheit im Parteivorstand, wie das frühere Zentralkomitee jetzt genannt wurde - entsprechend Hermanssons Intention, die kommunistische Partei als eine neue Partei zu präsentieren. In den drei Jahren bis zum nächsten Parteitag von 1967 setzte sich Hermanssons Richtung aber nach und nach durch. Dazu trug der Wahlerfolg von 1964 bei - die Kommunisten gewannen 5,2 Prozent der Stimmen - den die Partei selbst als einen Triumph sowohl für Hermansson selbst als auch für den neuen Kurs, den er repräsentierte, betrachtete.<sup>2</sup> Nach ihrem Erfolg bei der Reichstagswahl von 1964, der sich im Gewinn von drei zusätzlichen Parlamentssitzen manifestierte, forcierten die Kommunisten den Wandel ihrer Partei - ihre Umorientierung sollte auch in der Programmatik zum Ausdruck kommen. Hermansson

---

Fortsetzung:

tion, and the Communist Youth League has had a struggling existence. In addition the firmest foothold of the CPS is not in the expanding industrial centers of southern and central Sweden but in the geographically and socially isolated communities of the northern counties, now threatened with depopulation."(Sparring 1967, S.291).

<sup>5</sup>Vgl. Hancock 1972, S.86.

<sup>1</sup>Hancock 1972a, S.239.

<sup>2</sup>Vgl. Sparring 1967, S.318.



und seine Anhänger arbeiteten ein neues Parteiprogramm aus, das sie den Delegierten auf dem Parteitag von 1967 vorlegten. Das Programm enthielt die Forderung nach einem dezentralisierten Modell von Sozialismus als eine charakteristische Grundposition der Neuen Linken<sup>1</sup>, und in ihm ist außerdem, "für eine kommunistische Partei in Westeuropa einmalig, Kritik am existierenden Sozialismus explizit formuliert. Dabei wurde festgestellt, daß neben den schnellen und unwälzenden Fortschritten in sozialistischen Ländern auch negative Züge hervorgetreten seien, vor allem 'große Einkommensunterschiede, Ungleichheit in sozialen Stellungen, Bürokratisierung, Rechtsübergriffe und eine beschnittene Kultur- und Gesellschaftsdebatte, die dem sozialistischen Freiheits- und Gleichheitsideal widersprechen'. Das neue Programm trug alle Reformmerkmale, die später als 'eurokommunistisch' bezeichnet wurden."<sup>2</sup> Entscheidende Merkmale des Wandels, der später veranschaulichend als Verblässung der Farbe der kommunistischen Partei von "rot" nach "rosa" bezeichnet wurde<sup>3</sup>, kommen in einem der einleitenden Sätze des neuen Parteiprogramms zum Ausdruck, das den Namen "Sozialistische Alternative" trägt:

"Die Partei ist Anhänger von freier Meinungsbildung, allgemeinem und gleichem Stimmrecht, Parlamentarismus und Beschlüssen nach dem Mehrheitsprinzip. In Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, Parteien und Organisationen will sie errungene Rechte verteidigen und erweitern, so daß das Volk über die Entwicklung der Gesellschaft bestimmt."<sup>4</sup>

Das neue Parteiprogramm wurde auf dem Parteitag von 1967 "nach lebhafter Diskussion"<sup>5</sup> und "mit großer Mehrheit"<sup>6</sup> angenommen. Der Grund dafür, daß es nicht einstimmig verabschiedet wurde, liegt sicherlich darin, daß erstmals nur auf den Marxismus und nicht mehr auf den Leninismus Bezug genommen wurde, daß sich die Partei programmatisch nicht

---

<sup>1</sup>Vgl. Hancock 1972, S.130.

<sup>2</sup>Kasten 1979b, S.194f.

<sup>3</sup>Vgl. Forsell 1971, S.205.

<sup>4</sup>Zit. nach Wieslander 1968<sup>2</sup>, S.202.

<sup>5</sup>Leonhard 1978, S.283.

<sup>6</sup>Kasten 1979b, S.194.

länger auf den "proletarischen Internationalismus" berief, sondern von "internationaler Solidarität" sprach, und daß im Programm der für Traditionalisten unverzichtbare Begriff "demokratischer Zentralismus" nicht erwähnt wurde - die programmatische Formel "Diktatur des Proletariats" war bereits in den 50er Jahren gestrichen worden.

Heftige Kritik löste der Vorschlag von Hermansson und seinen Anhängern aus, die kommunistische Partei in "Linkspartei" umzubenennen. Während sie auch im neuen Parteinamen den Wandel in linkssozialistischer Richtung zum Ausdruck bringen wollten, erachteten es die Traditionalisten als unverzichtbar, weiterhin deutlich zu zeigen, daß sie Kommunisten sind. Der "Umbenennungsvorschlag stieß vor allem bei den Delegierten der nordschwedischen Industriegebiete auf Widerstand, in dem die Stalinisten die Überhand hatten. So kam es zu dem Kompromiß, nach dem die Partei in Zukunft 'Linkspartei/Kommunisten' genannt wurde."<sup>1</sup>

Nach dem Parteitag von 1967 verschärfte sich der innerparteiliche Richtungskonflikt. Es war ein Machtkampf, bei dem die Linkssozialisten um Hermansson zu programmatischen Zugeständnissen an die Traditionalisten gezwungen waren - die Kritik am real existierenden Sozialismus zum Beispiel wurde nach heftigen Auseinandersetzungen über den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei 1969 aus dem Programm gestrichen, und seit 1972 stützt sich die VPK wieder auf die Theorien von Marx und Lenin. Die Kritik an der Parteiführung kam von seiten der prostalinstischen Mitglieder aus Nordschweden mit Kiruna als Zentrum der Provinz Norrbotten, und sie wurde auf dem Parteitag von 1972 von Kommunisten aus Göteborg - dort besteht die Parteibasis zum großen Teil aus Werftarbeitern - unterstützt. Hermansson wurde jedoch als Parteivorsitzender bestätigt, und

---

<sup>1</sup>Leonhard 1978, S.283.

"trotz programmatischer Verschärfungen war der 72er Kongreß kein Wendepunkt, an dem eine Restauration traditionell-kommunistischer Politik einsetzte"<sup>1</sup>.

Auf dem nächsten Parteitag von 1975, auf dem Carl-Henrik Hermansson als Parteivorsitzender zurücktrat, kam es zur Machtprobe. Vor der Kampfabstimmung über seinen Nachfolger "warf Hermansson der prosowjetischen Minderheit und ihrer Zeitung 'Norrskensflamman' Fraktionstätigkeit vor und forderte sie auf, sich der Mehrheit unterzuordnen. Die Sprecher der prosowjetischen Minderheit hielten dem entgegen, die Parteiführung sei antisowjetisch und weigere sich, die Moskauer Politik gegen den Maoismus zu unterstützen. Die prosowjetische Minderheit bekämpfte erbittert die zunehmende Unabhängigkeit der Partei von der Sowjetunion, die Ablehnung der Okkupation der Tschechoslowakei und die Proteste gegen die Ausweisung Solschenizyns."<sup>2</sup> Als Nachfolger Hermanssons wurde mit einer Mehrheit von zwei Drittel der Delegierten sein bisheriger Stellvertreter Lars Werner gewählt, der ebenfalls die Reformrichtung repräsentiert. Der unterlegene Gegenkandidat, den die Traditionalisten unterstützten war der Göteborger Distriktsvorsitzende Rolf Hagel.

Nach dem Parteitag von 1975 spitzte sich der innerparteiliche Richtungskonflikt zu. In diesem Konflikt war von großer Bedeutung, daß die Traditionalisten mit "Norrskensflamman" eine eigene Zeitung besaßen; der Zeitungskampf wurde zu einem entscheidenden Faktor in der richtungspolitischen Auseinandersetzung:

"Die prosowjetischen Funktionäre im Norden und in Göteborg weigerten sich, die Parteizeitung 'Ny Dag' zu verbreiten, und begannen die 'Norrskensflamman'<sup>3</sup> in ganz Schweden als Parteizeitung herauszugeben."

Kurz vor der Reichstagswahl 1976, bei der die Kommunisten vor allem auf Grund des verschärften innerparteilichen

---

<sup>1</sup>Kasten 1979b, S.197.

<sup>2</sup>Leonhard 1978, S.285.

<sup>3</sup>Ebd., S.286.

Richtungskonflikts 0,5 Prozent der Stimmen verloren, spalteten sich drei der neunzehn Abgeordneten von der VPK-Fraktion ab, und nachdem die VPK im Januar 1977 die von der stalinistischen Minderheit mißbilligte Prager Bewegung "Charta 77" begrüßt hatten, kam es Ende Februar 1977 zur Spaltung der Partei. Die abgespaltene Gruppe um Rolf Hagel gründete eine neue Partei, die sie "Arbeiter-Partei/Kommunisten" (APK) nannte. Allein schon durch diesen bezeichnenden Namen brachten die Traditionalisten ihre Kritik an der Linkspartei/Kommunisten deutlich zum Ausdruck: Sie kritisierten einzelne, 1972 in die Programmatik der VPK aufgenommene ideologische Elemente, die nicht nur als zugestandene Verstärkung des traditionalistischen Moments angesehen werden konnten, sondern auch als Ausdruck einer zunehmenden Radikalisierung, die nicht an Moskau orientiert war. So verwendete die VPK zum Beispiel häufig den Begriff "Revolution", um die mit politisch links von der VPK stehenden Gruppen sympathisierenden Wähler für sich zu gewinnen. Die Traditionalisten werteten das Bemühen der VPK, sich neue Wählergruppen zu erschließen, als "als eine opportunistische Anpassung an die Neue Linke. Ob es wirklich die neue Politik war, die sogar zu einem gewissen Rückgang des kommunistischen Einflusses in der Gewerkschaft (LO) geführt hat, ist nicht einfach zu klären. Die Traditionalisten jedoch waren der Auffassung, daß die VPK wegen des radikaleren Kurses ihren Charakter als Arbeiterpartei verloren und sich zu einer Akademiker- und Mittelschichtpartei gewandelt habe."<sup>1</sup>

Der Verbalradikalismus der VPK, der etwa zur gleichen Zeit einsetzte, wie der Atomkonflikt im schwedischen Parteiensystem begann, kann m.E. auch als Profilierungsversuch gegenüber den Sozialdemokraten verstanden werden, die Ende

---

<sup>1</sup>Kasten 1979b, S.197.

der 60er Jahre ebenfalls ideologische Elemente der Neuen Linken aufgenommen hatten. Eine andere wählerwirksame Profilierungsmöglichkeit der Kommunisten stellte die Aufnahme des Atomprotests dar - hier konnte die sozialdemokratische Partei wegen ihrer Eingebundenheit in den Wachstumspakt nicht nachziehen, während die Kritik an der Kernkraft mit der Programmatik der VPK in Einklang zu bringen war, zum Beispiel mit ihrer Kritik an der für den hohen Energieverbrauch und das Arbeitslosigkeitsproblem mitverantwortlichen Industriepolitik und ihrer Befürwortung dezentralisierter, energiesparender und arbeitsintensiver "small-scale production", die sie auf der senkrechten Achse des zweidimensionalen schwedischen Parteiensystems in die Nähe der Zentrumsparterie rückt.

Es ist nicht verwunderlich, daß auch die Anti-Kernkraftlinie der VPK von der APK als Anbiederung an die Neue Linke verurteilt und "als eine Folge des Opportunismus abgetan wird"<sup>1</sup>. Über den Atomkonflikt innerhalb der VPK vor der Abspaltung der traditionalistischen Oppositionsgruppe liegen so gut wie keine Informationen vor - die Sekundärliteratur zum Thema der vorliegenden Arbeit spiegelt die Tatsache wider, daß der innerparteiliche Richtungskonflikt den innerparteilichen Atomkonflikt überdeckte. Daß er existierte, wird in Olof Peterssons Analyse der Reichstagswahl von 1976 beiläufig erwähnt:

"Communists were internally split on the issue of nuclear power: the Moscow-oriented minority group opposed the 'ecological' line of the majority and advocated a policy which resembled that of the Social Democrats."<sup>2</sup>

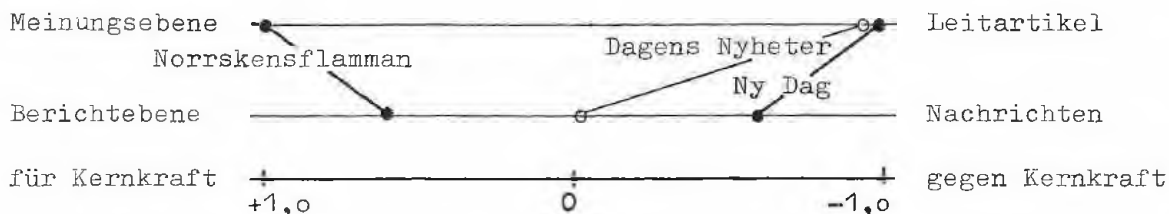
In der Primärerhebung von Sören Holmberg über die Kernkraft-Berichterstattung und die "Meinungsmache" der schwedischen Parteipresse im Wahlkampf von 1976 fällt die Antwort

---

<sup>1</sup>Back/Berglund 1978, S.61.

<sup>2</sup>Petersson 1978, S.112.

auf unsere Frage, ob der kommunistische Richtungskonflikt auch in der Haltung zur Atomkraft zum Ausdruck kommt, ebenfalls quasi als "Nebenprodukt" ab, weil systematisch und intensiv nur die Presse der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Konservativen sowie der Zentrumspartei untersucht wurde. Die vorliegenden Daten<sup>1</sup> zeigen, daß der innerparteiliche Atomkonflikt sowohl in den Leitartikeln als auch in der Berichterstattung von "Ny Dag", dem linkssozialistisch orientierten Organ der VFK einerseits, und von "Norrskensflamman", der Zeitung der oppositionellen Traditionalisten, deutlich zum Ausdruck kommt:



Auf der hier zur Veranschaulichung unseres Zusammenhangs vereinfacht wiedergegebenen Skala hat Holmberg als Ergebnis einer Inhaltsanalyse 18 schwedische Parteizeitungen positioniert sowie zwei parteipolitisch unabhängige Tageszeitungen, unter denen Dagens Nyheter ist, die im Gegensatz zu allen Parteiorganen neutral über das Kernkraft-Thema berichtete, obwohl sie eine dezidierte Meinung vertrat. Auf dieser Skala nimmt Norrskensflamman auf der einen und Ny Dag auf der anderen Seite die Extremposition ein - die anderen Parteizeitungen, die sich im Wahlkampf zum Teil aus taktischen Gründen zurückhielten, sind innerhalb der von den beiden kommunistischen Zeitungen abgesteckten Grenzen,

<sup>1</sup>Vgl. Holmberg 1978b, S.228.

also zwischen den Punkten +1,0 und -1,0 auf der Meinungs- und den Punkten +0,6 und -0,62 auf der Berichtsebene positioniert. Nur eine der sozialdemokratischen Zeitungen befürwortete in ihren Leitartikeln die Atomenergie so deutlich und stark, daß sie ebenfalls den Wert +1,0 erreicht. Zum Ergebnis für die beiden kommunistischen Parteizeitungen fügt Holmberg erläuternd hinzu:

"Es basiert auf sehr dünnem Material (wenig Artikel/Argumente); aber daß **N o r r s k e n s f l a m m a n** und **N y D a g** in der Kernkraftfrage gänzlich verschiedene Linien vertreten, darüber besteht kein Zweifel."<sup>1</sup>

Die Konsequenz, die der innerparteiliche Atomkonflikt für die VPK hatte, ist mit der des innerparteilichen Richtungskonflikts gleichzusetzen: Die Existenz einer einflußreichen Gruppe in der VPK, die nicht nur die sowjetische Politik verteidigte, sondern sich auch für den Ausbau der Kernkraft stark machte, beeinträchtigte die Glaubwürdigkeit der VPK innerhalb der Neuen Linken bzw. der Basisbewegung gegen Atomenergie. Dieses Legitimationsdefizit hatte zur Folge, daß Vertreter der Neuen Linken sich nicht zum Eintritt in die VPK entschließen konnten, und daß die VPK ihr Wählerpotential nicht ausschöpfen konnte. Die Abspaltung der kernkraftbefürwortenden Traditionalisten löste beide Legitimationsprobleme der Linkspartei/Kommunisten, wie aus ihrem Mitgliederzuwachs seit 1977 und ihrem Wahlerfolg bei der Reichstagswahl 1979 zu schließen ist: Der durch die Spaltung der Partei bedingte Mitgliederschwund war schon ein Jahr später durch neue Beitritte wieder ausgeglichen<sup>2</sup>, und bei der Parlamentswahl im September 1979 konnte die VPK mit einem Stimmenanteil von 5,6 Prozent ihr bestes Wahlergebnis seit 1948 verzeichnen. Während sie drei Mandate hinzugewann, mußte die APK, die nur 0,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, ihre Parlamentssitze

---

<sup>1</sup>Holmberg 1978b, S.229.

<sup>2</sup>Vgl. Leonhard 1978, S.287.

räumen. Die VPK konnte ihren Stimmenzuwachs von 0,8 Prozent als Erfolg ihrer linkssozialistischen Strategie betrachten:

"Auffallend ist vor allem eine deutliche Verbesserung ihrer Position in den Groß- und Universitätsstädten. In Stockholm beispielsweise erzielten die Kommunisten 10,4 und in Göteborg rund 10 Prozent der Stimmen. In Uppsala brachten sie es auf 6,5 und in Lund, einer Universitätsstadt in Südschweden, auf 9,1 Prozent. Noch erfolgreicher schnitt die VPK bei den Kommunalwahlen ab, die ebenfalls am Sonntag stattfanden. In Uppsala gewann sie 9,3 und in Lund sogar 12,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Partei scheint also vor allem unter Studenten und Akademikern neuen Anhang gefunden zu haben."<sup>1</sup>

##### 5. Der außerparlamentarische Protest gegen Atomenergie

Wenn im folgenden die Basisbewegung gegen Kernkraft unter bestimmten strukturellen und historischen Aspekten betrachtet wird, dann ist gleichzeitig vom Wählerpotential der Linkspartei/Kommunisten die Rede, das schon im vorhergehenden Kapitel über die VPK angesprochen wurde: Die anti-nukleare Protestbewegung geht von den schwedischen Großstädten aus, die gleichzeitig Universitätsstädte sind, und sie wird von jungen Leuten getragen, die entweder Studenten sind oder in den 60er bzw. 70er Jahren studiert und als Berufstätige ihre Verbindung zum "studentenbewegten Universitätsmilieu" nicht verloren haben.

Anfang der 70er Jahre war die Rate der Wahlabstinenz, die man als einen Ausdruck von Unzufriedenheit betrachten kann, unter den Wahlberechtigten im Alter von 20-24 Jahre im allgemeinen und unter den Studenten im besonderen relativ hoch<sup>2</sup> - unter den jungen Leuten also, die heute die Basisbewegung gegen Atomenergie tragen. Deshalb konnte sich die VPK von der Aufnahme des Protests der schwedischen Ju-

---

<sup>1</sup>Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.9.1979.

<sup>2</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.200f.



gend besonders große Stimmengewinne versprechen. Die Jungwähler stellen demnach eine wesentliche Triebkraft des Wandels im schwedischen Parteiensystem dar, und mit Hancock kann von einer "increased importance of the nation's youth as a political resource"<sup>1</sup> gesprochen werden.

Von wesentlicher Bedeutung sind die Wertorientierungen und politischen Verhaltensweisen dieser Bevölkerungsgruppe, die sich neben Studenten und Kulturschaffenden aus Beschäftigten in Massenmedien, Bildungswesen und Sozialarbeit zusammensetzt - akademische Ausbildungs- und Berufsbereiche mit relativ geringem Sozialprestige und Einkommensniveau, in denen der Anteil der Studenten bzw. Beschäftigten mit "working-class background" verhältnismäßig hoch ist.<sup>2</sup> Deshalb wird bei der Untersuchung der Wurzeln der Basisbewegung gegen Atomkraftwerke auch nach dem "ideologischen Nährboden" gefragt, sowie danach, ob die Träger der sozialen Bewegungen der 60er Jahre, die einen abweichenden Werthorizont aufweisen, auch unkonventionelles politisches Verhalten befürworten und praktizieren. Bis weit in die 60er Jahre hinein wurden in Schweden fast alle politischen Aktivitäten durch die etablierten Parteien kanalisiert. Es waren die Studenten, die Ende der 60er Jahre politische Strukturen, Entscheidungen und Verhaltensweisen in Frage stellten, sozio-ökonomische Entwicklungen kritisierten und ihren Protest auf der Straße zum Ausdruck brachten. Olof Petersson hebt die besondere politische Bedeutung von Studenten hervor:

"Students very often act as forerunners to a subsequent political development among rank and file."<sup>3</sup>

Der ideologische Nährboden der Protestbewegungen der 60er Jahre besteht in erster Linie aus "kulturellem Radikalismus", der in der sozialdemokratischen und vor allem der liberalen Tradition verankert ist, von der Neuen Linken

---

<sup>1</sup>Hancock 1972, S.144.

<sup>2</sup>Vgl. Heidenheimer 1977, S.426.

<sup>3</sup>Petersson 1973, S.300.

aufgenommen wurde und Ende der 60er Jahre innerhalb der linken Studentenorganisationen besonders stark zu spüren war. Den Ursprung des kulturellen Radikalismus stellt die Gründung der Verdandi - Diskussionsgesellschaft an der Universität Uppsala 1882 dar, deren Ziel es war, rationale Kritik an den Glaubenssätzen der schwedischen Staatskirche, an konventioneller Moral und tradierten Institutionen überhaupt zu fördern. Dieser städtische Radikalismus hatte schon bald großen Einfluß auf Intellektuelle und Journalisten. Über das Gewicht des kulturellen Radikalismus in der gegenwärtigen schwedischen Presse führt Richard F. Tomasson aus:

"The influence of this tradition is particularly notable in a number of the larger Liberal and Social Democratic newspapers, a tradition which has little counterpart in the English or American press, and it is a more important element in the major Swedish press than in the other Scandinavian countries. Dagens Nyheter, the most important liberal paper in Sweden that adheres to this tradition, according to its own statement, 'aims to be an organ for opinion formation in a liberal and radical spirit, a newspaper which takes up the burning problems, pushing aside the fetters of catchwords and though clichés, and prepares the way for a better society, without unreflective respect for established opinions and institutions'."<sup>1</sup>

Die parteipolitisch unabhängige liberale Tageszeitung Dagens Nyheter hatte in den 60er Jahren sicherlich einen großen Einfluß auf die schwedische Jugend, und über deren Proteste und Aktionen berichtete diese Zeitung sehr ausführlich. Auch heute noch veröffentlicht sie Rückblicke auf die unruhigen 60er Jahre, in denen deutlich zum Ausdruck kommt, daß die unten noch anzusprechende Mairevolte der schwedischen Studenten von 1968 ein Ereignis war, dem in unserem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zukommt. Unter der Überschrift "Die Mairevolte von 1968 gebar die Aufwiegler der 70er Jahre" schreibt Leif Nylén:

---

<sup>1</sup>Tomasson 1970, S.39.

"Die Mairevolte 1968 ist natürlich der dramatische Bruchpunkt: Damals vereinigten sich die antiimperialistische Bewegung und die Kräfte der Jugendrevolte zum großen Linksaufschwung. Viele betrachteten 1968 als Kulmination der Freiheitsträume der 60er Jahre. Ich selbst fasse sie (die Mairevolte) eher als Einfahrt in die 70er Jahre auf - so viel von dem, was ideologische Theorie war, wurde experimentelle Praxis erst im Laufe des kommenden Jahrzehnts. Da wurden die Ideen geprüft, verworfen oder weiterentwickelt, aus der Protestbewegung wurde eine Alternativbewegung."<sup>1</sup>

Peter Madsen unterscheidet in seinem Beitrag zur Themennummer "Linksbewegung in Skandinavien", die die norwegische Zeitschrift "Kontrast" in Zusammenarbeit mit einer schwedischen und einer dänischen Zeitschrift herausgegeben hat, vier verschiedene Tendenzen, in die die Studentenbewegung zerfallen ist bzw. die die Entwicklung seit Anfang der 70er Jahre kennzeichnen: autonomer Aktivismus, Privatisierung, Traditionalisierung und Akademisierung. Der "autonome Aktivismus" sei die bedeutendste Verlängerung des Aufruhrs von 1968. Die Aktivisten griffen neue Themen auf und regten ständig neue Gruppen zu politischer Aktivität an. Dabei sei die Frauenbewegung von besonderer Bedeutung, sowohl wegen der großen Zahl der Beteiligten, als auch auf Grund der Breite der Problemstellungen.<sup>2</sup> Zu den Problemen, die die Frauenbewegung thematisiert hat, zählen auch die Risiken der Kernenergie. Zusammen mit den Bürgerinitiativen, die ebenfalls Ende der 60er Jahre entstanden, sind die schwedischen Frauengruppen die Träger des Atomprotests.

#### 5.1 Die Wurzeln der Basisbewegung:

##### Die Neue Linke und die Studentenbewegung

Die Forderung der verschiedenen in der Basisbewegung gegen Atomkraft zusammenarbeitenden Gruppen, Bürgerinitia-

<sup>1</sup>Dagens Nyheter vom 30.12.1979.

<sup>2</sup>Vgl. Madsen 1977, S.23f.

tiven und Einzelpersonen nach einer Volksabstimmung über die Nutzung der Kernkraft ist nicht nur Ausdruck ihrer Befürwortung einer alternativen Energiepolitik, sondern sie ist gleichzeitig Ausdruck ihres Strebens nach mehr direkter Demokratie. Die Wurzeln dieser Basis- oder Alternativbewegung sind deshalb vor allem bei den politischen Kräften zu suchen, die Kritik an der repräsentativen Demokratie, einem wesentlichen Strukturelement des schwedischen politischen Systems, als erste und am schärfsten formuliert haben. Nils Elvander nennt diese Kräfte:

"To a considerable degree, the recent (and continuing) debate on problems of democracy in larger social structures has been inspired by the Swedish New Left."<sup>1</sup>

"Neue Linke" ist die Bezeichnung für eine Gruppe marxistisch orientierter Intellektueller, die ideologisch keineswegs homogen, sondern vielmehr von Anfang an gespalten war.<sup>2</sup> Die richtungspolitischen Unterschiede innerhalb der schwedischen Neuen Linken, die auch in der Vietnam- und in der Studentenbewegung zum Ausdruck kam, sollen hier nicht dargestellt werden - sie sind im Kapitel über die Linkspartei/Kommunisten skizziert worden. Einfluß auf den Wandel des Parteiensystems hatte vor allem die Fraktion der Neuen Linken, die innerhalb der kommunistischen Partei von Carl-Henrik Hermansson repräsentiert wurde.

Der im vorigen Kapitel ausführlich dargestellte Wandel des schwedischen Parteiensystems ging vor dem Hintergrund der von den politischen und gesellschaftlichen Trägern des Wachstumspaktes forcierten Rationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vonstatten, deren Konsequenzen nicht nur bei der Neuen Linken, sondern auch bei nichtsozialistischen politischen Kräften auf Kritik stieß - bei den nichtbäuerlichen Anhängern der Zentrumspartei<sup>3</sup>, und vor allem bei den

---

<sup>1</sup>Elvander 1972, S.306.

<sup>2</sup>Vgl. Gyllensten 1972, S.281.

<sup>3</sup>Bzw. bei denen, die nicht als Großbauern von der sozioökonomischen Entwicklung profitierten.

liberal orientierten Schweden, die in der Tradition des kulturellen Radikalismus standen. M. Donald Hancock spricht die Entstehung eines kritischen Bewußtseins in den 60er Jahren an:

"Underlying changes in Sweden's socio-economic structures have not yielded a uniformity of political attitudes toward either the existing welfare-political system or the possible goals of post-welfare society. Indeed, a number of traditional ideological cleavages continue to persist while new sets of attitudes have emerged to challenge prevailing ones."<sup>1</sup>

Der durch die Widersprüche des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates (vor allem Ungleichheit) bedingte und von der Neuen Linken initiierte Bewußtseins- und Wertwandel führte besonders an der Basis von etablierten Parteien und Organisation zu einer Reihe von "Grassroot-Revolten"<sup>2</sup> gegen das "Establishment", von dem sich die Mitglieder nicht repräsentiert fühlten. Diese Protestbewegung der 60er Jahre wird auch als "neuer Radikalismus" bezeichnet<sup>3</sup>, und auf Grund der durchgängigen Forderung der "neuen Radikalen" nach einer stärker "individualorientierten Partizipation"<sup>4</sup> ist von einem "neuen Individualismus" die Rede<sup>5</sup>. Nils Elvander faßt die Entwicklung wie folgt zusammen:

"Even a few years ago no one would have conceived of questioning the validity and effectiveness of representative democracy in Sweden. Its dominance in all areas of society appeared so self-evident that the debate on problems of democracy focused entirely on improvement within the framework of the representative system. But today the situation has changed significantly. In many ways the contemporary sociopolitical debate is tending toward a renaissance of direct democracy. At a very minimum social critics have called for a thorough reconsideration of the existing forms in which the representative system functions. In a more radical fashion than earlier, the capacity of the individual to influence social development has occupied a central place in the Swedish debate. This has occurred because of greater awareness of the general tendency toward larger bureaucratic units and the increased centralization of power.

---

<sup>1</sup>Hancock 1972a, S.234.

<sup>2</sup>Vgl. Ruin 1974, S.176.

<sup>3</sup>Vgl. z.B. Gyllensten 1972, S.281.

<sup>4</sup>Ruin 1974, S.176.

<sup>5</sup>Vgl. Hancock/Sjoberg (Hg.) 1972.

In this sense Sweden appears to be on the threshold of a breakthrough to a new individualism."<sup>1</sup>

Wesentliches Merkmal der schwedischen Neuen Linken, mit der sich viele Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler identifizierten, die ihrerseits großen Einfluß auf den Radikalisierungsprozeß hatten und vor allem an der Debatte über den Vietnamkrieg und andere internationale Fragen teilnahmen<sup>2</sup>, ist nicht nur, daß sie den Kapitalismus ablehnte, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel forderte und ein dezentralisiertes Wirtschaftssystem befürwortete, in dem die Arbeiter selbst die Betriebe kontrollieren. Charakteristisch ist auch, daß die Neue Linke die korporatistische Entscheidungsstruktur kritisierte, also die einträchtige Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Regierung und dem sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbund mit den Interessenvertretern der Unternehmer. Dazu bemerkt Olof Ruin:

"This type of critique against signs of corporativism touched also on a classical theme: an integration of different interest organizations in the governmental process threaten to sap, tranquilize, and even harness the revolutionary strength and vitality of the working class."<sup>3</sup>

Kein Wunder, daß der spontane Streik der LKAB-Grubenarbeiter im Winter 1969/70 die Anhänger der Neuen Linken begeisterte, richtete er sich doch nicht nur gegen den Arbeitgeber, sondern auch gegen die basisferne Gewerkschaftsführung, die dazu beigetragen hatte, daß die, deren Interessen sie repräsentieren sollte, einer Arbeitssituation ausgesetzt waren, die auf den Begriff "Entfremdung" zu bringen ist.<sup>4</sup>

Zum Zeitpunkt des Streiks der Grubenarbeiter war der Höhepunkt der Studentenbewegung schon überschritten. Der Studentenprotest und der Streik der Bergmänner hatten, wie Olof Ruin feststellt, etwas gemeinsam: Beide Aktionen rich-

---

<sup>1</sup>Elvander 1972, S.306.

<sup>2</sup>Vgl. Björk 1972, S.255f.

<sup>3</sup>Ruin 1974, S.175.

<sup>4</sup>Vgl. Israel 1972.

teten sich auch gegen die Interessenorganisationen der Betroffenen, denen vorgeworfen wurde, sie stünden der Regierung näher als ihrer Basis. Ruin fährt fort:

"The striking miners in the north and the dissatisfied students had another thing in common: they were suspicious of the traditional forms of representative democracy. The miners in the north, at different stages of the strike, gathered at large meetings to make decisions about their next moves; the students at various university departments wanted departmental decisions to be made at meetings, where all the teachers and students concerned could be present. The demands for more individual-oriented participation was, in other words, coupled with demands for more direct democracy."<sup>1</sup>

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dem die Hypothese zugrundeliegt, daß zwischen der Protestbewegung der 60er Jahre und der Protest- bzw. Alternativbewegung der 70er Jahre eine ideologische und - in bezug auf die nicht mehr ganz jungen Atomkraftgegner - auch personelle Identität besteht, daß auch die Kritisierten Konzerne identisch sind:

1. Das Bergbauunternehmen LKAB, das Ende der 60er Jahre die Aufmerksamkeit der Neuen Linken auf sich zog, provozierte 1977 die Atomkraftgegner, als es die Schürfrechte für den Schieferabbau bei Kanstad in Mittelschweden zwecks Urangewinnung beantragte - sicherlich mit Billigung seiner Beschäftigten, inclusive der kommunistischen Grubenarbeiter, die den Atomprotest der Linkspartei/Kommunisten nicht mittragen und die sich eher von der abgespaltenen Arbeiterpartei/Kommunisten repräsentiert fühlen.
2. Der Elektrokonzern ASEA, der Atomreaktoren herstellt und deshalb in der Kernkraftdebatte eine bedeutende Rolle spielt, wurde 1968 von der Neuen Linken bzw. den ebenfalls antiimperialistisch, antikolonialistisch und anti-rassistisch eingestellten revoltierenden Studenten wegen seiner Beteiligung am umstrittenen Cabora Bassa-Projekt

---

<sup>1</sup>Ruin 1974, S.178f.

in Mosambik angegriffen<sup>1</sup>: Bei den Stromschnellen von Cabora Bassa (Quebrabasa-Fälle), 120km nordwestlich der Stadt Tete, sollte 1969 der Bau eines 145m hohen Dammes zwecks Stauung des Flusses Sambesi beginnen, und das am Cabora Bassa-Damm projektierte (größte) Kraftwerk (Afrikas) sollte auch die Nachbarländer Mosambiks mit Strom versorgen<sup>2</sup> - also auch die Apartheid praktizierende Republik Südafrika und das von einer weißen Minderheitsregierung beherrschte Rhodesien. Die Göteborger Studenten brachten ihren Protest durch unkonventionelle Aktionen - zum Beispiel Besetzung der Geschäfte von ASEA-Scandia - zum Ausdruck.

Die Protestbewegungen der 60er Jahre waren von einem starken moralischen Engagement der Beteiligten geprägt, die ihre Entrüstung über Unterdrückung im allgemeinen und Krieg im besonderen sowie ihre Forderung nach Selbstbestimmung - sie kämpften gegen Entfremdung und für "Authentizität"<sup>3</sup> - durch Demonstrationen kundtaten. Verglichen mit der Entwicklung in anderen Ländern war die schwedische Studentenrevolte, die 1968 ausbrach, und die sich primär gegen das Universitätssystem, in einem weiteren Sinne aber auch gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem richtete, jedoch eher "gemäßigt".<sup>4</sup> Es gab aber auch gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei, über die Richard F. Tomasson und Erik Allardt informieren:

"Yet the spring of 1968 saw great concern on the part of the government and the press in Sweden over the use of violence by protesting groups of which there has been an almost total absence in Scandinavia during the past several decades. The most publicized incident was the demonstration on May 3, 1968, in the south coast resort town of Båstad which resulted in the cancellation of the Davis Cup tennis match between Sweden and Rhodesia. There were altercations between the protestors and charges of police brutality, but there were no serious injuries."<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Fleming/Åberg 1970, S.33.

<sup>2</sup>Vgl. Afrika-Handbuch 1968, S.318 und 320.

<sup>3</sup>Vgl. Gyllensten 1972, S.298.

<sup>4</sup>Vgl. Elvander 1972, S.307.

<sup>5</sup>Tomasson/Allardt 1969, S.97.



Daß die Revolte nur von einem relativ geringen Teil der schwedischen Studentenschaft getragen wurde, geht aus einer amerikanischen komparativen Studie hervor, die Harlan S. Strauss in seinem bibliographischen Essay über studentischen Aktivismus und Radikalismus anführt: Auf die Frage "Have you ever participated in a political demonstration?" antworteten von den interviewten schwedischen Studenten nur 12,6 Prozent mit "Yes", während zum Beispiel 34,5 Prozent der amerikanischen und 26,9 Prozent der dänischen Studenten diese Frage bejahten.<sup>1</sup> Olof Petersson interessierte sich besonders für die ideologische Grundeinstellung der revoltierenden Minderheit unter den schwedischen Studenten, und er machte 1969 eine Umfrage an der Universität Göteborg, um den Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Partizipation an Demonstrationen zu ermitteln. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß die Studenten, die sich am ehesten an Demonstrationen beteiligten, gleichzeitig politisch weit links standen und ein starkes System-Mißtrauen aufwiesen. Die erhobenen Daten interpretierte er dahingehend, daß die Neigung eines Individuums, sich politisch unkonventionell zu verhalten, eine Funktion einer plötzlichen Veränderung in seinen politischen Meinungen und Orientierungen ist:

"Fresh political discoveries and re-evaluations result in demonstrative behavior."<sup>2</sup>

Höhepunkt der Studentenrevolte in Stockholm war die Besetzung des Gebäudes der schwedischen Studentengewerkschaft SFS (Sveriges forenade studentkärer) vom 24.-27.Mai 1968.<sup>3</sup> Die Stockholmer Studenten protestierten mit dieser Aktion gleichzeitig gegen die Bildungspolitik der sozialdemokratischen Regierung und ihren eigenen Interessenverband, der - ähnlich wie die Gewerkschaften der Arbeitnehmer - integraler Bestandteil der korporatistischen Struktur in Schweden ist:

---

<sup>1</sup>Vgl. Strauss 1971, S.40.

<sup>2</sup>Petersson 1973, S.305.

<sup>3</sup>Vgl. Fleming/Aberg 1970, S.31.

Die SFS, in der die Mitgliedschaft für alle Studenten obligatorisch ist, war in den 60er Jahren - in der Zeit der "Bildungsexpansion" - zu einer starken, einflußreichen und bürokratischen Organisation herangewachsen, die Zugang zu verschiedenen Ministerien, vor allem dem Bildungsministerium hatte, und die auf verschiedene Weise an der Administration beteiligt war. Den leitenden Funktionären der SFS wurden oft attraktive Arbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung angeboten, und vor allem die angesehene Position des Vorsitzenden der Studentengewerkschaft war ein Sprungbrett für eine Karriere in Wirtschaft oder Politik - Olof Palme zum Beispiel hatte sie einmal innegehabt.<sup>1</sup> Zur Kritik der schwedischen Studenten an ihrem Interessenverband führt Olof Ruin aus:

"A part of student criticism was explicitly directed against the SFS itself and against the relations between the SFS leadership and the government. These relations were allegedly too close. The leadership, it was argued, had tended to lose touch with the rank and file opinions and to look instead at student matters from the perspective of the government. The student leaders were denounced by some of their own constituencies as being governmental bureaucrats rather than spokesmen for the students."<sup>2</sup>

Die Regierungsperspektive war seit Anfang der 60er Jahre durch die veränderten Erfordernisse des Arbeitsmarktes bestimmt, dessen Unberechenbarkeit die Inkongruenz von Planzielen und tatsächlicher Entwicklung bedingte: 1966/67 zum Beispiel überstieg die Zahl der in den Studienrichtungen Klassische Philologie und Sozialwissenschaften eingeschriebenen Studenten das Planziel der Regierung um 10 Prozent, während sich wesentlich weniger Studenten als geplant für die regierungsamtlich angepriesenen Fächer in den Bereichen Technologie und Wirtschaftswissenschaften entschieden. Die Ursache dafür liegt in der Entwicklung des Arbeitsmarktes

---

<sup>1</sup>Vgl. Tomasson/Allardt 1969, S.116f.

<sup>2</sup>Ruin 1974, S.178.



sowie speziell darin, daß der expandierende öffentliche Sektor bis Ende der 60er Jahre noch alle Hochschulabsolventen aufnahm.<sup>1</sup>

Das schwedische Universitätssystem war in den 60er Jahren dadurch gekennzeichnet, daß es "offene" und "geschlossene" Fakultäten gab, d.h. bei den Studienrichtungen Medizin, Zahnmedizin und Ingenieurwissenschaften bestand ein Numerus Clausus, während der Zugang zu den Fakultäten Philologie, Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften nicht beschränkt war. Das hatte zur Folge, daß zwischen 1960 und 1969 die Zahl der in den Numerus Clausus-Fächern immatrikulierten Studenten sich nur wenig mehr als verdoppelte, während sich zum Beispiel die Zahl der in sozialwissenschaftlichen Fächern eingeschriebenen Studenten vervierfachte. In dieser Entwicklung kommt die schwedische Bildungsexpansion am deutlichsten zum Ausdruck: 1969 war die Zahl der im Fachbereich Sozialwissenschaften Studierenden höher als die Zahl der gesamten schwedischen Studentenschaft von 1960!<sup>2</sup>

Die sozialdemokratische Regierung begründete die von ihr angestrebte Bildungsexpansion damit, daß auf diese Weise mehr Gleichheit erreicht werden sollte, aber, wie aus folgenden von Arnold J. Heidenheimer referierten offiziellen Daten hervorgeht, verfehlte sie dieses (legitimatorische) Ziel:

"A study (...) pointed out that reward differentials led to a distinction between 'prestige and high status' fields, largely leading through the 'closed' faculties, and a more mundane opportunity obtainable through the 'open' faculties. It ascertained that the increase in university places did not lead to a more broad-based recruitment to the 'prestigious' professional fields. The proportion of medical students from families headed by proprietors, managers, and higher civil servants held pretty steady at about 60% from 1959 to 1969; among engineering students the same held true at a level of about

---

<sup>1</sup>Vgl. Heidenheimer 1977, S.421f.

<sup>2</sup>Vgl. ebd., S.424.



45% to 50%. As the proportion of an age group which entered university study quadrupled from 6% in 1955 to 23% in 1969, the proportion of students from working-class backgrounds did increase from about 15% in 1956 to 21% in 1969. But, in the latter year, working-class students constituted only 11% of medical and dental students, 12% of law students, and 16 % of economic students. By contrast, they were overrepresented among the lower prestige occupations like social work and journalism. Put another way, the educational distribution of Swedes who were 20 years old in 1968-69 still varied enormously by class. Of the 14,000 who belonged to managerial and professional families, 15% were in 'prestige' university lines, and 64% were in 'other' university lines. Of the 65,000 youths from working-class families, only 1% were in 'prestige' university fields, 8% were in 'other' university fields, and 91% were not attending university at all."<sup>1</sup>

Die zitierten Daten wurden von der einflußreichen U-68 Studienkommission vorgelegt, die damit beauftragt worden war, die ungleichmäßige Entwicklung des Universitätssektors zu korrigieren, und deren Vorschläge von den schwedischen Studenten und auch von verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen scharf kritisiert wurden. Ein kontroverser Vorschlag der Kommission bestand darin, für alle Fakultäten Zulassungsquoten festzusetzen, d.h. einen Numerus-Clausus für alle Studienfächer einzuführen. Der Studentenprotest hatte jedoch zur Folge, daß der Reichstag dieser neuen Regelung nicht zustimmte.<sup>2</sup>

Diese Reaktion des politischen Systems auf den Protest der revoltierenden Studenten hatte einen pazifizierenden Effekt. Weitere demobilisierende Faktoren waren die progressive Haltung der sozialdemokratischen Regierung in der Vietnamfrage, ihr Nein zur Beteiligung am Cabora Bassa-Projekt in Mosambik und Maßnahmen zur Demokratisierung der Universität durch "neue Zusammenarbeitsformen."<sup>3</sup> Nils Elvander kommentiert die Demobilisierung der Studentenbewegung

---

<sup>1</sup>Heidenheimer 1977, S.425f.

<sup>2</sup>Vgl. ebd., S.428ff.

<sup>3</sup>Vgl. Fleming/Åberg 1970, S.27 und 35.

wie folgt:

"The course and outcome of the Swedish student revolt provide an excellent example of the classical Swedish method of utilize moderate reforms and pragmatic adjustments to disarm critical attacks on the existing system. The extreme left, which had initiated the university reform process, has become increasingly isolated. Once its concrete demands were met, the broad mass of student opinion was satisfied."<sup>1</sup>

Dem etablierten politischen System gelang also die Abwiegung des Studentenprotests, nicht aber die Bescnwichtigung des Bürgerprotests außerhalb der Universitäten, an dessen Inititierung die neue Linke maßgeblich beteiligt war. Er richtete sich gegen die von einer Elite getroffenen, bürokratischen und für die Masse der Bevölkerung undurchschaubaren Entscheidungen, die Konsequenzen für ihre Lebensumwelt hatten. Elvander verdeutlicht den Unterschied in der staatlichen Reaktionsweise auf Basisprotest dadurch, daß er die Stadtplanung als einen wichtigen Bereich herausgreift, in dem die Betroffenen Mitbestimmung forderten. Wie in der Umweltpolitik standen auch hier die etablierten "Ökonomen" im Zentrum der Kritik derjenigen, die das Repräsentativsystem in Frage stellten und direkte Demokratie forderten:

"Within the university sphere the established authorities have thus demonstrated a positive inclination to respond to criticism. The same cannot be said, however, of the reaction of politicians and bureaucrats to criticism of urban planning on the local level. Critics in both the leftist and non-socialist parties have asserted that the technocratic power structure constitutes the principal determining factor in urban planning in the larger cities, with citizens exercising virtually no influence in decisions. To alleviate this inbalance they have demanded that experts openly explain their values, politicians present alternative proposals to the voters, and sufficient information and concrete possibilities be provided the citizens so that the latter can voice their opinion about the value premises underlying the

---

<sup>1</sup>Elvander 1972, S.308.

various alternatives. Such steps would primarily serve to strengthen the representative system. But some social dissidents have also raised the demand for direct democracy. For example, critics have urged that inhabitants in a given urban district should be given the opportunity to influence detailed formulations of their environment through consultations with administrators and other forms of direct actions. Alternatively, direct democracy could be achieved by making the politicians concerned directly accountable for their actions. The politicians and experts who have been subject to such attacks have generally defended existing practices with two principal arguments: They have cited the need to maintain economic efficiency in urban planning and they have emphasized the formal democratic character of the decision process. With a few exceptions they have not sought a constructive discussion of the critics' proposals for broadening the democratic process. Even less they actually sought to pursue concrete reforms."<sup>1</sup>

Die Erfahrung der von staatlichen/kommunalen Entscheidungen Betroffenen, daß das etablierte politische System ihre Interessen weitgehend ignorierte, führte dazu, daß sich Ende der 60er Jahre Bürgerinitiativen bildeten - erst die Bürgerinitiativbewegung, die mit der Herstellung von politischem Druck durch Öffentlichkeitsarbeit einen Legitimationszwang für die Etablierten erreichte, führte in den 70er Jahren dazu, daß das politisch-administrative System auf den Bürgerprotest mit nichtverfaßten Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik reagierte.<sup>2</sup>

## 5.2 Die Träger des Atomprotests:

### Die Bürgerinitiativen und die Frauengruppen

In den schwedischen Großstädten entstanden die Bürgerinitiativen Ende der 60er Jahre unter der Bezeichnung "byalag", was übersetzt "Dorfgemeinschaft" heißt. Viele von ihnen nannten sich "Umweltgruppen" und schlossen sich im

---

<sup>1</sup>Elvander 1972, S.308f.

<sup>2</sup>Vgl. Kuhn 1978, S.91f.

Frühjahr 1971 zum Reichsverband der Umweltgruppen MIGRI zusammen. Damals interessierten sie sich noch kaum für Kernkraft, Energieversorgung und Wachstumsprobleme. Den Atomprotest griffen sie erst im Herbst 1972 auf, als die Gefahren der Atomkraft auch im etablierten politischen System thematisiert wurden. Dieser Protest ist in der Verlaufsanalyse dargestellt worden. An dieser Stelle soll der Beginn der Bürgerinitiativ- und der Frauenbewegung auf der Grundlage der Hypothese betrachtet werden, daß beide sich aus der Protestbewegung der Neuen Linken bzw. der Studentenbewegung entwickelt haben.

Die ersten Bürgerinitiativen bildeten sich in Stockholm und Umgebung, "denn gerade dort trat die Distanz zwischen Bürger und kommunaler Selbstverwaltung am deutlichsten hervor"<sup>1</sup>. Über die Anfangsphase der Stockholmer Bürgerinitiativbewegung, die nur wenige Monate nach der Mairevolte der akademischen Linken begann, liegt eine Untersuchung vor<sup>2</sup>, in der zwischen Bürgerinitiativbewegung und Alternativbewegung unterschieden wird: Die Bürgerinitiativen hatte von Anfang an sowohl soziale als auch kommunalpolitische Motive, während sich die Aktionen der Alternativgruppen, die etwas früher entstanden waren, zunächst nicht direkt gegen das lokale politische System richteten, sondern allgemeine Kritik zu Ausdruck brachten - zum Beispiel an der tristen Spielumwelt der Kinder im Großstadtmilieu und an den Auswüchsen der Konsumgesellschaft.<sup>3</sup> Sozialwissenschaftler, die diese Gruppen durch teilnehmende Beobachtung untersucht haben, betrachteten diese als einen "Ausfluß der sog. 'Neuen Linken', speziell ihres jugendlichen Teils. Es wurde gesagt, daß Verschiedene von denen, die früher an unterschiedlichen Demonstrationen teilgenommen hatten, in der

---

<sup>1</sup>Kuhn 1978, S.91.

<sup>2</sup>Häggroth 1971.

<sup>3</sup>Zum Beispiel wurde im Herbst 1968 parallel zu einer kommerziellen Teenager-Messe eine Alternativ-Messe durchgeführt und im Dezember 1968 ein alternatives Weihnachtsfest veranstaltet. (Vgl. Ivarsson/Kågeson 1976, S.17).

Arbeit in Alternativgruppen eine Möglichkeit sahen, konstruktive Gegenvorschläge und Alternativen zum herrschenden Gesellschaftssystem zu präsentieren"<sup>1</sup>.

Im Februar 1969 bildete sich im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen die Stadtplanung der etablierten Entscheidungsträger die Gruppe "Alternative Stadt", die nach und nach zur Koordinationsorganisation für Aktionen vor allem in Sachen Stadtverkehr und -planung wurde. Ihre Mitglieder arbeiteten zunächst in kleineren Stadtteilgruppen, von denen in den meisten Fällen die Initiative zur Gründung von Bürgerinitiativen ausging. Die Aktionen der Alternativgruppen hatten in den Massenmedien starke Beachtung gefunden, und besonders die liberale Tageszeitung Dagens Nyheter führte förmliche Kampagnen dafür, sich in Bürgerinitiativen oder ähnlichen Umweltgruppen zu organisieren.<sup>2</sup>

Für die "Mitgliedschaft" in den Alternativgruppen/ Bürgerinitiativen lassen sich zwei Typen von Motiven unterscheiden, die Schlüsse auf eine unterschiedliche politische Orientierung der Mitglieder zulassen:

1. Im Bereich der Stockholmer Innenstadt dominierten politische Motive, d.h. die betroffenen Stadtteilbewohner wollten Kontakte zu den kommunalen Entscheidungsträgern zwecks Mitbestimmung in Planungsfragen herstellen. Dieses Motiv war charakteristisch für "Alternative Stadt", und die ihr angeschlossenen Basisgruppen waren eher "reaktiv" als "programmatisch", d.h. sie wurden nach einer äußeren Störung - zum Beispiel eine aktuelle Sanierungsbedrohung oder ein unerwünschter Straßenbau - aktiv. Diese reaktiven Gruppen erwiesen sich als am fähigsten, die im Herbst 1969 beendete "erste enthusiastische Periode der Bürgerinitiativbewegung" zu überleben.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Häggroth 1971, S.96. Häggroth bezieht sich hier auf eine Seminararbeit von Per Kägeson, der damals an der Stockholmer Universität studierte: "Alternativrörelsen. Alternativgrupernas arbete i Stockholm 1968-1969".

<sup>2</sup>Vgl. Häggroth 1971, S.98ff.

<sup>3</sup>Vgl. ebd., S.100 und 107.



Obwohl sie sich parteipolitisch relativ neutral verhielten, ist anzunehmen, daß in den "Alternative Stadt"-Gruppen das Wählerpotential der Linkspartei/Kommunisten konzentriert ist.

2. In den Vororten von Stockholm dominierten soziale Motive, d.h. den in "Dorfgemeinschaften" aktiven Stadtteilbewohnern ging es vornehmlich darum, Kontakte unter den Mitbürgern herzustellen sowie Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt zu bekommen, wo sie sich zum Kommunizieren treffen konnten. Diese Bürgerinitiativen waren "programmatisch", d.h. sie verfolgten langfristige Ziele wie zum Beispiel die Verminderung der Isolierung des Einzelnen in seiner Wohnumwelt. In der relativ jungen Bevölkerung der Vororte überwog die Forderung nach mehr Freizeitmöglichkeiten.<sup>1</sup>

Allein schon der Name dieser Bürgerinitiativen (von "by"-Dorf) läßt vermuten, daß hier das Wählerpotential der Zentrumsparterie konzentriert ist, die in ihrer Programmatik ausdrücklich auf das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und "Heimat"<sup>2</sup>eingeht. Diese Sehnsucht nach traditionellen Formen des Zusammenlebens war vor allem bei den in den 60er Jahren zugezogenen Stadtbewohnern ausgeprägt vorhanden, die im dörflichen Milieu aufgewachsen waren und teilweise jahrzehntelang auf dem Land gelebt und gearbeitet hatten.<sup>3</sup>

Für unseren Zusammenhang bestätigen Häggroths Ergebnisse, daß die Anhänger der Neuen Linken bzw. die Teilnehmer an der Studentenrevolte die initiierenden und treibenden Kräfte der Bürgerinitiativbewegung waren, in der die Studenten und jungen Berufstätigen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren stark, die zwischen 30 und 39 Jahre alten Stockholmer schwach über- und die über 40 Jahre alten Einwohner

---

<sup>1</sup>Vgl. Häggroth 1971, S.100 und 107.

<sup>2</sup>Vgl. Greverus 1979.

<sup>3</sup>Auf die besondere Bedeutung des Jugendverbandes der Zentrumsparterie CUF, der auch politisch links orientierte junge Leute anspricht, ist schon wiederholt hingewiesen worden. Wenn diese Konkurrenz für die Linkspartei/Kommunisten hier noch einmal erwähnt wird, so soll damit aber keineswegs behauptet werden, daß sich sozialdemokratisch oder liberal orientierte Bürger nicht an der Basisbewegung beteiligten. Sören Häggroth hat in seiner

unterrepräsentiert waren.<sup>1</sup> Nach der Repräsentanz von Frauen hat Häggroth nicht gefragt, und ihre Beteiligung an den Alternativgruppen und Bürgerinitiativen macht er keine Angaben. Es ist jedoch anzunehmen, daß Frauen in der Bürgerinitiativbewegung - zumindest in der Anfangsphase - genauso unterrepräsentiert waren wie an den Universitäten und in der Studentenbewegung.

Die neue linke Frauenbewegung<sup>2</sup> entstand ebenso wie die Bürgerinitiativbewegung Ende der 60er Jahre, und sie hat ihren Ursprung in der sozioökonomischen Entwicklung im allgemeinen sowie in der Unzufriedenheit der schwedischen Studentinnen und berufstätigen "Mittelschichtfrauen" mit den von Männern dominierten Organisationen der Neuen Linken und deren Themenschwerpunkten.

Engpässe auf dem Arbeitsmarkt hatten zur Folge, daß sich die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften erhöhte. Der Anteil der Frauen an den schwedischen Beschäftigten war seit Ende des 19. Jahrhunderts stabil gewesen, bis Mitte des 20. Jahrhunderts die Landflucht einsetzte. Zunächst waren es vor allem ältere Frauen, die im industriellen Sektor berufstätig wurden, wo Arbeitskräftemangel herrschte - damals wurde von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern noch eine extensive Wachstumsstrategie verfolgt

---

Fortsetzung:

Untersuchung der Stockholmer Bürgerinitiativbewegung keine Aussagen über die parteipolitische Orientierung der Aktiven gemacht, so daß seine Ergebnisse - auf der Basis der vorliegenden Informationen über die Sozialstruktur von VPK und Zentrum - hier erst interpretiert werden mußten.

<sup>1</sup>Vgl. Häggroth 1971, S.104f.

<sup>2</sup>Es gibt auch eine "alte bürgerliche Frauenbewegung"; die Diskussion über die Geschlechtsrollenverteilung ist in der schwedischen Gesellschaft tief verankert (vgl. Gyllensten 1972, S.285; Björk 1972, S.253f und Tomasson 1970, S.243f), und ihre Wurzeln reichen zurück bis ins 19. Jahrhundert: 1884 wurde die erste schwedische Frauenorganisation, der "Fredrika Bremer-Verband", gegründet, der heute noch existiert. Auch der mitgliederstärkere "Hausfrauenverband Heim und Gesellschaft" ist eine parteipolitisch neutrale bürgerliche Frauenorganisation. Er rekrutiert ältere und jüngere Frauen aus allen sozialen Schichten (vgl. Bengtsson u.a. 1977, S.19f), und er beteiligte sich zum Beispiel zusammen mit den Gruppen der neuen Frauenbewegung im August 1979 am großen "Frauenmarsch gegen Atomkraft" (vgl. Frankfurter

Die Frauen brauchten keine besondere Ausbildung zu haben, um die ihnen angebotene monotone Routinearbeit ausüben zu können, und da sie keine kleinen Kinder zu versorgen hatten, war für sie die Doppelbelastung noch erträglich, Haushaltsführung und Berufstätigkeit waren miteinander vereinbar. Im Laufe der 60er Jahre veränderte sich diese Situation völlig: Mit der Expansion des tertiären Sektors, vor allem des öffentlichen Dienstes, stieg die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften mit Hochschulausbildung. Immer mehr junge Frauen wollten ganztätig berufstätig sein und protestierten gegen die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie dagegen, die ganze Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung tragen zu müssen. Den Beginn ihres Kampfes für Gleichberechtigung schildern Repräsentantinnen der neuen Frauenbewegung wie folgt:

"Die Frauen, die zuerst auf die Schwierigkeiten, die beiden Funktionen zu vereinbaren, reagierten, waren junge gutausgebildete Frauen, die auf Grund ihrer Ausbildung Gleichheit erwarteten, jedoch statt dessen Diskriminierung sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Familie erfuhren. Bei ihnen entstand ein Bewußtsein über den spezifischen Charakter der Frauenunterdrückung im Kapitalismus, das erst in der neuen sozialistischen Frauenbewegung zum Ausdruck kam. Daß die Frauenbewegung von Anfang an eine sozialistische Richtung hatte, kommt daher, daß sie im Rahmen der radikalen Studentenbewegung Ende der 60er Jahre heranwuchs. Die Frauen fühlten sich als Frauen unterdrückt in einer Bewegung, die für Gleichheit kämpfte."<sup>1</sup>

Die Frauen sahen ihre Interessen von den Bürgerinitiativen und Alternativgruppen, die sich zum Beispiel für mehr Kindertagesstätten einsetzten, besser vertreten als von den revoltierenden Studenten, die - wie die Neue Linke insgesamt<sup>2</sup> - die Frauenfrage eher als "Nebenwiderspruch" betrachteten und ihre Aufmerksamkeit auf die Befreiung der Arbeiterklasse richteten. Obwohl sich die linken Studentinnen

---

<sup>1</sup>Bengtsson u.a. 1977, S.8f.

<sup>2</sup>Vgl. Gyllensten 1972, S.285f.

ebenfalls an den Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg, durch den sie ebenso wie ihre Kommilitonen politisiert worden waren, beteiligt hatten, begrüßten sie es doch sehr, daß durch das Engagement der Bürgerinitiativen und Alternativgruppen näherliegende politische Fragen Priorität erhielten, die sie nicht nur moralisch, sondern auch persönlich betrafen. Ihnen ging es vornehmlich darum, das Privatleben und die Sexualität zu politisieren ("Das Persönliche ist politisch!"), sowie die sozialen Kräfte zu untersuchen, die auf den eigenen Alltag einwirken und ihre Diskriminierung bedingen.<sup>1</sup>

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entstanden neue Frauengruppen, und die neue Frauenbewegung beeinflusste auch schon existierende Frauenorganisationen sowie die politischen Parteien, die sich vom Aufgreifen neuer Themen Vorteile, d.h. Wähler(innen)stimmen versprachen. Im folgenden werden exemplarisch drei Frauengruppen angesprochen: die "Frauenliga", die "Gruppe 8" und der "Linksverband der schwedischen Frauen".

Die Frauenliga bildete sich 1970 in Lund, wo die Frauenbewegung anfangs feministischer orientiert war als in den anderen schwedischen Städten. Obwohl sie sich schon nach zwei Jahren wieder auflöste, ist sie vor allem deshalb von Bedeutung, weil viele ihrer Mitglieder - Studentinnen aus der Mittelschicht - 1972 gemeinsam in die Linkspartei/Kommunisten eintraten und die Programmdiskussion der VPK beeinflussten.<sup>2</sup>

Die Stockholmer Gruppe 8 existiert heute noch - sie ist eine der Frauengruppen, die den Atomprotest tragen, und deren Verwurzelung in der Protestbewegung der 60er Jahre vor allem in ihren phantasievollen und unkonventionellen Aktio-

---

<sup>1</sup>Vgl. Bengtsson 1977, S.58 und Maria Bergom-Larsson in Dagens Nyheter vom 10.10.1979.

<sup>2</sup>Vgl. Bengtsson 1977, S.58ff.

nen zum Ausdruck kommt. Die Gruppe 8 fungierte in der Anfangsphase der neuen Frauenbewegung als sozialistische Avantgarde. Gegründet wurde sie von einer Gruppe von jungen Frauen aus der Mittelschicht, die den Konflikt zwischen Berufstätigkeit und Hausarbeit aus dem Gesellschaftssystem ableiteten, jedoch auf kein Verständnis trafen, als sie versuchten, ihre Analysen in den von Männern dominierten Linksorganisationen zu thematisieren. Ihre eigene Berufstätigkeit in Massenmedien, im Kulturbereich, in Schulen und in Bibliotheken stellte eine günstige Bedingung für eine wirksame Meinungsbildungsarbeit dar. Die Gruppe 8, die 1977 aus 25 Basisgruppen bestand, entwickelte sich zu einer mehr handlungs- als theorieorientierten "Durchgangsorganisation" die vor allem die jüngeren Aktivistinnen rekrutiert.<sup>1</sup>

Im Unterschied zur Gruppe 8 ist der Linksverband der schwedischen Frauen (SKV) in der Arbeiterklasse verankert - er rekrutiert vor allem ältere Arbeiterinnen. Der SKV wurde 1914 als eine liberale Vereinigung gegründet, nahm 1931 seinen jetzigen Namen mit dem Ziel an, auch sozialdemokratisch orientierte Frauen anzusprechen, und ist heute eine radikal parteipolitisch ungebundene Organisation, deren Mitglieder zu einem großen Teil gleichzeitig in der Gruppe 8 und in der Linkspartei/Kommunisten aktiv sind. In den 60er Jahren konzentrierte sich der Linksverband der schwedischen Frauen besonders auf die Friedensarbeit, 1974 nahm er die Umweltfrage in sein Programm auf<sup>2</sup>, und er ist heute ebenfalls Träger des Atomprotests - im August 1979 nahm der Linksverband der schwedischen Frauen zusammen mit vielen anderen Frauengruppen an der großen Demonstration gegen Kernenergie teil, die unter dem Motto stattfand: "Gegen Atomkraft und Männertechnologie - rettet den Frieden und das Leben!"<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. Bengtsson u.a. 1975, S.42 und Bengtsson u.a. 1977, S.9ff.

<sup>2</sup>Vgl. Bengtsson u.a. 1977, S.10ff.

<sup>3</sup>Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28.8.1979.

6. Literaturverzeichnis

- Adler-Karlsson, Gunnar, 1973: Funktionaler Sozialismus. Ein schwedisches Glaubensbekenntnis zur modernen Demokratie. Zug (Schweiz).
- , 1975: Fører atomkraften til diktatur? In: Kyrø, Ø. (Hg.), 1975, S.129ff.
- , 1979: Partiledarna och atomkraften. Stockholm.
- Afrika-Handbuch 1968: Bd.2: Nordost-, Ost- und Süd-Afrika. Hg. vom Afrika-Verein e.V., Hamburg.
- Alfvén, Hannes, 1974: Energioproblemet. In: Gillberg, B.O. (Hg.), 1974, S.67ff.
- , u.a., 1974<sup>4</sup>: Energi till döds? Studiebok i energi- och miljöproblemen. Stockholm.
- Anderson, Bo, 1962: Some Problems of Change in the Swedish Electorate. In: Acta Sociologica, Bd.6, S.241ff.
- Andrén, Nils, 1968: Sweden: State Support for Political Parties. In: Scandinavian Political Parties, Bd.3, S.221ff.
- Anér, Sven, 1979: Urladdning. Stockholm.
- Anners, Erik, 1972: Konservatism in Sweden. In: Hancock, M.D./G. Sjöberg (Hg.), 1972, S.257ff.
- Annerstedt, Jan, 1972: Makten över forskningen. Om statlig forskningsorganisation och forskningsplanering i dagens Sverige. Lund.
- , u.a., 1970: Sveriges Socialdemokratiska Ungdomsförbund (SSU). In: Zenit, Nr.17, S.4ff.
- Anton, Thomas J., 1969: Policy-Making and Political Culture in Sweden. In: Scandinavian Political Studies, Bd.4, S.88ff.
- Arvidsson, Håkan und Lennart Berntson, 1975: VPK under Hermansson. In: Zenit, Nr.2, S.40ff.
- Atomenergie International, o.J.: Atomprogramme und Widerstand in 28 Ländern. Hg. vom Projektbereich Ökologie der VDS. Bochum.
- Back, Pär-Erik, 1967: Det svenska partiväsendet. Stockholm.
- und Sten Berglund, 1978: Det svenska partiväsendet. Stockholm.
- Bengtsson, Margot, 1977: Det personliga är politisk - en berättelse om hur jag upplevt kvinnorörelsen. In: Kontrast, Nr. 3/4 "Venstrebevegelsen i Skandinavien", S.57ff.
- , u.a., 1975: Var står kvinnorörelsen idag? In: Zenit, Nr.4, S.41ff.
- , u.a., 1977: Kvinnorörelsens framtid - socialistisk eller borgerlig feminism? In: Zenit, Nr.2, S.7ff.
- Bergdahl, Ulf und Bengt Fristedt, 1979: Vår miljö. Omgivningshygien, arbetsmiljö. Lund.

- Berglund, Sten und Ulf Lindström, 1978: The Scandinavian Party System(s). Lund.
- und ders., 1979: The Scandinavian Party System(s) in Transition (?) A Macro-Level Analysis. In: European Journal of Political Research, Nr.7, S.187ff.
- Bergqvist, Jan, 1974: Arbeiterbewegung und ökonomische Macht. In: Die Neue Gesellschaft, Bd.21, Nr.1, S.12ff.
- Björk, Kaj, 1972: Individualism and Collectivism. In: Hancock, M.D./G.Sjoberg (Hg.), 1972, S.246ff.
- Board, Joseph B. Jr., 1970: The Government and Politics of Sweden. Boston.
- Bratt, Peter, 1969: De förråda idealen. Om svensk socialdemokrati och Sverige inför 70-talet. Stockholm.
- Castles, Francis G., 1973: The Political Functions of Organized Groups: The Swedish Case. In: Political Studies, Bd.21, Nr.1, S.26ff.
- , 1975: Swedish Social Democracy: The Conditions of Success. In: Political Quarterly, Bd.46, Nr.2, S.171ff.
- Commoner, Barry, 1972: The Environmental Cost of Economic Growth. In: Schurr, S.H. (Hg.), 1972, S.30ff.
- Dahl, Robert A. (Hg.), 1966: Political Oppositions in Western Democracies. New Haven.
- Dahlquist-Ljungberg, Ann Margret (Hg.), 1974<sup>2</sup>: Öppna brev till Olof Palme och därmed till oss själva. En antologi kring kärnkraftproblemet. Stockholm.
- Daléus, Lennart, 1977: Schweden und die Kernenergie. In: Aktuelle Informationen aus Schweden. Hg. vom Schwedischen Institut, Nr.177.
- Elvander, Nils, 1969<sup>2</sup>: Intresseorganisationerna i dagens Sverige. Lund.
- , 1972: Democracy and Large Organizations. In: Hancock, M.D./G. Sjoberg (Hg.), 1972, S.302ff.
- , 1974: In Search of New Relationships: Parties, Unions, and Salaried Employees' Associations in Sweden. In: Industrial and Labor Relations Review, Bd.28, Nr.1, S.60ff.
- , 1979: Scandinavian Social Democracy: Its Strength and Weakness. Uppsala.
- Enochsson, Jorma, 1969: Den unga centern. Stockholm.
- Esping-Andersen, Gösta, 1978: Social Class, Social Democracy and the State. Party Policy and Party Decomposition in Denmark and Sweden. In: Comparative Politics, Bd.11, Nr.1, S.42ff.
- Fenner, Christian, 1978: Schweden. In: Raschke, J. (Hg.), 1978, S.452ff.
- Fleming, Daniel und Bengt Åberg, 1970: Studentrörelsen i Sverige - ett försök till analys av de politiska linjerna. In: Zenit, Nr.20, S.14ff.

- Forsell, Harry, 1971: The Elections in Sweden in September 1970. Politics in a Multi-Level Election. In: Scandinavian Political Studies, Bd.6, S.201ff.
- Fryklund, Björn u.a., 1972: Från Bondeförbund till Centerparti. In: Zenit, Nr.30, S.4ff.
- und Tomas Peterson, 1975: Missnöjespartier i Norden. In: Zenit, Nr.41, S.4ff.
- Gillberg, Björn O., 1974: Atomkraft. In: Ders. (Hg.), 1974, S.13ff.
- (Hg.), 1974: Atomkraft. En bok om reaktorsäkerhet, högaktivt avfall och propaganda. Uppsala.
- Greverus, Ina-Maria, 1979: Auf der Suche nach Heimat. München.
- Griffith, William E. (Hg.), 1967: Communism in Europe. Vol.2: Continuity, Change, and the Sino-Soviet Dispute. Cambridge (Mass.).
- Guldimann, Tim, 1976: Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates. Am Beispiel Schwedens und der Bundesrepublik. München.
- Gyllensten, Lars, 1972: Swedish Radicalism in the 1960s: An Experiment in Political and Cultural Debate. In: Hancock, M.D./G. Sjöberg (Hg.), 1972, S.279ff.
- Habermas, Jürgen, 1973<sup>2</sup>: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main.
- Häggröth, Sören, 1971: Byalagsrörelsen i Stockholm 1968-1970. In: Statsvetenskaplig Tidskrift, Nr.2, S.93ff.
- Hambraeus, Birgitta, 1974<sup>4</sup>: Vill vi ha kärnenergi. In: Alfvén, H. u.a., 1974<sup>4</sup>, S.59ff.
- Hammerich, Kai, 1977: Kompromissernas koalition. Person- och maktspellet kring regeringen Fälldin. Stockholm.
- Hancock, M. Donald, 1972: Sweden. The Politics of Post-industrial Change. Hinsdale (Ill.).
- , 1972a: Post-Welfare Modernization in Sweden: The Quest for Cumulative Rationality and Equality. In: Ders./G. Sjöberg (Hg.), 1972, S.223ff.
- und Gideon Sjöberg (Hg.), 1972: Politics in the Post-Welfare State. Responses to the New Individualism. New York.
- Haskel, Barbara G., 1972: What is Innovation? Sweden's Liberals, Social Democrats and Political Creativity. In: Political Studies, Bd.20, Nr.3, S.306ff.
- Heckscher, Gunnar, 1948: Pluralist Democracy. The Swedish Experience. In: Social Research, Bd.15, S.417ff.
- , 1951<sup>2</sup>: Staten och organisationerna. Stockholm.
- Heidenheimer, Arnold J., 1976: Professional Unions, Public Sector Growth, and the Swedish Equality Policy. In: Comparative Politics, Bd.9, Nr.1, S.49ff.
- , 1977: Achieving Equality through Educational Expansion. Problems in the Swedish Experience. In: Comparative Political Studies, Bd.10, Nr.3, S.413ff.



- Helenius, Ralf, 1969: The Profile of Party Ideologies. Helsinki.
- Hentilä, Seppo, 1974: Orsaker till reformismens genombrott i svensk socialdemokrati. In: Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia, Nr.5, S.3ff.
- Hjalte, Krister u.a., 1977<sup>5</sup>: Miljö eller miljoner? Lund.
- Holmberg, Sören u.a., 1977: Väljarna och kärnkraften. Stockholm.
- , 1978a: Kärnkraften och vänster-högerdimensionen. Konfliktlinjer i svensk politik. In: Statsvetenskaplig Tidskrift, Nr.2, S.67ff.
- , 1978b: Pressen och kärnkraften. En studie av nyhetsförmedling och debatt i 20 tidningar under 1976 års valrörelse. In: Statsvetenskaplig Tidskrift, Nr.4, S.211ff.
- , 1979: Kärnkraften och 1980-talets politiska konflikter. Vervielf. Papier, vorgelegt: Riksbankens jubileumsfonds symposium "Teknik, politik och samhällsdebatt: Energi, elektronik och därbortom", Friiberghs Herrgård 29-30 mars 1979.
- Isberg, Pelle, 1976: Svensk kärnkraft? En kärntekniker kommenterar debatten. Stockholm.
- Israel, Dan u.a., 1978: Pengarna eller livet. En bok om miljökampen. Stockholm.
- Israel, Joachim, 1972: Der Begriff Entfremdung. Makrosoziologische Untersuchung von Marx bis zur Soziologie der Gegenwart. Reinbek.
- Ivarsson, Ulf und Per Kågeson, 1976: Kris i miljörelsen. Undersökning av en medborgare höjd över alla misstanker. Stockholm.
- Ivre, Ivar, 1950: Socialdemokratin och medelklassen. In: Tiden, Nr.4, S.193ff.
- Jänicke, Martin (Hg.), 1973: Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung. Opladen.
- , 1978: Umweltpolitik im kapitalistischen Industriesystem. Eine einführende Problemskizze. In: Ders. (Hg.), 1978, S.9ff.
- (Hg.), 1978: Umweltpolitik. Beiträge zur Politologie des Umweltschutzes. Opladen.
- Jamison, Andrew, 1977: On the Politicization of Energy in Denmark and Sweden. In: Nordisk Forum, Nr.15, S.23ff.
- Jespersen, Knud J., 1972: Det tidlige svensk socialdemokrati och jordbruket. In: Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia, Nr.3, S.74ff.
- Jonasson, Gustaf, 1972: På väg mot koalition? Förhandlingarna mellan socialdemokrater och bondeförbundare efter 1948 års val. In: Historisk Tidskrift, Nr.3, S.355ff.
- Jonung, Lars und Eskil Wadensjö, 1979: The Effect of Unemployment, Inflation, and Real Income Growth on Government Popularity in Sweden. In: Scandinavian Journal of Economics, Bd.2, S.343ff.

- Jungk, Robert, 1977<sup>5</sup>: Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. München.
- Kågeson, Per, 1973: Stoppa kärnkraften! Ett kritisk inlägg om kärnkraft, miljö och politik. Stockholm.
- , 1979: Låt solen värma Sverige! En bok om uppvärmning av bostäder. Lund.
- Kasten, Joachim, 1979a: Die bürgerliche Anti-Kernkraftbewegung in Schweden. Vom Wahlsieg zur energiepolitischen Opposition. In: Neue Politik, Nr.4, S.25ff.
- , 1979b: KP Schweden. In: Richter, H./G.Trautmann (Hg.), 1979: S.189ff.
- Kjellström, Björn und Per Kågeson, 1979: Rösta Nej! En bok om alternativ till kärnkraft och olja. Stockholm.
- Kjellvard, Henry, 1962: Arbetarrörelsen i Sverige. Stockholm.
- Küppers, Günter u.a., 1978: Umweltforschung - die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik. Frankfurt am Main.
- Kuhn, Karl, 1978: Partizipation in schwedischen Parteien. Eine Untersuchung über Massenloyalität im Wohlfahrtsstaat. Stuttgart.
- , 1979: Die Sozialdemokratie Schwedens. In: Paterson, W.E., K.Th. Schmitz (Hg.), 1979, S.13ff.
- Kyrø, Øjvind (Hg.), 1975: Med fremtiden som indsats. En kritisk bog om atomkraft. Dänemark.
- Leijonhufvud, Sigfrid, 1979: Ett fall för ministären. Stockholm.
- Leonhard, Wolfgang, 1978: Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West. München.
- Lewin, Leif, 1967: Planhushållningsdebatten. Uppsala.
- Lindbeck, Assar, 1975: Swedish Economic Policy. London and Basingstoke.
- Lindén, M., 1975: Political Dimensions and Relative Party Positions. In: Scandinavian Journal of Psychology, Nr.16, S.97ff.
- Lindhagen, Jan, 1972: Socialdemokraternas program. Förtä del: I rörelsens tid 1890-1930. Stockholm.
- Lindström, Ulf, 1979: Helgeandsholmen and Beyond: Center and Periphery in Sweden. In: Scandinavian Political Studies, Bd.2 (Neue Serie), S.1ff.
- Lipset, S.M. und P.G. Altbach, 1969: Students in Revolt. Boston.
- Lönnroth, Måns u.a., 1978: Sol eller uran - att välja energiframtid. Stockholm.
- Lohmann, Hans, 1974: Låt inte lura er! Den teknologiska mentaliteten bakom kärnkraftens utbyggnad - sedd med en läkares ögon. Stockholm.

- , 1976: *Kärnkraft mot folket*. Publicerade och opublicerade artiklar 1973-76. Uppsala.
- , 1979: *Låt inte lugna er! Kärnkraftsmotståndets andra fas har börjat*. Stockholm.
- Lund, Anne und Finn Breinholt, 1979: *Dänemark - "Atomkraft - Nein Danke"*. Wie man Atomkraft erfolgreich verhindern kann. In: Mez, L. (Hg.), 1979, S.83ff.
- Lundqvist, Lennart J., 1973: *Crisis, Change, and Public Policy*. Considerations for a Comparative Analysis of Environmental Policies. In: *European Journal of Political Research*, Nr.1, S.133ff.
- , 1974: *Do Political Structures Matter in Environmental Politics? The Case of Air Pollution Control in Canada, Sweden, and the United States*. In: *Canadian Public Administration*, Bd.17, Nr.1, S.119ff.
- , 1978: *Bürgerbeteiligung und Luftreinerhaltung*. Eine vergleichende Studie der Regelungskonzepte in Schweden und den USA. In: Jänicke, M. (Hg.), 1978, S.166ff.
- Madsen, Peter, 1977: *Det gamle nye venstre, det nye nye venstre - og det nye gamle venstre*. In: *Kontrast*, Nr.3/4 "Venstrebevægelsen i Skandinavien", S.15ff.
- Meijer, Hans, 1969: *Bureaucracy and Policy Formation in Sweden*. In: *Scandinavian Political Studies*, Bd.4, S.10ff.
- Mez, Lutz (Hg.), 1979: *Der Atomkonflikt*. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung im internationalen Vergleich. Berlin.
- Milnor, Andrew (Hg.), 1969: *Comparative Political Studies*. New York.
- Nelkin, Dorothy und Michael Pollack, 1977: *The Politics of Participation and the Nuclear Debate in Sweden, The Netherlands, and Austria*. In: *Public Policy*, Bd.25, Nr.3, S.333ff.
- Nilsson, Bo Erik, 1978a: *Kärnkraften och våra nationella oberoende*. In: *Israel, D. u.a.*, 1978, S.21ff.
- , 1978b: *Kärnkraft, sysselsättning och livsmiljö*. In: *Israel, D. u.a.*, 1978, S.114ff.
- Nowotny, Helga, 1979: *Kernenergie: Gefahr oder Notwendigkeit*. Anatomie eines Konflikts. Frankfurt am Main.
- Offe, Claus, 1973: *"Krisen des Krisenmanagement": Elemente einer politischen Krisentheorie*. In: Jänicke, M. (Hg.), 1973, S.197ff.
- , 1973<sup>2</sup>: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt am Main.
- , 1975: *Berufsbildungsreform*. Eine Fallstudie über Reformpolitik. Frankfurt am Main.
- Olofsson, Gunnar, 1972: *SSU - socialdemokratins rekrytskola?* In: *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia*, Nr.1, S.60ff.

- Orth, Hermann, 1978: Erdölsucht und Kernkraftmeierei. Energie in Schweden: Versorgung, Sparmaßnahmen, Kernkraftwiderstand und Zukunftsplanung. In: Materialien zur Politischen Bildung, Nr.2, S.56ff.
- Otter, Casten v., 1973: Arbetarnas fackliga organisationsgrad - empirisk redogörelse för fackligt medlemskap, ledarskap och vissa samband med anställningsvillkor. In: Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia, Nr.4, S.21ff.
- , 1976: Schweden: Neue Entwicklungstendenzen im Verhältnis von Gewerkschaften, Unternehmen und Staat. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr.9, S.557ff.
- Palme, Olof, 1968: Politik är att vilja. Stockholm.
- , 1979: The Problem of Energy. In: Socialist Affairs, Nr.3, S.77ff.
- Paterson, William E. und Alastair H. Thomas (Hg.), 1977: Social Democratic Parties in Western Europe. London.
- und Kurt Th. Schmitz (Hg.), 1979: Sozialdemokratische Parteien in Europa. Bonn.
- Petersson, Olof, 1973: Political Orientations and Participation in Demonstrations among Swedish Students. In: European Journal of Political Research, Nr.1, S.299ff.
- , 1974: The 1973 General Election in Sweden. In: Scandinavian Political Studies, Bd.9, S.219ff.
- , 1978: The 1976 Election: New Trends in the Swedish Electorate. In: Scandinavian Political Studies, Bd. 1 (Neue Serie), S.109ff.
- , 1979a: Regeringsbildningen 1978. Stockholm.
- , 1979b: The Government Crisis in Sweden. In: Scandinavian Political Studies, Bd.2 (Neue Serie), S.171ff.
- und Bo Särilvik, 1977: När de borgerliga vann. In: Statsvetenskaplig Tidskrift, Nr.2, S.79ff.
- Ranstad och kärnkraften, 1977<sup>2</sup>: Broschüre, hg. von Skaraborgs Fältbiologer.
- Raschke, Joachim (Hg.), 1978: Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte - Programm - Praxis. Ein Handbuch. Reinbek.
- Richter, Helmut und Günter Trautmann (Hg.), 1979: Eurokommunismus. Ein dritter Weg für Europa? Hamburg.
- Risberg, Pelle, 1974: Propaganda. In: Gillberg, B.O.(Hg.), 1974, S.87ff.
- Rose, Richard (Hg.), 1974: Electoral Behavior: A Comparative Handbook. New York/London.
- Ruin, Olof, 1969: Patterns of Government Composition in Multi-Party Systems: The Case of Sweden. In: Scandinavian Political Studies, Bd.4, S.71ff.
- , 1974: Participatory Democracy and Corporativism: The Case of Sweden. In: Scandinavian Political Studies, Bd.9, S.171ff.

- Rustow, Dankwart A., 1969: The Politics of Compromise. A Study of Parties and Cabinet Government in Sweden. New York.
- Särlyvik, Bo, 1966: Political Stability and Change in the Swedish Electorate. In: Scandinavian Political Studies, Bd.1, S.188ff.
- , 1967: Party Politics and Electoral Opinion Formation. A Study of Issues in Swedish Politics 1956-1960. In: Scandinavian Political Studies, Bd.2, S.167ff.
- , 1968: Socio-Economic Predictors of Voting Behavior. Research Notes from a Study of Political Behavior in Sweden. In: Stammer, O. (Hg.), 1968, S.385ff.
- , 1970: Voting Behavior in Shifting "Election Winds". An Overview of the Swedish Elections 1964-1968. In: Scandinavian Political Studies, Bd.5, S.241ff.
- , 1974: Sweden: The Social Bases of the Parties in a Developmental Perspective. In: Rose, R. (Hg.), 1974, S.371ff.
- Sandström, Sten, 1978a: The Nuclear Debate in Sweden. Vervielf. Papier vom 15.11.1978.
- , 1978b: The Nuclear Situation in Sweden. A paper delivered at the JAIF annual conference in Tokyo, Japan, March 14-16, 1978.
- , 1979: Swedens Energy Policy. Report to the 7th Foratom congress in Hamburg, 6.-9.May 1979.
- Scase, Richard, 1977: Social Democracy in Sweden. In: Paterson, W.E./A.H. Thomas (Hg.), 1977, S.316ff.
- Scharpf, Fritz W., 1977: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise. Aufsätze zu den politischen Restriktionen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Kronberg/Ts.
- Schmidt, Manfred G., 1978: Die "Politik der inneren Reformen" in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1976. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr.2, S.201ff.
- Schwedisches Institut (Hg.), 1975: Tatsachen über Schweden: Die Energieversorgung Schwedens. September.
- Schurr, S.H. (Hg.), 1972: Energy, Economic Growth, and the Environment. Baltimore.
- Severin, Frans, 1956: The Ideological Development of Swedish Social Democracy. Stockholm.
- Sjöström, Leif H., 1977: Die Energiesituation und die Energiepolitik in Schweden. In: Aktuelle Informationen aus Schweden. Hg. vom Schwedischen Institut, Nr.173.
- Sparring, Ake, 1967: Sweden. In: Griffith, W.E. (Hg.), 1967, S.287ff.
- Stammer, Otto (Hg.), 1968: Party Systems, Party Organizations, and the Politics of New Masses. Berlin.
- Stjernquist, Nils, 1966: Sweden: Stability or Deadlock? In: Dahl, R.A. (Hg.), 1966, S.116ff.
- Strauss, Harlan J., 1971: Student Activism & Radicalism: a Bibliographic Essay. In: Statsvetenskaplig Tidskrift, Nr.1, S.34ff.

- Tingsten, Herbert, 1941: Den svenska socialdemokratins idéutveckling. Stockholm.
- , 1966: Från idéer till idyll. Stockholm.
- , 1969: Stability and Vitality in Swedish Democracy. In: Milnor, A.J. (Hg.), 1969, S.88ff.
- , 1973: The Swedish Social Democrats. Their Ideological Development. Totowa (N.J.).
- Tomasson, Richard F., 1969: The Extraordinary Success of the Swedish Social Democrats. In: Journal of Politics, Bd.31, S.772ff.
- , 1970, Sweden: Prototype of Modern Society. New York.
- und Erik Allardt, 1969: Scandinavian Students and the Politics of Organized Radicalism. In: Lipset, S.M./P.G. Altbach (Hg.), 1969, S.96ff.
- Vedung, Evert, 1979: Kärnkraften och regeringen Fälldins fall. Stockholm.
- Verney, Douglas, 1972: The Foundations of Modern Sweden: The Swift Rise and Fall of Swedish Liberalism. In: Political Studies, Bd.20, Nr.1, S.42ff.
- Westmann, Ann-Marie, 1979: Schweden - Wohlfahrtsstaat am Scheideweg. "Atom-Schweden" oder "Sonnen-Schweden"? In: Mez, L. (Hg.), 1979, S.229ff.
- Wieslander, Hans (Hg.), 1968<sup>2</sup>: De politiska partiernas program. Stockholm.
- Wigforss, Ernst, 1967a: Ideologiska linjer i praktisk politik. Randanmärkning till Leif Lewins Planhushållningsdebatten. In: Tiden, Nr.9, S.525ff.
- , 1967b: Välfärdspolitik och socialism. In: Tiden, Nr.4, S.197ff.
- Wikdahl, Carl-Erik, 1979: Nuclear Energy, Public Opinion and the Political Evolution in Sweden. Report to the European Nuclear Conference in Hamburg 1979.
- Winch, Donald, 1966: The Keynesian Revolution in Sweden. In: Journal of Political Economy, Bd.74, S.168ff.

Ich versichere, daß ich die vorstehende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und mich anderer, als der im beigefügten Verzeichnis angegebenen Hilfsmittel nicht bedient habe.

# Prüfungsausschuß für Diplompolitologen an der Universität Hamburg

Prüfungsausschuß für Diplompolitologen an der Universität Hamburg  
2 Hamburg 13, ~~Prüfungsausschuß für Diplompolitologen~~ VMP 5

DER VORSITZENDE

Frau  
Frauke Rubart  
Stahlwiete 18  
2000 Hamburg 50

Fernsprecher: 4123/5622  
Behördennetz: 948 ( . )

Telex-Nr.: 2 14732

Hamburg, den 15. Okt. 1980

Betr.: Note der Diplomarbeit

Sehr geehrte Frau Rubart,

im Auftrage des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses für  
Diplom-Politologen, Herrn Professor Dr. H. H. Hartwich,  
teile ich Ihnen mit, daß Ihre Diplomarbeit mit 6- monatiger  
Bearbeitungsdauer, von Herrn Prof. Dr. Raschke (Erstgutachter)  
mit der Note 1,0 ( sehr gut ) bewertet wurde,  
von Professor Dr. Tetzlaff (Zweitgutachter) ebenfalls mit der  
Note 1,0 ( sehr gut )

Mit freundlichem Gruß  
i.A. Universität Hamburg  
(Kraatz)  
2 Hamburg, Von-Melle-Park 5



R/Me

17.9.1980

G U T A C H T E N

Über die Diplomarbeit mit dem Thema "Energiepolitik und Atomkonflikt in Schweden. Politische Strukturen und die Bewältigung von Zukunftsproblemen am Beispiel der Kernkraftfrage"

von Frauke R u b a r t.

Die Kernkraftfrage ist das Issue aus dem Bereich neuer politischer Probleme, das in den 70er Jahren eine Leitfunktion hatte. Die erstmalige politisch kontroverse Debatte von Technikproblemen vermag, wie Beispiele heute schon zeigen, auf die zukünftige Behandlung fortgeschrittener Technologien im politischen Prozeß auszustrahlen. Die vergleichende Analyse dieses "Vorreiter-Themas" ist allemal von hoher wissenschaftlicher Relevanz.

Die Verfasserin versteht ihre Arbeit als eine "Thematisierungsstudie" (S. 132), was zwar den Schwerpunkt deutlich markiert, aber eine Untertreibung insofern darstellt, als sie die im Staatsapparat betriebene Kernkraftpolitik mit aufarbeitet. Im Übrigen ist die Abhängigkeit der Thematisierung von politischen Strukturen ein Hauptinteresse der Arbeit. Hierbei folgt die Verfasserin dem Ansatz von Scharpf, der - im Unterchied zu eher objektivistisch orientierten Ansätzen (z.B. Offe) - die institutionelle Vermittlung eines gesellschaftlichen Problems und die spezifische und politische Perzeption von Problemdruck als Bedingungen staatlich-politischer Befassung mit einem Problem herausstellt.

Da in diesem Bereich wenige und dann sehr allgemeine Hypothesen existieren, ist die Verfasserin den induktiven Weg gegangen, aus der schwedischen Fallstudie heraus Hypothesen zu entwickeln (S.156 ff.). Das Ergebnis ist beachtlich und für im strengen Sinne komparative Studien nutzbar zu machen. Strukturen des staatlichen Entscheidungssystems (hier: Korporatismus) und das Parteiensystems (hier: Vielparteiensystem) werden als wesentliche Determinanten der Thematisierung in diesem Issue-Bereich herausgearbeitet.

Die Verfasserin hat das Vorgehen einer Verlaufsanalyse (Teil 2.) mit dem einer systematischen Analyse der Akteure Parteien (Teil 4.) und soziale Bewegung (Teil 5.) kombiniert. Dies erlaubt eine breite, sachgerechte Aufarbeitung der vielfältigen historischen Handlungsprozesse (mit der Bildung von 6 Entwicklungsphasen) und zugleich eine systematische Herausarbeitung determinierender Faktoren. Die Betonung der Parteien ist gerade im schwedischen Beispiel gerechtfertigt, weil dort die Anti-Kernkraft-Bewegung eher von Parteien ausgelöst wurde als umgekehrt und insofern in keinem europäischen Staat die Thematisierung dieses Problems so weit gediehen ist wie in Schweden. Außerdem wird deutlich, wie stark die Parteien die Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher Konflikte zu steuern vermögen - jedenfalls in einem Land mit so starker traditioneller Parteienverwurzelung wie Schweden.

Als Quellen zieht die Verfasserin neben einer vorbildlichen Erfassung und Auswertung aller verfügbaren Literatur die internationale und z.T. auch die schwedische Presse (Dagens Nyheter) heran. Das Überwinden der schwedischen Sprachbarriere soll nicht unterschätzt werden. Es trägt dazu bei, daß hier erstmals in deutscher Sprache eine breit angelegte und vertiefte Analyse des schwedischen Kernkraftkonflikts vorliegt. Zugleich zeigt die Verfasserin, daß sie

über profunde Kenntnisse des schwedischen politischen Systems und seiner jüngeren Gesamtentwicklung verfügt, so daß die Einordnung des Kernkraftkonflikts in einen breiteren Kontext voll gelingt. Insgesamt ist eine überzeugende empirische Aufarbeitung entstanden, deren Hypothesen an weiteren Fällen überprüft werden können.

Ich schlage deshalb die Note

sehr gut (1)

vor.

(Prof. Dr. J. Raschke)



RUBART, Frauke

Hamburg 1980